



81. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 13. Februar 2020

Mitteilungen des Präsidenten	5	Rügeähnlicher Hinweis auf Einhaltung der parlamentarischen Ordnung, gerichtet an Minister Dr. Joachim Stamp.....	16
1 Klare Kante gegen rechts – Nicht durch die Hintertür mit politischen Extremisten taktieren!		Formlose Rüge der Abgeordneten Nadja Lüders (SPD).....	16
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8618		Nadja Lüders (SPD).....	16
<u>In Verbindung mit:</u>		Matthias Kerkhoff (CDU).....	17
Was folgt aus Thüringen? Gefährdet die Einheitsfront der Altparteien unsere föderale und demokratische Grundordnung?		Verena Schäffer (GRÜNE)	18
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8619		Helmut Seifen (AfD)	19
<u>In Verbindung mit:</u>		Ministerpräsident Armin Laschet	20
Landtag Nordrhein-Westfalen zeigt Haltung: Keine Zusammenarbeit mit der AfD.		Bodo Löttgen (CDU)	22
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/8621	5		
Thomas Kutschaty (SPD)	5		
Markus Wagner (AfD).....	7		
Bodo Löttgen (CDU)	8		
Christof Rasche (FDP)	10		
Monika Düker (GRÜNE).....	11		
Marcus Pretzell (fraktionslos)	13		
Minister Dr. Joachim Stamp	14		
Nadja Lüders (SPD)	15		
		2 Wohnraumförderung der Landesregierung – Gestern noch am Abgrund, heute schon einen Schritt weiter? Der Niedergang des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen muss aufgehalten werden!	
		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8591 – Neudruck.....	22
		Andreas Becker (SPD).....	22
		Fabian Schrumpf (CDU)	24
		Stephen Paul (FDP)	26
		Arndt Klocke (GRÜNE)	27
		Roger Beckamp (AfD).....	29
		Ministerin Ina Scharrenbach	30
		Wilhelm Hausmann (CDU)	34
		Jochen Ott (SPD).....	35
		Arndt Klocke (GRÜNE)	36
		Ergebnis.....	36
		3 Stärkung der Prostituiertenberatung	
		Antrag der Fraktion der CDU und	

der Fraktion der FDP Drucksache 17/8588	
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8639.....	37
Heike Troles (CDU)	37
Susanne Schneider (FDP)	38
Anja Butschkau (SPD).....	39
Josefine Paul (GRÜNE).....	40
Dr. Martin Vincentz (AfD).....	41
Ministerin Ina Scharrenbach.....	41
Ergebnis	42
4 Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen!	
Große Anfrage 14 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/6865	
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/8021	42
Norwich Rüße (GRÜNE)	42
Dr. Ralf Nolten (CDU).....	44
Frank Börner (SPD).....	46
Markus Diekhoff (FDP)	48
Dr. Christian Blex (AfD)	49
Ministerin Ursula Heinen-Esser.....	51
André Stinka (SPD)	52
Norwich Rüße (GRÜNE)	55
Dr. Ralf Nolten (CDU).....	55
Markus Diekhoff (FDP).....	56
André Stinka (SPD)	56
5 Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Kindesmissbrauch)	
Antrag der Abgeordneten der Fraktion der AfD Drucksache 17/8544 – Neudruck	57
Markus Wagner (AfD).....	57
Dietmar Panske (CDU).....	58
Jürgen Berghahn (SPD).....	59
Marc Lübke (FDP)	60
Verena Schäffer (GRÜNE).....	61
Ergebnis	62

6 25 Jahre Post-Apartheid: NRW-Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung stärken!	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/5379	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales Drucksache 17/8605	
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/8573	
Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8652	62
Dr. Günther Bergmann (CDU).....	62
Rüdiger Weiß (SPD)	63
Thomas Nüchel (FDP)	64
Berivan Aymaz (GRÜNE)	65
Andreas Keith (AfD)	66
Minister Hendrik Wüst.....	68
Ergebnis.....	69
7 Atomausstieg: NRW unterstützt ergebnisoffene Endlagersuche und setzt sich für mehr Transparenz und Partizipation bei der Zwischenlagerung ein!	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8576	69
Wibke Brems (GRÜNE).....	69
Dr. Patricia Peill (CDU)	70
Dietmar Bell (SPD).....	71
Dietmar Brockes (FDP).....	72
Christian Loose (AfD).....	73
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....	74
Ergebnis.....	75
8 Alkoholismus – wenn Prävention zu spät kommt.	
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8586	75

Dr. Martin Vincentz (AfD).....	75
Marco Schmitz (CDU).....	76
Angela Lück (SPD).....	76
Rainer Matheisen (FDP).....	77
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE).....	77
Minister Karl-Josef Laumann.....	78

Ergebnis	79
----------------	----

9 Kosten und Nutzen von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 9
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3753

Antwort der Landesregierung Drucksache 17/4634.....	79
---	----

Christian Loose (AfD)	79
Dr. Christian Untrieser (CDU).....	80
Christian Loose (AfD)	82
André Stinka (SPD)	83
Dietmar Brockes (FDP)	84
Wibke Brems (GRÜNE).....	84
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	85

10 Forschungsfreiheit mit Leben erfüllen – Die Annahme von Drittmitteln durch private Geldgeber braucht ver-sierte fachliche Überprüfung

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8582.....	86
---	----

Helmut Seifen (AfD).....	87
Raphael Tigges (CDU)	88
Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)	90
Angela Freimuth (FDP).....	92
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)	93
Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.....	95

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Armin Laschet
Minister Peter Biesenbach
Ministerin Yvonne Gebauer
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner
Minister Dr. Joachim Stamp

Christina Schulze Föcking (CDU)

Christian Dahm (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Norbert Römer (SPD)

Ralph Bombis (FDP)

Horst Becker (GRÜNE)

Thomas Röckemann (AfD)
Sven Werner Tritschler (AfD)

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer 81. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Mein Gruß gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **acht Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Damit rufe ich auf:

1 Klare Kante gegen rechts – Nicht durch die Hintertür mit politischen Extremisten taktieren!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8618

In Verbindung mit:

Was folgt aus Thüringen? Gefhrtet die Einheitsfront der Altparteien unsere föderale und demokratische Grundordnung?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8619

In Verbindung mit:

Landtag Nordrhein-Westfalen zeigt Haltung: Keine Zusammenarbeit mit der AfD.

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8621

Die Fraktionen der SPD, der AfD, der CDU und der FDP haben jeweils mit Schreiben vom 10. Februar 2020 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu den oben genannten aktuellen Fragen der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

(Unruhe – Glocke)

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute in dieser Aktuellen Stunde mit der Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen.

Wir würden das nicht tun, wenn sich dieser Ministerpräsident nicht mithilfe von Rechtsextremen ins Amt hätte wählen lassen und wenn dieser – heute können wir ja zum Glück sagen – nicht mehr amtierende Ministerpräsident bzw. der ehemalige Ministerpräsident nicht einer Fraktion angehören würde, die sich selbst als bürgerlich bezeichnet.

Was Thomas Kemmerich, die FDP und die CDU in Thüringen getan haben, war nicht weniger als ein Verrat. Es war ein Verrat an den Werten unseres Landes.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Unsere Demokratie ist immer dann verwundbar, wenn Demokraten versagen – und in Erfurt, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Demokraten versagt.

Doch bei allem, was man CDU und FDP an Versagen und Fehlern in diesem Fall zur Last legen muss, wissen wir doch auch um die Verdienste dieser Parteien um unser Land und unsere Demokratie.

Deshalb sage ich zu Beginn auch gleich in aller Deutlichkeit: Wer in diesen Tagen unsere Freiheit verteidigen will, muss sich auch schützend vor die Büros und Geschäftsstellen der CDU und FDP stellen, wenn sie angegriffen werden.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Erst recht müssen wir uns an die Seite von Christdemokratinnen und Christdemokraten und Liberalen stellen, wenn ihnen und ihren Familien Gewalt angedroht wird.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Lieber Herr Laschet, lieber Herr Stamp, all Ihren Parteimitgliedern, die das in diesen Tagen erleiden müssen, versichere ich die volle Solidarität der Sozialdemokratie.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Sollte wieder auf die Büros von Sozialdemokraten geschossen werden, so wie Anfang des Jahres auf das Büro unseres Kollegen Michael Hübner, wären auch wir für ein Signal des Beistandes und der Solidarität durch die Landesregierung sehr dankbar.

(Beifall von der SPD)

Das wäre ein Signal des Zusammenhalts aller Demokraten in unserem Land, auf das wir schon nach dem letzten Angriff von Ihnen, Herr Laschet, oder zumindest von Herrn Reul gehofft hatten.

Was in Thüringen geschah, war weder ein Zufall noch ein Unfall; deswegen ist es auch unverzeihlich.

Die ersten Stimmen bekommt man von Faschisten immer umsonst, aber mit jeder weiteren Abstimmung wächst die Abhängigkeit, und es steigt der Preis. Am Ende bezahlen wir alle es mit unserer Freiheit.

Deswegen möchte ich insbesondere im Hinblick auf die CDU deutlich sagen: Ich weiß, Sie führen im Augenblick parteiintern sehr schwierige Diskussionen, aber hören Sie bitte auf, Linke und Rechte immer in einen Topf zu werfen. Das passt nicht mehr.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer denkt, die größte Gefahr für unsere Demokratie gehe von einem ehemaligen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow aus – ausgerechnet Bodo Ramelow, meine Damen und Herren –, täuscht sich.

Der Kasseler Regierungspräsident – CDU-Mitglied – wurde von einem Rechten ermordet. Der Anschlag auf die Synagoge von Halle erfolgte durch einen mutmaßlichen Rechten. Die Feinde der Demokratie, meine Damen und Herren, stehen rechts, und sie sitzen auch hier im Parlament rechts. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Gordan Dudas [SPD]: So ist das!)

Die AfD verachtet die Demokratie, sie verachtet unsere demokratische Kultur, sie verachtet unsere demokratischen Institutionen. Wenn sich ihre Führer mal nicht in Gewalt- und Deportationsfantasien ergen, verharmlosen sie den Nationalsozialismus und setzen Menschen aufgrund ihrer Herkunft herab.

Von so einer Partei dürfen sich Demokratinnen und Demokraten nicht abhängig machen – niemals, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Befund der vergangenen Woche gehört allerdings auch, dass wir in manchen Teilen klare Kante gegen rechts leider haben vermissen müssen, denn mindestens genauso verräterisch wie der Verrat selbst war zum Teil auch manche Reaktion von Mitgliedern dieses Landtags unmittelbar nach der Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten.

(Beifall von der SPD)

Dass manch einer ziemlich lange gewartet hat, um sich zu äußern, und erst einmal geschaut hat, in welche Richtung der Wind sich dreht, war, glaube ich, auch nicht so gut. Da hätte man besser schneller Po-

sition beziehen sollen. Das war nicht weniger verräterisch; ich möchte auf die Details gar nicht weiter eingehen.

Ich möchte allerdings an alle appellieren: Noch haben wir gemeinsam die Kraft, die rechten Hetzer und Spalter so weit außen vor zu lassen, dass es für sie nur eine Kategorie gibt, nämlich die Bedeutungslosigkeit.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir zusammenstehen, zusammen streiten und uns auch zusammen für unsere Demokratie engagieren, haben die Rechten im Anzug keine Chance; dann haben sie nämlich schon verloren.

Aber dafür müssen wir jetzt alle gemeinsam streiten. Wer jetzt wackelt, trägt Mitschuld am Einsturz unserer Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Deshalb geht dieser Appell auch an Sie, sehr geehrter Herr Laschet: Ihre Haltung in dieser Sache ist über jeden Zweifel erhaben; das möchte ich ausdrücklich betonen. Dafür genießen Sie auch großen Respekt.

Aber Sie müssen sich auch eingestehen, dass Sie in Ihrer Partei, in der Sie stellvertretender Bundesvorsitzender sind, ein Problem haben – Sie wissen, wovon ich spreche: Ich spreche von der in Teilen nicht klar erfolgten Abgrenzung nach rechts. Ich spreche aber auch von Teilen der Werteunion.

Diese Gruppierung unter der Führung des neuen Idols der rechten Szene, Hans-Georg Maaßen, hat nicht zufällig einen ihrer Schwerpunkte auch in Nordrhein-Westfalen. Dieser Spaltpilz sitzt tief in der Union.

Zur Erinnerung: Es war die Werteunion, die schon Ende letzten Jahres vorgeschlagen hat, in Thüringen gemeinsam mit CDU, FDP und AfD einen Ministerpräsidenten zu wählen. Dieser sollte übrigens damals nach deren Vorstellung Hans-Georg Maaßen heißen.

Sehr geehrter Herr Laschet, um diese Gruppierung müssen Sie sich jetzt kümmern, denn diese Menschen wollen Ihre Partei zerstören.

(Beifall von der SPD)

Wer jetzt worauf auch immer Ambitionen hat, wird sich daran messen lassen müssen, wie er dieses Problem löst und ob er seiner Parteivorsitzenden zur Seite steht oder nicht.

Der kalkulierte Dammbbruch von Erfurt hat unsere gesamte Demokratie beschädigt. Diesen Schaden können wir nur zusammen beheben. Dazu sollten heute von allen Fraktionen klare Signale gesendet werden. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Wagner.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen hier heute über Thüringen sprechen. Wir müssten es nicht, wenn die selbst ernannte Gemeinschaft der Demokraten demokratische Ergebnisse akzeptierte und sich einmal ganz nüchtern fragte, warum ihnen die Mitglieder weglaufen und warum ihnen die Wähler weglaufen.

(Beifall von der AfD)

Die SPD ist momentan froh, wenn die Wählerstimmen nicht unter 10 % gehen; in Thüringen waren es übrigens gerade 8 %. Die CDU ist zwar mit 20 % plus noch gut bedient, aber auch da geht es weiter bergab.

Millionen von Wählern drehen den alten Parteien den Rücken zu, und zwar weltweit. Die Reaktion der Verlierer ist fast überall dieselbe: Wirklichkeitsverweigerung, Hypermoral, Hysterie und Wählerbeschimpfung.

Dies zeigt sich auch im Thüringer Wahlergebnis: Die Bürger haben dort die rot-rot-grüne Landesregierung klar abgewählt und mehrheitlich für die bürgerlichen Parteien, also für die AfD mit allein schon knapp 25 % sowie für die CDU und die FDP gestimmt. Folgerichtig wählte das von den Bürgern so gewählte Parlament einen bürgerlichen Ministerpräsidenten.

Doch die linken Parteien und Medien wollen demokratische Wahlen und deren Ergebnis nicht akzeptieren. Es konnte ja nicht sein, dass die Bürger Thüringens die linke Ramelow-Koalition nicht wollten, wo doch diese Parteien samt ihres medialen Unterstützernetzwerks dem Wähler gesagt hatten, was er zu tun und zu lassen hat.

Nur die Bürger halten sich eben nicht daran und entscheiden frei. Wir erleben das bei Trump, beim Brexit und, und, und. Egal wo: Überall hatten deutsche Politiker der alten Parteien und die Medien erstens erklärt, das passiere ohnehin nicht, das dürfe zweitens auch nicht passieren und müsse drittens rückgängig gemacht werden. Interessiert hat das niemanden; die Menschen haben anders entschieden.

(Beifall von der AfD)

Anstatt das jedoch zu respektieren und sich zu fragen, warum man so oft falschliegt, macht die untergehende herrschende Klasse einfach weiter und verschärft sogar noch die hysterischen Beschimpfungen. Das Ergebnis: Die Mehrheit der Menschen im

Westen wird mittlerweile anders regiert, als das unsere Eliten befohlen hatten.

Im Thüringer Parlament steht es nach demokratischen Wahlen 42 zu 48, nämlich 42 für die Linken, 48 für die Nichtlinken.

Es würde nicht ausreichen, wenn nur die kulturelle Hegemonie der Linken über ihre Medien durch teils gewalttätige Angriffe, ekelhaftes Anspucken und a-historische und verrückte Nazivergleiche versuchte, dieses Ergebnis außer Kraft zu setzen.

Nein, dies ist nur möglich, weil CDU und FDP im Bund – in Person von Frau Merkel und Leuten wie Armin Laschet – dies halb unterjocht, halb proaktiv mitmachen. Ganze 24 Stunden waren CDU und FDP in Thüringen frei; dann brach es über sie hinein und sie darunter zusammen und mit ihnen die demokratische Kultur.

Es sind schon fast Randnotizen: Da war der doppelzüngige Lindner, der die FDP wohl gezielt unter 5 % führen will. Da waren die zwangsfinanzierten Medien, die so taten, als sei Ramelow nicht ab-, sondern von den Bürgern gewählt worden. Da war die unbeholfene AKK, und da war die Kanzlerin, die die Gründung und den Erfolg der AfD erst möglich gemacht hat.

Sie alle wollten das Wahlergebnis nicht akzeptieren, aber es ist nur vordergründig das Wahlergebnis.

Das Wahlergebnis ist die Folge Ihrer schlechten Politik. Genau das ist der Punkt: Sie wollen nicht akzeptieren, dass Sie schwerwiegenden Fehler gemacht haben, und nun beschimpfen Sie die, die wegen Ihrer Fehler gewählt werden. Sie sind ja unfehlbar; die anderen sind nun angeblich Nazis und Faschisten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Richterlich anerkannt!)

Sollte nun tatsächlich der Linksaußen Ramelow gewählt werden, so hätte die kulturelle Hegemonie der Linken das Kunststück fertiggebracht, das Ergebnis an den Wahlurnen außer Kraft zu setzen.

Eine vom Wähler bestimmte Sechs-Stimmen-Minderheit schafft es über die verbündeten Medien und die völlig entkernte CDU, den Wählerwillen in sein Gegenteil zu verdrehen. Das ist das Werk der neuen Links-CDU von Merkel, AKK und Armin Laschet.

(Beifall von der AfD)

Nun könnte man zu einem milderem Urteil kommen, wenn man Ihren Propagandatrick, Ihre Pseudoprämisse zugrunde legte, dass Deutschland vor dem Faschismus zu retten wäre. In der Tat wäre das eine ehrenwerte Motivation. Da wäre ich dabei, da wären wir alle dabei.

(Vereinzelt Lachen von CDU, SPD und FDP –
Nadja Lüders [SPD]: Beim Faschismus ja, bei
der Rettung sicherlich nicht! – Weitere Zurufe)

Nur, ist das so?

(Zurufe)

Besteht eine Faschismusgefahr? – Für die Linksradi-
kalen der SPD wahrscheinlich; die sehen ja überall
einen Faschisten stehen.

Aber natürlich ist dem nicht so. Sie wissen es ge-
nauso, wie wir es wissen. Das Ganze ist ein Trick, es
ist eine Illusion, es ist eine Autosuggestion. Es ist die
pseudomoralische Aufladung Ihres Abwehrkampfes,
der dadurch, dass er Sie selbst entlarvt und diskredi-
tiert, Ihre Verluste nur noch beschleunigt.

Wenn es nur so wäre, wäre es halb so schlimm. Par-
teien sind austauschbar, Ihre genauso wie unsere.
Aber – und das ist das Problem – Sie beschädigen
dabei unsere demokratische Ordnung, denn Ihr
nächster unlauterer Trick ist ja, dass Sie die Herr-
schaft Ihrer Parteien mit der Demokratie gleichset-
zen. Aber so ist es nicht: Demokratie bedeutet ja ge-
rade die Endlichkeit von Herrschaft – auch der Ihren.

Der Antragsversuch der SPD legt davon Zeugnis ab,
dass es einen schaudert, wo diese einstmalige stolze
Partei angekommen ist. Sie wollten hier heute einen
Antrag verhandelt wissen, der mehrfach verfas-
sungsfeindlich ist. Ein echter Verfassungsschutz
müsste sich dringend darum kümmern.

(Beifall von der AfD)

Neben der „Vernutzung“ staatlicher Institutionen ge-
gen uns spalten Sie unser Land. Millionen von AfD-
Wählern darf es aus Ihrer Sicht nicht geben, ihre
Stimme soll nichts wert sein. Dafür haben Sie sich
ausgedacht, dass das der Kampf von Gut gegen
Böse, Hell- gegen Dunkeldeutschland sein soll. –
Was für eine selbstgerechte, antidemokratische An-
maßung.

(Beifall von der AfD)

Ihre Hybris ist atemberaubend. Allerdings – und das
kann für die langen Linien beruhigen – ist es so über-
dreht irre und steht noch dazu auf tönernen Füßen,
dass wir als AfD das ruhig, aber entschlossen über-
stehen.

Wir halten es aus, dass die AfD nach Aussage der
Bundesregierung das Hauptopfer politischer Gewalt
ist.

Wir halten es aus, wenn Sie den Verfassungsschutz
aus parteipolitischen Zwecken gegen uns instrumen-
talisieren. Wir werden klagen und gewinnen.

Wir halten es aus, wenn Sie uns als neue Konkurren-
ten ob unserer Erfolge ausgrenzen und beleidigen.

Wir halten das aus, weil ja erkennbar ist, dass Ihre
Über- und Fehlreaktionen ein Zeichen Ihrer Schwä-
che sind.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Sie sind kein Opfer, Sie
sind Täter!)

Von Dunkelrot bis ehemals Schwarz hält Sie nur ei-
nes zusammen: Alle gegen einen, alle gegen die
AfD. – Was glauben Sie eigentlich, wem das nützt? –
Richtig, uns.

Ich komme zum Schluss. Als die Grünen aufkamen,
die Pädophile, Terroristenversteher und Kommunis-
ten an Bord hatten, meinte die SPD: Niemals koalier-
en wir mit den Grünen.

Bei der Linkspartei hieß es: Rote Socken? – Nie mit
denen.

So wissen wir, Ihr „Niemals AfD“ wird genauso zu ei-
ner Fußnote der Geschichte werden. – Herzlichen
Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Für die Fraktion der CDU
spricht nun der Abgeordnete Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dresdner Bom-
bennacht jährt sich heute zum 75. Mal. In einem
Fernsehbericht, den ich gesehen habe, sagte die
Überlebende Nora Lang einen, wie ich finde, auch für
diese Debatte wichtigen Satz: Nutzt die Demokratie,
die euch gegeben wurde.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP –
Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Im thüringischen Parlament wurde die Demokratie
am 5. Februar 2020 nicht genutzt. Sie wurde von Ab-
geordneten der CDU und der FDP benutzt, und sie
wurde von Abgeordneten der AfD missbraucht.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP –
Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf
von Christian Loose [AfD])

Seit 13:32 Uhr an diesem Tag, seit der fatale Satz fiel
„Ich nehme diese Wahl an“, ist meine Gemütslage
durch eine Mischung aus Scham und Zorn geprägt:

Scham aufgrund der Tatsache, dass es Abgeordnete
meiner Partei waren, die bar jeglicher Vernunft – zw-
schenzeitlich bestätigt: trotz Warnungen – mit ihrem
Verhalten Feinden unserer Demokratie, der in Wort
und Tat völkischen, nationalistischen, totalitär den-
kenden und damit zutiefst antidemokratischen AfD –
gerade mit ihrem sogenannten Flügel um Herrn Hö-
cke – einen Weg zur politischen Einflussnahme er-
öffnet haben.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP –
Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Zorn, weil die Tragweite dieser Entscheidung gnadlos unterschätzt wurde, weil persönliche Befindlichkeiten für wichtiger erachtet wurden als der engagierte, rückhaltlose Einsatz zum Schutz unserer parlamentarischen Demokratie, weil man im thüringischen Parlament Glaubwürdigkeit und Vertrauen als elementare Bindemittel der Politik für ein Linsengericht aufs Spiel gesetzt hat.

(Beifall von der CDU und der SPD – Vereinzelt
Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Damit die gebotene Klarheit noch einmal unmissverständlich in diesem Haus dokumentiert wird: Eine Zusammenarbeit mit der AfD – in welcher Form auch immer – ist für CDU und FDP undenkbar. Es gab sie nicht, es gibt sie nicht, und es wird sie nicht geben.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und
den GRÜNEN)

Wer CDU oder Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen seine Stimme gibt oder zukünftig geben wird, kann sicher sein, dass diese Stimme in diesem Parlament weder für politische Spielereien zum Schaden unserer Demokratie noch für eine Akzeptanz oder gar Zusammenarbeit mit den Feinden unserer Demokratie missbraucht wird.

Wir schließen uns daher ausdrücklich dem Appell unseres Ministerpräsidenten Armin Laschet in Richtung AfD an:

„Das ist eine Partei, die außerhalb des (...) Verfassungsbogens der Bundesrepublik (...) steht. Wir werden sie bekämpfen.“

Danke für diesen Satz.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und
den GRÜNEN)

Weil diese glasklare Haltung am Dienstag mit einstimmiger und einmütiger Bestätigung des im Übrigen bereits seit Beginn der Legislaturperiode bestehenden Beschlusses unserer Fraktion erfolgte, sind wir zwar dankbar für jeden Hinweis, Herr Kutschaty, auf Fehlentwicklungen, Stichwort: Werteunion.

Wohlfeile Ermahnungen jedoch mit erhobenem moralischem Zeigefinger sind gegenüber dieser meiner CDU-Fraktion fehl am Platz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb sage ich – und das wird so häufig in diesem Haus nicht vorkommen – Cem Özdemir Dank für seinen Tweet am Montag:

„SPD, Linke & wir Grünen werden den Faschismus nicht allein aufhalten! Da brauchen wir aufrechte Konservative. Ich bin dankbar für alle in der #Union die sich in diesen Tagen gegen rechts abgrenzen & hoffe, diese Stimmen setzen sich durch.“

Herr Özdemir, diese CDU-Fraktion steht an Ihrer Seite.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Thüringen hat gezeigt, wohin parteipolitische Spielchen führen. In diesem Landtag ist kein Platz für solche Spielereien.

Zwar teilt die CDU-Fraktion nicht alles, was die SPD in ihrem Antrag zu dieser Aktuellen Stunde geschrieben hat – sonst hätten wir auch keinen eigenen Antrag einreichen müssen –, aber wir stimmen explizit mit der Notwendigkeit überein, dieses Thema heute zu diskutieren.

Die CDU-Fraktion unterstützt einstimmig das seitens der SPD in der Überschrift definierte Ziel: „Klare Kante gegen rechts – Nicht durch die Hintertür mit politischen Extremisten taktieren!“

Was aber für Feinde der Demokratie aus dem rechten Lager gilt, gilt für meine Fraktion ebenso für die Feinde der Demokratie aus dem linken Lager.

(Beifall von der CDU, der FDP, Alexander
Langguth [fraktionslos] und Marcus Pretzell
[fraktionslos])

Nun wird ja insbesondere von Linken gefordert, man dürfe Die Linke und die AfD nicht gleichsetzen – auch Sie, Herr Kutschaty, haben das heute getan –, eine Forderung, die ebenso richtig ist wie die Tatsache, dass dies niemand in der CDU macht.

Ja, die CDU lehnt in ihrem Unvereinbarkeitsbeschluss vom Parteitag 2018 in Hamburg auch Kooperationen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit mit der Linkspartei ab – nach wie vor zu Recht, denn für die CDU ist die Geschichte des Kommunismus in der DDR nicht lediglich ein ostdeutsches Ereignis, sondern wie die Geschichte des Nationalsozialismus Teil der deutschen Nationalgeschichte und der europäischen Geschichte.

Die DDR ist und bleibt für uns ein Unrechtsstaat,

(Beifall von der CDU, der FDP, Alexander
Langguth [fraktionslos] und Marcus Pretzell
[fraktionslos] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

weil sie, wie Marianne Birthler – elf Jahre lang Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen – zu Recht sagt, de facto auf Unrecht gegründet war.

Wer aber bis heute das Land, in dem wir leben, ablehnt, indem Die Linke die Systemfrage stellt und zeitgleich in sieben verfassungsfeindlichen Organisationen, die zur Linken gehören, die Existenz der DDR verteidigt und – Zitat: diesen sozialistischen Versuch als historisch legitim ansieht –, der verhöhnt die 11.000 Menschen, die im Stasigefängnis Berlin Hohenschönhausen unsägliches Leid ertragen mussten. Der hat jede Achtung vor den 101 Menschen, die bei der Flucht über die Berliner Mauer zu Tode kamen, verloren. Der hat vergessen, dass die

DDR 33.755 politische Gefangene schlicht verkaufte, um den Staatsbankrott hinauszuzögern.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wenn gestern Abend der ehemalige thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow sagt „Die Linke ist im Wesentlichen ein Teil meiner Arbeit“, bestätigt er mich in meiner Auffassung: Mit Menschen, die diese Auffassung teilen, arbeiten wir ebenso wenig zusammen wie mit der AfD.

(Anhaltend Beifall von der CDU und der FDP – Beifall von Alexander Langguth [fraktionslos] und Marcus Pretzell [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnete Herr Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wagner von der AfD sprach in seiner Rede von einer untergehenden politischen Klasse in Deutschland. Herr Wagner, freuen Sie sich nicht zu früh.

(Markus Wagner [AfD]: Wir freuen uns gar nicht!)

So weit ist Deutschland nicht. Sie werden Ihre Ziele nicht erreichen.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Sie gehören ausdrücklich zu den Feinden der Demokratie, wie es Bodo Löttgen gerade gesagt hat. Herr Kutschaty hat völlig recht: Wir benötigen, wir haben, und wir werden sie immer haben: eine klare Kante gegen rechts.

Mit „wir“ meine ich ausdrücklich die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und natürlich auch die FDP. Das haben wir immer gesagt, so haben wir immer gehandelt, und so werden wir es auch weiter tun.

Die Feinde der Demokratie, die AfD, haben ein Problem mit Rechtsstaatlichkeit. Sie haben ein Problem mit Gewalt. Sie haben ein Problem mit dem, was unser höchstes Gut ist, mit dem Grundgesetz.

Sie haben schon ein Problem mit Art. 1 Grundgesetz, der Würde des Menschen. Bei ihnen haben die Menschen in diesem Land keine Würde.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ja, die FDP hat einen riesigen Fehler gemacht. Keiner ist fehlerfrei, aber das war ein gewaltiger Fehler. Man darf sich niemals von Extremisten, man darf sich niemals von einer AfD wählen lassen, in welches Amt auch immer, in welche Position auch immer. Wenn mal ein „Unfall“ passiert,

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

darf man natürlich so eine Wahl nicht annehmen. Das steht definitiv fest.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Fehler wurde innerhalb von 24 Stunden korrigiert, so gut man ihn korrigieren konnte. Man kann ihn nicht vergessen machen, man kann ihn auch nicht rückgängig machen, sondern man konnte korrigieren, was geht.

(Helmut Seifen [AfD]: Beschämend ist das!)

Ich bin unserem Bundesvorsitzenden Christian Lindner dankbar, dass er den Weg nach Erfurt gegangen ist, um das Bestmögliche zu organisieren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Das hat er getan in Absprache mit dem FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen, um auch hier dieses Märchen sofort zu beerdigen,

(Helmut Seifen [AfD]: Canossa!)

da wäre irgendwo ein Spalt zwischen Christian Lindner und der nordrhein-westfälischen FDP. Diesen Spalt gibt es definitiv nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Herr Wagner besaß eben in seiner Rede die Frechheit, von demokratischer Kultur zu sprechen – als ob die AfD für demokratische Kultur in Deutschland stehen würde, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Die AfD macht genau das Gegenteil.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Sie verachten die politische Kultur in Deutschland, mit der wir seit 70 Jahren erfolgreich leben. Sie verachten Institutionen in Deutschland, mit denen wir unser Land organisieren. Sie treten unseren Staat, unser Deutschland und unsere Demokratie mit Füßen. So etwas darf nicht sein. Das dürfen wir uns ebenfalls nicht gefallen lassen.

In Thüringen ist das mehr denn je deutlich geworden. Ihre taktische Spielerei mit der Demokratie, mit dem Staat, mit dem Amt des Ministerpräsidenten hat nur ein Ziel: unseren Staat zu destabilisieren. So ist es in den 30er-Jahren passiert, und genau so – genau so; man könnte das gleiche Buch noch einmal schreiben – versuchen Sie es heute wieder.

Jetzt besteht natürlich die politische Möglichkeit, in einem solchen Fall, bei einem solchen Fehler, die FDP – politisch motiviert – nach rechts rücken zu wollen. Diese Möglichkeit, das zu tun, liegt ja förmlich auf dem Tisch. Ich sage Ihnen allen ganz deutlich: Diese

nordrhein-westfälische FDP mit 28 stolzen Abgeordneten ist nicht rechts. Wir werden trotzdem teilweise als Nazis beschimpft. Das hat uns übrigens vor Thüringen niemand vorgeworfen, weil es auch völliger Unsinn ist,

(Zurufe von der AfD)

uns in dieser Art und Weise zu beschimpfen.

Ich bin Herrn Kutschaty dankbar dafür, dass er sich in seiner Rede hinter uns gestellt hat, wenn bei uns Geschäftsstellen beschmiert oder Personen bespuckt werden. Das sind natürlich Extremisten, die so etwas tun. Denn so handeln nur Extremisten. Ob sie von rechts oder von links kommen, spielt überhaupt keine Rolle. Das ist extrem.

Wir sollten – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP – einen Schulterschluss wagen, um unser Deutschland, auf das wir stolz sind, zu verteidigen gegen Extremismus von rechts, gerade von der AfD, aber auch gegen Extremismus von links. Bodo Löttgen hat es zu Recht gesagt.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Die Freien Demokraten haben sich in Deutschland immer für Demokratie eingesetzt. Wir waren maßgeblich an der Bildung des Grundgesetzes beteiligt. Theodor Heuss hat als erster Bundespräsident überparteilich gewirkt und wurde dafür ausgezeichnet. Wir haben mit Walter Scheel einen Außenminister gehabt, der gemeinsam mit Willy Brandt die Ostpolitik erneuert hat. Das war ein wichtiger Schritt für die Entwicklung von Deutschland. Und Hans-Dietrich Genscher hat gemeinsam mit Helmut Kohl gezeigt, wie wichtig es ist, sich gemeinsam für ein weltoffenes Europa einzusetzen.

Diese liberale Partei ist stolz auf unser Land. Sie ist stolz auf die Arbeit der FDP, stolz auf Genscher, Scheel, Heuss und viele andere. Wir lassen uns von niemandem nachsagen, wir ständen rechts. Wir stehen in der Mitte, genauso wie CDU, Grüne und SPD auch. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich der Abgeordneten Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es meiner Fraktion und mir heute in dieser Debatte? Es geht uns Grünen angesichts der Ereignisse in Thüringen heute nicht um parteipolitische Geländegewinne. Nach dem Schock über den

Tabubruch in Thüringen müssen wir vielmehr zu einem breit getragenen Konsens darüber kommen, wie wir den Angriffen von rechts auf unsere Demokratie eine klare und vor allen Dingen auch gemeinsame Haltung entgegensetzen können.

Es war daher gut, Herr Ministerpräsident Laschet und Herr Minister Stamp, dass Sie sehr frühzeitig und sehr deutlich klargemacht haben, dass die Wahl eines Ministerpräsidenten durch Stimmen von Faschisten inakzeptabel ist.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Es war aber leider auch notwendig, um Druck für den notwendigen Rücktritt zu erzeugen und um noch einmal festzuhalten, dass nur, weil die AfD demokratisch gewählt wurde, sie noch lange nicht demokratisch ist – im Gegenteil.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ihre Demokratiefeindlichkeit zeigt sich in vielen Formen. Die AfD missachtet und verachtet die Regeln des demokratischen Miteinanders. Nein, politische Gegner jagt oder vertreibt man nicht. Man diffamiert sie auch nicht. Wer wie Herr Gauland erklärt, unser System als bestehendes Parteiensystem abschaffen zu wollen, stellt sich gegen unsere demokratische Ordnung.

Die AfD missachtet die universellen Menschenrechte, wenn sie Menschen anderer ethnischer Zugehörigkeit abwertet, Feindbilder konstruiert und Minderheiten zu Sündenböcken macht. Eine Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen stellt unseren humanistischen Wertekanon grundsätzlich infrage und ist daher für uns inakzeptabel.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Die AfD greift immer wieder die Presse- und Meinungsfreiheit an. Wer als Reaktion auf Kritik „Lügenpresse“ skandiert oder Andersdenkenden und Journalistinnen und Journalisten offen droht, stellt sich außerhalb eines demokratischen Diskurses.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Die AfD stellt in ihrem Programm die Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft infrage. Wer vorschreiben will, was in Theatern gespielt, in Kunstaustellungen gezeigt oder in der Wissenschaft gelehrt werden soll, stellt sich damit gegen die Grundsätze unserer Verfassung.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Genau darum, weil die AfD Verfassungsgrundsätze immer wieder offen missachtet, ist sie eine antidemokratische Partei.

Genau darum können wir auf Grundlage unserer demokratischen Werte mit dieser Partei in keiner Weise kooperieren. Diese Erkenntnis, sehr geehrte Damen und Herren, muss für uns Demokratinnen und Demokraten handlungsleitend sein. Wir müssen alles dafür tun, damit sich die Grenzen des Sagbaren nicht verschieben.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Denn mit der Verschiebung der Grenzen des Sagbaren werden am Ende auch die Grenzen des Machbaren verschoben.

Sehr geehrte Damen und Herren, hier kann es keine Neutralität der Demokratinnen und Demokraten geben. Hier müssen wir gemeinsam Flagge zeigen.

Wenn wir den Blickwinkel der von Hass und Hetze Betroffenen einnehmen und sehen, dass Jüdinnen und Juden oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte jetzt darüber nachdenken, dieses Land zu verlassen, weil sie sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder machen, dürfen wir das nicht nur mit Betroffenheit zur Kenntnis nehmen. Wir müssen ihnen jetzt mehr denn je gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zeigen: Wir sind mehr, und wir stehen an eurer Seite.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dass die demokratischen Fraktionen heute dazu ein klares Signal setzen, ist gut. Aber es reicht nicht aus. CDU und FDP müssen in ihren Parteien diese klaren roten Linien auch durchsetzen und nicht nur beschwören. Denn dem Dammbbruch von Erfurt gingen – wenn wir ehrlich miteinander sind – zahlreiche Tabubrüche nicht nur im Osten voraus. Kooperationen mit antidemokratischen Kräften auf kommunaler Ebene fanden auch schon bei uns in NRW statt. Die Positionen der sogenannten Werteunion verschieben ebenfalls in gefährlicher Weise den Diskurs nach rechts.

Die zahlreichen Stimmen aus der CDU, die sich sehr deutlich davon abgrenzen – vielen Dank, Herr Minister Laumann, für Ihre klaren und deutlichen Worte – müssen dann aber auch Folgen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der telefonische Glückwunsch des FDP-Parteivorsitzenden Christian Lindner an Thomas Kemmerich nach der Wahl zum Ministerpräsidenten und sein erstes Statement ohne eine klare Abgrenzung waren ein fatales erstes Signal und haben viel Glaubwürdigkeit verspielt.

Auch wenn die CDU-Vorsitzende vor der dann eingetretenen Situation gewarnt hat, ist aus meiner Sicht der sogenannte Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU nach wie vor nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Denn auch wenn das Kooperationsverbot mit der Linken – das gestehe ich Ihnen zu,

Herr Kollege Löttgen – aus anderen Gründen erfolgte als mit der AfD

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– ja, selbstverständlich –, führt es doch im Ergebnis zu derselben Verharmlosung von Faschisten wie Björn Höcke

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein! – Weitere Zurufe von der CDU)

und gleichzeitig zu einer Diffamierung

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

eines Demokraten wie Bodo Ramelow.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Was machen Sie da? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Sorry. Da unterscheiden sich unsere Einschätzungen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber deutlich!)

Aber das muss auch möglich sein. Einen Bodo Ramelow, so wie Sie es gerade gemacht haben, zu einem Kommunisten zu konstruieren, Herr Kollege Löttgen, ist doch absurd.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie machen sich ja selber handlungsunfähig, wenn Sie das in dieser Pauschalität tun.

Wir sind mit den Linken im Jahr 2010 auch keine Koalition eingegangen,

(Zurufe von der CDU)

weil das für uns nicht ging, weil wir keine gemeinsame Basis hatten.

(Zurufe von Christof Rasche [FDP] – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Lassen Sie es doch einfach einmal stehen. Da dürfen wir auch mal unterschiedlicher Meinung sein.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Glocke)

In dieser Pauschalität finde ich einen Unvereinbarkeitsbeschluss nicht richtig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen, lebt auch vom Wettbewerb, mitunter mit harten Auseinandersetzungen, aber doch immer mit Respekt vor der Meinung anderer und ohne Diffamierungen und Beleidigungen oder gar Drohungen und Gewalt.

Deswegen – das ist mir wichtig – möchte ich mich heute noch einmal gerade an die Adresse der FDP-Kolleginnen und -Kollegen wenden und sagen: Es ist auch für mich unerträglich, dass Thomas Kemmerich oder andere FDP-Politikerinnen und -Politiker im

Wahlkampf, beispielsweise in Hamburg, jetzt Bedrohungen ausgesetzt sind und übelst beschimpft oder beleidigt werden. Auch hier müssen wir Demokratinnen und Demokraten unsere Solidarität zeigen

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

und diese Grenzüberschreitungen gemeinsam ächten.

Thüringen war ein Schock für die meisten von uns. Aber mein Vertrauen in unsere Demokratie ist nicht fundamental erschüttert.

Gerhart Baum spürte bei den Bildern aus dem Erfurter Landtag einen Hauch von Weimar. Doch dann meldete sich eine starke Zivilgesellschaft auf der Straße und im Netz lautstark zu Wort. Unsere Pres-selandschaft prangerte unisono den „Handschlag der Schande“ – so der Titel von „BILD“ und „EXPRESS“ am 6. Februar 2020 – an.

Präsident André Kuper: Ihre Redezeit.

Monika Düker (GRÜNE): Viele Kolleginnen und Kollegen aus CDU und FDP machten ebenfalls in den vergangenen Tagen und auch heute wieder unmissverständlich und deutlich klar, dass rote Linien überschritten wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank dafür. All diejenigen haben diesen Hauch von Weimar mit einem Sturm der Entrüstung weggeblasen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzter Satz: Trotzdem dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie ist doch kein Geschenk, das, einmal angenommen, wie selbstverständlich erhalten bleibt. Sie muss von Politikerinnen und Politikern und vor allen Dingen auch von den Bürgerinnen und Bürgern, von der Zivilgesellschaft, jeden Tag mit Leben gefüllt und leider in diesen Zeiten mehr denn je verteidigt werden.

Vielen Dank an alle, die das heute unmissverständlich klargemacht haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Als nächstem Redner erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Herrn Pretzell das Wort.

Marcus Pretzell¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass nach meiner Meinung die Vergleiche der Wahl

von Herrn Kemmerich mit Weimar deshalb unange-messen sind, weil an dieser Stelle in der Tat eine ext-remistische Partei in Thüringen einen Demokraten gewählt hat und eben nicht andersherum die FDP Herrn Höcke gar zu einem Ministeramt verholten hat. Wenn das so gewesen wäre, wären diese Vergleiche sehr richtig. Dann hätte das auch mir große Angst gemacht. Aber die Wahl von Herrn Kemmerich, ohne dass die Absicht bestand, die AfD in Ministerämter und Verantwortung zu hieven, mit Weimar zu verglei-chen, ist hier fehl am Platz.

Ob es eine gute Idee war, ausgerechnet in Thürin-gen, im Landesverband von Herrn Höcke, diesen Tabubruch zu wagen, kann man bezweifeln. Aber – das sei bitte auch an SPD und Grüne adressiert – wenn sich SPD und Grüne in der scheinbaren Gewissheit, dass CDU und FDP genau das nicht wagen werden, darauf festlegen, Herrn Ramelow zu wählen, haben sie mit dazu beigetragen.

(Nadja Lüders [SPD]: Ah!)

Denn es hätte sehr wohl auch an SPD und Grünen gelegen, einen Ministerpräsidenten Mohring und da-mit einen Mann der Mitte zu wählen. Das hat man nicht gemacht. Insofern haben Sie auch ein bisschen etwas zu diesem Durcheinander beigetragen.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt wird so getan, als sei man ganz plötzlich in diese Situation hineingeschlittert. Daher möchte ich an 2017 erinnern, als Herr Lindner übrigens als Frak-tionsvorsitzender hier in Landtag gesessen hat.

Da ist öffentlich geworden, dass die AfD – damals war ich noch Fraktionsvorsitzender – überlegt hat, Herrn Laschet zu wählen. In der Tat gab es die Über-legung, dass wir ankündigen, Herrn Laschet mit 16 Mann zu wählen. Aber er hätte nur 15 Stimmen be-kommen.

Was hätten Sie denn gemacht, wenn Herr Laschet hier mit 115 Stimmen gewählt worden wäre und 100 Gegenstimmen bekommen hätte? Sie hätten sich vielleicht keine Sorgen gemacht. Sie wären Minister-präsident gewesen. Sie hätten das Amt auch antre-ten müssen. Aber glauben Sie wirklich, dass Rot und Grün der Versuchung widerstanden hätten, Sie als ersten AfD-Ministerpräsidenten zu diffamieren?

(Michael Hübner [SPD]: Bei 199 klappt das nicht! Laschet hat eine eigene Mehrheit!)

Hätten sie nicht! Ich kann Ihnen nur eines sagen:

(Unruhe – Glocke)

Fangen Sie an, sich Gedanken darüber zu machen, was in solchen Fällen passiert. Das ist in jedem Stra-tegiepapier der AfD, das seit Herbst 2015 öffentlich geworden ist, erklärt worden. Machen Sie sich dar-über Gedanken.

(Nadja Lüders [SPD]: Nicht nur in Geschichte, sondern auch in Mathe nicht aufgepasst!)

Eines, Herr Laschet, will ich Ihnen auch sagen – das hat eine gewisse Ironie –: Seien Sie Herrn Blex dankbar, der das damals verhindert hat; denn Ihre Chancen, Kanzler zu werden, stünden heute möglicherweise schlechter.

(Michael Hübner [SPD]: Er ist dann nach Syrien gefahren! – Nadja Lüders [SPD]: Man muss nicht alle Geschenke annehmen!)

Herrn Blex gebührt die zweifelhafte Ehre, in der AfD erklären zu müssen, warum Herr Laschet jetzt der aussichtsreichste Kandidat für das Kanzleramt ist. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von Alexander Langguth [fraktionslos] – Michael Hübner [SPD]: IM Pretzell!)

Präsident André Kuper: Als nächstem Redner erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es kann keinen liberalen Ministerpräsidenten geben, der von der AfD ins Amt gewählt wird.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Das habe ich persönlich, aber auch im Namen der Freien Demokraten Nordrhein-Westfalens nach der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen klar geäußert und dabei den Rücktritt von Thomas Kemmerich gefordert.

Der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Christian Lindner, hat bereits in seinem ersten Statement nach dem Wahlvorgang klar erklärt, Frau Düker, er könne nicht Vorsitzender einer Partei sein, die in irgendeiner Weise mit der AfD zusammenarbeite. Er hat sein Amt in die Waagschale geworfen und ist am Tag nach dem Wahlvorgang nach Erfurt gereist. Er konnte die Thüringer Fraktion und Thomas Kemmerich überzeugen, zurückzutreten und eine Auflösung des Landtags zu beantragen. Das war zwingend notwendig.

Christian Lindner hat, was unter Spitzenpolitikern leider eine Seltenheit ist, eigene Fehler in der Lagebeurteilung zu Thüringen eingeräumt. Aber, Frau Kollegin Düker, er hat immer – in der Vergangenheit genauso wie jetzt – unmissverständlich klargestellt, dass eine Kooperation mit der AfD, sei sie gewollt oder zufällig, für die Freien Demokraten völlig ausgeschlossen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben hier einen einzigartigen Vorgang in der jüngeren Parlamentsgeschichte. Die AfD hat einen Strohmann als Kandidaten aufgestellt. Sie hat das Parlament damit bewusst getäuscht. Das war keine demokratische Wahl, es war ein Anschlag auf die Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Anstatt uns jetzt unter uns Demokraten zu zerlegen, sollten wir uns gemeinsam wehren gegen diejenigen, die unsere Demokratie und die offene Gesellschaft zerstören wollen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Vertreter der demokratischen Parteien ein so erbärmliches Bild abgeben wie Sonntagabend bei Anne Will. Demokraten delegitimieren sich, und die Rechtsradikale Alice Weidel sitzt grinsend daneben. Ich habe mich dafür geschämt.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wenn wir Demokraten uns jetzt wegen des Fehlverhaltens in Thüringen auseinanderdividieren, dann gewinnen am Ende die Rechtsextremen. Dann geht die Strategie der AfD auf.

Ich will ausdrücklich sagen, was dieses Haus angeht: Es hat mich berührt, dass Sozialdemokraten, beispielsweise Wolfgang Jörg und Dennis Maelzer, in der vergangenen Woche zu mir gekommen sind und mir verdeutlicht haben, wie sie mitfühlen in einer Situation, in der Einzelne den Ruf einer ganzen Partei beschädigen.

Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion berichteten von ähnlichen Gesprächen mit Abgeordneten von SPD und Grünen in diesem Haus.

Auch mit Blick auf Ihre Rede, Herr Kollege Kutschaty, möchte ich sagen: Das waren persönliche Gesten, die wir nicht vergessen werden.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Die Kritik und die Proteste gegenüber dem Wahlvorgang in Thüringen waren berechtigt und notwendig. Sie zeigen die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie.

Wir haben keine Weimarer Verhältnisse. Aber wir dürfen auch nicht zulassen, dass sich durch das schleichende Gift von Hass und Hetze unsere Gesellschaft in eine solche Richtung verändert.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP – Lachen von Christian Loose [AfD])

Darum darf die bürgerliche Mitte nicht ambivalent sein. Für mich und für uns ist es – ich will es in aller Deutlichkeit sagen, Frau Kollegin Düker hat es eben auch angesprochen – nicht erträglich, wenn jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger und solche mit Ein-

wanderungsgeschichte aus Angst vor den Wahlergebnissen der AfD ernsthaft erwägen, unser Land zu verlassen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Die AfD in diesem Hause – das dokumentiert der heutige Tag eindrücklich – hat sich mit dem Faschisten Höcke gemein gemacht.

Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen thüringischen und nordrhein-westfälischen Faschisten.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dass der braune Spuk hier 2022 beendet wird.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Alexander Langguth [fraktionslos] – Zuruf von Christian Loose [AfD] – Roger Beckamp [AfD]: Herr Kuper!)

Dazu gehört, dass wir den Teil der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen, der nicht rechtsextrem ist und der aus Protest die AfD gewählt oder ihren Rassismus und ihre Gefahr nicht durchschaut hat.

(Andreas Keith [AfD] begibt sich zum Präsidium und redet auf Präsident André Kuper ein. – Sarah Philipp [SPD]: Was macht er denn da? Der soll mal weggehen!)

Dazu müssen wir mit einer gemeinsamen Haltung klarmachen: Wer heute noch AfD wählt, wählt Faschisten. Wer zukünftig noch AfD wählt, macht sich mitschuldig.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, Sie können mich gerne verklagen. Dem sehe ich gelassen entgegen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich wiederhole noch einmal: Die Kritik und die Proteste gegenüber dem Wahlvorgang in Thüringen waren nicht nur berechtigt, sondern notwendig. Aber es ist auch ein Gebot der Stunde, dass wir nicht zulassen dürfen, dass ganze Parteien in Haftung genommen werden für das Fehlverhalten Einzelner.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Oh!)

Wir dürfen aber auch nicht zulassen, dass Linksradi-kale die Gunst der Stunde nutzen, um nicht nur mit Gewalt gegen ehrenamtliche Freie und Christdemokraten vorzugehen,

(Christian Loose [AfD]: Das hat Sie doch nie interessiert, Herr Stamp!)

sondern in Wahrheit die Systemfrage zu stellen. Ächten wir jede Form der Gewalt, und dazu gehört auch die Bedrohung der Familie Kemmerich.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Marcus Pretzell [fraktionslos])

Auch ein noch so kapitaler politischer Fehler rechtfertigt nicht den Versuch, seine Existenz zu vernichten.

Meine Damen und Herren! Ich warne vor einer Gleichsetzung von AfD und Linkspartei.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Sie ist ahistorisch und wird den unterschiedlichen Herausforderungen bei der Bekämpfung des Extremismus nicht gerecht.

(Beifall von der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich warne aber auch davor, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus auszublenden, dass es in Teilen der Linkspartei – gerade hier im nordrhein-westfälischen Landesverband – erhebliche totalitäre Tendenzen, Antizionismus und auch Antisemitismus gibt.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Daniel Sieveke [CDU]: Ja!)

Das „Nie wieder“ der Demokraten muss grundsätzlich gelten, unabhängig davon, welche Farbe die Antidemokraten tragen. Unser stolzes Nordrhein-Westfalen, diese starke und vielfältige Gesellschaft, die gerade auch durch Einwanderung viel gewonnen hat, hat so viel Potenzial. Lassen Sie uns dieses Land im Wettstreit der Demokraten jeden Tag noch besser machen. Das ist unser gemeinsamer Auftrag als Demokraten hier in diesem Hause und im ganzen Land. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Für die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Frau Lüders das Wort.

Nadja Lüders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Stamp, ich danke Ihnen sehr für Ihre sehr klaren und deutlichen Worte.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde, wenn es noch eines Beweises bedarf, dass rechts in diesem Parlament Faschisten sitzen,

(Andreas Keith [AfD]: Das darf doch nicht wahr sein!)

dann muss man einfach nur die heutige Rede von Herrn Wagner noch einmal nachlesen.

(Beifall von der SPD – Andreas Keith [AfD]: Sie relativieren mit diesen Reden das Dritte

Reich! Sie verhöhnen die Opfer des Holocaust! Unglaublich!

Das, was Sie mit Ihrem Antrag tun, ist, sich in eine Opferrolle zu begeben. Sie sind nicht Opfer. Sie sind Täter!

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Andreas Keith [AfD]: Das ist doch wahnsinnig, was Sie hier tun!)

Sie sind Täter, wenn Sie die Sprache benutzen,

(Andreas Keith [AfD]: Unfassbar!)

die Ihre Vorgänger in diesem Land benutzt haben.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Wenn Sie von zwangsfinanzierten Medien, von Unterjochung, von herrschenden Klassen

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

und von abgedrängten Eliten sprechen, dann ist das die Sprache von Faschisten!

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Herr Gauland sagt: Wir werden sie jagen. – Man jagt Tiere. Man jagt keine Menschen.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Sie grenzen aus und schaffen Bilder im Kopf, wenn Sie davon sprechen, dass es Messermänner und Kopftuchmädchen sind. Sie grenzen aus!

(Beifall von der SPD – Andreas Keith [AfD]: „Bis zum Messer müssen wir sie bekämpfen“, hat der Ministerpräsident gesagt! Bis zum Messer! Unglaublich!)

Dann erklären Sie mir doch, welches Volk Sie vertreten wollen. Ihr Volk ist begrenzt. Es ist biologisch erklärt und völkisch intendiert.

(Beifall von der SPD – Christian Loose [AfD]: Wir haben mehr im Bundestag als FDP oder CDU! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Treffer, Herr Loose!)

Deswegen ist es richtig, davon zu sprechen, was in Thüringen passiert ist. Es ist ein Dammbbruch, sich gemein zu machen mit Faschisten; sich gemein zu machen mit Faschisten, um an die Macht zu kommen, um die Macht zu erlangen.

(Christian Loose [AfD]: Sie nutzen die Faschisten für Anschläge! Ihre Antifa-Freunde! – Fortgesetzt Zurufe von Christian Loose [AfD] – Gegenruf von der SPD: Rauswerfen! – Weitere Gegenrufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte dieser Stelle auf allen Seiten um Mäßigung bitten.

Sowohl bei Herrn Dr. Stamp als auch bei der Kollegin Lüders gilt, dass die Verwendung dieses Begriffs zumindest grenzwertig ist. Daher bitte ich darum, ihn nicht weiter zu verwenden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann auch auf die Formulierungen achten, Herr Präsident!)

Nadja Lüders (SPD): Ich glaube, die Erregung auf der rechten Seite zeigt, dass die Wortwahl von Herrn Dr. Stamp und vielleicht auch meine Wortwahl gerade genau ins Schwarze getroffen haben, Herr Präsident.

(Beifall von der SPD und der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich will auf das Thema „Thüringen“ zurückkommen. Was mich ernsthaft besorgt, ist, dass genau dieses Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft einsickert und salonfähig wird. Wir müssen alle miteinander hochgradig aufpassen. Dieser Dammbbruch von Thüringen und die Jubelrufe auch von Mitgliedern der Fraktionen von FDP und CDU aus diesem Hause, mit Glückwünschen beseelt zu sein für einen FDP-Ministerpräsidenten, zeigen mir nur eines: wie anfällig wir dafür geworden sind, nicht mehr mit Maß und Mitte – Herr Laschet,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

so haben Sie es ja verkündet –, sondern mit einer Grundhaltung hier vorne zu stehen und auch Äußerungen im Netz zu tätigen.

Die Dehnübungen, die die CDU gerade mit ihrer seltsam anmutenden WerteUnion erlebt,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die gehört nicht zu uns! – Bodo Löttgen [CDU]: Das ist wie ein Kaninchenzüchterverein!)

diese Dehnübungen nach rechts führen zu Haltungsschäden.

(Beifall von der SPD)

Deswegen, Herr Laumann, herzlichen Dank für Ihre Aussagen als CDA-Bundesvorsitzender. Herr Laschet, ich hätte von Ihnen als stellvertretender Bundesvorsitzender erwartet, dass Sie Ihrer noch amtierenden Bundesvorsitzenden deutlicher zur Seite gestanden hätten. Heute erwarte ich von Ihnen, dass Sie dafür sorgen, dass die WerteUnion entweder zu den Werten des Christlichen zurückfindet ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie ist kein Teil der Union!)

– Wenn sie kein Teil der Union ist, dann schließen Sie die Mitglieder aus!

(Lebhafter Widerspruch von der CDU – Zuruf von der SPD: Genau!)

Wir haben es zumindest immer wieder versucht und versuchen es weiterhin, wenn Sie auf das anspielen, worauf Sie anspielen wollen.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Unfassbar! – Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

Wir sind da sehr klar, Sie anscheinend nicht.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das hat ja mit Herrn Sarrazin auch gut geklappt!)

Herr Laschet, ich hätte mir auch gewünscht, dass dieser Ministerpräsident in diesem Land ... – Ja, am Ende waren Sie klar, es hat nur etwas gedauert. Heute sagen Sie,

(Zurufe von der CDU)

wir sollten alle nicht übertreiben. Was muss denn bitte noch passieren, damit man klar feststellt, wie man orientiert sein muss?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie konterkarieren die Rede Ihres Vorsitzenden!)

Deswegen bitte ich Sie inständig: Sorgen Sie in Ihrer Partei dafür, dass Damnbrüche nicht mehr zugelassen werden. Sorgen Sie dafür, erklären Sie heute hier, wie auch die CDU sich in Thüringen verhalten wird, so wie es die FDP sehr eindeutig getan hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Lüders. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Lüders, ich bedaure, dass Sie mit Ihrem seltsamen Auftritt die gute Rede Ihres Vorsitzenden völlig konterkariert haben

(Beifall von der CDU und der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, das tut weh!)

und damit auch den Konsens von CDU, SPD, FDP und Grünen in dieser Debatte in Teilen gefährden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese vier Fraktionen eint ja die demokratische Grundhaltung, die Wertschätzung für unseren lebendigen Parlamentarismus, für die gewachsene politische Kultur und das Eintreten für die europäische Idee. Wir lehnen gemeinsam aus voller Überzeugung die nationalistische Engstirnigkeit, die Verachtung der demokratischen Institutionen, die teils rassistische Wortwahl und auch die hier im Plenum permanent zutage tretende schlechte Laune dieser AfD ab. Das tun wir gemeinsam.

(Beifall von der CDU und der FDP – Roger Beckamp [AfD]: Schlechte Laune?)

Wie politisch verkommen die AfD ist, zeigt doch das Beispiel Thüringen: Einen eigenen Kandidaten aufzustellen und diesen dann nicht zu wählen, ist doch das Paradebeispiel dafür. Das zeigt doch: Nicht jeder, der demokratisch gewählt ist, ist im Inneren auch ein Demokrat.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vor wenigen Wochen hat hier im Landtag die beeindruckende Gedenkstunde zur Befreiung von Auschwitz stattgefunden. Keinen Meter von meinem Sitzplatz entfernt hat jemand gegessen, der dieses Grauen überlebt hat und mit über 90 Jahren mit seinen Enkeln aus den USA zu diesem Anlass nach Düsseldorf gekommen ist – was für eine menschliche Größe!

Und wie klein und erbärmlich ist es, dass hier eine Fraktion sitzt, deren wichtige Repräsentanten in der Partei von einem Mahnmal der Schande, von der NS-Zeit als Vogelschiss, von einer erinnerungspolitischen Wende fabulieren. Das ist absolut unterirdisch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Alexander Langguth [fraktionslos])

Die Gemeinsamkeit der vier Fraktionen – das haben wir auch in unterschiedlichen gemeinsamen Initiativen deutlich gemacht – umfasst folgende Punkte: gegen europafeindlichen Populismus, gegen all diese Dinge, die von der AfD kommen, für ein europäisches Verständnis, für eine Zusammenarbeit und auch im Übrigen für die Einrichtung einer Antisemitismusbeauftragten. Deshalb ist für meine Fraktion, aber auch für diese Koalitionsfraktionen völlig klar, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD gibt, an keiner Stelle und zu keinem Zeitpunkt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

An dieser Haltung hat es seit Mai 2017 keine Sekunde Zweifel gegeben, und das bleibt auch so.

Dann will ich noch etwas sagen. Es ist ja so, dass neben dem Antrag auf diese Aktuelle Stunde auch ein Eilantrag eingereicht worden ist, in dem die SPD formuliert: Ebenso darf es keine Gesetzesbeschlüsse im hiesigen Landtag geben, die nur durch die Stimmen von AfD-Abgeordneten eine Mehrheit gefunden haben.

Ich will an dieser Stelle vorsichtig auf die Risiken und Nebenwirkungen hinweisen, und zwar auf die jenseits der verfassungsrechtlichen. Auch diesbezüglich gilt nämlich, dass nicht alles, was gut gemeint ist, auch gut gemacht ist.

Was machen Sie denn, wenn bei einem Gesetzentwurf von SPD und Grünen – beispielsweise, wenn Sie Ihren Entwurf zum KAG einbringen – beim Hammsprung oder der namentlichen Abstimmung Abgeordnete von uns fehlen? Ihr Gesetz wäre dann so beschlossen, wie Sie es nicht wollen, nämlich mit Stimmen der AfD. Ich kann Sie aber beruhigen: Wir haben nicht vor, hier irgendeine Abstimmung zu verlieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich weise nur darauf hin, dass wir bei all den Dingen, die wir hier gemeinsam und richtigerweise tun – und deshalb bedaure ich noch einmal, dass Frau Lüders dies eben infrage gestellt hat; die WerteUnion ist kein Teil der CDU; das weise ich für meine Fraktion deutlich zurück –,

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

gemeinsam Verantwortung tragen und immer auch deutlich machen werden, wo in diesem Hause die Gegner der Demokratie sitzen.

Minister Stamp hat richtigerweise gesagt, dass wir alle gemeinsam einen Beitrag dazu leisten sollten, dass diese wieder von hier verschwinden. Bei denen, die ansonsten Lehrer wären, bin ich ganz froh, dass sie sich nicht in Klassenräumen, sondern hier im Plenarsaal aufhalten.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie haben ja den Antrag zu einer Enquetekommission zum Thema „Einsamkeit“ eingereicht.

(Heiterkeit von der CDU)

Ich finde, dass das ein wenig die Bewältigung des eigenen Traumas ist, weil Sie hier im Haus mit Ihrer Haltung zu Recht einsam sind. AfD wählen macht einsam, und das ist richtig so.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Zu Ihrer Herumjammerei will ich Ihnen sagen: Ihnen werden hier alle Ihnen zustehenden parlamentarischen Rechte gewährt. Sie sitzen mit Vertretern Ihrer Fraktion in unterschiedlichen Gremien – sogar beim WDR, den Sie abschaffen wollen. Ihre Leute sitzen – hochdotiert – mit in den Gremien. Es ist doch abenteuerlich, wenn Sie sich hier als Opfer von Altparteien, einer Mehrheit und sonst was aufführen. Abenteuerlich!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich wünsche mir deshalb, dass sich die Einmütigkeit, die ich in vielen Teilen dieser Debatte wahrgenommen habe, fortsetzt und wir in diesem gemeinsamen Kampf gegen rechten und linken Extremismus, der in

der Tat unterschiedlich ist, als demokratische Fraktionen beieinander bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich dankbar für die klaren Worte von CDU und FDP und auch für die klare Haltung, die sie hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen zeigen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Uns eint wohl, dass wir über diesen Vorfall in Thüringen erschüttert sind. Es war eine demokratische Wahl. CDU und FDP in Thüringen haben die Strategie der AfD nicht durchschaut. Der FDP-Kandidat wurde mit den Stimmen einer rechtsextremen AfD gewählt.

Im Übrigen glaube ich eigentlich nicht, dass es ein Unfall oder ein Zufall war. Aus meiner Sicht musste man ja durchaus damit rechnen. Umso größer ist doch jetzt der Schaden. Umso größer ist meiner Meinung nach jetzt auch der Auftrag an uns als Demokratinnen und Demokraten, wachsam zu sein – auch in Bezug auf parlamentarische Prozesse.

Uns treibt wohl alle um, was Thüringen mit uns, mit unserer parlamentarischen Demokratie macht. Ich denke, es ist wichtig, den Blick ein Stück über unsere Parlamente hinaus auszuweiten. Seit letzter Woche treibt mich wirklich die Frage um, was diese Zäsur, dieser Dambruch – wie auch immer man es nennen mag –, diese Wahl eines Ministerpräsidenten mit Stimmen einer rechtsextremen, faschistischen, völkischen AfD in Thüringen mit Menschen in unserer Gesellschaft macht, die Minderheiten angehören.

Herr Stamp und auf Frau Düker haben eben schon darauf hingewiesen: Was macht das eigentlich mit Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft? Was macht das mit Personen, deren Opa aus der Türkei kommt, deren Mutter aus der Türkei eingewandert ist oder die schwarz sind? Was macht das mit Minderheiten in unserer Gesellschaft? Wie gehen diese Personen damit um?

Wir haben gemeinsam viel über das Thema „Antisemitismus“ sowie darüber diskutiert – das hat uns wohl alle bewegt –, dass Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft darüber nachdenken, auszuwandern. Was macht es mit ihnen, wenn sie eine Kontinuität rechtsextremer Entwicklungen in diesem Land erleben – den NSU, den Anschlag auf die Synagoge in Halle im vergangenen Jahr, die steigende Anzahl

rechtsextremer Straftaten, die Verschiebung von Sagbarkeitsgrenzen, die schon lange verschoben sind, und den Rechtsruck in unserer Gesellschaft? All das hinterlässt Spuren, insbesondere bei Personen mit Merkmalen, mit denen sie sich als zu Minderheiten in unserer Gesellschaft zugehörig fühlen.

Und dann letzte Woche die Wahl in Thüringen mit Stimmen der rechtsextremen Höcke-AfD – auch das muss hier noch einmal klar gesagt werden –: Mit diesen Stimmen wurde ein Demokrat zum Ministerpräsidenten gewählt – und dann nimmt er die Wahl auch noch an.

Ich muss klar sagen: Ich bin wirklich froh darüber, dass es diesen Widerspruch, diesen Protest aus der Zivilgesellschaft, aber auch parteiübergreifend von vielen Demokratinnen und Demokraten gegeben hat. Ich frage mich nämlich, was passiert wäre, wenn dieser Widerspruch nicht so stark gewesen wäre. Auch diese Frage muss man sich durchaus stellen. Deshalb bin ich so froh um diesen Widerspruch.

Ich bin überzeugt davon, dass Mehrheit unserer Gesellschaft nach wie vor aus Demokratinnen und Demokraten besteht. Wir als demokratisch Gesinnte sind in der Mehrheit. Ich glaube, dass wir daraus etwas machen können und müssen. Das ist unser gemeinsamer Auftrag, den wir als Abgeordnete zu erfüllen haben.

(Beifall von den GRÜNEN, Josef Hovenjürgen [CDU] und Marc Herter [SPD])

Lassen Sie uns gemeinsam an diese demokratischen Mehrheiten in diesem Land anknüpfen und für unsere Demokratie streiten! Sie ist es das wert, und da haben wir alle gemeinsam einen Auftrag zu erfüllen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Kollege Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir von der AfD-Fraktion haben heute Morgen wieder den blanken Hass gebündelt erfahren müssen, der uns immer wieder einmal aus Ihren Reihen entgegenschlägt,

(Zurufe: Oh! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und die Rede hatten Sie schon vorbereitet?)

aus den Reihen derer, die sich gerne mit dem Attribut „demokratisch“ zieren. Die Fratze dieses Hasses, aus der uns heute wieder einmal üble verleumderische Beschimpfungen entgegengeschleudert wurden, grinst uns bereits eine Woche lang aus den

Medien mit triefenden Augen und sabbernden Mundwinkeln entgegen.

(Karl Schultheis [SPD]: Genau das ist die Sprache! – Zuruf von der SPD: Da war es wieder! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dieser Hass lebt sich aus in Gewalttaten auf den Straßen mit einer tobenden Meute pöbelnder, aufgestachelter Menschen. Da hat es nach Angaben der FDP nach seiner Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten massive Angriffe auf die Familie von Thomas Kemmerich gegeben. Seine Kinder sind wegen Anfeindungen in der vergangenen Woche unter Polizeischutz zur Schule gebracht worden. Seine Frau wurde auf offener Straße angespuckt. In einem Supermarkt sei eine Art Fahndungsfoto von Kemmerich ausgehängt worden. Zudem habe es mehrfach Menschenansammlungen vor seinem Wohnhaus gegeben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ereignisse nach der Wahl von Thomas Kemmerich durch den thüringischen Landtag bilden tatsächlich eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Denn sie zerren nun auch für den schläfrigen deutschen Michel das an die Öffentlichkeit, was jeder aufmerksame Bürger bereits seit zehn Jahren hätte beobachten und wissen können: dass nämlich die Bundeskanzlerin zusammen mit linken politischen Kräften aus allen Parteien Entscheidungen trifft, die das bestehende Gesetz missachten, den Interessen Deutschlands schaden und die Meinung der Bürger und Bürgerinnen mit Füßen treten.

(Beifall von der AfD)

Da erlaubt sich also eine Bundeskanzlerin im fernen Südafrika, festzustellen – sie stellt fest! –, dass die Wahl eines Ministerpräsidenten durch frei gewählte Abgeordnete eines frei gewählten Parlaments unverzeihlich sei und rückgängig gemacht werden müsse. Solche Töne kennt man nur aus autokratischen Regimen.

(Beifall von der AfD)

Diese Aussagen entlarven die Bundeskanzlerin als eine Regierungschefin, welche aus reiner Willkür verfassungsmäßig abgelaufene Prozesse abwertet und unter Umgehung von Gesetzen eigenmächtig zerschlägt. Solch ein Vorgehen nennt man „Revolution“, wenn es von Volksgruppen ausgeht. Man nennt es „Putsch“, wenn eine Machtclique im Umfeld des Regierenden Gesetze und vielleicht auch den Machthaber aushebelt, und man nennt es „Staatsstreich“, wenn die oberste Führung die Gesetze und die Selbstbestimmung des Wählers aushebelt.

(Beifall von der AfD)

Frau Merkel hat von Südafrika aus eine Aktion ausgeführt, die Merkmale eines Staatsstreiches enthält.

(Beifall von der AfD – Lachen)

Wenn wir ein Parlament in Berlin hätten und nicht eine Ansammlung von Höflingen, würde jetzt die Abwahl der Bundeskanzlerin auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall von der AfD – Karl Schultheis [SPD]: Das ist die Sprache! – Zuruf von Nadja Lüders [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

Aber – und das wird auch für jeden offenbar – die bürgerlichen Kräfte in der CDU und in der FDP haben sich von wenigen Ausnahmen abgesehen vollständig dem linken Machtkartell unterworfen, in dem die alte kommunistische Partei, die SED, jetzt Linke, den Ton angibt.

Herr Rasche, ich muss sagen, ich habe mich für Sie geschämt, wie Sie sich in einer kriecherischen Art und Weise diesem Mainstream unterwerfen.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Daher erklärt sich auch die Beschimpfung der AfD als „Faschisten“.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist per Urteil anerkannt!)

Die Menschen müssen wissen: Das war das Narrativ der DDR. Jeder, der die menschenverachtende marxistisch-leninistische Ideologie nicht anerkannte, wurde als „Faschist“ bezeichnet, und genau dieses DDR-Narrativ haben Sie in die Bundesrepublik Deutschland transportiert. Sie sollten sich einfach schämen.

(Beifall von der AfD)

Diesen Klassenkampf setzt die SED nun im vereinigten Deutschland weiter fort. Aber der Zivilisationsbruch besteht eben darin, dass sich die ehemaligen bürgerlichen Gegner dieser menschenverachtenden Ideologie unterworfen haben und mitmachen bei der Diffamierung der einzigen bürgerlichen Partei, die sich gegen die Rückkehr des Sozialismus unter anderen Vorzeichen wehrt, und das ist die AfD.

(Beifall von der AfD)

Ich sage Ihnen – ich komme zum Schluss meiner Rede –, mit wem Sie sich da einlassen. Schauen Sie sich mal den Aufruf des Kreisverbandes Sonneberg von 1946 an. Dort wirbt man um ehemalige idealistische NSDAP-Mitglieder und sagt:

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): Wenn ihr den Sozialismus gut findet, dann kommt zu uns. „Denn was Hitler Dir versprochen hat und niemals hielt, das wird Dir die SED geben“. – Das sind die Leute ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen (AfD): ... von der SED, die sich jetzt Linke nennen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Redezeit!)

und mit denen arbeiten Sie zusammen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war der Abgeordnete Seifen von der AfD-Fraktion. – Für die Landesregierung hat jetzt der Ministerpräsident das Wort.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben im vergangenen Jahr Hass und Hetze, Antisemitismus und Rassismus in einem so starken Maß erlebt, wie wir das bisher nicht kannten. Wir haben Todeslisten von Neonazis erlebt. Cem Özdemir hat Morddrohungen erhalten und steht unter Polizeischutz. Wir haben hier im vergangenen Plenum über Bürgermeister gesprochen, die mit zunehmenden Bedrohungen befasst sind, die zum Teil resignieren und nicht mehr kandidieren. Von denen, von denen wir vielleicht gar nicht erfahren, die in ihrem Kopf sagen: „Ich tue mir das nicht an und kandidiere“, wissen wir gar nichts. Aber ich glaube, auch die wird es geben.

Dann haben wir einen politischen Mord erlebt – von rechts auf Walter Lübcke. Es war übrigens nicht der erste rechtsextreme Mord. Der NSU ist durch Deutschland gezogen und hat Menschen auch in Nordrhein-Westfalen ermordet, und keiner hat es wahrgenommen, und keiner hat getrauert.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Keiner hat Staatsakte gemacht, sondern man hat sogar noch die Familien verdächtigt und an Gardinen untersucht, ob dort möglicherweise Drogenspuren zu finden sind. Das ist auch kein rühmliches Kapitel, diese ersten zehn Jahre der 2000er. – Aber jetzt ist ein politischer Mord auf einen Mandatsträger des Staates von rechts erfolgt.

Von links gab es einen RAF-Terrorismus, aber von rechts ein Novum nach 70 Jahren. Den Anschlag auf die Synagoge in Halle und vieles andere mehr haben wir erörtert. Das hat das Klima vergiftet. Die AfD hat ihren Teil dazu beigetragen, insbesondere der sogenannte Flügel, der auf Tabubrüche spezialisiert ist,

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

der Sprache verändert, der Grenzen verschiebt, der Fake News ausbreitet, der Ressentiments schürt. Das ist die eigentliche Quelle dessen.

Ausgerechnet in dem Land, wo dieser Flügel den Parteivorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden stellt, findet dieser Tabubruch statt, wo die Grenzen zwischen AfD und Rechtsextremen wie Pegida, Identitäre Bewegung, gewaltbereite Neonazis fließend sind, wo Akteure, die am Mord auf Walter Lübcke beteiligt waren, plötzlich auf Demonstrationen zu sehen sind. Es hat dort also eine fließende Entwicklung stattgefunden.

Deshalb ist es gut, dass heute der Landtag auch bei unterschiedlichen Nuancen und Qualitäten in den Redebeiträgen jedenfalls in einem klar ist: Wir wollen keinerlei Kooperation, Zusammenarbeit, Duldung, auch nichts Zufälliges. So etwas wird es in Nordrhein-Westfalen nie geben. Das ist die Botschaft an Sie.

(Lebhafter Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich kenne Thomas Kemmerich. Er war bei mir auf der Schule. Das ist kein Rechter. Aber die Entscheidung nach der Wahl, diese anzunehmen, das ist der Tabubruch. Wie stark wäre denn das Signal gewesen, zu zeigen: Wir hätten eine Mehrheit, wir nutzen sie aber nicht. – Ganz Deutschland hätte ihm hohe Anerkennung geschuldet.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es war genau dieser Fehler, die Wahl anzunehmen.

Aber – ich teile das, was Herr Kutschaty sagte – es hat die Zivilgesellschaft stärker gemacht. Es hat gezeigt: Wir lassen uns das nicht gefallen. – Menschen in ganz Deutschland, auch in Nordrhein-Westfalen sind auf die Straße gegangen.

Deshalb bin ich eher zuversichtlich, dass jeder Wähler, der vielleicht gedacht hat, ich wähle Protest, durch die Ereignisse nach Erfurt eher wacher ist und sagt: Vielleicht sollte ich doch noch einmal darüber nachdenken, ob das eine ganz normale Partei ist oder ob nicht mehr dahintersteht.

Herr Seifen, Sie haben hier schon mal qualitätsvollere Beiträge gemacht.

(Vereinzelt Beifall – Arndt Klocke [GRÜNE]: Selten!)

Aber wenn selbst ein Mann wie Sie – über Höcke brauchen wir nicht zu reden – hier davon redet, dass im Parlament in Berlin keine Parlamentarier, sondern Höflinge sind, dann sind selbst Sie dem erlegen. Das zeigt, wie tief Ihre Partei bereits erfasst ist von diesem Hass.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Das Schlimme ist: Sie spielen mit den Institutionen. Jemanden aufzustellen, dem null Stimmen zu geben

und nachher zu erklären: „Wir haben den Leim ausgelegt, Herr Kemmerich ist uns auf den Leim gegangen“, das ist das Gefährliche. Nicht klare Meinung: hier Sie, da wir, dann wird abgestimmt, die Mehrheit entscheidet.

Matthias Kerkhoff hat es deutlich gemacht: Sie sind hier in allem parlamentarisch beteiligt. Sie sind kein Opfer. Die Landesregierung informiert Sie über alles. Über jeden Akt, über den wir informieren, wird auch die AfD informiert. Da sind Sie natürlich mit dabei.

Aber dieses Verächtlichmachen, dieses Tricksen, dieses Auf-den-Leim-Gehen: Dass mehrere Mitglieder der Bundesregierung und eine CDU-Parteivorsitzende ihre Funktion verloren haben, das freut Sie geradezu, weil Sie den Spaltpilz in die demokratischen Institutionen gelegt haben. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Nun sagen viele – das ist, glaube ich, der Kern –, das ist wie Weimar. Herr Pretzell hat gesagt, es ist nicht ganz wie Weimar, weil nicht der Neonazi, der Nazi oder der Falsche gewählt wurde, sondern er von diesen unterstützt wurde. Insofern hinkt jeder Vergleich. Es ist auch nicht vergleichbar mit Nationalsozialisten. Das würde den Holocaust relativieren.

Aber eines muss man sich noch mal ins Bewusstsein rufen: Bei der Reichstagswahl 1932 haben die Nationalsozialisten 33 % der Stimmen erhalten. Und 66 %, eine Riesenmehrheit, standen woanders. Im Januar nach der Wahl wurde Hitler Reichskanzler. Und dann waren die ersten Sozialdemokraten und Kommunisten schon in den Gefängnissen. Dann gab es noch einmal eine Reichstagswahl, im März 1933. Trotz des Drucks waren es nur 43 %. Es hätte immer noch eine Mehrheit dagegen gegeben.

Deshalb ist das das Problem. Wenn Institutionen wegbrechen, der Reichstag brennt, das Parlament nicht mehr tagt, eine unabhängige Justiz nicht mehr da ist, eine freie Presse begrenzt ist, dann beginnt das, was dann in der Endkatastrophe dessen endet, woran wir am 75. Jahrestag hier gedacht haben, nicht am Anfang, aber am Ende.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Wehret den Anfängen!)

Deshalb muss unsere offene Gesellschaft diese Gefahr sehen. Wir dürfen denen, die das so spielen, keinen Handbreit Boden geben. Wir sind seit 70 Jahren ...

(Anhaltender Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Dieses Land tut das vielleicht noch mehr als andere. Hier ist Ihr Anteil in der Bevölkerung glücklicherweise mit am geringsten in ganz Deutschland. Das ist eine nordrhein-westfälische Tradition, wo wir jederzeit zwischen den demokratischen Parteien harte Streits

haben, aber wo wir in einem einig sind: nie wieder eine rechte Machtergreifung in Deutschland. Da sind wir einig, und dafür stehen wir!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich nach der beeindruckenden Rede des Ministerpräsidenten nicht noch einmal zu Wort gemeldet, wenn es bei zwei Wortmeldungen nicht Korrekturbedarf gäbe.

Die erste Korrektur bezieht sich auf Ihre Rede, sehr geehrte Frau Kollegin Lüders. Die sogenannte WerteUnion ist ein eingetragener Verein. Sie ist kein Teil der CDU. Sie ist eine medial aufgepumpte Miniorganisation, die Lichtjahre von Einfluss auf die Politik der CDU entfernt ist.

Als ehemaliger Generalsekretär der Partei und jemand, der Parteiausschlussverfahren geführt hat, bin ich zwar dankbar für Hinweise, aber bringen Sie vielleicht erst mal Ihre eigenen Parteiausschlussverfahren zu Ende, bevor Sie von uns welche fordern.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Der zweite Hinweis richtet sich an Sie, sehr geehrte Frau Düker. Sie haben die Gemeinsamkeit der Demokraten in diesem Haus beschworen, und diese Gemeinsamkeit hat fast bis zum Ende Ihrer Rede gereicht – fast.

Sie haben mir Pauschalierungen bei der Beurteilung der AfD und der Linken vorgeworfen. Ich habe versucht, in der knappen, mir zur Verfügung stehenden Zeit deutlich zu machen, dass für uns AfD und Linke nicht gleichzusetzen sind. Mein Versuch der Differenzierung hat Sie nicht erreicht. Ich lasse mir und meiner Fraktion von Ihnen keinen Maulkorb verpassen, wenn es darum geht, Feinde der Demokratie aus dem rechten und aus dem linken Lager zu kritisieren und zu bekämpfen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ihre geradezu unfassbare Behauptung, unser Kampf gegen alle Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung führe – ich zitiere – im Ergebnis zu einer Verharmlosung von Faschisten wie Björn Höcke und zu einer Diffamierung eines Demokraten wie Bodo Ramelow, weise ich in aller Schärfe für mich und für meine Fraktion zurück.

(Beifall von der CDU, der FDP und Alexander Langguth [fraktionslos])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, „Aktuelle Stunde“, und rufe auf:

2 Wohnraumförderung der Landesregierung – Gestern noch am Abgrund, heute schon einen Schritt weiter? Der Niedergang des öffentlich geförderten Mietwohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen muss aufgehalten werden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8591 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Becker das Wort. Bitte schön.

(Unruhe – Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal.)

Ich empfehle, einen kleinen Moment zu warten, bis die Kolleginnen und Kollegen, die diesem Teil der Plenarsitzung jetzt gerade nicht folgen können, den Raum verlassen haben.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Sie alle kennen diesen amerikanischen Spielfilm, zu dessen Beginn der Hauptdarsteller immer wieder im gleichen Setting aufwacht und offenbar in einer Zeitschleife steckt.

Das ist, seit CDU und FDP regieren, bei den Jahresergebnissen der öffentlichen Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen im Segment „Mietwohnungsbau“ ähnlich. Der Unterschied zum Film ist allerdings, dass das überhaupt nicht zum Lachen ist.

So müssen wir uns auch heute mit dem Niedergang des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen beschäftigen, zu verantworten von einer Landesregierung aus CDU und FDP, der dieser Teil der Wohnraumförderung scheinbar nicht wichtig genug ist.

(Beifall von der SPD)

Andernfalls wären mehr Aktivitäten und Anstrengungen zur Verbesserung der Lage erkennbar.

Stattdessen haben, Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, den Mieterinnen und Mietern in diesem Land den Kampf angesagt. In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie gleich zu Beginn Ihrer Regierungszeit dem landesrechtlichen Mieterschutz den Kampf angesagt. Geradezu rasieren wollten Sie ihn, den Mieterschutz. So steht es geschrieben. So haben Sie es gesagt. So hätte man es früher wohl auch ausgedrückt.

Denn das halbherzige Herumlavieren der Ministerin beim Wohnungsaufsichtsgesetz und bei der Evaluation der in Rede stehenden Verordnungen hat die Verunsicherung der 10,1 Millionen Mieterinnen und Mieter nicht abgebaut – im Gegenteil. Und zurückgenommen haben Sie die Kriegserklärung an den landesrechtlichen Mieterschutz bis heute nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage es ganz deutlich: Für uns Sozialdemokraten ist der Mieterschutz unverzichtbar, wenn es darum geht, bezahlbaren Wohnraum in unserem Land anzubieten.

(Beifall von der SPD)

Ihr Credo, dass der Markt alles regelt, dass man den Markt nur entfesseln müsse, dass man nur bauen lassen müsse, wenn man die Probleme der Wohnraumversorgung und der Mietpreisentwicklung lösen wolle, ist doch krachend gescheitert.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Realität nach drei Jahren Ihrer Regierung zeigt, dass der Wohnraumangel und auch die Mietpreise in den Städten weiter steigen und dass bezahlbares Wohnen immer mehr zur Mangelware wird. Vor diesem Hintergrund ist der Niedergang des Mietwohnungsbaus, den CDU, FDP und Frau Ministerin seit drei Jahren zu verantworten haben, ein Skandal.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen doch noch einmal festhalten: Das Recht auf Wohnen ist fester Bestandteil der internationalen Menschenrechte. Ich zitiere aus Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen (...).“

Dieses Recht lösen wir in Deutschland nicht ein. Die Anzahl der wohnungslosen Menschen ist in Deutschland auf fast 700.000 gestiegen; so schreibt es die „ZEIT“ im November des letzten Jahres. Das entspricht einem Anstieg um 4,2 % zum Vorjahr, und nach Untersuchungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe ist die Tendenz steigend.

Im Hinblick auf die Ursachen führt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in dem „ZEIT“-Artikel weiter aus, dass die Hauptgründe für die steigende Zahl der Wohnungslosen in dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum und dem schrumpfenden Bestand an Sozialwohnungen liegen. Wenn das keinen Anlass zur Sorge gibt, dann weiß ich es auch nicht.

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

In Nordrhein-Westfalen fallen Jahr für Jahr zwischen 13.000 und 15.000 öffentlich geförderte Mietwohnungen aus der Preisbindung. Dem haben Sie, Frau Scharrenbach, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die Sie die Wohnungspolitik der Landesregierung hier zu vertreten haben, einen Rückgang beim Bau von mietpreisgebundenen Mietwohnungen in Höhe von 41 % in drei Jahren entgegensetzen: von 9.301 Wohneinheiten in 2016 – die Tendenz war damals steigend – auf 7.230 Wohneinheiten nach Ihrer Regierungsübernahme in 2017, auf 6.159 Wohneinheiten in 2018 auf jetzt nur noch 5.463 Wohneinheiten. Das ist ein Rückgang um 41 % in drei Jahren.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Nun haben wir in Nordrhein-Westfalen die öffentliche Wohnraumförderung. Diese hat eine gesetzliche Grundlage, das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen. Darin heißt es unter anderem – ich zitiere –:

„Ziele der sozialen Wohnraumförderung sind:

1. Wohnraum für Haushalte zu schaffen, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind ...“

Es heißt weiter:

„Bei der sozialen Wohnraumförderung und der Sicherung der Zweckbestimmungen des geförderten Wohnungsbestandes werden insbesondere Familien und andere Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung unterstützt.“

Zitat Ende.

Damit ist doch die Kernaufgabe der Landesregierung klar umrissen. Damit ist doch klar, was die erste Aufgabe der Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen ist.

Was machen Sie daraus? – Sie loben sich für Rekorde beim Bestand an Wohngebäuden, Sie loben sich für eine Steigerung der Wohneinheiten bei Eigentumsförderung, und wenn die Sprache auf den Niedergang des Mietwohnungsbaus kommt, wie zum Beispiel bei Ihrer Pressekonferenz am 7. Februar, dann sind die anderen schuld, nämlich Kommunen und Flächenmangel.

Wer muss das denn alles gängig machen? Wer gestaltet denn die Förderrichtlinien? Wer kann Einfluss nehmen, und wer hat die Pflicht, hier mehr Wohnraumförderung für bezahlbares Wohnen zu betreiben? Nutzt diese Politik der Masse der Menschen in unserem Land, den vielen, nicht den wenigen, den jungen Familien mit Kindern, den Alleinerziehenden, Geringverdienern, älteren und behinderten Menschen?

Nein, Sie fördern Jahr für Jahr munter an der gesetzlichen Kernaufgabe vorbei. Jahr für Jahr!

(Beifall von der SPD und Arndt Klocke [GRÜNE])

Solange Sie nichts daran ändern, behaupten Sie nicht weiter, dass der Mietwohnungsbau Ihre wichtigste Aufgabe sei. Das ist vorgeschoben, seit Sie an den Zahlen erkennen müssen, dass Ihre Politik der Wohnraumförderung an der Realität gescheitert ist.

Meine Damen und Herren, eine Studie der Caritas macht das Menschenrecht auf Wohnen und seine Bedeutung für die Menschen deutlich. Für 76 % der Befragten ist bezahlbares Wohnen äußerst oder sehr wichtig. Insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen bis 2.000 Euro ist das so. Die Sicherung der Wohnung als elementares Grundbedürfnis wird weit überwiegend als wichtig angesehen, insbesondere bei Menschen unter 30 und über 50 Jahren. Für 79 % der Befragten stellen hohe Wohnkosten ein erhebliches Armutsrisiko dar.

84 % der Befragten erwarten von der Politik vor allem die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, 80 % das Angebot preiswerten Wohnraums für benachteiligte Personengruppen und die Förderung von Wohnungsgenossenschaften sowie eine Mietpreisbremse in den Großstädten. Nichts von dem sind Sie in den drei Jahren Ihrer Regierungszeit durch eine zielgerichtete Förderpolitik wirklich angegangen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn es noch eines Beweises bedarf, wie Sie diese erste wichtige und vornehmste Aufgabe der Wohnraumförderung auf dem Altar Ihrer Ideologie des freien Marktes opfern,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

dann schauen Sie sich die von Ihnen selbst beschlossenen Eckwerte der Wohnraumförderung an. Danach soll das Förderbudget für den Mietwohnungsbau von 730 Millionen Euro pro Jahr in 2017 auf 710 Millionen Euro abgesenkt werden und letztlich im Jahr 2022 bei 700 Millionen Euro landen. Das ist die Wahrheit über Ihre Wohnraumförderpolitik. Sie erkennen die Zeichen der Zeit nicht. Sie machen eine Politik an der Sache und an den Interessen und Bedürfnissen der Menschen vorbei.

(Beifall von der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren von CDU und FDP, Frau Ministerin, fangen Sie endlich mit einer wirklichen Förderung des Mietwohnungsbaus an. Stärken Sie die Förderung des Mietwohnungsbaus. Modernisieren Sie die Förderrichtlinien. Ergänzen Sie die Förderung um eine gemeinwohlorientierte Förderung mit unbegrenzten Mietpreisbindungen auf Erbpachtflächen der öffentlichen Hand. Machen Sie öffentliche Wohnbauflächen des Landes gängig, und schaffen Sie mit einer Landeswohnungsbaugesellschaft endlich eine Institution, die den Kommunen

hilft, aktiv zu werden, wo aus eigener Kraft nichts möglich ist. Helfen Sie dort, wo Investoren aufgrund geringer Renditeerwartung nicht aktiv werden und trotzdem bezahlbarer Wohnraum für die Menschen dringend geschaffen werden muss.

Das ist Ihre Aufgabe. Sie haben viel zu tun. Der Niedergang des geförderten Mietwohnungsbaus muss ein Ende haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schruppf.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mit Beginn dieses Jahres legt uns die SPD ihren alljährlichen Antrag zur öffentlichen Wohnraumförderung vor,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So lange sind Sie doch noch gar nicht hier!)

dieses Mal mit der überaus kreativen Überschrift „Wohnraumförderung der Landesregierung – Gestern noch am Abgrund, heute schon einen Schritt weiter?“.

Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich kann Ihnen sagen: Ja, seit Übernahme der Regierungsverantwortung haben wir uns Schritt für Schritt vom Abgrund entfernt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, aber nach vorne!)

an den Sie unser Land in Ihrer Regierungszeit geführt haben.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Nach vorne! Nach vorne!)

Wir haben vom ersten Tag an Maßnahmen eingeleitet, um zu einem Mehr an Wohnungsbau in allen Segmenten des Marktes zu kommen. Wir haben ein Klima für den Neubau geschaffen. Statt Vermieter und Investoren durch Regulierungswahn und Zwangsmaßnahmen zu verschrecken oder zu beschimpfen, wie Rot-Rot-Grün das etwa in Berlin tut und dadurch Wohnungsbau und -investitionen abwürgt, haben wir Vorschriften entschlackt und so Investitionsanreize in unserem Land gesetzt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

So haben wir die Landesbauordnung modernisiert, den Landesentwicklungsplan zukunftsfest gestaltet, die Landesinitiative „Bau.Land.Leben“ auf den Weg gebracht und die öffentliche Wohnraumförderung mit

einem Rekordvolumen von 1,1 Milliarden Euro jährlich und zeitgemäßen, modernisierten Förderkonditionen aufgestellt.

(Sven Wolf [SPD]: Schade, dass die Wohnungen dann nicht gebaut werden, was? Das scheint ja nicht zu klappen!)

Damit haben wir ein klares, unmissverständliches Bekenntnis zum geförderten Wohnungsbau in unserem Land abgegeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU)

All diese Maßnahmen brauchen nun ohne Frage Zeit, um ihre volle Wirkung zu entfalten.

(Sven Wolf [SPD]: Die haben die Menschen im Land aber nicht! Die haben die Menschen in diesem Land nicht!)

Uns allen sollte doch klar sein, dass sich rot-grüne Missstände, die Sie über Jahre entwickelt haben, nicht innerhalb von zwei Jahren beheben lassen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rainer Schmelzer [SPD])

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen gehört, auch wenn Sie von der SPD das nicht wahrhaben wollen, bei der öffentlichen Wohnraumförderung und -mittelvergabe bundesweit

(Sven Wolf [SPD]: Zu den Abstiegsplätzen! Sagen Sie es doch!)

zu den aktivsten und erfolgreichsten Bundesländern.

(Sven Wolf [SPD]: Da klatscht nicht mal Ihre eigene Fraktion!)

So wurden im Jahr 2019 rund 940 Millionen Euro für insgesamt 8.513 Wohneinheiten im Rahmen der öffentlichen Wohnraumförderung bewilligt. Das zeigt einmal mehr, dass in unserem Land kein gutes Projekt am Geld scheitert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir nun einen Blick in den Antrag der SPD werfen, müssen wir wieder einmal feststellen, dass Sie bei Ihrer polemischen Argumentation wesentliche Tatsachen unterschlagen. Sie tun so – erneut! –, als ob die öffentliche Wohnraumförderung ausschließlich aus dem Neubau von Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau bestünde.

Doch wenn wir von einem Mehr an Wohnungsbau sprechen, müssen wir doch sämtliche Bausteine der öffentlichen Wohnraumförderung betrachten. Dazu gehören neben dem mietpreisgebundenen Geschosswohnungsbau eben auch die Förderung der Bestandsmodernisierung und die Förderung von Eigentum. So wurden allein im Rahmen der Modernisierungsförderung in 2019 für 2.296 Wohnungen

Fördermittel bewilligt. Das sind mehr als 21 % gegenüber 2018.

Durch unsere Anpassung der Förderrichtlinie wird hiermit vielen Kommunen nun die Möglichkeit gegeben, modernisierungsbedürftige Altbestände zukunftsfest zu machen und in eine neue Mietpreisbindung zu führen, und das ganz ohne zusätzlichen Flächenbedarf.

Auch im Bereich der Eigentumsförderung wurden in 2019 für 754 Wohneinheiten Wohnraumfördermittel bewilligt. Das sind rund 23 % mehr als 2018. Liebe Kolleginnen und Kollegen, übersetzt sind das 754 Familien, die sich nun mithilfe der Wohnraumförderung den Traum vom Eigentum, vom Eigenheim erfüllen können.

Auch die Menschen in diesen insgesamt über 3.000 geförderten Wohnungen in der Modernisierungsförderung, in der Eigentumsförderung erhalten mithilfe der öffentlichen Wohnraumförderung ein Dach über dem Kopf. Das ignorieren Sie hier anscheinend ganz bewusst im Sinne Ihrer polemischen Argumentation.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist schlichtweg unseriös.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Auslaufen von Sozialbindungen im geförderten Wohnungsbestand ist insbesondere auf den Verlauf früherer Förderjahrgänge sowie Eigentümerentscheidungen zurückzuführen. Da geht es uns in Nordrhein-Westfalen nicht anders als vielen anderen Bundesländern in der Republik.

Wohl ganz bewusst beginnt daher die tabellarische Aufstellung im SPD-Antrag auch erst im Jahr 2016. Erweitern wir doch einfach mal die Tabelle um den Zeitraum von 2010 bis 2015, also um den Rest Ihrer Regierungszeit. Dann wird doch schnell deutlich, dass die Zahl der geförderten Mietwohnungen im Jahr 2019 wesentlich höher lag als in weiten Teilen der Regierungszeit von Rot-Grün.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, die Schaffung von mehr Wohnraum hängt eben von vielen Faktoren ab. Die sollten auch den Kolleginnen und Kollegen der SPD bekannt sein. So fehlen mancherorts schlichtweg die personellen Kapazitäten in den Behörden, um Bauanträge schnell prüfen und dann auch Bauland auszuweisen oder entwickeln zu können. Schließlich sind bebaubare Grundstücke nach wie vor der Flaschenhals. Vielerorts sind diese, soweit sie überhaupt verfügbar sind und ihre Nutzung nicht auf erhebliche Widerstände vor Ort trifft, bei denen sich ja insbesondere die Grünen immer gern hervortun, teurer als die kompletten Baukosten.

Um dem entgegenzuwirken, unterstützen wir unsere Kommunen unter anderem durch unser Programm „Bau.Land.Leben“, das ich gerade schon erwähnt

habe. In dieser Initiative werden alle Unterstützungsinstrumente des Landes zur Mobilisierung und zur Entwicklung von Bauland unter einem Dach zusammengefasst.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die von der SPD dann wieder einmal alljährlich ins Spiel gebrachte Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft als Allheilmittel gegen Wohnungsnot kann dagegen kein wirksames Instrument sein und auch überhaupt nicht überzeugen. Wie zuvor dargestellt, fehlt es uns eben nicht an genügend Bauwilligen oder am Geld, sondern schlichtweg am Bauland. Um dieses knappe Gut müsste dann eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, wenn sie denn dann aufgebaut ist, ebenfalls konkurrieren. Diesen Weg haben die Sachverständigen in der Anhörung zu Ihrem Vorjahresantrag, der ja nahezu inhaltsgleich gewesen ist, nahezu einhellig als den falschen Weg bezeichnet, und das völlig zu Recht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Was wir aber erreichen wollen, ist die Stärkung unserer kommunalen Wohnungsbauunternehmen. Diese wissen, wo vor Ort der Schuh drückt, und können mit ihrer Expertise und der Unterstützung des Landes Lösungen für ihren Wohnungsmarkt entwickeln, ebenso wie viele private Investoren das auch können.

Sehr geehrte Damen und Herren, rund 160.000 Wohnungen sind in Nordrhein-Westfalen genehmigt oder im Bau befindlich. Anfang der Woche wurde zudem berichtet, dass die Mieten laut Frühjahrgutachten des Zentralen Immobilien Ausschusses nicht mehr so stark angestiegen sind und hier deutliche Dämpfungseffekte sichtbar sind. Das kann und sollte ein erster Schritt zur Stabilisierung des Wohnungsmarktes sein. Ja, es kann auch nur eine Momentaufnahme sein.

Fest steht aber: Auch wenn wir den Spaten hier nicht selbst in die Hand nehmen können, krempeln wir unsere Ärmel weiter hoch, um die bau- und wohnungspolitischen Herausforderungen in unserem Land Hand in Hand mit unseren Städten und Gemeinden geschlossen anzugehen. Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schruppf. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Paul.

Stephen Paul (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt hatten wir doch gerade einen Tagesordnungspunkt, bei dem wir uns bewusst gemacht haben, wie wichtig es ist,

dass wir bei allen Nuancen und Unterschieden in der Sache auch darauf achten müssen, welchen Ton wir hier anklingen lassen.

Ich bin davon überzeugt – ich glaube, das sehen auch meine Kolleginnen und Kollegen in der Freien Demokratischen Fraktion so –, dass, wer Vokabeln benutzt wie, die Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen wäre eine Kriegserklärung an den Mieter-schutz, oder wir hätten den Mieterinnen und Mietern im Land den Kampf erklärt,

(Andreas Becker [SPD]: Haben wir doch!)

oder wir würden – das war die Analogie – Menschenrechte mit Füßen treten, der betreibt das Geschäft der politischen Extremisten, um es mal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Weit hergeholt!)

Ich bin entsetzt über solche Formulierungen. Ich bin wirklich entsetzt.

Wie ist die Lage in Nordrhein-Westfalen? – Es gibt eine großzügige Wohnraumförderung, wie sie das Land lange nicht gesehen hat, mit guten Ergebnissen. Annähernd 1 Milliarde Euro – wie zu Ihren besten Zeiten – können hier als Förderung verausgabt werden.

Die Konditionen bei der Mietwohnraumförderung, bei der Eigentumsförderung, bei der Modernisierung im Bestand suchen ihresgleichen. Solche Konditionen hat die rot-grüne Landesregierung, die rot-grüne Landtagsmehrheit zu ihrer Zeit nicht geschaffen.

Man muss vielleicht mal öffentlich sagen, wie in Nordrhein-Westfalen gefördert wird. Für alle Förderdarlehen für die Dauer von 15 Jahren landeseinheitlich in allen Mietstufen, auch in Stemmweide oder an der Weser oder in der Eifel, wird der Zins auf 15 Jahre auf null Prozent gesenkt. Das Darlehen kostet nichts; man muss es aufgrund großzügiger Tilgungszuschüsse noch nicht einmal alles zurückzahlen. Erst nach 15 Jahren Bindung bekommt man eine weitere Bindung. Das differiert dann etwas. Man muss auf Jahre nur noch ein halbes Prozent zahlen für die Schaffung von Barrierefreiheit, für energetische Sanierung. Das sind großzügige zusätzliche Sonderkonditionen in allen Mietstufen.

Das ist doch eine Förderung, die deutlich macht, wie sehr wir darauf setzen, dass die Wohnraumförderung auch investiert wird von den Akteuren im Land, auf die wir setzen.

Wir setzen ausdrücklich nicht auf eine neue Landeswohnungsbaugesellschaft, die das knappe Personal, das wir im Bausektor haben, auch noch „aufsaugt“ und den kommunalen genossenschaftlichen, kirchlichen und mittelständischen Wohnungsbauunternehmen noch zusätzliche Konkurrenz um die Fördermit-

tel macht. Wir setzen darauf, diese erfahrenen Akteure in den Regionen nach Kräften zu unterstützen, die Kommunen bei der Mobilisierung von Bauland zu begleiten, wo wir jetzt von einem auf das andere Jahr den Finanzrahmen für die Fördermittel von 100 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro verdoppeln – mehr als zu rot-grünen Zeiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Bilanz lässt sich – glauben wir – unter den Umständen, in denen im Augenblick gebaut wird, doch sehen. Das muss man sachlich zugestehen. Der Wohnungsbestand befindet sich mit 9 Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen auf einem Höchststand. Wenn man weiß, dass viele Menschen mit nur geringen oder mittleren Einkünften nicht in Wohnungen mit Mietpreisbindung leben, sondern sich am freien Markt eine Bleibe suchen müssen, dann ist es eine gute Nachricht, dass wir in Nordrhein-Westfalen so viele Wohnungen haben wie noch nie.

Es sind annähernd 1 Milliarde Euro verausgabt worden, 938 Millionen Euro in 2019, noch etwas mehr als im Jahr zuvor. Wir haben damit insgesamt 8.500 Wohneinheiten fördern können. Das sind nur knapp 1,7 % weniger als im Jahr zuvor.

Warum wird das von Jahr zu Jahr weniger? – Es war auch schon zu Ihren Regierungszeiten so. Fabian Schrumpf hat darauf hingewiesen, dass auch damals von Jahr zu Jahr, abgesehen von einem Ausreißer, immer weniger Wohnungen gefördert werden konnten, weil nämlich das Bauen und auch das Modernisieren in Nordrhein-Westfalen teurer geworden sind. Das ist eine bundesweite Entwicklung.

Eine ganz einfache energetische Maßnahme beispielsweise führt schon zu starken Kostensteigerungen und auch dazu, dass Mieten gleich um durchschnittlich – so rechnet uns die Wohnungswirtschaft vor – 2 Euro pro Quadratmeter steigen.

Da sind wir an einem Punkt, lieber Herr Kollege Becker, an dem wir einen Zielkonflikt haben, weil wir einerseits etwas für den Umwelt- und Klimaschutz tun wollen, andererseits aber auch sehen müssen, dass dadurch das Bauen erheblich teurer wird und ein Druck auf die Mietpreise entsteht.

Wir nehmen Druck heraus. Fabian Schrumpf hat schon einige Beispiele genannt. Beispielsweise haben wir – Nordrhein gehört insofern zu den wenigen Bundesländern – in der von uns modernisierten Bauordnung in § 66 eine sogenannte Typengenehmigung eingeführt. Wir erleichtern also serielles Bauen. Einmal genehmigt, dann mehrfach gebaut, auch in unterschiedlichen Städten in unserem Land – das ist etwas, von dem auch die Wohnungswirtschaft sagt, es bringe uns in Nordrhein-Westfalen weiter.

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE])

Aber es tun sich schon wieder neue Schwierigkeiten auf, gegen die wir hier auch „anfordern“, um es mal so zu formulieren. Der Green Deal der neuen EU-Kommission fordert: im Gebäudebereich bis 2030 minus 40 % Treibhausgas, bis 2050 klimaneutral. Das muss man mal zu vertretbaren Baupreisen und auch zu sozial noch verträglichen Mieten schaffen.

Da helfen die Vorschläge, die Sie in Ihrem Antrag machen, unseres Erachtens wenig weiter. Nach der Überweisung in den Ausschuss werden wir das dort weiter diskutieren. Wir könnten darüber sprechen, was in Ihrem Antrag steht. Wir könnten auch darüber sprechen, was Sie uns wahrscheinlich spätestens im nächsten Jahr in den wiederkehrenden Antrag schreiben werden, nämlich die weiteren Beschlüsse Ihres Landesparteitags, in denen es um einen Mietendeckel und einen Bodenfonds geht. Das findet man schon in Ihrem diesjährigen Antrag. Das werden wir im Ausschuss noch beraten können.

Interessant ist nur, dass es offensichtlich auch in Ihrer eigenen Partei unter den Fachleuten gar keine einheitliche Meinung zur Gründung etwa einer Landeswohnungsbaugesellschaft gibt.

Anfang des Jahres hat nun auf Druck eines Parteitages in Niedersachsen die niedersächsische Landesregierung eine Kehrtwende gemacht, aber noch im November des letzten Jahres, also vor wenigen Wochen, hat Ihr Bauminister im Landtag von Niedersachsen erklärt, eine neu zu gründende Landeswohnungsbaugesellschaft hilft nicht, möglichst schnell Wohnungen zu bauen. Er ist dann unter dem Druck seiner Parteitagsbeschlüsse umgefallen und musste sich wenden.

Öffentliche Gesellschaften – wer sagt das denn? Den Beweis haben Sie noch nicht angetreten – produzieren ja nicht für die Mieterinnen und Mieter günstigeren Wohnraum. Das Land müsste Kapital geben, Grundstücke bereitstellen – Schwierigkeiten, die sich bei der Gründung einer solchen Landeswohnungsbaugesellschaft ergeben.

Vielleicht nur so viel als erste Bewertung. Wir werden über diesen Antrag nach der heutigen Überweisung im Ausschuss weiter beraten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Liebe Frau Ministerin! Anlass der heutigen Debatte ist der Niedergang der Wohnraumförderung bzw. genauer gesagt: die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen in Nordrhein-Westfalen.

Ein früherer Bundeskanzler hat einmal bei der Bilanzziehung gesagt: Entscheidend ist, was hinten rauskommt. – Die Zahlen sind eindeutig, was die letzten Jahre angeht, rückläufig.

Lieber Kollege Schrumpf, es ist nicht so, dass das bei Rot-Grün auch so gewesen wäre. Bei uns waren sie immer aufbauend, weil wir in unserer Regierungszeit erkannt haben, was die 1990er-Jahre und die 2000er-Jahre ausgemacht hat, nämlich dass der Wohnungsbau ignoriert wurde, weil man eigentlich dachte, dieses Land ist gebaut.

Es müssen sich alle Landesregierungen aus der damaligen Zeit – ob es Schwarz-Gelb oder Rot-Grün war – auf die Fahnen schreiben lassen, dass man damals zu wenig für den sozialen Wohnungsbau getan hat. Aber wir haben in unserer Regierungszeit die Trendwende hinbekommen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir haben wichtige Förderprogramme aufgelegt. Wir haben beim Bund Druck gemacht, damit endlich mehr Geld nach Nordrhein-Westfalen fließt.

Ich hatte gestern Abend noch einen Termin bei der größten kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in NRW, der GAG. Wir haben uns mit der Kölner grünen Ratsfraktion Projekte angeguckt, die in den Jahren 2014, 2015 und 2016 fertiggestellt worden sind, große Wohnungsbauprojekte mit zig 100 Wohneinheiten.

Die beiden Chefs haben uns gestern Abend gesagt: Wenn es in diesen Jahren nicht die rot-grünen Programme gegeben hätte, den Druck, den damals auch Minister Groschek gemacht hat, hätten wir diese Projekte nicht voranbringen und verwirklichen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben in unserer Regierungszeit die Hausaufgaben gemacht, und wir haben damals eine Trendwende eingeleitet.

Wenn man sich die Zahlen heutzutage anschaut, muss man sagen: Die Zahlen sind rückläufig. Das hat vielfältige Gründe, aber letztlich interessiert doch die Menschen, wie viele Wohnungen fertiggestellt werden und bezugsfertig sind.

Frau Ministerin, da machen Sie Ihre Hausaufgaben nicht. Wenn Sie in Ihrer Pressekonferenz den Ball an die Städte und Landkreise weiterzugeben versuchen, muss man doch sagen: Warum bereisen Sie diese Kreise nicht? Warum sprechen Sie nicht mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern?

Ich erinnere mich daran, dass der damalige Staatssekretär Herr von der Mühlen in seiner Amtszeit eine intensive Rundreise gemacht, Regionalkonferenzen abgehalten und die Städte beraten hat, was zu tun ist.

Sie haben ein aufgeblähtes Ministerium mit zig Zuständigkeiten. Man merkt auch im Ausschuss, wie wenig wir da über Wohnraumproblematik reden, weil der Ausschuss schon mit zig Themen überfrachtet ist.

Sie haben sich intensiv um den Hambacher Wald und dessen Räumung gekümmert und da Kapazitäten eingesetzt. Sie hätten die mal in die Wohnraumförderung setzen sollen. Sie hätten mal die Kreise bereisen und dafür sorgen sollen, dass die Städte auch ihre Hausaufgaben machen. Das wäre angebracht gewesen.

Stattdessen kümmern Sie sich um andere Sachen, für die Sie eigentlich nicht zuständig sein sollten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kritisch ist, dass zum wiederholten Male die zur Verfügung stehenden Gelder, nämlich 1,1 Milliarden Euro, nicht ausreichend abgerufen werden, sondern nur zu 85 %. Das hat mehrere Gründe.

Ein Problem sind natürlich die fehlenden Baugrundstücke. Darauf hat aber auch die Landesregierung bisher keine passenden und ausreichenden Antworten. Die Kommunen müssen beim Aufbau von Flächenfonds unterstützt werden; das ist eben schon angesprochen worden.

Die Entwicklung von Bauflächen muss stärker unterstützt werden. Hier ist das Beispiel der Stadt Münster zu nennen, die mit einer sehr guten Flächenpolitik dafür sorgt, dass entsprechende Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen und auch ausreichend Wohnungen gebaut werden.

Insgesamt müssen die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden; das hat Kollege Becker eben auch angesprochen. Wir brauchen einen Altschuldenfonds für die Städte, damit finanzielle Spielräume vorhanden sind, damit der Ankauf von Flächen unterstützt werden kann und eine strategische Bodenvorratspolitik ermöglicht wird. Auch hier machen Sie, Frau Ministerin, Ihre Hausaufgaben nicht, oder Sie machen Sie nicht ausreichend.

Es muss ein rechtlicher Riegel vorgeschoben werden, was die Spekulation mit Baugenehmigungen angeht. Hier wäre die Bundesebene gefragt, hier wäre auch die Aktivität der Landesministerin in Richtung Berlin gefragt.

Die Modernisierung, der Energieverbrauch und die Barrierefreiheit sind Punkte, die Sie auch nicht ausreichend bearbeiten. Uns fehlen in den Städten ausreichend behinderten- und rollstuhlgerechte Wohnungen. Das Thema haben bei der Landesbauordnung intensiv diskutiert.

Heute haben wir immer noch keine Regelung, was die Statistiken angeht. Wir wissen natürlich – auch aus den Gesprächen mit den Sozialverbänden –,

dass dort keine hinreichenden Zahlen vorliegen. Aber auch das sind Sie bisher nicht angegangen.

Wir brauchen hier Kommunen, die unterstützt werden, damit entsprechend klar ist, wie groß der Bedarf an rollstuhlgerechten Wohnungen ist. Auch da, Frau Ministerin, müssten Sie Ihre Hausaufgaben machen, damit das entsprechende Zahlenmaterial vorliegt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eben hat Kollege Paul gesagt: Wir nehmen Druck aus dem Wohnungsmarkt. – Wenn Sie das wollen oder wollen würden, sollten Sie doch klarmachen: Was wird mit der Umwandlungsverordnung, die Ende März ausläuft, passieren? Was wird mit der Kappungsgrenzenverordnung und der Mietpreisbremse passieren, die beide Ende Juni auslaufen?

Das sind Verordnungen, die damals Rot-Grün mit auf den Weg gebracht hat, und Sie, Frau Ministerin, sind gefordert. Heute haben Sie die Chance, Farbe zu bekennen, was aus den entsprechenden Verordnungen wird, denn ein freier Markt braucht entsprechende gesetzliche Rahmen und entsprechende Regelungen.

Die haben wir – Rot-Grün – damals mit auf den Weg gebracht. Sie laufen jetzt aus. Frau Ministerin, Sie sollten uns jetzt darüber in Kenntnis setzen, also das Parlament darüber informieren, was Sie mit diesen entsprechenden Rahmenrichtlinien zu machen gedenken. Was machen Sie, wenn diese Richtlinien Ende März oder Ende Juni auslaufen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben schon im letzten Jahr mit unserem Antrag „Bezahlbaren Wohnraum in NRW schaffen“ ein umfangreiches Maßnahmenbündel vorgestellt. Schauen Sie sich diesen Antrag aus dem März 2019 gern noch einmal an.

Sie haben – das will ich an dieser Stelle durchaus konzedieren – ein paar Dinge übernommen, die wir damals gefordert haben wie den Ankauf von Belegungsrechten, die Modernisierung durch ökologische Baustoffe und den Ausbau der Förderung der Studierendenwerke.

In der Pressekonferenz haben Sie die Neuregelungen der Mietenstufen 3 und 4 bekannt gegeben, die die Kommunen entsprechend unterstützt, um Wohnungsbau zu schaffen.

Grundsätzlich gilt: Die Zahlen der fertiggestellten Wohnungen sind rückläufig. Wir brauchen mehr sozialgeförderten Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen vor allem mehr fertiggestellte Wohnungen, die die Menschen nutzen können.

Herr Kollege Becker hat eben darauf hingewiesen, wie viele Wohnungen im Jahr aus der Mietpreisbindung herausfallen. Diese Zahl geht in keiner Weise

konform mit dem, was an neuen Wohnungen an den Markt geht.

Hier müssen Sie nachlegen, Frau Ministerin. Hier sind Sie, hier ist die Landesregierung gefordert. Sie sind jetzt drei Jahre im Amt. Die Zahlen müssen besser werden, die Bilanz muss besser werden, damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen bezahlbaren Wohnraum finden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Beckamp das Wort.

Roger Beckamp (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD ist der Ansicht: Wir sind mit der sozialen Wohnraumförderung nicht am Abgrund, wir sind angeblich schon einen Schritt weiter. Warum?

Ihnen fehlen preiswerte Wohnungen, vor allem im sozialen Wohnungsbau, und das stimmt. Schauen Sie mal schön in den Abgrund Ihrer Politik, liebe SPD, denn den grundlegenden Mechanismus, warum das so ist, haben Sie zwar in Ihrem Antrag benannt, aber Sie hüllen ihn in abstrakte Begriffe.

In Ihrem Antrag heißt es, es herrsche Nachfrageüberhang, eine Mietpreisentwicklung sei auf dem Weg, ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum sei festzustellen. Kurzum, man könnte auch sagen: Es gibt zu viele Leute, die günstige Wohnungen wollen.

Warum ist das so? – Ein Grund dafür ist, dass ein großer und stetig wachsender Personenkreis, der früher nicht hier war, preiswerten Wohnraum sucht. Diese Menschen sind hier, weil Sie es im Konzert mit allen Regenbogenparteien so gewollt haben, und der Familiennachzug kommt erst noch. Das führt zu steigenden Preisen – ganz einfacher Marktmechanismus. Das heißt, das Angebot wird teurer bzw. reicht nicht aus.

Das, meine Damen und Herren, ist neben der Binnenwanderung, die ohnehin besteht, und neben der Vereinzelung unserer Gesellschaft, dass entweder einer alleine oder zwei Leute zusammenwohnen, ein Riesenproblem. Aber diese Ursache, die ich zuerst benannt habe, dieser Nachfrageüberhang, diese Fernwanderungsgewinne aus dem Ausland haben Sie gesetzt.

Leider fallen damit auch andere Gruppen hinten runter wie Krankenschwestern, Polizeianwärter, Kassiererinnen usw. – all die einheimischen Bürger, die seit Jahren eine preiswerte Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes suchen, all die Hunderttausende, die jetzt täglich weite Wege zur Arbeit pendeln müssen,

all die Hunderttausende, die nur noch teure Wohnungen finden, und all die Hunderttausende, die gar keine Wohnung mehr finden.

Was ist die konkrete Folge? – Sie, liebe SPD, hätten doch Ihre zumindest noch ein paar Monate verbleibenden Oberbürgermeister in den Städten des Landes nach den Problemen fragen können. Die hätten Ihnen wahrscheinlich gesagt: Es gibt kaum noch oder nur noch sehr teure Grundstücke. Bauen ist mangels Grundstücken eben kaum noch oder nur noch teuer möglich.

Schauen wir uns einmal die Statistiken an; das war eben schon einmal thematisiert worden. Wir reden jetzt immer nur über geförderte Mietwohnungen: 2016 wurden über 9.300 geförderte Mietwohnungen auf verfügbaren Grundstücken gebaut. Diese Grundstücke waren dann weg.

2017 wurden 7.230 solcher Wohnungen auf verfügbaren Grundstücken gebaut. Diese Grundstücke waren dann ebenfalls weg.

2018 wurden immer noch knapp 6.160 solcher Wohnungen gebaut. Sie raten es: Diese Grundstücke waren dann ebenfalls unwiederbringlich weg.

2019 waren es dann immerhin noch 5.544 solcher Wohnungen auf einem weiter versiegenden Grundstücksmarkt. Ich wiederhole mich: Auch diese spärlichen Grundstücke waren dann weg.

Merken Sie was? – Bebaubare Grundstücke sind vielerorts zu einem knappen Gut geworden. Die kann man nicht beliebig vermehren. Es wird immer schwieriger, solche Wohnungen, bezahlbaren Wohnraum zu bauen.

Ehrlich gesagt gibt es an der Stelle wenig Grund, darüber zu jammern. Man kann eher froh sein und einigen Investoren danken, die unter erschwerten Bedingungen überhaupt noch diese Wohnungen hergestellt haben, denn der Staat baut keine Wohnungen und sollte es auch möglichst nicht, sondern er setzt nur Rahmenbedingungen, und das alles bei steigenden Baukosten. Der Index ist seit 2015 von 100 bis 2019 auf über 112 gestiegen. Das heißt, es gibt einen 12-prozentigen Anstieg der Kosten beim Bauen.

Sie aber, liebe SPD, erheben gern den sozialen Wohnungsbau zum Allheilmittel des Wohnungsmarktes. Das ist er aber nicht. Die preiswerten Wohnungen müssen derzeit teuer durch Subventionen wie Tilgungsnachlässe oder Quersubventionen erkaufte werden.

Im Übrigen – das war schon einmal Thema unseres Antrags; dem durfte aber nicht gefolgt werden, weil er von der AfD kam – sind knapp 50 % im sozialen Wohnungsbau fehlbelegt. Dort leben Leute, die dort gar nicht mehr leben dürften: Sie sind aus dem Anspruch herausgewachsen. Das noch einmal zur sozialen Schiefelage auf diesem Markt.

Übrigens wurden in den letzten Jahren nicht nur Sozialwohnungen gebaut, sondern auch auf dem freien Wohnungsmarkt fast 50.000 Wohnungen jährlich. Auch diese Grundstücke sind weg. Es wird schlichtweg schwieriger, Grundstücke für diesen Bereich zu finden.

Kurz noch zu den fantasievollen SPD-Forderungen im Weiteren: Sie fordern eine Trendwende, Herr Becker. – Ja, wohin denn? Sie benennen nicht einmal Kriterien für diese Trendwende. Was soll denn das sein?

Sie wollen Fördermittel anheben. – Wieso denn? Es ist doch genug Geld da. Das Problem ist: Es fehlt nicht an Geld.

Sie wollen eine Landeswohnungsgesellschaft; das verstehe ich wiederum sehr gut. Das ist das alte Motto der SPD: teuer kaufen, preiswert verkaufen und die Genossen mit Pöstchen versorgen. – Dagegen werden auch wir uns wehren.

Der Gipfel des Geldherausschmeißens ist ein Bodenfonds zur Bekämpfung der Bodenpreissteigerungen. Ich glaube, die Grünen wollten das gerade auch. Genau das führt doch zu noch mehr Preissteigerungen. Wenn jemand anfängt, die Grundstücke massiv gezielt einzukaufen, wird der Preis weiter steigen.

Man kann zu dem Antrag auch kurz sagen: Die SPD kann nicht mit Geld umgehen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Beckamp. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! An den Reden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen merkt man sehr deutlich, dass wir uns in einem postfaktischen Zeitalter befinden: Fakten zählen nicht mehr. Die Hauptsache ist, Aussagen mit Blick auf die eigene Interessengruppe werden rausgeknallt.

2018 haben wir das erste Mal in diesem Bundesland die 9-Millionen-Grenze geknackt: Das erste Mal seit seinem Bestehen gibt es mehr als 9 Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen.

Wenn man sich die Ergebnisse Ihrer Regierungszeit anguckt, was die Baufertigstellungen betrifft, also die Veränderung pro Jahr, stellt man fest, dass Nettoplus von im Durchschnitt 35.800 Einheiten pro Jahr entstanden ist.

In den Jahren 2017 und 2018 – 2019 liegt noch nicht vor – kann die CDU-FDP-geführte Landesregierung bei den Baufertigstellungen auf ein Nettoplus von 42.600 Einheiten zurückgreifen. Das sind 6.800 Einheiten mehr als zu Ihrer Zeit.

Wir legen großen Wert darauf, dass wir in allen Segmenten mehr Wohnungsbau brauchen, weil das der beste Mieterschutz ist. Die Mieter können sich von Ihren schönen Worten nämlich nichts kaufen. Das konnten sie in den sieben Jahren Ihrer Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen auch nicht. Nur eine Verbreiterung des Angebots in allen Segmenten führt dazu, dass sich Mieten und Preise nachhaltig entwickeln.

Es ist schon erstaunlich, dass Sie überhaupt nicht auf die wissenschaftlichen Veröffentlichungen der letzten Wochen und Monate eingehen, dass Sie so tun, als hätte die Wissenschaft nichts erforscht, nichts veröffentlicht.

Die Wissenschaft bestätigt Ihnen breit – zuletzt hat der Abgeordnete Schrupf auf das Frühjahrsgutachten der Immobilienweisen hingewiesen –, dass wir leichte Entspannungstendenzen im Markt haben. Das trifft auf die am meisten nachgefragten Städte in Nordrhein-Westfalen zu wie Köln, Düsseldorf und andere.

Das können SPD und Grüne doch nicht wegwischen. Dass ausgerechnet Sie so mit wissenschaftlichen Erkenntnissen umgehen, wundert mich. Das besorgt, um es sehr deutlich zu sagen.

Zugleich hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sehr viel aufgesetzt, was Sie noch nicht einmal im Ansatz angefasst haben.

Herr Abgeordneter Klocke, wenn Sie mir empfehlen „Fahren Sie durch die Kommunen und werben für“, merkt man, dass Sie schon ganz lange nicht mehr an der Basis gewesen sind. Das sage ich ausdrücklich.

(Beifall von der CDU – Arndt Klocke [GRÜNE]:
Vielen Dank!)

Ich bin fast jeden Tag in Nordrhein-Westfalen unterwegs und werbe für das Thema „öffentliche Wohnraumförderung“ – fast jeden Tag.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Kommt aber nicht viel bei rum! – Stefan Kämmerling [SPD]: Aber nicht gut!)

Immer zum Jahresanfang lade ich die 427 Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten ein. In den fünf Regierungsbezirken kommen wir zusammen, um die Themen zu besprechen. Auf jeder dieser Konferenzen werben wir für den öffentlichen Wohnungsbau, für die Instrumente des Landes, die wir aufgesetzt haben. Wir merken, dass das ankommt.

111 von 396 Städten und Gemeinden haben die öffentliche Wohnraumförderung im Jahr 2019 nicht angenommen. Ein Großteil dieser Gemeinden hat weniger als 10.000 Einwohner. Wir beide kennen diese Gemeinden: Da können Sie nicht mit drei-, vier-, fünfgeschossigem Wohnungsbau werben, wie Sie sich das vielleicht vorstellen. Das funktioniert in diesen Gemeinden nicht, weil man dann die Stadtgesellschaften zerstören würde.

Was machen wir in diesen Gemeinden? – Ob es in Rommerskirchen ist – SPD-Bürgermeister –, ob es in Telgte ist – grüner Bürgermeister –, ob es in Nordwalde ist – CDU-Bürgermeisterin –: Die Landesregierung unterstützt diese Kommunen mit ihren neuen Instrumenten Entwicklungsgesellschaft auf Zeit, Baulandgewinnung und Hilfe bei der Akquirierung, damit wir in der Zukunft wieder eine öffentliche Wohnraumförderung hinbekommen.

Wir haben sehr deutlich gesagt, dass wir die „fünf G“ für den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen umsetzen wollen: Grundstücke, Geld, Gebäude, Gemeinschaft und Gestaltungswille. Das alles muss zusammenkommen. Das war bei Ihnen nicht vorhanden.

Eine der Glanzleistungen in der Regierungszeit von SPD und Grünen war es, dass Sie den Föderalismus aufgekündigt und gesagt haben: Lieber Bund, zieh dich aus der Mitfinanzierung der öffentlichen Wohnraumförderung zurück. Das machen die Länder jetzt alleine. – Das war Ihre Glanzleistung.

Wir haben die Mitfinanzierung des Bundes mühsam wieder zurückgeholt. Mithilfe des Bundes ist es möglich, ein verstetigtes Programmvolumen von jährlich 1,1 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen.

Wir kämpfen auch dafür, dass das weiterläuft als der vereinbarte Zeitraum mit der Bundesregierung, mühsam ausgehandelt im Kompromiss. Ich hoffe, die SPD als regierungstragende Fraktion im Deutschen Bundestag steht dabei an unserer Seite.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Wer hat das im Koalitionsvertrag denn durchgesetzt?)

Schauen wir uns an – Sie haben sich gerade hier so abgefeiert –,

(Sarah Philipp [SPD]: Ja, zu Recht!)

welche Förderwerte Sie in den Jahren Ihrer Regierungszeit erreicht haben. Da können wir gerne mal reingucken: 779 Millionen Euro Fördervolumen waren es 2011, 548 Millionen Euro 2012, 502 Millionen Euro 2013, 523 Millionen Euro 2014 und 589 Millionen Euro 2015. Dann kam die glorreiche Bundeshilfe im Zusammenhang mit der Asylzuwanderung, und Sie springen auf 907 Millionen Euro.

Sehen Sie sich die Werte an, die in unserer Regierungszeit liegen: 875 Millionen Euro Förderleistungen waren es 2017 – noch mit der Umsetzung Ihres Programms –, 923 Millionen Euro 2018 und 938 Millionen Euro 2019. Das ist eine Programmausschöpfung von 85 % der Mittel, die Sie in den Jahren bei Weitem nicht erreicht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Jetzt feiern Sie sich aber ab!)

Vor diesem Hintergrund haben wir sehr deutlich gesagt, dass es mit der öffentlichen Wohnraumförderung 2020 beim Stichwort „fünf G für den Wohnungsbau“ um Geld geht. Wir schärfen alle Förderkonditionen, die wir haben, noch mal deutlich.

Ein Argument, das wir in den vergangenen zwei Jahren von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gehört haben, war: Die Konditionen sind nicht attraktiv, M1, M2. – Dieses Argument haben wir aufgenommen: Wir heben die Konditionen auf die Mietenstufe M3 und packen in der Bewilligung deutlich drauf.

Ich darf hier auch dafür werben – das ist für Sie nichts Ungewöhnliches –: Das gesamte Land Nordrhein-Westfalen wird alle drei Jahre in eine Gebietskulisse eingepasst. Es wird geguckt „Wo braucht es was?“, denn Nordrhein-Westfalen ist unterschiedlich.

Wir haben nicht überall Städte wie Köln und Düsseldorf. Wir haben genauso gut Städte und Gemeinden in Ostwestfalen-Lippe, in denen das Angebot an Wohnraum die Nachfrage übersteigt und die Preise verfallen. Deswegen gibt es unterschiedliche Gebietskulissen.

Nichtsdestotrotz haben wir gesagt: Wir heben das jetzt auf die Gebietskulisse der Mietenstufe 3, weil wir landesweit kleineren barrierefreien Wohnraum brauchen. Wir wollen den mietpreisgebundenen Wohnraum.

In den großen Städten, mit denen wir ein Globalbudget abgeschlossen haben, das es auch zu Ihrer Zeit gegeben hat, haben wir ganz bewusst erstens richtig viel Geld draufgelegt und zweitens sogar Zahlen miteinander vereinbart.

Sie haben das nur für die schöne Pressemitteilung gemacht, die Sie am Ende von Ihren Ministern haben veröffentlichen lassen. Wir haben Zahlen reingeschrieben, und wir kontrollieren sogar, ob diese Zahlen erreicht werden.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Hören Sie doch mal mit dem Wahlkampf auf! Wahlkampf von vorne bis hinten!)

Beispielsweise hat Köln das Förderergebnis im Jahr 2019 weit übertroffen und viel mehr Geld in Anspruch genommen, als wir zur Verfügung gestellt haben.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wenn Sie mal so souverän auftreten würden, wie Herr Wüst das macht, würden Sie auch weiterkommen!)

Das ist ein gutes Zeichen, weil die Stadt Köln und die dortige Ratspolitik verstanden haben, worauf es ankommt.

Wenn Sie in diesen Städten unterwegs sind und fast keine bezahlbaren Grundstücke vorfinden – das hat wenigstens der Abgeordnete Klocke eingesehen –, können Sie auch nicht bezahlbar bauen. Wenn Sie nicht bezahlbar bauen können, können Sie auch nicht bezahlbar vermieten. Das ist ein Grundsatz, den die SPD schon gar nicht mehr wahrnimmt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Deswegen haben wir ganz bewusst die Modernisierungsrichtlinie deutlich entschlackt und attraktiver gemacht, um miteinander mehrere Ziele zu erreichen.

(Jochen Ott [SPD]: So ein Unsinn! Das ist einer Ministerin unwürdig!)

Das Thema ist die Anpassung von Wohnbeständen aus der Zeit von 1949 bis Mitte der 1970er-Jahre an Barrierearmut und Barrierefreiheit sowie die energetische Optimierung.

(Sarah Philipp [SPD]: Als ob Sie darauf gekommen sind! Als ob Sie sich das alles ausgedacht haben!)

Das funktioniert.

(Jochen Ott [SPD]: So eine schlechte Ministerin habe ich noch nie gehört!)

Wir verzeichnen von 2018 zu 2019 einen Zuwachs bei den geförderten Einheiten von über 20 %. Und von diesen knapp 2.300 Wohneinheiten, die wir gefördert haben, sind fast 90 % neu in der Mietpreisbindung.

Deshalb gilt: Selbst wenn Sie – in Führungszeichen – nur auf den Neubau von Mietwohnungen schauen und sich auf Städte fokussieren, in denen Grundstücke knapp sind, trifft das, was Sie hier skizzieren, nicht die Wirklichkeit. Was Sie hier machen, ist postfaktisch.

(Sarah Philipp [SPD]: Das, was Sie erzählen, trifft überhaupt nicht die Wirklichkeit!)

Sie blenden Fakten aus, Sie blenden Entwicklungen der Wohnungsmärkte aus, Sie blenden Entwicklungen der Einkommen in der Bevölkerung aus. Selbst dazu gibt es große wissenschaftliche Untersuchungen, zuletzt vom Institut der deutschen Wirtschaft.

(Sarah Philipp [SPD]: Lesen Sie die mal!)

Sie zeigen, dass die Reallohnentwicklung der Menschen die Mietpreisentwicklung übersteigt und damit

de facto auch eine Verringerung der Mietbelastung eintritt.

Das nehmen Sie alles nicht wahr, weil Sie lediglich ausschnittorientiert Politik betreiben, wenn es um öffentliche Wohnbauförderung in Nordrhein-Westfalen geht.

(Sarah Philipp [SPD]: Nicht immer von sich selbst auf andere schließen! – Jochen Ott [SPD]: Herzlichen Dank für die postfaktischen Erläuterungen!)

Ich darf noch für eines werben: Es funktioniert nicht, dass Sie Menschen alles versprechen.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Das ist doch ein Witz! Was machen Sie denn da? – Gegenruf von Fabian Schrupf [CDU]: Gute Selbstbeschreibung! – Heiterkeit von der CDU und der FDP – Stefan Kämmerling [SPD]: Unglaublich! Wo habt ihr die denn her? Das ist ja unfassbar! – Zurufe von der CDU und der FDP: Hey!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin hat jetzt das Wort.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Frau Ministerin hat keine Ahnung! – Gegenruf von Marc Lübke [FDP]: Das geht nun aber auch nicht!)

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Kämmerling, wenn Sie mir das gestatten:

(Stefan Kämmerling [SPD]: Nee!)

Wir reden in diesem Parlament ja sehr häufig über Respekt. Ich erwarte, offen gesagt, von einem Abgeordneten

(Jochen Ott [SPD]: Dann fangen Sie mal als Ministerin damit an!)

Respekt gegenüber der Landesregierung und auch gegenüber anderen Funktionsträgern.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Kalte Arroganz! Die kalte Arroganz der Exekutive! Widerlich dem Parlament gegenüber! – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Wenn Sie den Menschen alles versprechen – Stichwort: Jede Wohnung bekommt mehr Standards, also einen rollstuhlgerechten Standard; wir brauchen überall Barrierefreiheit –

(Sarah Philipp [SPD]: Jede Wohnung? Davon hat niemand gesprochen! Was erzählen Sie denn da?)

wenn Sie den Menschen versprechen, dass jede Wohnung, jedes Wohngebäude den höchsten ener-

getischen Standard bekommt, müssen Sie den Menschen ehrlicherweise auch sagen, dass es viel Geld kostet, was Sie fordern. Das tun Sie nicht, und das ist unehrlich.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist Quatsch, was Sie erzählen!)

Wenn Sie immer wieder auf die Barrierefreiheit abheben, darf ich Sie auch hier noch mal mitnehmen und die gesamten Entwicklungen aufzeigen: Wir haben seit dem 1. Januar 2019 einen Paradigmenwechsel im Wohnungsbau. Jede Wohnung in Gebäuden ab der Gebäudeklasse 3 hat barrierefrei zu sein. Das ist die Universalität des Bauens. Das haben wir eingeführt. Sie haben das nicht eingeführt.

(Sarah Philipp [SPD]: Was hat das mit Erdkunde zu tun? Das ist etwas anderes, das wissen Sie!)

Sie haben nicht eingeführt, wie behindertengerecht zu bauen ist. Bei Ihnen gab es keine Vorschriften für die Kontrastierung im Hauseingangsbereich. Es gab keine Blindenführungen im Hauseingangsbereich. All das gab es nicht.

Das hat diese Landesregierung eingeführt. Wir haben die technische Baubestimmung eingeführt und gesagt, wie barrierefrei gebaut wird. Bei Ihnen gab es das nicht.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

All das, was Sie dieser Landesregierung öffentlich vorhalten, hat es bei Ihnen für Menschen mit einer Behinderung überhaupt nicht gegeben. Das ist die Wahrheit an dieser Stelle, und Sie sprechen permanent die Unwahrheit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Sie haben es doch gestoppt, verdammt noch mal! Das ist ein Schlag ins Gesicht der Behindertenverbände!)

Vor diesem Hintergrund haben wir ganz bewusst gesagt: Wir wollen mit der Modernisierungsrichtlinie im Besonderen die Bestände aus der Zeit zwischen 1949 bis Mitte der 1970er-Jahre – das sind insgesamt immerhin 50 % – energetisch optimieren.

Zum Teil gibt es da noch Nachtspeicherheizungen und Etagenheizungen. Das sind richtige CO₂-Fresser und Treihausgasemittenten. Die wollen wir raushaben, und das funktioniert; das ist das Spannende.

Was wir für die Förderkonditionen, die wir geben, haben wollen, ist eine zwanzigjährige Mietpreisbindung. Das funktioniert.

Vielleicht vertun Sie sich da manchmal mit dem Land Berlin, das eher eine Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft in der Wohnungsbaupolitik durchführt.

(Sarah Philipp [SPD]: Ach Gott!)

In Nordrhein-Westfalen haben wir jede Menge Investorinnen und Investoren, die bereit sind, in den öffentlichen Wohnungsbau zu investieren. Das tun sie nur, weil sie hier in Nordrhein-Westfalen verlässliche politische Rahmenbedingungen haben. Es gibt sowohl finanzielle als auch rechtliche Rahmenbedingungen – Stichwort: Landesbauordnung.

Die Investoren wissen genauso wie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, dass sie mit der von CDU und FDP geführten Landesregierung eine Landesregierung haben, die sich kümmert und nicht nur redet, sondern ganz viel auf den Weg bringt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das merken Sie übrigens auch daran – damit komme ich zum Schluss und schlage die Brücke zum Anfang –,

(Stefan Kämmerling [SPD]: Daran, dass keiner von der Landesregierung im Saal ist außer Ihnen!)

dass Sie einen Bauüberhang von 160.000 Wohnungen von 2018 zu 2016 haben. Das hat es in diesem Land in dieser Größenordnung auch noch nicht gegeben.

Das trägt folgendem Credo Rechnung: Nur ein Mehr an Wohnungsbau wird nachhaltig die Mieterinnen und Mieter vor deutlichen Preissteigerungen in Nordrhein-Westfalen schützen. Wir merken, dass es wirkt. Im gesamten Land gibt es Entspannungen im Mietmarkt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Hausmann das Wort.

Wilhelm Hausmann^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe ein bisschen den Eindruck, liebe Kollegen von der SPD und auch von den Grünen, dass Sie ein Opfer Ihrer eigenen Legendenbildung geworden sind,

(Josef Neumann [SPD]: Hui!)

denn sonst würden Sie nicht Jahr für Jahr das gleiche Marmeltier aus dem Winterschlaf wecken.

(Beifall von der CDU – Sarah Philipp [SPD]: Das ist ja sehr einfallsreich!)

Wenn Sie sich die Jahre ab 2012 in Ihrer Regierungszeit mal anschauen, sehen Sie, dass es da tatsächlich schon einmal einen Paradigmenwechsel gab, und zwar einen Paradigmenwechsel von einer zurückgehenden Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt zu einer sehr intensiven Nachfrage. Das war also

eine Herausforderung Ihrer Regierungszeit, der Sie hätten begegnen müssen.

Aber auch schon damals waren Sie mehr oder weniger Getriebene. Sie waren die Regierung der steigenden Mieten und der Wohnungsknappheit. In den Jahren Ihrer Regierungszeit hat sich das auch nicht verändert. Das hatte sehr viel damit zu tun, wie Sie an die Sache herangegangen sind.

Sie waren politisch in einer verzweifelten Lage: Auf der einen Seite gingen die Grünen in die Richtung, bloß keine neuen Flächen auszuweisen und in der Landesentwicklung alles zu verhindern, was die Erschließung neuer Flächen bedeutet, und auf der anderen Seite brauchten Sie Grundstücke.

Dann kam Herr Minister Groschek – das muss man Ihnen heute einmal vor Augen führen –, der vom vertikalen Dorf träumte. Das war sozusagen eine Neuaufgabe alter Gedanken: Wir brauchen keine Flächen, sondern bauen noch einmal so etwas wie Köln-Chorweiler oder die Neue Heimat der 70er-Jahre.

Man muss sich immer vergegenwärtigen, auf welche Ideen Sie damals gekommen sind und welche Verrenkungen stattgefunden haben.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben einen Tunnelblick entwickelt. Sie haben wie das Kaninchen auf die Schlange gestarrt. Denn Sie wollten die verdichteten Wohnungsmärkte in den großen Städten allein mit dem sozialen Wohnungsbau angehen. Aber wie denn, wenn es doch keine Grundstücke gab? So sind Sie bis ans Ende Ihrer Regierungszeit die Regierung der steigenden Mieten und der Wohnungsknappheit geblieben.

Unter der CDU-FDP-Regierung haben wir jetzt – das hat die Ministerin hervorragend ausgeführt – eine Verbreiterung des Instrumentariums erlebt. Wir haben also alle Instrumente, die wir Ihnen bereits vorgeschlagen hatten – das Thema „Eigentum“ aufzunehmen, die Genossenschaften in den Zusammenhang mit Eigentumsförderung zu bringen und die Modernisierungsförderung anzugehen –, verbreitert.

Wir haben auch den Gemeinden ein Angebot gemacht, maßgeblich etwas im Sinne ihrer Entwicklung zu tun.

Wenn Sie den Wohnungsmarkt in Köln mit den Umfeldstädten entlasten wollen und dann den Bürgermeistern dort dicken, fetten sozialen Wohnungsbau in großen Blöcken anbieten, müssen Sie sich nicht wundern, dass das auf keinen Widerhall stößt.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Hier ist das Instrumentarium vielfältiger geworden. Sie sehen, dass der Erfolg uns recht gibt: Erste Entlastungen, sowohl bei den Mieten als auch bei der Grundstücksnachfrage, sind bereits absehbar.

(Frank Müller [SPD]: Da muss er selber lachen!)

Ich will auch auf einen anderen Punkt eingehen, der mir ganz wichtig ist. Unsere Strategie ist, neue Instrumente zu eröffnen, zu prüfen, zu bewerten und zu schauen, was sich bewährt hat, was man weiterführen kann und was man intensivieren kann. Das läuft genau auf den Bereich der Modernisierungsförderung hinaus. Hier müssten eigentlich auch die Grünen stark an unserer Seite stehen.

Wohnungen verschwinden nämlich einfach aus dem Markt, und wir sehen sie in der Statistik nicht, weil jemand bei 3 oder 4 Euro Miete nichts mehr in diese Wohnung investiert. Dort könnten wir ein Angebot machen und das unterstützen, damit eine Wohnung weiterhin günstig bleibt und dadurch eine neue Sozialbindung entsteht. Das wäre ein hochinteressantes Instrument, mit dem man bestehende Ressourcen in den Städten nutzen und zugleich eine schleichende Abwanderung aus dem Wohnungsmarkt aus rein wirtschaftlichen Erwägungen verhindern kann.

Sie sehen also: Die Vielfalt der Instrumente zeigt Wirkungen. Wir haben damit hochinteressante Konzepte entwickelt, die auch von den Bürgermeistern vor Ort angenommen werden. Das Ganze macht sehr deutlich, dass Sie mit Ihrem Antrag dieses Murrelter heute nicht mehr aufwecken können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Kollege Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Güte, Frau Ministerin, Sie stehen ganz schön unter Druck.

(Beifall von Ralf Jäger [SPD])

Sie haben hier eine Rede abgeliefert in einer Arroganz, die wirklich ihresgleichen sucht,

(Fabian Schrupf [CDU]: Das ist doch Ihr Fachgebiet!)

und fordern dann den Respekt des Parlaments gegenüber der Regierung. Ich muss schon sagen: Das kann man nicht mehr anders als Arroganz nennen.

(Beifall von der SPD)

Wir waren im Jahr 2016 deutscher Meister im Wohnungsbau – deutschlandweit.

(Beifall von der SPD – Fabian Schrupf [CDU]: Im Schuldenmachen!)

Und heute spielen wir in der Kreisklasse – dank dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Eben, ganz genau!)

Das Einzige, was der Landesregierung einfällt, ist, jetzt schon mit dem Wahlkampf zu beginnen,

(Wilhelm Hausmann [CDU]: Wer hat denn den Antrag gestellt?)

indem man sich einzelne Bürgermeister herauspickt und sie vorführen will. Dass Sie heute Morgen sogar in den Lokalnachrichten von WDR 2 den Oberbürgermeister von Leverkusen angegriffen und dabei verschwiegen haben, dass es Ihre Parteikollegen waren, die sich im gesamten Rheinland in den letzten Jahren verweigert haben, den Wohnungsbau voranzutreiben, ist eine bodenlose Unverschämtheit.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie sich hier hinstellen und zynisch davon sprechen, es gebe eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt und die Mieten stiegen nicht mehr so stark, dann sage ich Ihnen: Tausende von Menschen in unseren Städten suchen eine Wohnung und merken, dass die Miete immer teurer wird. Aber die Regierung stellt sich hier hin und sagt: Alles ist in bester Ordnung. – So geht das nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Sven Wolf [SPD]: Sollen sie doch ein Eigenheim bauen!)

Sie sind nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, was gerade passiert. Wir haben seit 2011 eine Verdreifachung der Zahl der Obdachlosen und insbesondere in den letzten drei Jahren dramatische Anstiege zu verzeichnen. Viele Menschen – normale Familien, Polizeibeamte und Krankenschwestern – können die Wohnungen nicht mehr bezahlen. Wir haben einen unglaublichen Druck am Wohnungsmarkt. Die Landesregierung aber redet alles schön, was sie angeblich gemacht hat.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Kommen wir zum Kern zurück: Es gibt in Nordrhein-Westfalen ein Wohnraumförderungsgesetz, das der Kollege Becker soeben zitiert hat. In diesem Kernbereich haben Sie einen Rückgang von 9.300 Wohnungen im Jahr 2016 auf 5.463 Wohnungen im Jahr 2019 zu verantworten. Das ist eine Bilanz des Niedergangs, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von Stefan Kämmerling [SPD] und Arndt Klocke [GRÜNE])

Sie haben – das kommt erschwerend hinzu – dann auch noch die Chuzpe, hier ständig zu erzählen, was Sie alles erleichtert haben. Seit zwei Jahren drängen wir darauf, dass Sie endlich bei den Mietenstufen anders vorgehen.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Was habt ihr denn vorher gemacht?)

Jetzt endlich nehmen Sie sich ein Herz und überlegen, die Stufen I und II auszusetzen und die Standards von Stufe III nehmen.

Bei den Geschosshöhen wird schon wieder angefangen, über Chorweiler zu reden, anstatt von Mönchengladbach und dem Rhein-Sieg-Kreis zu sprechen. Diese haben darum gebeten, wenn das Umfeld schon fünfstöckig ist, dann wenigstens auch fünfstöckig bauen zu können. Das interessiert Sie aber nicht.

Und wenn in der Kölner Innenstadt Hochhäuser gebaut werden sollen, dann wollen Sie, dass da, wie im Rheinauhafen, nur reiche Leute wohnen. Eine Mischung in Hochhäusern lehnen Sie ab. Das ist vorsintflutliche Wohnungspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sie hätten schon vor zwei Jahren die Chance gehabt, den geförderten Wohnungsbau nach vorne zu tragen. Das haben Sie nicht getan. Denn es entspricht nicht Ihrem Schwerpunkt. Es ist Ihnen egal.

Im Gegenteil! Viele CDU-Kollegen und Teile der FDP erzählen den Menschen draußen heute noch: Beim geförderten Wohnungsbau kommen die ganz schwierigen Leute; da kommen alle die, die es sonst nicht geschafft haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Düsseldorf, in Köln, in Münster und in anderen Städten haben über 50 % der Menschen einen Wohnberechtigungsschein. Diese Menschen, die Mitte der Gesellschaft, haben einen Anspruch auf geförderten Wohnraum. Dass Sie dem nicht nachkommen, ist ein Skandal.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Dieses Thema wird Sie nicht mehr loslassen. Im März wird es eine europaweite Kampagne geben.

Ich hätte vorher ein Phrasenschwein aufstellen sollen. Wie oft sagen Sie wohl „Berlin“? Wer nicht will, dass eine Volksinitiative wie in Berlin entsteht, die dann diese Forderungen – die nicht unsere sind – stellt, darf die soziale Wohnraumpolitik so nicht fortsetzen. Sie steuern Nordrhein-Westfalen in eine solche Auseinandersetzung, weil Sie nicht bereit sind, soziale Wohnraumförderung zur Priorität zu erklären.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Schluss halte ich deshalb fest: Diese Ministerin hat in ihrem Kernbereich, der sozialen Wohnraumförderung, versagt. Es ist eine absolute Fehlleistung, sich hier hinzustellen und über ein Minus von 41 % hinwegzureden. Anständig wäre es gewesen, sich zu entschuldigen, wenn nicht gar zu überlegen, ob Sie überhaupt in der Lage sind, dieses Amt auszuführen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Ott für die Fraktion der SPD. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt noch einmal Herr Abgeordneter Klocke das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe nur noch wenig Redezeit. – Frau Ministerin, ich hatte Ihnen konkrete Fragen nach den auslaufenden Mieterschutzverordnungen, der Kappungsgrenzenverordnung, der Mietpreisbremse etc. gestellt, die Sie nicht beantwortet haben. Ich nutze die zweite Runde, um diese Fragen noch einmal an Sie zu richten.

Außerdem hatte ich Ihnen Fragen zur Flächenpolitik gestellt – gerade vor dem Hintergrund der Arbeiten der Stadt Münster. Sie haben nicht geantwortet, ob Sie daran anknüpfen oder ähnliche Aktivitäten auf den Weg bringen wollen. Auch diesbezüglich unternehme ich in der zweiten Runde noch einen Versuch.

Frau Ministerin, Tonfall und Stil Ihres Auftritts hier sprachen Bände. Ich erinnere mich noch an die Zeit, als Sie in der Opposition gesessen und der damaligen rot-grünen Regierung Vorhalte gemacht haben.

Insofern brauchen wir gerade von Ihnen keine Ratschläge zur Oppositionsarbeit und zu Themensetzungen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Im Vergleich zu der Schärfe, die Sie in Ihrer Oppositionszeit uns gegenüber an den Tag gelegt haben, sind die Auftritte von Herrn Ott, Herrn Becker und mir milde. Da brauchen wir von Ihnen keine Verhaltensmaßregeln.

In solchen Situationen wünsche ich mir wirklich mehr Wüst und weniger Scharrenbach – jedenfalls in Bezug auf den Stil.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Oh!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Klocke. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. – Das bleibt beim Blick in die Runde auch so, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 17/8591 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** – federführend – sowie an den **Ausschuss**

für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich einstimmige Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Damit sind wir bei:

3 Stärkung der Prostituiertenberatung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8588

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8639

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Frau Abgeordneter Troles das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Heike Troles (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lange Zeit war Prostitution ein Tabuthema. Der Zwang, das Leid, die Pein und vor allem die traurigen Schicksale wurden behandelt, als gäbe es sie gar nicht.

Heute wissen wir, dass Prostitution in Deutschland im Wesentlichen Armutsprostitution ist. Wir reden von Frauen und Mädchen in totaler Abhängigkeit.

Ja, es gibt die selbstständigen Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen, die frei entscheiden, wann, wo und was sie tun. Doch in der Realität ist Prostitution auf freiwilliger Basis eine Ausnahme.

Schauen wir in die Bordellszene. Es gibt definitiv einen Trend zu immer mehr Großbordellen, die auf maximalen Profit ausgerichtet sind. Die Prostituierten müssen ihre Körper für Flatratepartys bereitstellen. Damit auch jeder weiß, was das heißt: Für 100 Euro kann ein Freier beliebig oft eine Frau anfordern. Pro befriedigtem Freier erhält die Frau 5 Euro, und das an 6 Tagen in der Woche, 14 Stunden pro Tag. Was das für Körper und Seele bedeutet, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Das 2017 erlassene Prostituiertenschutzgesetz war ein erster Schritt, um dem menschenverachtenden Umgang mit Frauen entgegenzuwirken. Es wurden aber vor allem gewerberechtliche Vorgaben erlassen – unter anderem eine Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe sowie eine Pflicht zur Anmeldung und zur gesundheitlichen Beratung für Prostituierte.

Die größte Herausforderung bleibt neben der Umsetzung der neuen Regeln aber, wie wir den Prostituierten helfen können, die in Zwangsstrukturen gefangen sind.

Hier zeigt sich das Selbstverständnis der NRW-Koalition: Wir schaffen einen besseren Schutz nicht allein durch das Erlassen von Gesetzen. Wir haben auch im Blick, wie sie umgesetzt werden und wo es Nachjustierungsbedarf gibt.

Erste Erfahrungen mit der Umsetzung des Gesetzes zeigen uns, dass Zwangsprostitution und Menschenhandel aktuell nicht nachhaltig verhindert werden. Vielmehr brauchen wir ausreichende und vor allem landesweit flächendeckende Beratungsnetzwerke für Prostituierte. Denn klar ist: Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch wahrnehmen.

Gibt es diese Beratungsangebote nicht, führt der Weg ins Dunkelfeld. Dort sind Prostituierte für Behörden und Beratungseinrichtungen nur noch schwer zu erreichen.

Unser Antrag setzt an der richtigen Stelle an. Das erkennen sogar die Grünen mit ihrem Entschließungsantrag an.

Was an diesem Entschließungsantrag aber verwundert, sind die unnötigen wie auch unrealistischen Forderungen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie haben doch wirklich überhaupt keine Ahnung von dem Thema!)

Was bringt den Prostituierten ein weiterer runder Tisch? – Wir haben einen detaillierten Abschlussbericht. Was wir jetzt brauchen, sind umsetzbare Maßnahmen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Dann fangen Sie doch mal damit an!)

Was bringt eine Hotline beim Verdacht auf Zwangssituationen? – Wir haben mit der Polizei bereits einen Akteur, der hier eingreift. Die Nummer 110 ist wohl jedem bekannt. Es geht doch darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die wirklich effektive Maßnahmen ermöglichen – Maßnahmen, die an den erkannten Missständen ansetzen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Dazu brauchen wir eine fachgerechte Bewertung der vorhandenen landesgeförderten Beratungseinrichtungen. Nur so können wir erkennen, was bereits jetzt gut klappt und wo nachgebessert werden muss. Nur dann kann auch das Ziel eines landesweit flächigen Beratungsangebots erreicht werden. Das ist doch der Weg, der möglichst schnell und möglichst effektiv aus der Zwangsprostitution führt.

Daher bitten wir um Zustimmung zum vorliegenden Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Troles. – Als Rednerin für die weitere antragstellende Fraktion der FDP hat nun Frau Abgeordnete Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Prostitution und Sexarbeit gibt es wohl, seit es Menschen gibt. Belege dafür finden sich bereits im alten Ägypten und in der Römerzeit, aber auch im Alten Testament.

In Deutschland ist Prostitution legal und gilt seit ungefähr 20 Jahren auch nicht mehr als sittenwidrig. Das ist richtig und wichtig. Denn wer glaubt, dass mit einem Verbot von Sexarbeit auch der Bedarf und das Angebot verschwinden, ist ausgesprochen naiv und weltfremd.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb stellt ein Sexkaufverbot, also das sogenannte Nordische Modell, für uns Freie Demokraten keine Option dar.

Die Deutsche Aidshilfe, der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Juristinnenbund, die Diakonie Deutschland, die Dortmunder Mitternachtsmission und contra – das ist die Fachstelle gegen Frauenhandel Schleswig-Holstein im Frauenwerk der Nordkirche – haben ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet. Dieses Papier trägt nicht nur den passenden Titel „Unterstützung statt Sexkaufverbot“, sondern kommt in seinem Fazit auch zu folgendem Ergebnis:

„Grundrechte sind nicht verhandelbar. ... Wo Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen heute menschenunwürdig sind, lassen sie sich mit einem Sexkaufverbot nicht verbessern.“

Das Prostituiertenschutzgesetz gilt nun seit über zweieinhalb Jahren. Ziel dieses Gesetzes sollte sein, die Szene der Sexarbeit sichtbarer und kontrollierbarer zu machen. Durch das Schaffen allgemeingültiger Strukturen sollten die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter bei ihrer Tätigkeit, dem Anbieten sexueller Dienstleistungen, geschützt und unterstützt werden.

Die gesetzlichen Auswirkungen auf die Prostitutionszene wurden in einer vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten und durch KOBBER und den Sozialdienst katholischer Frauen durchgeführten Entwicklungsbeobachtung für das Jahr 2018 festgehalten.

Viele Gesetzesziele sind bislang nicht erreicht worden. Das gilt besonders für das Zurückdrängen von Risiken und Gefahren für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sowie das Bekämpfen von Ausbeutung oder gar Menschenhandel.

Diese Tatsache hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die Welt in dieser Szene ausgesprochen facettenreich ist. Das starre und unflexible Gesetz

orientiert sich ganz offensichtlich nicht an der Lebensrealität der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter.

Deshalb habe ich die große Sorge, dass besonders die Gruppe der Armut- und Beschaffungsprostitution zu den Gesetzesverlierern zählen wird. Denn die Gefahr eines Abrutschens in das unkontrollierte Dunkelfeld ist mit den jüngsten gesetzlichen Veränderungen ungemein gestiegen.

Aber auch für die aufsuchende und präventive Arbeit sind die Bedingungen schwieriger geworden, weil die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter aus Angst oder Scham mehr und mehr im Verborgenen arbeiten und so nicht mehr erreicht werden können. Wir brauchen aber eine gute Präventionsarbeit, um auf diesem schwierigen Terrain wieder Land zu gewinnen. Denn über den Kontakt zu den Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern fließen die Informationen von Fachberatungsstellen und Gesundheitsämtern über Rechte, Gesundheitsangebote und Ausstiegsmöglichkeiten an alle in der Prostitution Tätigen, gleich welchen Geschlechts.

Deshalb möchte ich heute um Ihre Unterstützung dafür werben, eine Evaluierung der landesgeförderten Beratungsstellen vorzunehmen.

In einem zweiten Schritt werden wir dann auf Basis der erlangten Erkenntnisse ein landesweites Angebot von hoher Qualität zum Schutz und für die Unterstützung der Menschen, die in der Prostitution tätig sind, erarbeiten.

Das Recht auf gute Gesundheitsversorgung und der Schutz vor Gewalt und Ausbeutung sowie vor Diskriminierung können nur gewährleistet werden, wenn der Schutz für die Vielfalt der Lebenssituationen und der Arbeitsbedingungen der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter verstärkt wird.

(Beifall von der FDP)

Hierzu brauchen wir ein Präventionskonzept, das landesweit eine Verstärkung der praktischen Schutzarbeit im niedrighwelligen Bereich vorsehen muss.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Gründe, warum sich Frauen, aber auch Männer aus verschiedenen Gesellschaftsschichten prostituieren, sind ausgesprochen vielfältig. Die FDP-Landtagsfraktion verurteilt dies nicht, sondern respektiert es und versucht, die Arbeitsbedingungen und die gesundheitliche Versorgung für die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter besser und sicherer zu machen.

Was wir aufs Schärfste verurteilen, sind Zwangsprostitution und Menschenhandel. Dagegen kämpfen wir entschieden und mit allen rechtlichen Mitteln. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Als nächste Rednerin hat nun für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Abgeordnete Butschkau das Wort. Bitte sehr.

Anja Butschkau (SPD): Danke schön. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Menschenhandel und Zwangsprostitution sind Verbrechen, die von unserem Rechtsstaat mit allen Mitteln verfolgt und bestraft werden müssen. Wenn es um die ernsthafte Bekämpfung dieser Straftaten geht, kann die Landesregierung mit unserer Unterstützung rechnen.

Menschenhandel und Zwangsprostitution finden in einem Umfeld statt, in das aus naheliegenden Gründen Außenstehende nur sehr schwer Einblick erhalten.

Die acht vom Land finanzierten spezialisierten Beratungsstellen für weibliche Opfer von Menschenhandel, aber auch die weiteren Prostituiertenberatungsstellen im Land sind daher wichtige und unverzichtbare Partnerinnen bei diesem Thema.

Oft finden sie einen Zugang zu Frauen, den die Behörden nicht haben. Mit ihrem Netzwerk in der Szene bekommen sie eher mit, wenn eine Frau zur Prostitution gezwungen wird. Daher sehen wir es als elementar an, dass die Beratungsinfrastruktur im Bereich der Prostitution weiter gestärkt wird. Für uns ist klar, dass diese Förderung nicht zur Debatte stehen darf. Wir begrüßen es durchaus, dass die Regierungsfractionen dies genauso sehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von Menschenhandel und Zwangsprostitution gibt es eine Herausforderung, die angepackt werden muss. Das ist die Prostituiertenberatung im ländlichen Raum. Zugegebenermaßen denkt man nicht gerade an das Sauerland oder die Eifel, wenn man von Prostitution spricht. Da fallen einem eher die großen Städte an Rhein und Ruhr ein.

Manche verantwortliche Kommunalpolitikerinnen in diesen oft von der CDU regierten Regionen mögen das Thema auch gerne verdrängen wollen. Denn Sexarbeit ist auch heute noch ein Tabuthema. „Das hat in meiner Stadt, in meinem Wahlkreis nichts zu suchen“, denken manche. Auch dies ist ein Anzeichen dafür, dass Frauen, die der Prostitution nachgehen, in unserer Gesellschaft stigmatisiert werden. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf nicht sein.

(Beifall von der SPD und Susanne Schneider [FDP])

Denn auch in ländlichen Regionen gibt es Prostitution. Auch hier brauchen wir starke und engagierte Sozialarbeiterinnen, die über Rechte und Hilfsangebote informieren, zu Behörden begleiten, den Aus-

stieg aus der Prostitution unterstützen und nicht zuletzt ein Auge darauf haben, ob eine Frau diese Tätigkeit unfreiwillig ausübt. Diese Herausforderung ist in ländlichen Regionen umso größer, schon allein wegen der weiteren Wege und der verstreuten Standorte, an denen Prostitution stattfindet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eines sollte uns allen klar sein: Wenn wir die Beratungs- und Hilfeinfrastruktur ausweiten wollen, brauchen wir dafür Geld. Dann muss die Landesregierung die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Leider fehlt dieser Punkt jedoch komplett in dem uns vorliegenden Antrag.

Es soll stattdessen erst einmal evaluiert werden. Das ist auch sinnvoll, gerade auch in Bezug auf den im Antrag genannten Aufbau einer Beratungs- und Informationsstruktur. Ein Bekenntnis, dass man die dafür notwendigen Mittel auch bereitstellen wird, täte dem Antrag dennoch gut.

(Beifall von Eva Lux [SPD])

Der Antrag lässt zudem außer Acht, dass an einigen Stellen der Baum bereits brennt, zum Beispiel bei der Beratungsstelle TAMAR, die im Sieger- und Sauerland Prostituierte berät, also gerade im ländlichen Raum. Die ESF-Förderung für dieses Projekt läuft im April dieses Jahres aus. TAMAR kann nicht warten, bis das zuständige Ministerium erst eine Analyse durchgeführt und ein Konzept aufgestellt hat, um dann zu beraten, wie man dieses Konzept finanziert. Es droht nicht nur, dass in weiten Teilen Westfalens Frauen keine Anlaufstelle mehr haben, sondern auch, dass das in fünf Jahren aufgebaute, sehr spezialisierte Know-how der Kolleginnen wieder verloren geht.

Dieses Projekt hat bei der CDU-Kommunalpolitik vor Ort auch keine Lobby. Die Bereitschaft, das Projekt kommunal zu fördern, ist sehr gering. Das ist der NRW-Koalition schon lange bekannt. Insofern ist es sehr enttäuschend, dass der Antrag hierzu keine Lösung bietet, wo doch im Erläuterungstext noch auf die Problematik hingewiesen wird.

Was für uns und hoffentlich auch für alle anderen feststeht: Eine Ausweitung der Beratungs- und Informationsstrukturen darf nicht dazu führen, dass dies zulasten der bereits geförderten Projekte geht. Die Fördermittel der bereits geförderten spezialisierten Beratungsstellen müssten zumindest – zumindest! – beibehalten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag von CDU und FDP ist nicht falsch. Aber er löst keine akuten Probleme. Er hilft in dieser Form keiner einzigen von Menschenhandel und Zwangsprostitution betroffenen Frau weiter. Daher werden wir uns zu diesem Antrag enthalten. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Butschkau. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kollegin Paul für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Prostitution ist sicherlich kein Job wie jeder andere. Aber Prostitution, auch als Gewerbe, ist Realität. Mir geht es, ehrlich gesagt, darum, dass wir durch gesetzliche Rahmenbedingungen einen Rahmen schaffen, um die Selbstbestimmung von Frauen zu stärken.

Frau Troles, mir ist in Ihrer Rede zu stark durchgeklungen, dass Sie doch ein sehr paternalistisches Bild haben. Ich glaube nicht, dass wir alle Frauen schützen, beschützen und retten müssen. Vielmehr müssen wir gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, die die Selbstbestimmung von Frauen stärken und damit auch einen Beitrag leisten, Menschenhandel wirksam zu bekämpfen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich reden wir hier über eine Gruppe von Frauen, die oftmals am Rand der Gesellschaft stehen und darüber hinaus häufig in prekären Lebensverhältnissen leben. Dementsprechend braucht es – Kollegin Butschkau hat darauf hingewiesen – auch im ländlichen Raum und nicht nur in städtischen Regionen Beratungsstrukturen, die diese Frauen überhaupt noch erreichen können.

Aber das fälschlicherweise als Prostituiertenschutzgesetz titulierte Gesetz von 2017 erschwert die Arbeit der Beratungsstellen noch. Von Prostituiertenschutz kann bei diesem Gesetz leider auch überhaupt keine Rede sein. Denn eigentlich hatte man sich vorgestellt, dass mit diesem Gesetz die Menschen im Mittelpunkt stehen würden.

Was ist allerdings passiert? – Im Grunde genommen wurden dort repressive Aspekte gestärkt, obwohl die Stärkung von Selbstbestimmung wichtig gewesen wäre. Und es handelt sich in der Tat in allererster Linie um ein administratives Gesetz. Aber auch dort gibt es Punkte, die nach wie vor nicht funktionieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, das haben wir allerdings schon im Vorhinein diskutiert. Es ist breit dargelegt worden, dass das, was in dem Gesetz angelegt ist, überhaupt nicht dazu geeignet ist, Menschen in der Prostitution zu stärken, Menschenhandel zu verhindern und die Situation insgesamt zu verbessern.

Nicht zuletzt im Sachstandsbericht der Landesregierung wird darauf hingewiesen. Konsequenterweise analysiert die Landesregierung – ich zitiere aus dem Bericht –:

„Auch die jetzige Landesregierung beobachtet die Auswirkungen des Gesetzes bezogen auf die Pflicht für Prostituierte zur Anmeldung und gesundheitlichen Beratung sowie auf die Kondompflicht sehr kritisch. Es bestehen sogar begründete Zweifel, ob das Gesetz in der Praxis seinem ursprünglichen Schutzgedanken jemals gerecht werden kann.“

Nein, dieses Gesetz wird diesem Schutzgedanken nicht gerecht werden. Deswegen appelliere ich an Sie, Frau Ministerin: Nutzen Sie Ihren Einfluss in Berlin, um dieses Gesetz jetzt zu reformieren.

Wir müssen nicht noch bis 2025 warten, bis auch beim Bund endlich angekommen ist, dass das Gesetz in dieser Art und Weise unwirksam ist. Wir brauchen jetzt ein Gesetz, das im Sinne von Stärkung der Selbstbestimmung, im Sinne von wirksamem Schutz überarbeitet wird.

Wir brauchen aber kein Rumgeeiere und auch kein Rumevaluieren, zumal zumindest die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein schon sehr dezidierte Erkenntnisse darüber geliefert haben, dass genau diese Ansprüche nicht eingelöst werden.

Dementsprechend haben wir, um die Situation in Nordrhein-Westfalen vor Ort verbessern zu können, einen Antrag vorgelegt, der dezidiert auf die unterschiedlichsten Probleme eingeht.

Denn nein, es ist nicht richtig, dass es sich allein um die Frage der Beratungsinfrastruktur handelt. Reden Sie mit den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern vor Ort, wie dieses Gesetz vor Ort umgesetzt werden muss! Da gibt es nicht die einheitlichen Richtlinien, da gibt es nicht die einheitlichen Verfahren. Das führt zusätzlich zu Verunsicherung, und zwar nicht nur bei den Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind, sondern auch bei denen, die das Gesetz vor Ort umsetzen sollen. Deshalb springen Sie zu kurz, wenn Sie hier einen Antrag vorlegen, in dem Sie all die Punkte, die bekannt sind, ignorieren.

Frau Troles, ich kann deshalb auch nicht verstehen, warum Sie unseren Antrag für obsolet halten. Ehrlich gesagt ist Ihr Antrag obsolet. Ich habe die Ministerin so verstanden, dass die Analyse, die Sie hier für die Evaluation der Beratungsstellen einfordern, doch eigentlich Teil der von Ihnen angekündigten Bestandsanalyse der Frauenhilfeinfrastruktur sein soll. Wenn das so ist, dann frage ich mich, warum Sie hier einen Antrag vorlegen, in dem Sie die Landesregierung noch einmal zu etwas auffordern, was sie nach eigenen Aussagen längst tut. Also, an dieser Stelle springt Ihr Antrag im Wesentlichen zu kurz.

Ich möchte auch sagen, dass ich mich über einen Vorgang doch einigermaßen geärgert habe. Liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, ich bin auf Sie zugegangen und habe gesagt: Lassen Sie

uns gemeinsam an diesem wichtigen Thema arbeiten. Denn an dieser Stelle ist es kein Streit zwischen uns hier im Haus, sondern es ist eigentlich ein Streit mit denen, die das nordische Modell favorisieren. Dem, was Kollegin Schneider gesagt hat, ist nichts hinzuzufügen. Das ist kein geeigneter Weg. Das ist der falsche Weg, der Frauen zusätzlich in ein Dunkelfeld und zusätzlich in Bedrohungssituationen drängt.

Wir hätten hier gemeinsam etwas auf den Weg bringen können. Wie gesagt, ich bin auf Sie zugegangen. Sie hatten allerdings nichts Besseres zu tun, als im Grunde genommen das, was ich Ihnen vorgeschlagen habe, in diesen Antrag zu gießen. Dass Sie nicht einmal auf uns zugekommen sind, um mit uns an dieser Stelle zusammenzuarbeiten, finde ich sehr, sehr schade, und ehrlich gesagt finde ich das auch keinen besonders guten Stil.

Ich denke, es hätte der Frauenpolitik und auch unserer gemeinsamen, eigentlich guten Haltung im Sinne von Schutz und Selbstbestimmung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern gutgetan, wenn Sie den Konsens hier nicht aufgekündigt hätten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Dr. Vincentz für die Fraktion der AfD das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Christ und Konservativer komme ich nicht umhin, mit dem Gedanken, dass ich mir menschliche Zuneigung in Deutschland kaufen kann, doch stark zu fremdeln. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich es zumindest sehr irritierend finde, das mit dem Erwerb einer Tüte Kartoffelchips oder einer Theaterkarte gleichzusetzen.

So komme ich an der Stelle auch nicht umhin, zu sagen, dass es dabei nicht um Dinge geht, die man in einem japanischen Kuschelcafé erwerben kann, das mir vielleicht in seiner Skurrilität zu einem Kaffee auch noch eine Umarmung der Kellnerin gönnt. Vielmehr passieren in einem Dunkelfeld Dinge – Frau Troles führte es aus –, von denen man sich nicht vorstellen kann, dass sie auch ohne einen dahinter stehenden mindestens ökonomischen Zwang stattfinden würden.

Der Kinsey-Report sagt, dass es eine gewisse Anzahl von Menschen gebe, die das trotzdem so machen würden, die trotzdem diesen Beruf ergreifen würden. Aber wenn man sich die Situation der Frauen genauer anschaut, stellt man fest, dass, wie gesagt, zumindest ein ökonomischer Zwang dahinter

steht. Daher verstehe ich nicht, dass sich in der Vergangenheit gerade die linke Seite des Plenums für eine Enttabuisierung der Prostitution stark gemacht hat und immer noch stark macht; schließlich haben wir es dort oft mit Folgen von Armut zu tun.

Nichtsdestotrotz gibt es einen gewissen Bedarf – den gab es in der Geschichte der Menschheit schon immer; das ist leider so –, und daraus leitet sich auch ein gewisses Angebot ab. Daher verdienen es die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, dass wir, so delikat oder so unangenehm das auch sein mag, genauer auf diesen Bereich schauen.

Was stellen wir fest? Das Prostituiertenschutzgesetz – Frau Paul, Sie haben das sehr gut ausgeführt – ist seinen Namen eigentlich nicht wert. Denn wenn wir uns die Zahlen, die bisher zur Evaluation zur Verfügung stehen, anschauen, wird uns klar, dass es seiner Aufgabe, dem Prostituiertenschutz, nicht nachkommt. Vielmehr führt es eher dazu, dass Menschen in die Illegalität gedrängt werden.

Ich denke, wir alle sind uns einig, dass es Prostitution in der Gesellschaft gibt. Dazu kann man stehen, wie man will. Aber wir sollten die Menschen, die aus welchen Gründen auch immer in dem Bereich arbeiten, schützen. Wir sollten uns um ihre Gesundheit, auch die seelische Gesundheit und ihre Arbeitsbedingungen kümmern. Ich denke, an der Stelle ziehen wir alle an einem Strang. Wie das im Endeffekt ausformuliert wird, darüber lässt sich sicherlich debattieren. Wir sind an der Stelle sehr offen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Nun spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, bei der Einschätzung der Wirkung des Prostituiertenschutzgesetzes sind wir uns doch sehr einig im Parlament und mit der Regierung.

Denn wir haben – es ist mehrfach abgehoben worden auf das Thema „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ – in den letzten drei Jahren durchaus dargelegt, dass das Prostituiertenschutzgesetz Frauen nicht vor Menschenhandel und Zwangsprostitution schützt. Zwar ist es vor diesem Hintergrund auf der Bundesebene entwickelt und weiterentwickelt worden, aber wir können aufgrund der Erfahrungen sowohl aus Nordrhein-Westfalen wie auch aus Schleswig-Holstein sehr deutlich darlegen, dass diese Zielsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes bisher nicht erreicht wurde und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht erreicht wird.

Auch Kollegin Schneider hat recht, wenn sie sagt, sie mache sich Sorgen um Frauen, die in der Beschaffungsprostitution unterwegs seien. Denn auch die Frauen in der Beschaffungsprostitution werden vom Prostituiertenschutzgesetz nicht geschützt. Das hat die Studie, die wir in Auftrag gegeben haben und die dann von der KOBBER vorgelegt wurde, mehr als eindringlich dargelegt.

Deswegen haben wir als Landesregierung Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Landesregierung Schleswig-Holstein einen entsprechenden Antrag in die GFMK eingebracht und den Bund aufgefordert, die ersten Erfahrungen der Länder, die sehr frühzeitig für eine gesetzliche Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes gesorgt haben, aufzugreifen und sie in die Evaluierung, die er selbst für das Jahr 2019 angekündigt hat, einzubauen. – Die Evaluierung liegt mir immer noch nicht vor.

Wir haben auch versucht, auf das Bundesfamilienministerium zuzugehen und – da es uns nicht fragte, welche Erfahrungen wir haben – angeboten, unsere Erfahrungen direkt nach Berlin zu schicken in der Hoffnung, dass sie dort aufgegriffen werden. Auch dazu haben wir bisher keine Rückmeldung bekommen. Deswegen darf ich in Richtung SPD sagen, dass diesbezüglich noch Optimierungspotenzial besteht.

Denn das Ziel ist ja klar: Es geht um den Schutz von Frauen in der Prostitution. Wir müssen uns alle miteinander verständigen, wie wir dieses Ziel in der Zukunft umsetzen wollen.

Der Antrag vonseiten der regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP ist insofern wichtig, als er dem Grunde nach eine Neukonzeption von Beratungs- und Informationsstrukturen mit dem Ziel eines landesweit flächendeckenden Angebots formuliert. Darum geht es, und deswegen dürfen und müssen wir auch ein bisschen genauer auf die Ergebnisse der bisherigen Beratungs- und Informationsangebote im Land Nordrhein-Westfalen schauen. Diese sind zum Teil sehr regional, aber zum Teil, wenn ich KOBBER nehme, auch landesweit unterwegs, um entsprechende Angebote zu machen und eine flächendeckende Versorgung herzustellen.

Auf diesen Weg wollen wir uns gern begeben, sofern der Landtag Nordrhein-Westfalen diese Antragslage zum Gegenstand macht. Wir werden uns natürlich auch die Anregungen von Bündnis 90/Die Grünen ansehen, was die weiteren Themen anbetrifft, die Sie im Zusammenhang mit dem Prostituiertenschutzgesetz aufgeworfen haben.

Für eines darf ich in diesem Zusammenhang noch werben. Wir sind als Landesregierung sehr intensiv auf der Bundesebene unterwegs, was die frühzeitige Einbeziehung der Erkenntnisse angeht. Gleichsam darf ich auch die anderen Fraktionen hier im Haus

darum bitten, sich gemeinsam mit uns für das Anliegen aus Nordrhein-Westfalen respektive aus Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag einzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/8588 ab. Es wurde direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/8588 zu? – CDU und FDP sowie die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8588** mit Mehrheit im Hohen Hause **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/8639 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und Herr Neppe, fraktionslos. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/8639** mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

4 Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen!

Große Anfrage 14
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6865

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/8021

Die Aussprache ist eröffnet, und für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Rüße das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir diskutieren heute über unsere Große Anfrage „Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen!“.

Als Erstes möchte ich mich beim Ministerium – Herr Rapp, bitte nehmen Sie das mit ins Ministerium – ausdrücklich dafür bedanken, dass Sie diese ausführliche ...

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, betritt den Plenarsaal und nimmt

Platz. – Zurufe von der SPD: Ah! – Stefan Kämmerling [SPD]: Bei der Ministerin!

– Ah, Frau Ministerin.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Entschuldigung!)

– Alles gut. Ich bedanke mich auch bei Ihnen für die ausführlichen Antworten, die wir bekommen haben.

Ich möchte aber auch den ehemaligen Abteilungsleiter Herrn Odenkirchen ausdrücklich erwähnen. Das war sozusagen sein Abschiedsgeschenk an uns. Ich hoffe, dass es ihm Spaß gemacht hat, diese Anfrage zum Schluss zu beantworten. Das ist eine Menge Arbeit, aber ich denke, es waren viele Fragen darin enthalten, mit denen man sich angesichts der Situation rund um das Wasser tatsächlich beschäftigen sollte.

Wir alle haben in den letzten zwei Sommern, in denen es sehr trocken war, gemerkt, dass es auch in einer Region wie Nordrhein-Westfalen – wo wir immer gesagt haben: Wasser ist hier kein Problem; das werden wir immer haben –, gerade wenn man nach Ostwestfalen schaut, durchaus einmal knapp werden kann. Wir wissen: Wir brauchen Wasser. Wasser ist lebensnotwendig für uns alle, und deshalb hat es natürlich einen besonderen Schutz verdient. Kurzum: Wir sollten sorgfältig mit dieser Ressource umgehen.

Wie steht es insgesamt um das Wasser? Wir verbrauchen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 4,5 Milliarden Kubikmeter, davon 3,5 Milliarden Kubikmeter im Bereich der Wirtschaft, die Hälfte davon wiederum in der Energiewirtschaft. Im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung, der uns besonders interessiert, werden ungefähr 1 Milliarde Kubikmeter pro Jahr genutzt.

Ein Drittel des Wassers stammt aus dem Grundwasser, zwei Drittel aus Oberflächengewässern.

Damit wird deutlich, wie wichtig es ist, die Oberflächengewässer vor Einträgen zu schützen. Wir müssen in der Tat dafür sorgen, dass nichts ins Wasser gelangt, was nicht ins Wasser gehört.

Die Zahlen haben gezeigt, dass der Wasserverbrauch in Deutschland sinkt. Wir verbrauchen heute etwa 30 % weniger Wasser als noch vor 30 Jahren. Jetzt könnte man sagen, wenn der Verbrauch sinkt, wird es insgesamt wohl kein Problem geben. Letztendlich sind wir noch immer ein wasserreiches Land. – Dem ist jedoch nicht so. Das hat die Antwort des Ministeriums deutlich gezeigt.

Ich war wirklich erstaunt – und die Daten hierzu waren wirklich toll – über die Antworten zu der Frage: Wie schaffen wir es, unsere Talsperren immer wieder zu füllen? Wie funktioniert das? Und was passiert bei der Grundwasserneubildung? Beides bietet Anlass, genauer hinzuzugucken.

Insbesondere die Ausführungen zur Grundwasserneubildung fand ich hochinteressant. Denn es nicht so, dass die Grundwasserneubildung nur in absolut niederschlagsarmen Jahren nicht mehr wirklich funktioniert. Vielmehr ist seit 30 Jahren – das zeigt eine Grafik in der Antwort sehr deutlich – eine klar fallende Linie bei der Grundwasserneubildung zu verzeichnen. Daher müssen wir uns einmal gemeinsam überlegen, was wir tun können, um diesen Prozess ein Stück weit zurückzuentwickeln.

Wenn wir weniger Wasser haben, ist das ein Grund mehr, genau hinzuzugucken, wie wir mit dem Wasser umgehen. Deshalb haben wir auch nach der Belastung im Wasser gefragt. Hierbei geht es um Mikroplastik, ein etwas jüngeres Thema, aber auch um Medikamentenrückstände, um Nitratrückstände und Pflanzenschutzmittelrückstände, die uns schon länger begleiten.

Bei den Nitraten ist die Situation zumindest insofern gut, als wir uns seit drei, vier Jahrzehnten intensiv damit auseinandersetzen und auch ungefähr den Zustand in dem Bereich kennen – bei aller Kritik, die es insofern gerade gibt. Grundsätzlich haben wir da aber ein ganz gutes Informationsnetz.

Bei Pflanzenschutzmitteln – das hat die Antwort auch ergeben – sieht das völlig anders aus. Eigentlich ist es schon spannend, dass wir bei diesen giftigen Stoffen, die es ja nun mal sind, so wenig wissen, dass wir nur deutschlandweit erhobene Pauschaldaten haben, uns aber überhaupt nicht bekannt ist, was hier in Nordrhein-Westfalen eingesetzt wird, geschweige denn, dass wir viel über Rückstände wissen.

Was wir wissen, ist, dass die Pestizide bei den Wasserversorgern enorme Kosten verursachen können. Das beste Beispiel dafür ist immer wieder der Halterner Stausee, bei dem der Wasserversorger ungefähr eine Million Euro pro Jahr für Aktivkohle ausgibt, um unerwünschte Pflanzenschutzmittelrückstände herauszufiltern.

Zu Medikamentenrückständen gibt es – und das wird auch in der Antwort erwähnt – das Projekt „MerkMal“. Dies müssen wir uns alle mal überlegen: Wir legen hier immer wieder viele Projekte – auch viele gute Projekte – auf. In dem Projekt „MerkMal“ geht es darum, Röntgenkontrastmittel herauszuholen und eben nicht ins Wasser zu entlassen. Das Projekt hat erwiesen, dass man so was auch mit wenig Aufwand machen kann und gute Ergebnisse erzielt. Warum das nicht flächendeckend vorangetrieben wird, verstehen wir nicht. Wir würden uns wünschen, dass das endlich vom Projekt zum Regelfall gemacht wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben natürlich das Problem der Eingriffe des Menschen und des Abbaus von Rohstoffen. Wir müssen mit den Folgen des Bergbaus umgehen. Das ist das eine.

Wir haben aber auf der anderen Seite auch immer wieder neue Eingriffe zum Abbau von Rohstoffen.

Wir würden uns wünschen, dass diese Große Anfrage dazu genutzt wird, noch einmal sehr deutlich zu machen, dass der Schutz des Wassers mindestens denselben Wert haben muss wie die Interessen von Wirtschaftsunternehmen am Abbau von Kalk oder Kies oder anderen Gesteinen.

Wasser steht uns eben nicht unbegrenzt und in Hülle und Fülle zur Verfügung. Wasser ist der wertvollste Grundstoff für alles Leben auf diesem Planeten. Deshalb sollten wir – und ich hoffe, dass diese Große Anfrage da eine gewisse Initialzündung gibt und dies noch einmal verstärkt – dem Wasser mehr Aufmerksamkeit und einen besseren Schutz zukommen lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rüße. – Jetzt spricht Herr Dr. Nolten für die CDU-Fraktion.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der personenbezogene Wasserverbrauch sinkt. Die öffentliche Wasserabgabe liegt mit gut 1 Milliarde Kubikmeter um ein Viertel niedriger als noch vor einer Generation. Die Qualität des Wassers aus der öffentlichen Leitung ist so gut wie nie. Gewässerreinigung und -renaturierung schreiten weiter voran.

Die im Sommer voraussichtlich verabschiedete Trinkwasserrichtlinie der EU enthält Vorgaben, wie sie heute durchaus schon bei uns erfüllt werden. Alles gut? Nicht ganz. Es gibt durchaus noch Handlungsbedarf. Das war zwar schon vor der Großen Anfrage bekannt; gleichwohl bin ich für sie sehr dankbar. So werden verschiedene Themen der Wasserpolitik, die sehr unterschiedlich im öffentlichen Interesse stehen, in der Breite angesprochen.

Zentral ist sicherlich die Wasserwirtschaft. Haben wir gesichert die Mengen, die wir für unseren Lebensstandard und Wohlstand brauchen? Niederschlagsmengen und -verteilung verändern sich durch den Klimawandel. Die Frühsommerdürre der letzten beiden Jahre könnte zum Regelfall werden. Wir haben neben dem Trinkwasserbedarf der Haushalte die Anforderungen der Industrie und zunehmend der Landwirtschaft. Freizeitnutzung, Energieerzeugung, Hochwasserschutz und Artenschutz müssen berücksichtigt werden.

Ein Drittel des Wassers gewinnen wir aus Tiefbrunnen, ein Sechstel aus Talsperren und knapp die Hälfte aus Brunnen, die Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser fördern. Neben wenigen Großen wie Gelsenwasser gibt es eine große Zahl mittlerer und kleinerer, meist kommunaler Versorger und über

50.000 private Hausbrunnen. Das hat Vorzüge im Bereich des Zugriffs auf die wichtigste Ressource von außen, aber unter Umständen auch Nachteile beim Zustand des Verteilnetzes und den Aufbereitungsmöglichkeiten.

Örtlich bedeutsam sind auch die Brauch- und Kühlwasserentnahmen. 1.800 Betriebe ziehen über 3,5 Milliarden Kubikmeter aus eigenen Gewinnungsanlagen. Will NRW Industrieland bleiben, so ist – bei feststellbaren und erfolgreichen Optimierungsmaßnahmen in den Unternehmen – eine Inanspruchnahme auch zukünftig zu gewährleisten. Bei einem knappen Wasserdargebot bin ich skeptisch, ob Verhaltensempfehlungen und Verbote zum Beispiel des Rasensprengens ausreichen.

Neben Notverbundleitungen, die einen überregionalen Ausgleich herbeiführen können, bedarf es einer besseren Wasserernte in privaten Regenwasserzisternen und in Stauräumen im Wurzelbereich der Straßenbäume. Hochwasserschutz mittels Flutmulden, Rückhaltebecken, Abschlägen und Notwasserwegen könnten mit Bevorratung verbunden werden.

Im LEP sind acht weitere Talsperren-Standorte als Ziel der Raumplanung gesichert. Neubau wird seit vielen Jahren nicht mehr betrieben und stellt auch einen erheblichen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Ein Vorhalten macht aber nur Sinn, wenn ich zum Ziehen der Option bereit bin. Ein rascher Klimawandel könnte hierzu Anlass geben. Kapitel VII verweist auf die sich seit 30 Jahren deutlich nach unten bewegende Kurve der Grundwasserneubildung und auf die historischen Tiefstände an einem Fünftel der Grundwassermessstellen im Herbst 2018.

Über die seit 2016 erforderlichen kommunalen Wasserversorgungskonzepte werden Problembewusstsein und auch die tatsächlichen Problemlagen schneller erkannt. Das Abteufen neuer Brunnen und die Erschließung neuer Gewinnungsgebiete sind aber auch nicht ohne Risiken.

Auf die Konsequenzen eines fehlenden Verdünnungseffektes nitratbelasteter Grundwasservorkommen bei ausbleibenden Niederschlägen hebt der Fragensteller selbst ab. Landwirte vor Ort werden ihm beipflichten. Hier könnte ein Ansatzpunkt zur Entwicklung neuartiger Bewässerungssysteme in technischer wie auch organisatorischer Hinsicht für die Landwirtschaft auf besten Böden in Regenschattengebieten gegeben sein.

Vorsichtig bin ich bei dem von den Grünen vorgetragenen Kausalzusammenhang zwischen der Steigerung des Trinkwasserpreises und der Nitratbelastung der Wässer. Die Preissteigerungen waren über Jahre hinweg unterdurchschnittlich und lagen erst in den letzten Jahren leicht darüber.

Zur Bedeutung des herausgestellten Zusammenhangs: Die Antwort auf die Große Anfrage geht dezidiert auf Entwicklung und Umfang der Gewässerkooperationen und ihre Erfolgsgeschichte ein. Sie verweist auf Messstellen in 67 Kooperationsgebieten, bei denen der Nitratschwellenwert früher über- und heute unterschritten wird. Insgesamt liegt bei 12 % der Messstellen in Kooperationsgebieten der aktuelle Nitratwert bei über 50 mg/l. Landesweit gilt dies für 14 % der Messstellen. Zur Stilllegung von Brunnen kommt es aus den verschiedensten Gründen, die Nitratbelastung ist aber eher nachrangig eine Ursache. Nur 0,9 % der Maßnahmen zur Nitratreduktion sind kostenrelevante Trinkwasseraufbereitungsmaßnahmen.

Trotzdem hat die NRW-Koalition auf dieses Problem reagiert. Wir haben zum Haushalt 2019 Mittel für die Anschaffung von Stickstoffsensoren und Gölledurchflussmessgeräten zur Verfügung gestellt. Im Haushalt 2020 findet sich erstmalig ein Titel mit fast 1,5 Millionen Euro im Ansatz für die Organisation von Kooperationen außerhalb von Wasserschutzgebieten.

Die Kammerberatung der Betriebe hinsichtlich der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wurde ebenfalls auf fast 6 Millionen Euro verstärkt. Eine stärkere Kontrolle importierter Wirtschaftsdünger, Überlegungen zur Förderung der bedarfsgerechten überregionalen Gülleverteiler innerhalb von Nordrhein-Westfalen ergänzen diese Bemühungen.

Nun aber zu einem echten „Preistreiber“: Der in der Praxis oftmals kommunizierte Referenzwert für Netzerneuerungsraten liegt bei 1,5 % des Leitungsnetzes. Damit wird eine Nutzungsdauer von 70 Jahren unterstellt. In der Praxis liegt beim Benchmarking Wasser der Mittelwert bei den Wasserversorgungsunternehmen mit bis zu 3 Millionen Kubikmeter Jahresförderung derzeit bei 0,8 %.

Es wird von Wasserversorgungsunternehmen berichtet, bei denen noch 10 % der Leitungen aus Gusseisen bzw. Asbestzement bestehen. Alte Leitungen stehen für Leitungsbrüche und Wasserverlust. Eine Wasserverlustrate von 0,1 Kubikmeter je Kilometer Leitungslänge und Stunde bedeutet im ländlichen Bereich die Schwelle zu hohen Wasserverlusten. Bei Großstädten liegt dieser Wert doppelt so hoch.

Der kaufmännische Verlust liegt bei der Verlustrate von 0,1 bei fast 10 %. Viele Wasserversorgungsunternehmen nutzen die derzeit günstigen Refinanzierungskosten für die dringend nötige und lange fast sträflich vernachlässigte Netzerneuerung, die selbstverständlich dann auch nicht kostenneutral für die Endkunden ist.

Belegt wird diese Sicht der Dinge durch die Ausführungen zum Investitionsstau in Kapitel VIII. Die neue EU-Trinkwasserrichtlinie wird diese Verluste, die deutschlandweit bei 12 % und im EU-Durchschnitt

bei 25 % liegen, im Sinne der Nachhaltigkeit zu reduzieren suchen. Sie wird auch Grenzwerte für Blei halbieren, für Bisphenol A einen Höchstwert festlegen und beim Mikroplastikgehalt eine Überwachung einführen. Erst nach der Entwicklung zuverlässiger Messverfahren und valider Grenzwerte sollen Höchstwerte seitens der EU vorgegeben werden.

Zu diesem Thema wie auch zu Mikroschadstoffen, multiresistenten Keimen haben wir im Plenum in den vergangenen zwei Jahren schon Diskussionen geführt, die wir gern im Ausschuss wieder aufnehmen können.

Generell unterstützen wir dabei den Ansatz der Landesregierung, von einer Verpflichtung zum Bau einer sogenannten vierten Reinigungsstufe abzusehen. Vielmehr sollen einzelfallbezogen und risikangepasst Anlagenerweiterungen im Rahmen der üblichen Ertüchtigung und auf der Grundlage abgesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse zu deren Wirksamkeit erfolgen. Die unterschiedlichen Konzepte von den Membranbioreaktoren über die Aktivkohlefiltration bis hin zur Ozonung, zu Retentionsbodenfiltern und UV-Bestrahlung werden im Bericht angeführt.

Zuzustimmen ist der Feststellung im Bericht, dass die Trennung der Abwassergebühren in Anteile für Schmutzwasser und Niederschlagswasser Anreize geschaffen hat, das Niederschlagswasser in Gewässer abzuschlagen oder zu versickern. Folgerichtig haben wir im vergangenen Jahr dem Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei der Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser unsere Zustimmung erteilt.

Ob die finanziell sehr ungleich verteilten Lasten der Wasseraufbereitung, die mit den Durchschnittswerten der Kreise und kreisfreien Städte in der Anlage I.8, bewusst oder unbewusst, nicht annähernd abgebildet werden, vertretbar sind, bleibt eine in der kommunalen Familie latente und letztlich im GFG zu klärende Frage.

Während in 2015 in der Stadt Schleiden 5,38 Euro für die Reinigung eines Kubikmeters Abwasser berechnet wurden, waren es in Köln nur 1,58 Euro, mehr als zwei Drittel weniger. Der Musterhaushalt in Schleiden zahlte 1.200 Euro im Jahr, während die Kölner noch nicht einmal 500 Euro bezahlen mussten. Die Abwassergebührenhilfe macht dabei zurzeit weniger als ein halbes Promille des GFG-Volumens aus.

Kommen wir noch kurz auf die Konsequenzen des Abwassers von energetischen und nicht energetischen Rohstoffen auf unsere Wasserressourcen zu sprechen.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Anheben kann man doch!)

Mit großem Interesse werden auch wir die abschließende Bewertung des Pilotversuchs mit einer PCB-Elimination aus dem gehobenen Grubenwasser an den Standorten Haus Aden und Ibbenbüren verfolgen wollen und regen eine Befassung in unserem Fachausschuss an.

Mit den möglichen Änderungen beim Abbauverbot oberflächennaher Kiese und Sande in Wasserschutzgebieten werden wir uns intensiv bei der Novelle des Landeswassergesetzes beschäftigen. An Vorabspekulationen und Bewertungen möchte ich mich daher heute nicht beteiligen.

Zum Schluss noch zur Gewässerentwicklung. Auf Probleme und Lösungsansätze haben wir im November mit unserem Antrag zum Wanderfischprogramm hingewiesen. Flächenverfügbarkeit, Finanzierung und Zeitplanung sind die kritischen Punkte. Dies wird auch durch die vorliegende Drucksache deutlich. Ob allerdings die Mediations-, Flurbereinigungs- und Genehmigungsverfahren wirklich „unvorhersehbar“ die Umsetzung verzögern, lasse ich offen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kämmerling?

Dr. Ralf Nolten (CDU): Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Kämmerling.

Stefan Kämmerling (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Nolten, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Sie haben gerade über das Thema der Abwassergebühren gesprochen, und Sie haben den ländlichen Raum und den städtischen Raum unterschieden. Dieses Problem, dass Abwassergebühren im ländlichen Raum extrem hoch sind, folgend aus der Tatsache, dass wir eine sehr anspruchsvolle Topographie haben und sehr häufig sehr viel weniger Haushalte an einer Rohrleitung – um das mal sehr vereinfacht darzustellen – hängen, führt dazu, dass in Ihrem Heimatbereich Düren wie aber auch bei mir in der Städtereion Aachen, wo es Eifel-Anteile gibt, sehr häufig die Situation ...

Ach so, ich habe eine Fragemöglichkeit, keine Zwischenintervention. Mensch, Sie sind aber nachgiebig.

Ich komme zu meiner Frage: Gibt es, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Nolten, bei den soeben von Ihnen ausgeführten sogenannten Abmilderungshilfen im Gemeindefinanzierungsgesetz Pläne, die dergestalt aussehen würden, dass Sie den Forderungen von vielen Kommunalpolitikern im ländlichen Raum nachkommen, diese Abmilderungshilfe anheben und dadurch den Preis im ländlichen Raum senken?

Dr. Ralf Nolten (CDU): Also, Herr Kämmerling, ich muss Ihnen sagen, ich bin ja erst seit 2017 im Landtag, habe aber natürlich die Entwicklung bei der Abwassergebührenhilfe verfolgt. Ich darf festhalten, dass die in den letzten zehn Jahren, also nicht unter dieser Landesregierung, nicht unter der NRW-Koalition, deutlich reduziert worden ist und wir sie jetzt erst in den letzten beiden Jahren wieder nach oben befördern.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ach, das stimmt doch nicht! – Michael Hübner [SPD]: Das stimmt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Zahlen können Sie feststellen. Insofern ist es ein guter Ansatz, und wenn wir für derartige Dinge eine breite Unterstützung bekommen, die die Gebührenbelastung fairer gestaltet, dann würde das sicherlich die Menschen im ländlichen Raum sehr freuen.

(Beifall von der CDU)

Aber die Diskrepanz ist auch hier in diesem Bericht deutlich erkennbar. Es geht ja nicht nur um die Bereiche, die Sie angesprochen haben, beispielsweise die Nordeifel, sondern es geht sicherlich auch um das Bergische Land; es geht um Teilbereiche des Hochsauerlandkreises, von Ostwestfalen, wo eine ähnliche Problematik da ist.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Michael Hübner [SPD]: Das bleibt nicht richtig!)

– Das ist richtig. Darüber können wir gerne noch einmal diskutieren.

(Michael Hübner [SPD]: Um wie viel Prozent soll denn das gesenkt worden sein?)

Abschließend noch einen letzten Satz zur Gewässerentwicklung: Wir brauchen eine stärkere Beteiligung der Grundeigentümer, der Landbewirtschafter vor Ort. Wir müssen stärker über die Verbindung des Eingriffsausgleichs mit der Umsetzung der Wasserahmenrichtlinie nachdenken.

Sie sehen – das hat die Aussprache gerade schon gezeigt –: Die Antwort auf die Große Anfrage gibt Raum für zahlreiche interessante und nachmittagsfüllende Diskussionen, die wir dann gerne im Ausschuss führen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Nolten. – Jetzt spricht Herr Börner für die SPD-Fraktion.

Frank Börner (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Verzicht auf den Kohleabbau können wir in Deutschland nur

noch auf einen wichtigen Rohstoff verweisen, der unseren Wohlstand stabilisiert: unser in guter Qualität und Quantität vorhandenes Grundwasser.

Dies ist für unseren Standort eine sehr glückliche, auch existenzielle Situation. Leider ist wie alles Gute auch das nicht selbstverständlich und sicher auch nicht von Dauer.

Durch die Klimaveränderung werden unsere Sommer immer trockener. Dies lässt Grundwasserstände sinken, leert unsere Talsperren. Zum Teil durch den Abbau von Umweltstandards, wie zum Beispiel die Dichtheitsprüfung, zum Teil durch Nichtstun, wie zum Beispiel bei der Nitratbelastung unseres Grundwassers durch die Landwirtschaft, riskieren wir die Qualität unseres Grundwassers. Und dies nachhaltig!

Neben der Tatsache, dass wir unser Grundwasser durch Gülle ungenießbar machen, droht hier eine Strafe der EU von über 800.000 Euro pro Tag, und dies durch Nichtstun der Landwirtschaftsministerin in Berlin.

Die Aufbereitung von Trinkwasser wird immer aufwändiger, wir brauchen eine neue Filtertechnik und neue Gewinnungsgebiete. Diese Kosten wird auf Dauer der Gebührentzahler zu tragen haben. Oder aber wir machen das, was im Vorwort der Antwort auf die Große Anfrage angesprochen wird, und nehmen die Verursacher in die Verantwortung.

Wir brauchen eine neue Ausrichtung für unsere Landwirtschaft.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Ausbringung von Pestiziden und Gülle verteuert im ersten Schritt unser Grundwasser, und später wird dadurch die Nutzung unseres Grundwassers als Lebensmittel insgesamt riskiert. Soweit darf es nicht kommen.

In der Anfrage wird deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. So wird es im Vorwort angeführt. Gehen wir ins Detail der einzelnen Fragen, wird es schon undeutlicher, ob überhaupt ein Handlungsbedarf besteht bzw. ab welcher Stufe welcher Weg gegangen werden soll. Wir müssen dringend unsere Art und Weise, wie wir Landwirtschaft betreiben, überdenken. Hier geht es um die Produktion gesunder Lebensmittel, Tierwohl, aber eben auch um den Erhalt unseres Grundwassers.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ein weiteres Problem ist die Einbringung von Medikamentenrückständen, die unsere Kläranlagen derzeit nicht herausfiltern können. Kontrastmittel bauen sich nur sehr langsam ab, im Ergebnis reichern sie sich an. Die immer wieder zitierte vierte Reinigungsstufe ist nur in sehr seltenen Fällen installiert, die Wirtschaftlichkeit und die hohen Kosten machen sie in jedem Fall fraglich.

Spannend ist der Ansatz, wie im Vorwort angeführt, beim Verursacher anzufangen. Im Abwasser von Krankenhäusern befinden sich naturgemäß viele Medikamentenrückstände. Glücklich bin ich über einen Piloten, nämlich den Bau einer sogenannten vierten Reinigungsstufe an den Evangelischen Kliniken im Duisburger Norden, meinem Wahlkreis. Hier können wir bald zeigen, was technisch möglich ist und ob es sich wirtschaftlich rechnet.

Da Patienten heute recht früh aus den Krankenhäusern entlassen werden und die Medikamente oft noch im Körper sind, sollte die Einführung von Urinbeuteln obligatorisch werden. Beim Kauf von Medikamenten, die sich im Wasser anreichern, müssen diese Beutel automatisch mit dabei sein.

Nachdem wir die durch die alte schwarz-grüne Regierung eingeführte Dichtheitsprüfung auf ein praktisches Maß reduziert haben, ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir haben hier keine schwarz-grüne Regierung gehabt!)

... soll dies nun endgültig abgeschafft werden. – Soweit ich weiß, habe ich gerade das Wort. Sie können aber gerne eine Zwischenfrage stellen.

Nach dem noch gültigen Gesetz zur Dichtheitsprüfung soll nur in Trinkwasserschutzgebieten sichergestellt werden, dass die privaten Abwasserkanäle zuverlässig dicht sind.

(Zurufe von Markus Diekhoff [FDP] und anderen – Michael Hübner [SPD]: Wir haben die abgeschafft, nicht ihr!)

Eine Regelung, die funktioniert und akzeptiert wird.

Nun will die neue schwarz-gelbe Regierung auf den Startpunkt zurück und auch diese Überprüfung abschaffen. Hier werden Umweltstandards ohne Not und ohne Sinn zulasten unseres Trinkwassers abgeschafft.

Die Beantwortung der Großen Anfrage zur Wasserqualität in Nordrhein-Westfalen zeigt auf, auf welchen Feldern wir dringend handeln müssen, um unsere Standards zu halten und zu verbessern. Nicht nur das Ergebnis dieser Beantwortung zeigt, dass wir nicht abwarten können, sondern heute handeln müssen – im Gespräch mit der Landwirtschaft, im zielführenden Gespräch mit der Landwirtschaft.

Wir dürfen keine Standards senken, im Gegenteil, wir müssen behutsam darauf hinwirken, unsere Standards zu erhalten.

Durch klimabedingte Trockenheit müssen wir nicht nur die bestehenden Trinkwasserbrunnen pflegen, sondern zusätzliche Gewinnungsgebiete finden.

Lassen Sie uns gemeinsam an dem Erhalt unseres qualitativ und quantitativ guten Grundwassers arbeiten. – Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Börner. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Diekhoff.

Markus Diekhoff^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nahezu entsetzt, dass wir ein so wichtiges Thema wie Wasser behandeln und der Kollege Börner es für ein so primitives und billiges Landwirtschaftsbashing benutzt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist völlig überflüssig. Weder die Details der Beantwortung der Großen Anfrage noch das Gesamtbild geben diese einseitige Fixierung auf die Landwirtschaft bei der Wasserqualität wieder. Das gilt genauso wenig für die Dichtheitsprüfung, über deren richtige Abschaffung wir in unserem entsprechenden Antrag ebenfalls schon gesprochen haben.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Das war keine Glanzleistung! Michael Hübner [SPD]: Der Paragraf ist seit 2012 abgeschafft!)

Da gibt es keine Gefahren, sondern wir haben klare wissenschaftliche Grundlagen. Die Fachhochschule Münster hat es untersucht, es gibt kein Problem. Sie ignorieren überall, genauso wie bei der Landwirtschaft, die wissenschaftlichen Fakten. Es geht nur noch um Polemik auch bei wichtigen Themen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist alles tagespolitisch orientiert, es ist wirklich traurig.

Dabei ist doch zu begrüßen, dass mit der Großen Anfrage ein so umfangreicher Überblick über das Thema „Wasser“ hier in Nordrhein-Westfalen erstellt wurde.

Es gibt so viel Positives zu berichten, zum Beispiel, dass der Wasserverbrauch stark zurückgegangen ist, gerade auch bei den Privathaushalten. Das zeigt ja, dass jeder Einzelne beim achtsamen Umgang mit unserer wichtigsten Ressource – das ist die wichtigste Ressource der Menschheit – seinen Beitrag leisten kann. Es beweist eindrucksvoll, dass technischer Fortschritt genauso wie bei anderen Umweltproblemen dazu führen kann, dass wir uns verbessern. Der technische Fortschritt hat den Wasserverbrauch gesenkt.

Ein konstanter Rückgang ist auch bei der Industrie zu beobachten, und das ist auch sehr positiv anzuerkennen, weil die Wasserentnahme der Industrie gerne verteufelt wird und in der Kritik steht, und das oft zu Unrecht, denn auch die Industrie hat sich sehr verbessert. Tatsächlich beträgt die Entnahme der Industrie in Nordrhein-Westfalen nur 20 % des gesamten Wasserverbrauchs. 80 % des Wasserverbrauchs

erfolgt durch die Privathaushalte und 20 % durch die Industrie.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Eine Milliarde!)

Ich denke, das steht der Industrie auch zu, weil sie ja für uns alle Güter produziert, von denen wir alle leben.

Die Wasserwirtschaft an sich bietet in Nordrhein-Westfalen 53.000 Jobs, sie ist also ein wichtiger Jobmotor. Die Anzahl der Stellen ist in den letzten Jahren sogar um 2 % gestiegen.

Für die Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen ist Wasser und damit die Wasserwirtschaft ein maßgeblicher Wirtschaftsfaktor. Die Sicherung der Wasserwirtschaft und unserer Wasserversorgung ist eine wichtige Frage, die nicht nur für die Industrie unerlässlich ist, sondern vor allem als Teil der Daseinsvorsorge zum Wohle der Menschen in Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise zu gewährleisten ist.

Deswegen ist es gut und richtig, dass wir erfahren haben, dass im vergangenen Jahr ein Austausch mit Fachakteuren und Sozialpartnern in der Wasserwirtschaft stattgefunden hat, denn auch dort geht das Gespenst des Fachkräftemangels und damit verbunden die Frage der Fachkräftequalifizierung um. Darum muss man sich frühzeitig kümmern, nicht dass man irgendwann aufwacht und merkt: Oh, wir haben keine Menschen mehr, die wissen, wie man sauberes Wasser zur Verfügung stellt.

Und ein weiteres Schreckgespenst lehne ich ab, denn: Das Wasser in Nordrhein-Westfalen ist nicht knapp. Wir haben genug Wasser, aber wir müssen natürlich wissen, wie wir dieses Wasser zu den Menschen bringen, wie es aufbereitet werden kann, wenn es schmutzig ist. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir hier die richtigen Fachkräfte dauerhaft haben.

(Beifall von der FDP)

Ein weiterer Aspekt, der in der Großen Anfrage behandelt worden ist, aber anders als gerade dargestellt, ist das Thema „Gewässerqualität und Nitrat“. Die Antwort ist da auf besondere Art und Weise recht sachlich und nicht ganz so ideologisch, wie das Thema sonst oft diskutiert wird. Die nüchternen Zahlen können sicherlich zur Versachlichung beitragen.

Dies trifft gerade auf den Komplex „Aufbereitung – enorme Kosten, was Nitrat nicht alles verursacht“ zu. Tatsächlich werden nur 0,9 % der Maßnahmen mit Blick auf Nitratreduktion im Wasser über Wasseraufbereitungsmaßnahmen durchgeführt. Also sind 99,1 % immer noch Präventionsmaßnahmen, denn so schmutzig ist das Wasser nun nicht.

Diese Präventionsmaßnahmen, vor allem die Wasserkooperationen, sind eine Erfolgsstory, die CDU und FDP im Koalitionsvertrag verankert haben. Derzeit gibt es 113 dieser Wasserkooperationen in Nordrhein-Westfalen. Damit werden mehr als eine halbe

Million Hektar Acker- und Grünflächen in Wasserkooperationen erfasst. 67 Wasserkooperationen waren so erfolgreich, dass die Grenzwerte inzwischen wieder eingehalten werden, obwohl sie früher noch überschritten wurden. Auch die anderen Wasserkooperationen haben einen signifikanten Rückgang der Messwerte beobachten können. – Ich meine, das ist ein guter und wichtiger Erfolg, der auch mit den Landwirten zusammen erzielt wurde.

An dieser Stelle muss auch gesagt werden, dass die aktuellen Probleme oft Vergangenheit darstellen. Wir sehen im Wasser, gerade im Grundwasser, nicht das, was im Jahr davor passiert ist. Es dauert oft viele, viele Jahre, bis die nicht gewünschten Stoffe unten ankommen. Deswegen können wir auch die Leistungen, die in den vergangenen Jahren erbracht wurden, noch gar nicht messen. Wir wissen gar nicht, inwieweit wir uns da verbessert haben.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Das kommt auf den Boden an, Herr Diekhoff! Im sandigen Münsterland geht das ganz fix!)

– Aber auch da haben wir Erfolge in den Wasserkooperationen. Deswegen ist es ja der richtige Weg.

Und es ist wichtig klarzustellen: Sorgen und Ängste bei der Landwirtschaft, aber auch unsere Sorgen und Ängste um das saubere Wasser sind gleichrangig zu betrachten.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg. Wie in keinem anderen Bundesland wurden unter der Federführung unserer Umweltministerin im Dialog mit allen Betroffenen Lösungen entwickelt. Dazu zählt alles, was wir gehört haben, von Binnendifferenzierung bis zu den Wasserkooperationen. Wir suchen aktiv nach Lösungen in Berlin, aber auch in Brüssel; denn unser Wasser ist uns zu wichtig, um sich nicht zu kümmern. Die NRW-Koalition handelt daher entschlossen und umsichtig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Daniel Sieveke [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Trinkwasser ist Lebensmittel Nummer eins, und deshalb machen wir auch keine Abstriche beim Trinkwasser. Keiner soll sich Sorgen machen, wenn er Wasser für seinen Kaffee aus dem Netz der öffentlichen Wasserversorgung zapft.

Was wir aber im Gegensatz zu Ihnen wollen, ist eine ergebnisoffene und nachhaltige Diskussion um die Beurteilung der Gefahren für das Grundwasser. Grundwasser und Trinkwasser sind nicht dasselbe, und darum geht es.

Wenn übrigens Abwasser, wieder etwas anderes, vollständig destilliert und entmineralisiert wäre, wäre das Wasser biologisch tot. Totes Wasser ist übrigens ein Umweltgift. Das sagt Ihnen auch jeder Arzt. Mikroorganismen saugen sich an einer hypotonischen Lösung von Wasser voll und platzen dann einfach.

Sie brauchen also mehr denn je eine ergebnisoffene und wissenschaftliche Diskussion um Grenzwerte und die Beurteilung der Gefahren für das Grundwasser. Dazu ein Zitat:

„Jede Beschwichtigungspolitik ist unverantwortlich, drastisches Handeln ist erforderlich. Ich will in der Landwirtschaft beginnen, indem ich den Chemieeinsatz radikal verringere, indem ich Flächen aus dem Anbau herausnehme und auf anderen den Düngemittel- und Pestizideinsatz reduziere. So sollen an Gewässern möglichst breite Streifen chemisch unbehandelt bleiben. Für freiwilligen Verzicht sollen die Bauern entschädigt werden.“

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Klingt nicht schlecht!)

Mit diesem Flächenprogramm könnten wir morgen beginnen und schnell etwas für Mensch und Umwelt tun.“

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Eckhard Uhlenberg!)

Das ist kein Zitat aus dem Antrag oder aus der aktuellen Berichterstattung, sondern eine Aussage des ehemaligen Kieler Umweltministers Heydemann in einem Interview von vor 32 Jahren. Das Interview ist in einem ehemaligen Nachrichtenmagazin vom 8. August 1988 nachzulesen. Ganz passend ist auch das Thema: „Lebenselement Wasser – vergiftet und vergeudet“.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Aber wo ist jetzt Ihr Problem?)

Ich habe mir das Magazin herausgesucht, weil die Grüninnen in ihrer Großen Anfrage immer wieder wissen wollen, wie sich der Grundwasser-/Gewässerschutz in den letzten 30 Jahren entwickelt hat.

Wie war die Situation vor 30 Jahren? Ich lese in dem ehemaligen Nachrichtenmagazin, vor 30 Jahren wurde befürchtet, die Aufbereitung von Trinkwasser werde bald so aufwendig sein wie das Bierbrauen. Die Zustände in Deutschland wurden wie folgt beschrieben – Zitat –:

„Kaum ein Monat vergeht ohne lokalen Giftalarm irgendwo in der Republik; dann müssen die Bürger, wie nach Bombennächten im Krieg, Trinkwasser aus dem Tankwagen im Eimer nach Hause tragen ...“

Damals wurden auch schon die Schuldigen gefunden und angeprangert. Zitat:

„Die Landwirte, aber auch 14 Millionen Hobbygärtner, streuen und spritzen gigantische Mengen Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel auf Wiesen, Äcker und Gärten, die toxischen Stoffe und ihre Abbauprodukte ... wandern in die Tiefe und erreichen in wachsender Menge das Grundwasser.“

Wenn man sich die Reden der Linksrünen heute anhört, dann stellt man fest, dass sich in den letzten 30 Jahren überhaupt nichts verändert zu haben scheint: Chemikalien, Düngemittel, Pestizide und die bösen Landwirte, möglichst breite Grünstreifen und ganz viel verzichten, umerziehen und verbieten.

Den weitläufigen Chemiespruch haben Sie aber bestimmt schon einmal gehört: Früher starben die Menschen mit 35 Jahren, heute schimpfen sie bis 95 über die Chemie.

Vor der letzten Düngeverordnung 2017 wurde nur der Stickstoff aus Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft begrenzt. Mit der letzten Änderung wurde dies, CDU und SPD sei Dank, auf alle organischen und organisch-mineralischen Düngemittel ausgeweitet, was eine massive Einschränkung für die Landwirte bedeutet hat.

Welchen Preis müssen die Landwirte in den Augen der grünen Bessermenschen noch bezahlen?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: War doch gar kein Grüner, der da zitiert worden ist! – Heiterkeit von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

Eine Gesundheitsgefährdung der Menschen in Nordrhein-Westfalen ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Mein Gott!)

Es ist schön, dass Frau Heinen-Esser über die Probleme der Landwirte lacht. Das ist sehr schön. Auf die existenziellen Gründe kann sie als „grüne“ Umweltministerin reagieren, indem sie hämisch von der Seite lacht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Auch das ist doch wieder dummes Zeug, was Sie da von sich geben!)

Ich finde das peinlich und beschämend für eine noch CDU-Umweltministerin. Das ist einfach eine Schande.

Eine Gesundheitsgefährdung der Menschen in Nordrhein-Westfalen durch zu hohe Nitratwerte

(Unruhe – Glocke)

im Trinkwasser gilt als praktisch ausgeschlossen.

(Frank Müller [SPD]: Ich glaube nicht, dass Frau Heinen-Esser über die Landwirte gelacht hat!)

Die aktuelle Darstellung des EU-Grenzwertes als Giftigkeitsgrenzwert – das ist eine Bezeichnung des grünen Umweltbundesamtes – darf aufgrund toxikologischer Erkenntnisse im besten Fall als irreführend bezeichnet werden. Ja, man könnte auch Fake News dazu sagen.

Es hat sich vieles in den letzten 30 Jahren getan, aber an der Untergangsrhetorik der Gröninnen überhaupt nichts.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Haben Sie mal einen Blick in die Große Anfrage geworfen? Einen Blick?)

– Egal, wie sehr sich die Landwirte selbst geißeln, egal, wie hoch sie springen, Herr Rüße, sie werden in den Augen Ihrer Partei immer – das kann jetzt auch rückblickend für die letzten 30 Jahre belegt werden – die Umweltkriminellen sein.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie zitieren über 30 Jahre alte Artikel! Das ist alles, was Sie können!)

Vor 30 Jahren haben die Gröninnen gepredigt, man müsse weniger Wasser verbrauchen. Selbst die FDP will das heute. Das grüne Dogma hat sich aber nicht geändert. Noch heute heißt es nämlich: Verbraucht noch weniger.

Hier geht es überhaupt nicht mehr um irgendwelchen Badewannenluxus. Da merkt man, welche fachliche Ahnung Sie haben. Die Abwasseraufbereitung muss unterhalten werden, ob viel oder wenig Abwasser vorhanden ist. Die Werte bleiben gleich. Es passiert nur eines, wenn man den ganzen Wassersparirrsinn fortführt: Die Fäkalien bleiben in Abwasserleitungen liegen und müssen teuer ausgespült werden. Das ist doch das Faktum. Davon, dass die Scheiße im wahrsten Sinne des Wortes in den Rohren bleibt, reden Sie nicht.

Das Wassersparen wird zum Kostentreiber schlechthin.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist auch nicht so, dass Wasser verbraucht wird. Es wird gebraucht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ein dummes Zeug!)

Die Gröninnen sind aber davon überzeugt, die Entgelte für die Trinkwasseraufbereitung würden noch mehr steigen, und schuld sei vor allem die Landwirtschaft.

Richtig, die Entgelte für die Trinkwasseraufbereitung steigen, aber im Vergleich zu anderen haushaltsrelevanten Verbrauchsgütern zum Glück gemäßigt, gerade einmal im Bereich der jetzt teilweise zugegebenen Inflation.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Genau!)

Die Entgelte erhöhten sich in den letzten 20 Jahren um ca. 40 %. Im gleichen Zeitraum ist aber der Preissteigerungsindex für andere haushaltsrelevante Verbrauchsgüter wie Gas um 110 %, Heizöl um 86 % und Strom um 95 % gestiegen, und das insbesondere wegen der ökoideologischen und giftgrünen Politik aller anderen hier versammelten Fraktionen.

Dazu kann man abschließend nur eines sagen: Je weniger die Grüninnen Umweltpolitik machen, desto besser können wir die Umwelt retten. Oder auch: Lieber ein Ort im Grünen als einen Grünen im Ort. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Jetzt spricht für die Landesregierung die Ministerin, Frau Heinen-Esser.

(Frank Müller [SPD]: Das tut uns sehr leid, Frau Ministerin!)

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage mal ganz deutlich etwas vorneweg:

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Jetzt kommt was zur Sache! – Unruhe – Glocke)

Ich habe in meinem parlamentarischen politischen Leben noch nie so einen gequirten Unsinn gehört wie das, was mein Vorredner uns gerade serviert hat.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es ist eine Unverschämtheit, was Sie mit diesem Parlament machen. Herr Dr. Blex, es geht hier um eine Anfrage, die meine Kolleginnen und Kollegen im Umweltministerium mit den nachgeordneten Behörden in einem ganz intensiven Prozess bearbeitet haben. Und Sie stellen sich hier hin, zitieren irgendwelche uralten, völlig unsinnigen Artikel, die mit der Gegenwart nichts mehr zu tun haben,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

und behaupten dann, das sei seriöse Politik. – Es ist das Gegenteil davon.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: So ist das! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Herr Dr. Blex, ich erwarte von Ihnen eine persönliche Entschuldigung für das, was Sie behauptet haben, als ich auf der Regierungsbank saß. Es ist eine Unverschämtheit!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie gehen mit billigen Sprüchen durch die Lande.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie machen die Landwirte nervös. Sie machen die Menschen in diesem Land nervös.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ich habe doch nicht gelacht über die Landwirte! Sie haben über die Landwirte gelacht!)

Sie treiben ihnen Zukunftsangst ein. Sie bieten keine Lösungen, und Sie sprechen hier im Parlament mit einer solch unerträglichen Polemik!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Gegenruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können in der Sache streiten, und das tun wir auch. Wir ringen gerade beim Thema „Wasser“ ...

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Frank Müller [SPD]: Mein Gott! Ruhig Brauner!)

– Sie sollten mir zuhören. Ich musste Ihnen auch zuhören. Wenn Sie eine Frage stellen wollen, können Sie das tun, ich überlege mir allerdings klug, ob ich sie beantworte. Aber Sie dürfen sich auch melden, um sich zu entschuldigen, Herr Dr. Blex.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Zurück zur Sache: Wir haben es hier mit einem sehr ernstesten und sehr wichtigen Thema zu tun. Uns liegt hier die Antwort auf eine Große Anfrage vor, die sehr detailreich ist und uns einen guten Überblick über den Zustand des Wassers gibt.

In der Tat war die Anfrage so ein bisschen ein Abschiedsgeschenk an Herrn Odenkirchen – ich glaube, er hat es aber nicht ganz so empfunden, Herr Rüße. Die Anfrage kam in etwa zur Sommerpause bei uns an, und die Kolleginnen und Kollegen haben hart daran gearbeitet. Sie gibt uns einen guten Überblick über die Situation des Wassers in Nordrhein-Westfalen.

Bei uns ist die Situation etwas anders als in anderen Bundesländern. Wir sind nämlich erstens ein Industrieland – und zwar ein echtes –, und zweitens sind bei uns Steinkohle- und Braunkohlebergbau ein Thema. Außerdem spielt die Landwirtschaft eine Rolle, und wir sind dicht besiedelt. Das alles sind Faktoren, die auf das Wasser einwirken und die mit dem Wasser und auch mit dem Grundwasser zu tun haben.

Wir haben uns hier über die Landwirte unterhalten. Die Düngeverordnung ist ein ganz schwieriger Prozess, vor dem wir stehen. Da muss ich aber deutlich sagen: Wir tun hier etwas. Wir arbeiten daran. Wir haben Messstellen überprüft. Wir versuchen auch, bei den Landwirten wieder Vertrauen in die Messstellen und darin, wie Behörden arbeiten und wie Daten gewonnen werden, zu wecken.

Wir haben hier auch schon über das hydrologische Gutachten aus dem Jahr 2016 diskutiert, in welchem Kritik an den Messstellen aufgezeigt wurde. Wir haben darauf aufbauend einen Leitfaden erarbeitet, und wir überprüfen jetzt die Messstellen.

Und was ist herausgekommen? – 10 % der Grundwassermessstellen sind nicht in Ordnung. Da kann ich natürlich auch die Landwirte verstehen, wenn sie sagen, dass sie verunsichert sind, wie sie weiter zu verfahren haben, wenn doch 10 % der Messstellen nicht in Ordnung sind.

Während andere Bundesländer noch überlegen, wie sie mit alldem umgehen, arbeiten wir daran. Wir arbeiten das Thema schlicht und ergreifend ab. Wir untersuchen die Messstellen, wir sanieren die Messstellen. Wir werden uns das Thema „Binnendifferenzierung“ vornehmen, sodass wir mit dem Inkrafttreten der neuen Bundesdüngeverordnung wirklich ein vernünftiges System von grünen und roten Gebieten bei uns in Nordrhein-Westfalen haben, mit dem die Landwirte tatsächlich arbeiten können.

Das ist unser Ziel, und das werden wir erreichen. Damit kommen wir auch einen großen Schritt nach vorne, um zum einen unser Wasser zu schützen, zum anderen aber auch die Landwirte mitzunehmen.

Es gibt viele neue Aspekte, die mit dem Thema „Wasser“ verbunden sind. Meine Vorredner haben das alles schon erwähnt, und ich muss es nicht wieder nachvollziehen. Mikroplastik ist ein Thema, antibiotikaresistente Bakterien spielen eine Rolle. Dazu liegen eine Menge Studien und Untersuchungen vor, auch aus unserem Hause, die uns dabei helfen, festzustellen, wie die Gewässerbelastung bei uns in Nordrhein-Westfalen tatsächlich ist.

Ganz wichtig wird auch der vorzeitige Ausstieg aus der Braunkohleförderung sein. Da gibt es wasserrechtlich enorme Herausforderungen. Herr Dr. Nolten und Frau Dr. Peill kommen aus der Gegend, in der die Rur und die Erft eine große Rolle spielen. Da werden wir noch einiges zu bearbeiten haben, um zu klären, wie wir damit umgehen.

Denn so einfach, dass wir sagen könnten: „Wir hören mit dem Braunkohleabbau auf, und dann ist alles gut“, ist es leider nicht. Wir müssen dann auch schauen, wie wir das Thema „Wasser“ in der Region vernünftig regeln.

Hinzu kommt nun auch der Klimawandel. Jetzt, im Jahr 2020, haben wir immer noch nicht wieder den

Grundwasserspiegel des Jahres 2017 erreicht. Wir leben also tatsächlich mit einem fallenden Grundwasserspiegel. Und selbst wenn es jetzt mal für ein paar Tage geregnet hat, sieht es nicht so aus, als würden wir das wieder aufholen.

Früher haben wir uns immer als wasserreiches Land bezeichnet, ein Land, in dem Wasser überhaupt keine Rolle spielt. Während in dem einen oder anderen Bundesland schon mal in Hitzeperioden oder in länger andauernden Wärmeperioden untersagt wurde, die Autos zu waschen, war das in NRW nie ein Thema, weil wir immer über genug Wasser verfügt haben.

Aber angesichts des Klimawandels, in dem wir tatsächlich stecken, nehmen die Konkurrenzen um Wasser zu. Es ist nicht so, dass jetzt alles ganz einfach zu regeln ist. Und natürlich hat – wie überall – die Trinkwasserversorgung absoluten Vorrang. Darauf müssen wir also unsere Prioritäten setzen.

Aber wir müssen auch andere Themen wie die Wasserversorgung von Industrieunternehmen beachten. Wir müssen vielleicht auch mal über die Beregnungsanlagen in der Landwirtschaft sprechen; das sind wir bisher noch kaum angegangen. Denn auch die Landwirte werden in Zukunft mehr Schwierigkeiten bekommen, wenn die Sommer trockener und wärmer sind. Dann wird Beregnung wahrscheinlich eine Rolle spielen. Das alles sind Themen, die wir neu behandeln, und das wird noch eine ganze Menge Arbeit sein.

Darüber hinaus arbeiten wir derzeit an der Wasserrahmenrichtlinie, und auch die Qualität des Wassers insgesamt ist, um das mal etwas salopp zu formulieren, eine sehr sportliche Aufgabe, die wir noch zu erfüllen haben. Aber ich bin eigentlich guten Mutes, dass wir das alles schaffen werden.

Ich würde mich freuen, wenn Sie alle mitmachen, an diesem Thema zu arbeiten und darum zu ringen, aber auch – und das sage ich zum Abschluss – seriös zu arbeiten, zu ringen und die billige Polemik dabei wegzulassen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Blex, eines vorweg: Wenn Sie sehen wollen, wie parlamentarischer Austausch und Streit funktionieren, können Sie jetzt einmal zuhören.

Es geht nämlich um den Austausch von Argumenten und nicht um das Diffamieren von Kolleginnen und

Kollegen hier im Haus. Das will ich Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Das gilt auch für Mitglieder der Landesregierung.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir streiten uns um Inhalte, und das tun wir hier gerne und seit über 70 Jahren. Sie gehören hoffentlich irgendwann nicht mehr dazu, Herr Blex.

(Beifall von der SPD – Dr. Christian Blex [AfD]:
Wie war das mit dem Diffamieren?)

Der Satz von Herrn Diekhoff von vorhin war ein bisschen verräterisch: So schmutzig ist das Wasser ja nicht. – Wenn ich solch einen Satz in eine Rede über das Lebensmittel Nummer eins einfließen lasse, kann man eine gewisse Beachtung des Grundwassers und des Wassers allgemein nicht gerade voraussetzen.

(Markus Diekhoff [FDP]: Das ist aber eine böse Unterstellung!)

Ich finde es wirklich erstaunlich, dass Sie diese Bemerkung so en passant fallen lassen. Es geht mir auch nicht um Landwirtschaftsbashing.

(Markus Diekhoff [FDP]: Es ist auch nicht so schmutzig!)

Ich will das noch einmal am Thema „Nitrat“ festmachen; dazu ist in der heutigen Debatte bereits vieles zur Sprache gekommen. Ich will aber einige Punkte, bei denen auch politische Unterschiede bestehen, noch einmal ergänzen und hervorheben.

Dass wir momentan, gerade bei der Frage der Nitratbelastungen, in solch eine Drucksituation gekommen sind, hätte vermieden werden können. Die Probleme liegen schon seit sehr langer Zeit auf dem Tisch.

Unter anderem die Wasserversorger schlagen bereits seit vielen Jahren Alarm, dass es für sie immer schwieriger und natürlich auch teurer wird – Gelsenwasser ist vorhin angesprochen worden –, die geforderten Grenzwerte für das Trinkwasser einzuhalten. Zwei Drittel des deutschen Trinkwassers müssen aus Grundwasser hergestellt werden, und das kostet Geld.

Gutachter haben sich seriös mit dieser Kostenentwicklung beschäftigt, die durch die Denitrifikation zu erwarten ist. Eine aufwendige Nitratentfernung könnte eine Jahreswasserrechnung um bis zu 62 % erhöhen.

(Markus Diekhoff [FDP]: 0,9 %!)

Wer soll das bezahlen? – Das ist die Frage, wenn wir hier um Glaubwürdigkeit in Politik und Gesellschaft ringen. Soll es der Verbraucher tun oder der Verur-

sacher? – Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen und auf die uns Sozialdemokraten die Antwort klar ist: Das müssen die Verursacher tun.

Laut den Gutachten der Wasserversorger wird eine durchschnittliche Jahresrechnung für einen Dreipersonenhaushalt – Sechsfamilienhaus – von aktuell 217 Euro auf 352 Euro ansteigen.

Auch die Messstellen sind bereits angesprochen worden. Ich will diese Debatte auch noch einmal dazu nutzen, um für Klarheit bei der Frage der Messstellen zu sorgen. Es gibt immer wieder Missverständnisse, die darauf zurückzuführen sind, dass es in Deutschland mehrere Netze zur Erfassung von Nitratbelastung gibt.

Da ist zum einen das EU-Nitratmessnetz, dessen Fokus auf landwirtschaftlicher Nutzung liegt – 697 Messstellen –, zum anderen das Nitratmessnetz für Gesamtdeutschland. Letzteres umfasst 1.200 Messstellen und ist nicht nur – damit in dieser Frage einmal Ruhe einkehrt – auf landwirtschaftliche Flächen beschränkt.

Da der Umfang und der Zweck der beiden Messnetze nicht übereinstimmen, kann auch nicht davon die Rede sein, dass es an irgendeiner Stelle zu einer Verzerrung der Nitratbelastung oder zu einer Überbetonung schlechter Werte käme.

Für den Nitratbericht muss man festhalten, dass er im Kern darauf abzielt zu dokumentieren, inwieweit Nitratwerte rückläufig sind und ob und inwiefern Gegenmaßnahmen wirken.

Der nächste Nitratbericht – das wissen wir alle – steht nach den EU-Vorgaben für 2020 an. Dieser wird die Jahre 2015 bis 2018 umfassen. Das gilt es also zu berücksichtigen, wenn Nitratwerte in den Blick genommen werden.

Da sich die schwarz-gelbe Landesregierung gerne in Diskussionen um Messstellen ergeht, sage ich Ihnen: Davon verschwindet das Problem nicht. Die Nitratbelastung lässt sich nicht wegmessen – sie ist Fakt. Deswegen verbessert eine Debatte alleine, genau wie es bei den Messstellen der Fall ist, das Problem nicht.

Die Diskussion lenkt vielmehr vom eigentlichen Problem ab – es ist bereits kurz angesprochen worden –: Welche Zukunftsperspektiven vermitteln wir der Landwirtschaft?

Ich will das für die SPD-Fraktion noch einmal wiederholen: Wenn wir es in Nordrhein-Westfalen nicht schaffen, gemeinsamen mit allen Akteuren – auch mit denjenigen, mit denen das Thema schwierig zu beraten ist – einen Kompromiss zu finden, wie es bei der Kohlekommission geschehen ist, wird es auf Dauer schwierig. Messstellen alleine und das Schönreden von Werten reichen nicht, um Landwirtinnen

und Landwirten eine Perspektive zu geben; das kann ich deutlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Die Landesregierung – und das ist das Credo unserer Fraktion – hätte in den letzten drei Jahren bereits mehr gegen die Überdüngung tun können. Stattdessen ist sie in vielen Bereichen ambitionslos und hat wenig Engagement gezeigt, die Überdüngung zu stoppen. Sie hat die Länderklausel nicht genutzt, um in Nordrhein-Westfalen eine Verschärfung zu realisieren.

Mit Blick darauf, dass bereits seit 2013 das Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie gegen Deutschland läuft und eine neue Düngeverordnung ab April 2020 in Kraft treten soll, muss jetzt schnell gehandelt werden, da sonst Strafzahlungen anstehen.

Für die Landwirte beginnt die Düngeperiode in absehbarer Zeit; von Planungssicherheit kann daher keine Rede sein. Deshalb noch einmal mein Appell:

Es muss gemeinsam überlegt werden, wie wir diese Fragen lösen können – ich unterstreiche: gemeinsam –, damit wir nicht nur über Zukunftsperspektiven reden, sondern sie für diesen Bereich der Wirtschaft auch wirklich geschaffen werden können.

Seit nunmehr 20 Jahren begleitet uns die Wasserrahmenrichtlinie. Im Dezember 2000 ist sie in Kraft getreten und zwei Jahre später in bundesdeutsches Recht umgesetzt worden. Zielsetzung der Richtlinie ist es, alle Gewässer in einen guten Zustand zu bringen.

Zunächst sollte dieses Ziel bis 2015 erreicht werden, es gab aber bereits zweimal Fristverlängerungen, einmal bis 2021, und nun soll das Ziel bis 2027 erreicht werden.

In der Antwort der Landesregierung heißt es zur Zielrichtung, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verbindliche Prognose für jeden Wasserkörper möglich sei und es viele Faktoren gebe – einige sind gerade angesprochen worden –, welche die Maßnahmenumsetzung beeinflussen.

Frau Heinen-Esser hat in ihrer Rede bei der 52. ESSENER TAGUNG im letzten Jahr davon gesprochen, dass die Ziele ambitioniert seien, vielleicht zu ambitioniert.

Ich frage mich natürlich, ob man, wenn man Ministerin einer Landesregierung ist, von „zu ambitioniert“ sprechen sollte. Es ist doch, wenn sie ein Ziel ernst nimmt und es um ein so wichtiges Thema geht, wie jenes, das wir heute besprechen, eher Aufgabe einer Landesregierung, die Anstrengungen zu erhöhen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir alle kennen die Problematik vor Ort. Bei der Wasserrahmenrichtlinie – und das ist sozialdemokratische

Ausrichtung – darf nicht auf Zeit gespielt werden. Vielmehr müssen wir gemeinsam in den Kreistagen, den Gemeinderäten und natürlich mit Unterstützung der Landesregierung für gute Wasserkörper in Nordrhein-Westfalen sorgen. Wir fordern Sie diesbezüglich zu mehr Mut auf.

Herr Dr. Nolten, Sie haben zu dem vorhin von Ihnen erwähnten Antrag von vor einigen Plenarrunden gesprochen. Als Sie über Durchgängigkeit etc. pp. sprachen, haben auch Sie ein wenig Mut vermissen lassen. Es ist mehr Mut notwendig, damit die Gewässergüte nach den Regeln der Wasserrahmenrichtlinie Platz greifen kann.

Für den Zeitraum von 2016 bis 2018 wurde in Nordrhein Westfalen ein Wasserbeirat eingerichtet, der sich im Rahmen seiner Tätigkeit mit verschiedenen Fragestellungen auseinandergesetzt hat.

Die daraus resultierende Wasserwirtschaftsstudie NRW wirft sechs Handlungsfelder für eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen auf. Daran wird deutlich, dass wir auch im Bereich der Wasserwirtschaft in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen stehen:

Die Ver- und Entsorgung auf dem Land müssen sichergestellt werden. Wir brauchen mehr Investitionen in alternde Infrastruktur. Die Wasserwirtschaft benötigt dringend Fachleute. Darüber hinaus ist es geboten, eine Schutzstrategie für Wasserkreisläufe zu entwickeln, die auf einem integrierten und alle Akteure einbeziehenden Ansatz beruht.

Die Ministerin hat angesprochen, dass wir neue Fragen auch auf der kommunalen Ebene werden diskutieren müssen, nämlich wer wann wie mit Wasser versorgt werden soll. Das ist eine Debatte, die bislang in Deutschland so intensiv nicht geführt wurde.

Es macht aber Sinn, dass wir uns frühzeitig damit beschäftigen, damit Sorgen und Planungsunsicherheiten in Bevölkerung, Landwirtschaft und Wirtschaft nicht aufkommen. Die Sozialdemokraten sind bereit, Prioritäten zu setzen, denn letztlich wird es um das Setzen und die Durchsetzung von Prioritäten gehen.

Die Klimafolgenanpassungen sind angesprochen worden. Wir werden diesbezüglich stärker tätig werden müssen. Auch ich habe mir vor zehn Jahren nicht vorstellen können, dass wir solche Trockenergebnisse, die garantiert kein Einzelfall bleiben werden, haben. Deswegen macht es Sinn, dass wir uns darum kümmern.

Für Sozialdemokraten ist klar: Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss.

Für uns ist auch klar, dass die Wasserversorgung Teil der Daseinsvorsorge ist und nicht nur wirtschaftlichen Kriterien unterworfen werden darf.

In dem Sinne freuen wir uns auf die Debatte und auf die schwierigen Entscheidungen, die in diesem Bereich zu fällen sind. – Vielen Dank.

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun Herr Abgeordneter Rüße das Wort.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben nun viel über das Wasser diskutiert.

Herr Dr. Nolten, ich greife einen Satz von Ihnen auf. Sie haben gesagt, dass Sie, wenn das Wasser knapp werde, nicht wüssten bzw. Zweifel hätten, ob man mit Appellen weiterkomme. Auch wir sind der Meinung, dass man gut überlegen und eine Strategie haben muss, wie man perspektivisch damit umgeht.

Ich vermute – da sind wir wohl alle einer Meinung –, dass sich ein Zustand wie vor 30 oder 40 Jahren nicht so schnell wieder einstellen wird und wir mit der jetzigen Situation etwas länger werden leben müssen.

Die Große Anfrage hat aus meiner Sicht bei der Problemdarstellung sehr viel geleistet. Schwächer ist sie hingegen bei den Problemlösungen; da fehlt einfach noch etwas. Vielleicht müssen wir das jetzt zusammen erarbeiten. Sehr häufig wird auf übergeordnete Ebenen – in Richtung europäischer Ebene – verwiesen; diese seien zuständig.

Angesichts der vor uns liegenden Situation und Herausforderungen wurde in der Diskussion eben etwas zu sehr auf die Nitratbelastung durch die Landwirtschaft eingegangen.

Natürlich ist diese ein Aspekt, den man betrachten muss, aber sie ist nicht der einzige. Diesbezüglich sind wir hinsichtlich der Wasserverschmutzung meiner Meinung nach auf dem Weg.

Pflanzenschutzmittelrückstände, Mikroplastik, Arzneimittlrückstände – in Bezug darauf stehen wir meiner Auffassung nach noch viel mehr am Anfang, als bei der Frage, wie wir die Stickstoffeinträge reduzieren können.

Unser Vorschlag, den wir für sehr sinnvoll halten, lautet, eine nordrhein-westfälische Zukunftsstrategie Wasser zu entwickeln, bei der wir drei Handlungsfelder identifizieren würden.

Ganz vorne – das habe ich eben betont – steht die Grundwasserneubildung. Wie erzielen wir die Erhaltung stabiler Grundwasserkörper? In der Schule habe ich über die USA gelernt, dass dort ein riesiger Grundwasserkörper nach und nach verbraucht worden ist. Das sollten wir hier in Nordrhein-Westfalen vermeiden und uns um dessen Erhalt und die Stabilisierung kümmern.

Das zweite Handlungsfeld ist der Schutz des Wassers vor Verunreinigungen.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Das letzte Handlungsfeld, das auch von Herrn Stinka angesprochen wurde, ist die Sicherung der Wasserversorgung und der Verfügbarkeit von Wasser für die unterschiedlichen Inanspruchnehmer.

Es wäre meiner Meinung nach gut, wenn wir eine solche Zukunftsstrategie zusammen entwickeln und weiter zusammen an dem Thema arbeiten würden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat sich der Abgeordnete Herr Dr. Nolten noch einmal zu Wort gemeldet.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Herr Rüße, es passt wunderbar, dass ich nach Ihnen rede, denn ich kann direkt anknüpfen.

Auch ich war der Meinung, dass die Probleme gut beschrieben werden, es aber noch ein bisschen an konstruktiven Vorschlägen fehlt; diese hätte man mehr ausführen können. Das ist unsere Aufgabe, wie wir sie auch im Ausschuss begreifen sollten.

Den Appell, nicht nur auf den Nitratbereich abzuheben, sondern die anderen Bereiche stärker in den Blick zu nehmen, den Sie eben an die Kollegen der SPD gerichtet haben, unterstreiche ich.

Mit Blick auf die AfD könnte ich sagen: Ich habe im Fachausschuss bisher – selbst bei Anträgen der AfD – wenig Diskussionsfreude, Bereitschaft und auch Fähigkeit erlebt;

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

dorthin würde ich den Appell gar nicht erst richten wollen.

Meiner Auffassung nach ist es wichtig, dass wir angesichts der Bandbreite an Wasserthemen, die hier aufgefächert worden ist, überlegen, welche Optionen wir haben. Das Beklagen und Bejammern reicht nicht.

Eben habe auch ich gesagt, dass wir beim Nitrat auf dem richtigen Weg sind.

Wir haben die Zeit nicht umfassend und richtig genutzt. Die Stellschrauben, die wir identifiziert haben, können wir jetzt weiter drehen, aber wir müssen auch die anderen Fragen, die Ihre Große Anfrage ja zu Recht in den Mittelpunkt gestellt hat, mit dieser Intensität angehen, damit wir nicht in 10 oder 15 Jahren

bei anderen Fragen da stehen, wo wir heute bei der Umsetzung der Nitratrichtlinie sind.

Insofern kann ich mich Ihrem Appell nur anschließen und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss; Sie wissen, ich bin immer diskussionsfreudig. Das werden wir dann im Ausschuss in der ganzen Bandbreite diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat sich noch einmal der Abgeordnete Diekhoff zu Wort gemeldet.

Markus Diekhoff* (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, es ist noch einmal wichtig, hier zwei, drei Punkte anzusprechen:

Die FDP stellt nicht infrage, dass Wasser sauber sein muss, aber wir wollen doch betonen, dass wir sauberes Wasser in Nordrhein-Westfalen bereits in weiten Teilen haben und dass wir in den vergangenen Jahren große Erfolge erzielt haben. Da muss man nicht immer einen neuen Teufel an die Wand malen.

Zu den Punkten wie Mikroplastik, die angesprochen werden: Wir wissen doch nicht einmal, ob es schädlich ist.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Das ist also auch nicht zwingend. Wichtig ist, dass jeder sauberes Wasser hat. Über den Weg dahin kann man sich sicherlich unterhalten.

Was mich aber wirklich gestört hat, waren der Hinweis und der Vorwurf seitens der SPD, wir würden uns so lange einen abmessen bei den Nitraten, bis es passt. Das ist natürlich nicht richtig.

Aber dass Sie ernsthaft sagen, auch falsche Messstellen sollten herangezogen werden, man solle sie nicht überprüfen, sondern die Landwirte müssten damit leben, das Problem sei nun einmal da, ist nun wirklich eine Unverschämtheit.

Wenn keine korrekten Werte vorliegen oder wenn diese falsch sind, sind sie falsch, und dann müssen wir das verändern. Das machen die Landesregierung und auch die NRW-Koalition genau richtig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann habe ich noch eine Frage an den Kollegen Börner zu den Medikamenten. Ich habe gerade noch einmal ein bisschen gegoogelt. Uns allen ist klar, dass Medikamentenrückstände im Wasser ein Problem darstellen können. Aber zu Ihrem Lösungsvorschlag, dass die Leute in einen Beutel pinkeln sollen, habe ich die Frage: Wie viele Millionen Menschen sollen denn jetzt in einen Beutel pinkeln?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Bei Röntgenkontrastmitteln!)

– Er hat alle Medikamente gemeint. Dazu gehört auch die Antibabypille.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Nein! Herr Diekhoff, so können wir doch nicht Politik machen!)

Würde die SPD das jetzt vorschlagen? Und wo kommen die Beutel dann hin? In den Gelben Sack? Das sind ja gelbe Beutel. Oder werden die abgeholt?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Weniger googeln, mehr zuhören!)

– Sie haben es doch gar nicht gesagt. Herr Börner hat es doch gesagt.

(Beifall von der FDP)

Sowas ist ein irrer Vorschlag. Also: Der Vorschlag kommt von Ihnen. Vielleicht können Sie jetzt noch einmal darlegen, wie Sie sich das vorstellen und ob man mit dem Beutel im Auto auf dem Weg zum Entsorgen durchs Trinkwasserschutzgebiet fahren oder einen Umweg fahren darf. Das sind ja Vorschläge hier, die ich nicht ernst nehmen kann. Deswegen hätte ich auf meine Frage gerne noch eine Antwort. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der SPD hat noch einmal Herr Stinka ums Wort gebeten.

André Stinka (SPD): Herr Dr. Nolten, ich freue mich auch auf die Debatte, die wir haben werden.

Herr Diekhoff, Sie haben mich gerade wieder einmal bestätigt: Sie müssen das Thema schon ernst nehmen, und Sie tun es nicht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn Sie sich mit dem Verband der Arzneimittelhersteller unterhalten hätten, wüssten Sie, dass die Beutel diskutiert werden. Wir können gerne über Medikamentenrückstände reden, aber dann frage ich: Wer ist der Verursacher?

Ich habe mit dem Verband gesprochen. Natürlich wird diese Lösung angesprochen, denn es kann ja nicht sein, dass wir alle Kläranlagen – das wollen Sie ja auch nicht – ausrüsten und das Problem wegdrücken. Da haben wir eben als Sozialdemokraten die Sorge.

Sie sagen jetzt, das Wasser sei Ihnen wichtig; da müssten wir etwas tun. Aber es muss gesprungen werden, Herr Diekhoff. Es muss dann gesagt werden: Die arzneimittelforschende Industrie und die Industrie haben eine Verantwortung und werden diese Beutel bezahlen müssen und nicht der Kranke. Das

sind Fragen, die wir dann werden beantworten müssen.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der AfD.

André Stinka (SPD): Ja.

Präsident André Kuper: Okay. – Herr Dr. Blex hat das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Jetzt stellen wir uns mal vor, alle hätten Beutel und liefen dann mit Beuteln herum. Das würde natürlich auch zu viel Plastik führen. Plastiktüten wollen Sie aber nicht. Plastikbeutel sind dann aber okay?

Wenn wir dann die Beutel haben, und die sind alle vollgepinkelt, was machen wir dann mit den vollen Beuteln? Wollen Sie die dann einfach ins Klo ausleeren, oder was wollen Sie dann damit machen?

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Oh Gott! Oh Gott! Oh Gott!)

André Stinka (SPD): Herr Dr. Blex, im Grunde müsste ich ja nicht antworten. Ich habe gerade noch einmal gesagt: Ich habe mich mit dem Verband der pharmazeutischen Industrie getroffen und natürlich mit Vertretern der Wasserwirtschaft. Diesen Test für Röntgenkontrastmittel gibt es. Den halte ich auch für sinnvoll; das kann man tun.

Wir reden nicht über Beutel für jeden Tag. Dass Sie das ins Lächerliche ziehen, bestätigt einmal mehr, dass Sie nur mit Lächerlichkeiten Politik betreiben wollen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Darum geht es hier aber nicht.

Darüber müssen wir reden. Das sind komplizierte Fragen. Wir müssen doch fragen: Muss die Allgemeinheit die Reinigung bezahlen, oder gibt es bessere, subsidiäre Lösungen vor Ort? Das wird doch die Frage sein, die wir zu beantworten haben.

Zu den Messstellen: Ich rede als jemand, der aus einem landwirtschaftlich geprägten Kreis kommt. Ich habe nur deutlich machen wollen: Die Debatte muss man führen.

Wir haben auch im Ausschuss unterstützt, dass die überprüft werden. Aber es ist eine verengende Sichtweise, nur auf Messstellen zu gucken, sondern es ist insgesamt eine Debatte darüber zu führen.

Ich mache für die SPD hier noch einmal deutlich, dass wir gemeinsam mit den Landwirten, mit den Verbänden an einer Lösung arbeiten wollen, damit es besser wird. Darum geht es.

Wenn ich die Debatte nur darüber führe, dass die Messstellen falsch sind, diskutiere ich am Thema vorbei. Das will ich mit dieser Ausführung noch einmal klarmachen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es geht um konkrete Schritte, Kolleginnen und Kollegen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass damit die **Große Anfrage 14** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erledigt ist.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

5 Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Kindesmissbrauch)

Antrag
der Abgeordneten
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8544 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die AfD Herrn Abgeordneten Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tausendfacher sexueller Missbrauch, unbeschreibliches Leid und staatliches Versagen an allen Ecken und Enden.

Dreimal mussten wir als AfD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einfordern. Monatlang lavierten und taktierten CDU, FDP, SPD und Grüne herum.

Doch wer dachte, mit der überfälligen Einsetzung des PUA könne die schonungslose Aufarbeitung des Missbrauchsfalles nun endlich beginnen, der lag daneben.

Immer wieder hatte ich darauf hingewiesen, wie lange es auf Kosten von potenziellen neuen Opfern dauern würde, den PUA auch arbeitsfähig zu machen; darum sei er zügig einzusetzen. Sie wollten nicht und schoben Argumente vor, die allesamt keine waren. Nun stehe ich hier, hatte Recht, aber Freude bereitet mir das wahrlich nicht.

Die tatsächliche Ausschussarbeit in Form von Zeugenbefragungen konnte so erst am 31. Januar 2020 stattfinden. Auch jetzt sind immer noch nicht alle Akten vollständig geliefert.

Noch während der langwierigen Organisation des Untersuchungsausschusses kommt ein neuer Missbrauchsskandal ans Licht, dessen kriminelle Dimension womöglich den Fall von Lügde noch übertrifft – Bergisch Gladbach, ein länderübergreifender Missbrauchsring, bei dem die Polizei 10 Terabyte aus Chatgruppen mit bis zu 1.800 Personen sichergestellt hat, darunter auch widerliche Bilder, die auf dem Campingplatz in Lügde entstanden sein sollen. Innenminister Reul spricht von „ungewöhnlichen Zufällen“.

Dann ergeben Ermittlungen des Polizeipräsidiums Bielefeld, das bekanntermaßen im Fall Lügde die Ermittlungen führt, dass sowohl der wegen Kindesmissbrauchs verurteilte Großvater als auch ein Cousin eines der Verdächtigen aus Bergisch Gladbach über mehrere Jahre hinweg einen Stellplatz auf dem Campingplatz in Lügde gemietet haben. Der Cousin soll sogar dem späteren Haupttäter von Lügde, Andreas V., seinen Wohnwagen verkauft haben.

Das Justizministerium lässt zwar verlautbaren, dass es bisher keinen strafrechtlichen Zusammenhang zwischen den Fällen sehe; der Parlamentarische Untersuchungsausschuss ist aber kein Gericht oder Gerichtersatz, bei dem Straftaten verhandelt werden, sondern hier geht es um die Aufklärung und das Abstellen von strukturellen Zusammenhängen wie eben der personelle und strukturelle Zusammenhang der Komplexe Lügde und Bergisch Gladbach, der ja evident vorliegt.

Über die persönlichen Verknüpfungen der Pädophilen kann doch nicht lapidar mit „Das sind nur Zufälle; das interessiert uns nicht“ hinweggegangen werden. Eine Zufälligkeit der Beziehungen der Täter untereinander und deren Agieren an gleichen Orten bedürfen der Untersuchung, zumindest als Option.

Sollte nichts dran sein, gut, wenn aber doch – und das können wir nur feststellen, wenn wir uns damit befassen –, hilft uns das als Politik und damit auch dem Schutz unserer Kinder vor derart widerlichen Taten.

Die bisher im Ausschuss angehörten Experten waren sich einig: Es gibt Warnsignale, die auf Missbrauch hindeuten, und es gibt Situationen, in denen Missbrauch begünstigt wird. Eine Analyse der Strukturen, die Kindesmissbrauch fördern, ist auch im Sinne künftiger Prävention essenziell, wenn man in Zukunft solche Straftaten verhindern will.

In Lügde wie in Bergisch Gladbach müssen vor allem das Versagen der Jugendämter und der freien Träger als auch die Strukturen und die Ausstattung der

Polizei bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch in den Blick genommen werden.

Ich appelliere daher an Sie, dieser dringend gebotenen Untersuchung zuzustimmen, sie nicht zu verzögern und dieses Mal parteitaktische Spielchen zu vermeiden.

Zur Not bringen Sie einen eigenen Antrag ein, ändern darin zwei Wörter und ein Komma; das wäre zwar lächerlich, aber wir stimmten trotz dessen zu. Hauptsache, es wird das Richtige getan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Panske das Wort.

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu dem eigentlichen Antrag der AfD komme, möchte ich gerne ein persönliches Wort sagen.

Ich hatte mir vor einiger Zeit auch nicht vorstellen können, in welche Abgründe wir im Rahmen einer Tätigkeit als Abgeordnete schauen müssen. Es ist erschreckend und verstörend zu erfahren, wie viele Kinder unendlichem Leid und unfassbarer Brutalität ausgesetzt sind oder ausgesetzt waren – und dies in der Gewissheit, dass diese Taten eben keine Einzelfälle sind, sondern dass die Realität weit darüber hinausgeht.

Ob Lügde, Bergisch Gladbach – ja, Herr Wagner, Sie sagten es: Von Netzwerken innerhalb von 13 Bundesländern in Deutschland ist die Rede. Wir haben es hier anscheinend mit einem gesellschaftlichen Phänomen zu tun, dessen Dimension vielleicht größer ist, als sich alle vorgestellt haben.

Die Taten von Lügde fordern nicht nur wegen ihrer Brutalität und des Tatumfanges, sondern vor allem wegen der Komplexität auf der Behördenebene unsere volle Aufmerksamkeit.

Schon jetzt wissen wir, dass das desaströse Zusammenspiel aller Akteure – Polizei, Jugendämter, private Träger in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen – dazu geführt hat, dass der Fall so skandalös verlaufen ist.

Deswegen wurde richtigerweise der Untersuchungsausschuss durch das Parlament eingerichtet. Die Arbeit im Untersuchungsausschuss, Herr Wagner, läuft gut, und auch vor der Zeugenbefragung lief sie gut. Es war wichtig – das wissen Sie auch –, dass wir die Expertenanhörungen hatten.

Mit dem Bekanntwerden des Falles Bergisch Gladbach tritt nun ein neuer Tatkomplex in den Fokus. Gewöhnen wird man sich, weil es vermutlich auch

nicht der letzte sein wird, nie an diese Bilder. Sie schockieren. Lügde schockiert, auch Bergisch Gladbach, wenn man reinhört, schockiert.

Am Fall Bergisch Gladbach aber – da gehen unsere Meinungen deutlich auseinander – lässt sich erkennen, dass die Ermittlungsbehörden aus möglichen Fehlern, Verfehlungen oder Unterlassungen der Vergangenheit gelernt haben.

In der Hochzeit der Untersuchung zu Bergisch Gladbach waren 350 Polizisten rund um die Uhr beschäftigt, Fotos, Videos, Chats auszuwerten, Wohnungen zu durchsuchen, Tatverdächtige zu vernehmen, den andauernden Missbrauch von Kindern, von Babys, den es ja gegeben hat, sofort zu beenden. Neue Techniken und IT-Programme wurden zur Beweissicherung und Beweisfindung eingesetzt.

Meine Damen und Herren, auch wenn es in beiden Fällen um die gleichen abscheulichen Taten geht und es – das wissen Sie aus dem Innenausschuss, Herr Wagner; der Minister hat es dort gesagt – Zufälle gibt, so müssen wir doch nüchtern betrachten: Stand heute gibt es keine objektiven Anhaltspunkte, dass die Komplexe Lügde und Bergisch Gladbach zusammengehören.

Ich vertraue den ermittelnden Behörden, ich vertraue ihrer akribischen Ermittlungsarbeit, und ich vertraue sowohl den ermittelnden Staatsanwaltschaften als auch den Polizisten in ihrer Feststellung, dass es gegenwärtig keine strafrechtlich relevante Verbindung zwischen diesen beiden Fällen gibt.

Auch Sie, Herr Wagner, und die AfD konnten in Ihrem Antrag nicht ein einziges Faktum nennen, das mich daran ein Stück weit zweifeln lässt. Das einzige Faktum, das Sie nennen, ist eine einzige Pressemeldung, wonach sich angeblich ein Ermittler anonym gemeldet hat. Ich weiß nicht, wer das ist. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen. Bei wem hat er sich gemeldet? Womit begründet er diesen Vorwurf? – Dazu nichts in Ihrem Antrag.

Dann darf ich noch an dieser Stelle sagen – wir haben heute Morgen schon über Presse und AfD gesprochen –: Ausgerechnet die AfD, die ansonsten weder der Presse noch Pressemitteilungen glaubt, macht sich eine unbestätigte Pressemitteilung zu eigen, um diesen Antrag zu formulieren. Da muss ich schon sagen: In Ihrem politisch verwirrten Leben gibt es auch manches ironische Kapitel.

(Beifall von der CDU)

Noch einmal: Es existieren zurzeit keine strafrechtlich relevanten Zusammenhänge. Deshalb gibt es auch keinen sachlichen Grund, die Taten in Bergisch Gladbach in den Untersuchungsausschuss zum Fall „Lügde“ mit einzubeziehen.

Fast alle Fragen in Ihrem Antrag drehen sich um Täter, Tatbeteiligungen und Tatorte. Alles das sind

keine Fragen, die ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss beantworten kann. Diese Fragen müssen erst von Kriminalisten und Staatsanwälten gründlichst untersucht und haarklein durchermittelt werden. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir sind nicht die besseren Kriminalisten und auch nicht die besseren Staatsanwälte.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um den eingesetzten Polizisten und der Staatsanwaltschaft meinen Respekt und meinen Dank auszusprechen. Jeden Tag müssen sie sich in diesen Verfahren tausendfach die Bilder dieser entsetzlichen und grausamen Taten ansehen.

So belastend die Arbeit für jeden Einzelnen sicherlich ist, so deutlich muss man sich auch immer vor Augen halten, wozu ihr Einsatz dient und wofür sich der Einsatz lohnt, nämlich zum Schutz der Opfer und dafür, dass die potenziellen Opfer von morgen keine Opfer werden.

Genau deshalb – und das ist dann unser Auftrag – müssen wir uns im Untersuchungsausschuss um den Fall „Lügde“ kümmern. Genau so hat das Parlament den Untersuchungsauftrag formuliert. Mit Stand heute müssen wir diesen auch nicht um Bergisch Gladbach erweitern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Berghahn das Wort.

Jürgen Berghahn (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon in der Rede zur Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Kindesmissbrauch in Lügde hat mein Kollege Sven Wolf für die SPD-Fraktion ausgeführt, dass wir eine lückenlose Aufklärung fordern.

Wir sind uns unserer Verantwortung als demokratische Fraktion in diesem Parlament in vollem Umfang bewusst. Nach der Einsetzung im Juni des vergangenen Jahres haben wir alle mit Entsetzen und Abscheu von dem Skandal in Bergisch Gladbach gehört und uns schon damals gefragt, ob es eigentlich eine Verbindung zu Lügde gibt. Ich betone für meine Fraktion ausdrücklich: Das möchten wir auch geklärt wissen, und zwar nicht nur im Rahmen der laufenden Ermittlungen, sondern auch im Rahmen unserer täglichen Arbeit im Untersuchungsausschuss.

Der hier vorliegende Antrag der AfD ist dabei jedoch nicht besonders hilfreich. Derzeit macht er auch keinen Sinn. Denn wir müssen uns noch einmal in Erinnerung rufen: Wir sind das Parlament. Wir sind weder eine zusätzliche Staatsanwaltschaft noch eine

polizeiliche Ermittlungsbehörde. Deshalb prüfen wir auch nicht, ob es Beziehungen zwischen Tätern aus Lügde und Bergisch Gladbach gibt oder wer im Missbrauchsnetzwerk involviert ist. Das ist die Aufgabe der Ermittlungsbehörden, deren Ermittlungen wir auf keinen Fall gefährden wollen.

Der von uns im Juni 2019 beschlossene Untersuchungsauftrag enthält den Begriff „weitere beteiligte Personen“. Wir haben mit den vier Fraktionen dort formuliert, dass es um weitere Spuren zu Konsumenten von Bildern und Videoaufzeichnungen geht, also um solche Fälle, in denen Dritte über Bilder aus Lügde verfügen. Wir haben Lügde und gegebenenfalls andere Orte definiert, also zum Beispiel Bergisch Gladbach, sowie mögliche weitere Tatorte benannt. Und nicht zuletzt sprechen wir über Hinweise auf Beteiligte der Taten in Lügde. Alle diese Begrifflichkeiten sind bereits Gegenstand des Untersuchungsauftrags vom Juni des vergangenen Jahres.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns bei unserem Antrag auf Einsetzung des PUA also sehr umfassend Gedanken über das gemacht, was jetzt in Bergisch-Gladbach-Skandal in der Diskussion ist: Hätte nicht nur der Skandal von Lügde, sondern hätten auch andere Taten wie die des Komplexes „Bergisch Gladbach“ verhindert werden können? Gab es frühzeitige Hinweise? Und – auch im Sinne unseres Parlaments – sind wir durch die Exekutive, durch die Ministerien, zeitnah und umfassend informiert worden? – Alle diese Fragen gehören in den bestehenden Untersuchungsausschuss und werden auch vom derzeitigen Untersuchungsauftrag erfasst.

Diese Woche haben wir die ersten Akten aus dem Innenministerium erhalten. Ich hoffe, dass wir jetzt auch zügig Unterlagen aus dem Justizministerium bekommen. Wir werden genau prüfen, ob uns die Informationen gegeben werden, die nach Mitteilung von Innenminister Reul jeden Tag im Polizeipräsidium Bielefeld überprüft werden, also mögliche Schnittstellen zwischen Lügde und Bergisch Gladbach.

Sollten wir dazu keine Akten und keine Erklärungen erhalten, werden sich die Ministerien in der Öffentlichkeit mehr fragen lassen müssen als nur, ob es Zufälle sind, Zufälle mit einem Wohnwagen auf einem Campingplatz und Familienzusammenhängen in zwei Orten, die über 220 km auseinanderliegen, und nicht zuletzt, warum und wie Bilder aus Lügde bei Tätern aus Bergisch Gladbach gelandet sind.

Die SPD-Fraktion geht jedoch davon aus, dass sich die Exekutive ebenso wie das Parlament der Verantwortung bewusst ist und dem in der Verfassung normierten Kontrollrecht der Legislative entsprechen wird. Wir gehen also davon aus, dass sie uns alles über Bergisch Gladbach übersendet, was im Zusammenhang mit dem Untersuchungsauftrag steht.

Da aktuell eine Erweiterung des Auftrages wenig zielführend ist und zu diesem Zeitpunkt auch verfrüht erscheint, lehnen wir den Antrag der AfD ab. – Vielen Dank.

Präsident André Kuper: Danke schön. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnete Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich nehme es jeder Fraktion hier im Haus wirklich ab, dass sie alle Geschehnisse rund um die schrecklichen Missbrauchsfälle von Kindern in unserem Land vollumfänglich aufklären will. Das wollen wir alle. Das treibt uns alle um und lässt uns nicht in Ruhe, insbesondere uns als Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Wir werden und wir müssen ganz entschieden handeln, damit sich solche fürchterlichen Fälle niemals wieder in diesem Land ereignen können; da sind wir uns sicherlich einig.

Dennoch müssen wir differenzieren, was eigentlich unsere Aufgabe als Parlament und unsere Aufgabe als Untersuchungsausschuss ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu denken, dass wir in irgendeiner Form cleverer seien oder mehr Möglichkeiten hätten als die vielen Hundert Ermittler der Polizei oder die Staatsanwälte, die – Dietmar Panske hat es gesagt – dankenswerterweise rund um die Uhr arbeiten, um alle Vorgänge vollumfänglich aufzuklären und die Täter dieser schrecklichen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Das ist wirklich eine gewaltige Aufgabe. Ich möchte den Beamtinnen und Beamten daher ausdrücklich für ihren schwierigen Dienst danken.

Die Ermittler gehen aber – das ist der aktuelle Stand – nicht von einem Zusammenhang der Missbrauchsfälle aus. Deshalb sehe ich auch die Erweiterung des Untersuchungsausschusses aktuell kritisch.

Es ist vielmehr unsere klare Aufgabe, die Missstände, die Handlungen und das Versagen staatlicher Einrichtungen rund um die monströsen Geschehnisse auf dem Campingplatz in Lügde zu untersuchen, um die Bedingungen, Strukturen und Abläufe, aber auch das Warnsystem in Nordrhein-Westfalen so zu verbessern, dass wirklich jeder Form des Missbrauchs frühzeitig ein Riegel vorgeschoben wird. Das ist unsere Aufgabe. Das ist Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses, die wir wohl alle hier im Haus verdammt ernst nehmen. Deshalb sollten wir uns aktuell auch darauf konzentrieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Schäffer das Wort.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nicht sagen, dass ich froh darüber bin; aber es ist gut, dass wir den Untersuchungsausschuss zum Kindesmissbrauch in Lügde eingesetzt haben und uns so intensiv mit diesem Thema beschäftigen.

Die bisherigen Sitzungen, auch mit den vielen Sachverständigen, waren wirklich gut, um einerseits tief in das Thema einzusteigen und andererseits das Thema öffentlich zu machen. Es ist ja auch Ihnen, Herr Reul, sehr wichtig, dass wir eine Öffentlichkeit schaffen, das Dunkelfeld aufhellen und dazu beitragen, dass mehr Straftaten angezeigt und bearbeitet werden können und dass wir mehr Opfern Hilfe anbieten können. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind, und bin froh darüber, dass das ein gemeinsames Anliegen dieses Parlaments ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als die mögliche Verbindung von Lügde und Bergisch Gladbach – zwei große Tatkomplexe, die uns wirklich erschüttern – über den Campingwagen auf dem Campingplatz Eichwald bekannt wurde, war auch ich völlig sprachlos und fassungslos. Keiner von uns hat doch geahnt, dass ausgerechnet jemand aus dem Tatkomplex „Bergisch Gladbach“, nämlich der Großvater, gerade auf diesem Campingplatz einen Campingwagen besitzt. Wie viele Campingplätze gibt es in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das hat uns alle völlig fassungslos gemacht.

Natürlich stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage: Steckt mehr dahinter? Steckt dahinter ein geheimer Treffpunkt von Pädophilen? Ist das ein Ort, an dem man sich verabredet oder den man vielleicht auch nur weiterempfohlen hat und von dem man gesagt hat: „Das ist ein Campingplatz, wo man nicht so genau hinschaut“? Natürlich stellen wir uns alle diese Frage. Das ist doch völlig klar. Man kann hier nicht einfach an einen Zufall glauben. Ich jedenfalls glaube nicht an einen Zufall.

Wir bewegen uns jedoch komplett im Rahmen von Spekulationen. Und das finde ich gefährlich. So etwas ist nicht seriös. Auch der Antrag der AfD spricht in diesem Zusammenhang von einem möglichen Sachzusammenhang. Damit befinden wir uns im Bereich der Spekulation.

Ich möchte an dieser Stelle klar und deutlich sagen: Es ist Aufgabe der Polizei, derzeit zu prüfen, ob es Zusammenhänge gibt oder nicht. Ich finde es anmaßend, zu glauben, dass ein Untersuchungsausschuss die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft übernehmen könnte.

Die entsprechenden Fragen, die die AfD in dem Erweiterungsantrag aufwirft – das sind die Fragen 1 bis 7 von insgesamt 11 Fragen –, sind allesamt Fragen, die die Polizei beantworten muss und die wir überhaupt nicht beantworten können. Wir sind doch keine Polizeibeamten. Das werden wir auch nicht über Zeugenvernehmungen herausbekommen. Es ist schlichtweg auch nicht unser Job.

Aufgabe des Landtags bzw. dieses Untersuchungsausschusses ist es, mögliche Behördenfehler herauszuarbeiten. Ich kann in diesem Fall zunächst jedoch gar keine Behördenfehler erkennen. Man muss doch sagen, dass die Beamtinnen und Beamten, die gerade versuchen, den Tatkomplex „Bergisch Gladbach“ aufzuklären, mit einer sehr hohen Akribie daran arbeiten und erst durch ihre gute Arbeit diesen möglichen Zusammenhang entdeckt haben.

Ich habe daher hohes Vertrauen in die BAO Berg. Diese Besondere Aufbauorganisation geht gut und gründlich vor. Beim Polizeipräsidium Bielefeld ist eine eigene Ermittlungsgruppe zu den Geschehnissen auf dem Campingplatz eingerichtet worden, um diesen noch einmal genau unter die Lupe zu nehmen.

Ich muss ganz klar sagen, dass es eine falsche Erwartungshaltung ist, zu meinen, das Parlament könne hier Ersatzpolizei spielen. Dazu sind wir schlichtweg nicht in der Lage. Insofern ist das eine schwer zu vertretende Annahme.

Die zweite falsche Annahme, die sich in dem Antrag der AfD wiederfindet, ist die Annahme, man könne Lügde ohne Bergisch Gladbach nicht aufklären und andersherum. – Das stimmt meines Erachtens so nicht. Möglicherweise hat der Tatort Eichwald eine besondere Bedeutung. Daran arbeitet die Polizei gerade. Aber den Tatkomplex „Lügde“ und die damit verbundenen Fragen – warum das Kind zu dem Pflegevater gekommen ist, warum die Jugendämter nicht eingegriffen haben, warum Hinweise nicht ernst genommen wurden – wollen wir im Rahmen des Untersuchungsausschusses aufklären. Ich meine, dass wir das auch aufklären können, ohne den Komplex „Bergisch Gladbach“ zu diesem Zeitpunkt mit hineinzunehmen.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, es gebe ein dringendes Erfordernis zur Auftragserweiterung. – Das stimmt meines Erachtens auch nicht. Nach meiner Meinung müssen wir erst einmal abwarten, was die Polizei ermittelt. An dieser Stelle habe ich hohes Vertrauen in die Polizei. Ich kann nicht erkennen, dass es derzeit im Rahmen der BAO Berg Fehler gibt. Daher sollten wir die Polizei erst einmal in Ruhe ermitteln lassen.

Sollten sich Zusammenhänge erhärten und sollten wir feststellen, dass es möglicherweise Absprachen oder einen Treffpunkt gibt – das muss noch nicht ein-

mal strafrechtlich relevant sein; das können auch Absprachen unterhalb der strafrechtlichen Relevanz sein –, müssen wir uns diesen Campingplatz noch einmal genauer anschauen. Das finde ich auch. Ja, dann muss man darüber diskutieren, ob man den Untersuchungsauftrag erweitert. Dafür bin ich offen.

Aber an dieser Stelle macht das überhaupt keinen Sinn. Deshalb werden wir Grüne diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Über den Erweiterungsantrag wird, wie beantragt, direkt abgestimmt.

Ich weise darauf hin, dass der im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand durch Beschluss des Landtags gemäß § 3 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes nur mit Zustimmung der Antragstellerinnen und Antragsteller verändert werden kann.

Der Antrag auf Einsetzung dieses PUA IV – Kindesmissbrauch – Drucksache 17/6660 wurde seinerzeit von 65 Abgeordneten der Fraktion der CDU, den Abgeordneten der Fraktion der SPD, 26 Abgeordneten der Fraktion der FDP und den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt. Eine Erweiterung erfordert daher deren Zustimmung. Eine Enthaltung kann dabei nicht als Zustimmung gewertet werden.

Nach diesen Hinweisen kommen wir nun zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/8544 – Neudruck. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8544 – Neudruck – abgelehnt**. Der Untersuchungsgegenstand bleibt daher unverändert.

Ich rufe auf:

6 25 Jahre Post-Apartheid: NRW-Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5379 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Europa und Internationales

Drucksache 17/8605

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8573

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8652

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich will vorweg sagen: Der CDU ist es natürlich wichtig, die gute Zusammenarbeit mit Südafrika zu würdigen und auch in Zukunft zu stärken. Daher finde ich es schon etwas schade, dass die vier Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen dann doch nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Wir haben Sie so oft aufgefordert, Herr Bergmann!)

Ich will den Antrag, der heute Morgen von der AfD noch reingekommen ist, einfach nur als unsäglich und historisch eindimensional beschreiben und gar nicht weiter in irgendeiner Form auf diesen Antrag eingehen.

Wir finden es aber gut, dass wir das Thema heute aufgreifen; denn wir möchten die Zusammenarbeit zum Beispiel im Rahmen des Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsforums, aber auch das zivilgesellschaftliche Engagement fortgeführt sehen und unterstützen. So wollen wir auch den Antrag verstanden wissen, den wir eingereicht haben – als ein Zeichen dafür, dass uns Südafrika wichtig ist und bleibt; denn Südafrika ist natürlich ein strategischer und wichtiger Partner auch für NRW.

Wir teilen dabei – das darf ich auch vorweg sagen – nicht die im Ausschuss geäußerte Kritik der Grünen, der in unserem Entschließungsantrag vorgeschlagene Weg sei eine inakzeptable Vermischung von Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Wir glauben vielmehr, dass die im Antrag von Rot-Grün geforderte Ausarbeitung einer Gesamtstrategie für Südafrika wenig sinnvoll und derzeit von NRW auch nicht leistbar ist. Schließlich müssen wir – das hat die Anhörung auch gezeigt – unter anderem zunächst einmal Fragen der Kohärenz zu Initiativen und Strategien der Bundesregierung beantwortet wissen.

Da aber auch künftig das zivilgesellschaftliche Engagement in Afrika unterstützt werden soll, wird die Landesregierung in unserem Antrag konkret gebeten, bestehende Kooperationen zwischen Wirtschaft

und Zivilgesellschaft noch bekannter zu machen. Zugleich sollen die Zusammenarbeit weiter verbessert und die südafrikanischen Partner etwa über die vielen Hochschulkooperationen besser informiert werden.

Das Engagement unseres Landes in Südafrika soll also nicht als Thema fallen gelassen werden. Vielmehr geht es darum, ein Zeichen zu setzen und die bestehenden zahlreichen Kooperationen in einem angemessenen und auch von uns als Land leistbaren Rahmen zu begleiten.

Aus Sicht der CDU sollten wir uns schon primär der langjährigen Kooperation mit Ghana widmen und uns darauf konzentrieren, zumal Südafrika mit seinen extrem unterschiedlich weit entwickelten Provinzen und zusammengesetzten Provinzen als Gesamtion natürlich wesentlich größer ist und im Rahmen einer Partnerschaft komplexer zu behandeln wäre als eine einzige Provinz wie ehemals Mpumalanga. Ich sage es einmal so: Lieber konzentriert-effektiv als mit der Gießkanne ineffektiv-disloziert.

Südafrika ist – das ist zwischen uns allen ja völlig unstrittig – von zentraler Bedeutung für den ganzen Kontinent und ohne Zweifel ein Powerhouse für Afrika als Ganzes. Daher gilt es, das Engagement in Richtung neuer Bündnisse zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft auszurichten und so zu einer Intensivierung der Beziehungen zu kommen. Da sind wir einer Meinung; denn auch Rot-Grün unterstreicht im vorliegenden Antrag, wie wichtig es ist, die gewachsenen freundschaftlichen Kontakte auszubauen.

Wir können als Land Nordrhein-Westfalen auch schon einiges vorweisen, wenn es um Engagement in Südafrika geht. Dabei werden viele Projekte vor Ort auch aus Landesmitteln gefördert. Unter anderem besteht das Südafrika Forum NRW. Außerdem hat NRW über das Programm zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eine Kooperation zwischen Aachen und Kapstadt unterstützt. So fanden schon vier jeweils einwöchige Besuche zwischen den Verwaltungen dieser Städte statt. Dabei ging es um Themen wie „Saubere und sichere Stadt“, „Grün in der Stadt“, „Green Economy“ und „Nachhaltige Mobilität“. 2019 besuchte zudem eine Aachener Wirtschaftsdelegation Kapstadt. Ferner haben im Rahmen der konkreten Friedensdienste 232 junge Menschen seit 2015 einen Auslandsaufenthalt in Südafrika absolviert.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Die NRW-Koalition ist dran. – Ganz in diesem Sinne bitten wir um Unterstützung unseres Entschließungsantrags. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Weiß das Wort.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der letzten Woche hat sich Bundeskanzlerin Merkel zu den bedenklichen Ereignissen in Thüringen zu Wort gemeldet. Sie hat ihre klaren Worte nicht in Berlin gesprochen, sondern während eines Besuches in Südafrika. Während dieses Besuches stellte die Kanzlerin klar, dass Südafrika schon lange eine wichtige Bedeutung als wirtschaftliches Ankerland in Afrika hat.

Das hat – und das schreiben Sie ja in Ihrem Entschließungsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP – auch die nordrhein-westfälische Zivilgesellschaft längst erkannt.

Weil Südafrika als Ankerland so wichtig ist, fordern wir eine enge, eine engere Partnerschaft mit Südafrika, gerne nach dem Vorbild der Partnerschaft zwischen Ghana und NRW. Sämtliche Sachverständige, die wir bei der Anhörung zu dem Thema im Ausschuss gehört haben, stimmen dem im Übrigen zu.

Das Engagement Nordrhein-Westfalens in Südafrika muss ausgeweitet werden. Es darf nicht stagnieren oder gar zurückgefahren werden.

CDU und FDP haben leider immer wieder abgewinkt und argumentiert, für eine enge Partnerschaft sei Südafrika, angeblich im Gegensatz zu Ghana, zu divers und mit zu vielen internen Problemen konfrontiert.

Dabei ähneln sich Ghana und Südafrika in vielerlei Hinsicht. Beide Länder setzen sich aus heterogenen, unterschiedlichen Ethnien zusammen, die verschiedene Sprachen und Kulturen haben. Beide Länder sind nicht frei von Herausforderungen. Auch der unterschiedliche Entwicklungsstand zwischen einzelnen Regionen ist in Ghana wie in Südafrika extrem. Zum Zeitpunkt der Verlängerung des Partnerschaftsabkommens mit uns hier in NRW etwa steckte Ghana tief in einer Energiekrise.

Sie sprechen in Ihrem Antrag von Korruption und Vetterwirtschaft in Südafrika. Da bewegen Sie sich argumentativ auf sehr dünnem Eis, meine Damen und Herren. Transparency International hat mit seinem Korruptionswahrnehmungsindex ausgerechnet, dass beide Länder, Ghana und Südafrika, miserabel abschneiden – und dabei liegt Ghana noch hinter Südafrika, negativ gesehen.

Seit Cyril Ramaphosa die Regierungsgeschäfte von Jacob Zuma übernommen hat, hat sich die politische Lage zumindest ein Stück weit verbessert. Sicher, die ganz großen und tief greifenden Missstände aus neun Jahren Kleptokratie sind immer noch deutlich zu spüren. Aber in welche Richtung sich Südafrika

jetzt entwickelt, hängt auch davon ab, wer zu seinen engsten Partnern gehört und gehören will und das dann auch so spielt.

Spätestens an dieser Stelle muss doch die Frage erlaubt sein: Warum ist eine enge Partnerschaft mit Ghana möglich, nicht aber eine enge Partnerschaft mit Südafrika? Ihr Entschließungsantrag gibt darauf jedenfalls keine Antwort.

Die ersten beiden Punkte im Beschlusssteil Ihres Entschließungsantrags haben im Übrigen noch nicht einmal etwas mit Südafrika zu tun. Das Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsforum ist sicher eine spannende Plattform für Unternehmen; aber auch hier spielt Südafrika, wenn überhaupt, nur eine Nebenrolle.

Für uns ist wichtig, dass die kulturelle und die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit stärker in den Fokus gerückt werden.

Ja, wir glauben und wissen, dass sich Südafrika in einem Umbruch befindet. Aber gerade deshalb und gerade jetzt braucht diese Gesellschaft Solidarität und unsere Unterstützung.

Ich habe im Dezember 2019 mit hochrangigen Vertretern der Zivilgesellschaft aus Südafrika gesprochen, die hier im Landtag zu Besuch waren. Sie haben großes Interesse daran bekundet, die Partnerschaft zu festigen und auszuweiten. Sie haben mich gefragt: Was können wir tun, damit die Partnerschaft zwischen NRW und Südafrika auf der politischen Ebene intensiver wird? – Ich habe sie damals darauf verwiesen, dass wir daran arbeiten. Das sollten wir bitte auch weiterhin tun.

Ich frage Sie also noch einmal: Warum kann die funktionierende Partnerschaft mit Ghana nicht als Blaupause für den Ausbau der Zusammenarbeit mit Südafrika dienen? Wir können aus der Partnerschaft mit Ghana im positiven Sinne lernen, statt sie als Gegenargument für andere Partnerschaften zu benutzen.

Ich bin davon überzeugt, dass die Erfolge, die wir in dieser Zusammenarbeit schon erreicht haben, auch in Südafrika möglich sind. Deshalb spricht sich der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auch in dieser Deutlichkeit dafür aus.

Die im Entschließungsantrag von CDU und FDP vorgeschlagenen Änderungen sind nicht stimmig. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Die Provokationen, mit denen die Parteifreunde des Faschisten Höcke uns einmal mehr belästigen, lehnen wir selbstverständlich auch ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Nückel das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch sinnvoll machbar. Das gilt auch für das Kap der Stürme. In der Anhörung, die hier gerade erwähnt wurde, hielten in der Tat die meisten stärkere Kontakte für wünschenswert. Aber die Antworten auf viele Fragen waren dann doch zum Teil wie bei Radio Eriwan: im Prinzip ja, wünschenswert, aber ... Dann kamen natürlich viele Häkchen, die zusammen doch einen sehr großen Haken bilden.

Das ist freilich der Machtkampf am Kap der Stürme, der Andockpunkte für erweiterte Partnerschaftsprojekte schwierig macht. Es ist sicher nicht nur der ANC-Generalsekretär. Wir haben bei den Kontakten, die es mit einer Provinz dort gab, auch gemerkt, dass das Interesse an einer Partnerschaft und Kooperation dort gesunken ist – vielleicht nur vorübergehend. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass man in vielen Teilen des ANC Partnerschaften mit westlich ausgerichteten Staaten aus Angst vor Einfluss von außen sehr kritisch sieht.

Das muss man schlicht akzeptieren, wie ich finde. Man kann eine solche Partnerschaft dann auch nicht erzwingen; wir können uns nicht aufdrängen. Davon haben einige Sachverständige aufgrund des fehlenden gegenseitigen Interesses auch abgeraten.

Ich halte eine Südafrika-Strategie dann auch nicht für zielführend, weil die einzelnen Provinzen in der Tat sehr unterschiedlich sind und man mit einer Strategie da höchstwahrscheinlich nicht weiterkommt.

Man trifft auf ein Land der Gegensätze. Sicher, Südafrika hat sehr viele Fortschritte gemacht. Gerade in den ersten 15 Jahren nach Ende der Apartheid hat es sich vielversprechend entwickelt. Es hat eine der modernsten Verfassungen der Welt. Aber vieles wird jetzt leider auch nicht mehr mit Leben gefüllt. Ich denke, wir müssen ein wenig abwarten, wie die Entwicklung weitergeht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen die negative Entwicklung auch dadurch gespürt, dass die Zusammenarbeit mit Mpumalanga trotz der Bemühungen der rot-grünen Landesregierung mangels Interesses des Partners in die Brüche ging.

In Sachen Südafrika-Strategie gibt es bereits auf Bundesebene viele Initiativen. Das hat auch die Reise der Bundeskanzlerin gezeigt. Es gibt Strategiepapiere und Maßnahmen der Bundesministerien. Auf vielen Ebenen geschieht dort manches. Insofern ist meines Erachtens fraglich, inwiefern eine zusätzliche NRW-Strategie überhaupt Mehrwert mit sich bringen würde.

Ich halte es für vielversprechender, etwas fortzuführen, was auf einer besseren und auch funktionierenden Basis läuft. Denn es gibt schon einen Unterschied zwischen Südafrika und Ghana. In Ghana

sind die Kooperationen willkommen. Das haben wir mehrfach erfahren dürfen. Deswegen finde ich es auch gut, dass die langjährige Partnerschaft über 2021 hinaus verlängert wird, weil die dortige Regierung eben einen Mehrwert in der Zusammenarbeit mit NRW und seinen anderen Partnern sieht.

Neben der Zusammenarbeit auf Regierungsebene wird es sicherlich auch in Zukunft mehr Kontakte auf Parlamentsebene geben. Der Ausschuss für Europa und Internationales war mit einer Delegation im Oktober schon dort. Gegenbesuche werden sicherlich folgen.

So werbe ich für den Entschließungsantrag von CDU und FDP, denn er unterstreicht, dass Ghana eben für den Moment, für die nächsten Jahre unsere Priorität Nummer eins ist, unser Partnerland Nummer eins in Afrika. Ich glaube, es ist auch wichtig, sich mal auf ein Projekt und auf ein Land zu konzentrieren.

Dennoch sagen wir nicht, Südafrika soll aus unserem Blick fallen. Nein, wir empfehlen der Landesregierung eine Bestandsaufnahme der Kontakte, die es gibt. Es werden ja auch Unternehmen bei ihren Investitionen begleitet und beraten. Wir sehen es auch als wichtig an, dass bestehende Hochschulpartnerschaften zwischen NRW und Südafrika als Best Practice vielleicht auch mehr bekannt gemacht werden.

Insofern unterstützen wir gerne die Kooperation auf allen Ebenen, aber wir brauchen dafür keine Vorgaben der Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Aymaz.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! In der Tat, Bundeskanzlerin Merkel hat in den letzten Tagen bewiesen, dass sie doch das richtige Gespür für politische Entwicklungen hat, und das nicht nur mit ihrer klaren Haltung in der Causa Thüringen, sondern auch mit ihrer Reise nach Südafrika.

Lieber Herr Kollege Nückel, ihre Devise lautet eben nicht, abzuwarten und zu gucken, wohin sich das Land entwickelt, sondern: aktiv werden, Initiative ergreifen. Denn Südafrika hat nicht nur auf dem afrikanischen Kontinent eine zentrale politische und wirtschaftliche Rolle inne, die Stabilität Südafrikas ist auch für die internationale Gemeinschaft von großem Interesse. Ich hätte mir gewünscht, dass dieses Gespür der Kanzlerin auch hier in den Reihen der Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP mitgetragen werden könnte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade vor diesem Hintergrund ist es heute wichtiger denn je, die Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und Südafrika für eine friedliche, demokratische und nachhaltige Entwicklung in Südafrika entschlossen zu unterstützen und die in Jahrzehnten gewachsenen freundschaftlichen Kontakte weiter auszubauen.

25 Jahre Zusammenarbeit mit Südafrika sind der Grund, warum es so wichtig ist, Herr Nückel, dass wir aus NRW da auch anschließen, fortsetzen und entwickeln und nicht warten, was sich auf der Bundesebene tut. Weil wir seit 25 Jahren diese enge Verknüpfung haben, ist es wichtiger, das jetzt noch einmal nach vorne zu tragen, zu stärken und den Austausch und die Kooperation zu intensivieren.

Die Anhörung zu unserem Antrag hat ja auch deutlich gemacht, wie wichtig es ist, diese Kooperationen, diese Partnerschaft zwischen NRW und Südafrika weiter voranzutreiben. Gerade weil wir immer häufiger vor globalen Herausforderungen stehen, die nur gemeinsam auf internationaler Ebene gelöst werden können, sind solche gewachsenen Partnerschaften ganz, ganz wichtig und zentral.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft müssen daher gemeinsame Projekte vorangetrieben und neue Kooperationen in weiteren Feldern geschlossen werden.

Die Anhörung hat auch gezeigt, dass die Zusammenarbeit der Länder, also zwischen NRW und Südafrika, gerade auch im Kampf gegen die Klimakrise großes Potenzial hat. Dabei ist der Blick auf den Energiesektor zu richten. Südafrika baut noch Steinkohle ab, in NRW wurde die letzte Zeche 2018 geschlossen. Austausch und Kooperation bei der Gestaltung des Strukturwandels können helfen, um Südafrika beim Ausstieg aus fossilen Energien und bei der Nutzung erneuerbaren Energien zu unterstützen, übrigens auch ein zentrales Thema bei der Reise der Bundeskanzlerin in Südafrika.

Es gab übrigens – um das auch noch zu erwähnen – aus der Anhörung noch weitere Punkte, die alle Expertinnen und Experten wirklich nach vorne gesetzt haben, neben dem Punkt der Zusammenarbeit im Bereich Strukturwandel.

Weitere Themen waren zum Beispiel die Förderung der Berufsausbildung, die Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Bildung – das sind Themen, die gerade auch auf Landesebene richtig und gut angegangen werden können – und natürlich die Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratie. Da hat ja Herr Feltes von der Konrad-Adenauer-Stiftung – das ist jetzt nicht die Stiftung, die uns Grünen nahesteht, meine Damen und Herren – empfohlen, auch einen stetigen Austausch zwischen Parlamentariern aus

NRW und Südafrika zu organisieren und zu begleiten. Ich verstehe absolut nicht, warum vor allem Sie, meine Damen und Herren von der CDU, diesem Angebot aus der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht folgen möchten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ja, ich bedaure es sehr, dass sich – trotz der so aussagekräftigen Statements alle Expertinnen und Experten, die sich für unseren Antrag ausgesprochen haben – die regierungstragenden Fraktionen der CDU und der FDP leider nicht dazu durchringen konnten, eine gemeinsame Initiative mit uns auf den Weg zu bringen. Das bedaure ich wirklich sehr.

Jetzt liegt uns ein Entschließungsantrag von Schwarz-Gelb vor, aus dem zumindest hervorgeht, dass Sie das Engagement der Zivilgesellschaft anerkennen und weiter fördern möchten. Das ist ja schon mal eine gute Entwicklung. Aber eine gemeinsame Strategie mit der Zivilgesellschaft möchten Sie eben nicht ausarbeiten, und da frage ich mich: Was ist eigentlich Ihr Verständnis von Würdigung der Zivilgesellschaft?

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Ja, ich komme zum Schluss.

Einen Hinweis, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und FPD, kann ich mir in der Tat nicht verkneifen. In einem Antrag zur Stärkung der Zusammenarbeit mit Südafrika ganz klar die Aussage zu platzieren, dass für uns eigentlich die Zusammenarbeit mit Ghana im Vordergrund steht, ist ein Affront und in den diplomatischen Beziehungen und angesichts der Gewohnheiten der diplomatischen Beziehungen absolut nicht akzeptabel.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Aymaz, die Redezeit.

Berivan Aymaz (GRÜNE): So etwas macht man nicht; so eine Aussage schadet eher der Zusammenarbeit, als dass sie sie fördert.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, ...

Berivan Aymaz (GRÜNE): Lassen Sie uns auch einmal darüber reden, welche diplomatischen Gepflogenheiten wir in Zukunft mit unseren Partnern pflegen möchten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Aymaz. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Kollege Keith jetzt das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meinen Redebeitrag heute mit einer kurzen Geschichte über den täglichen Rassismus in Südafrika mit all seiner Brutalität beginnen und Ihren Blick auf eine Entwicklung lenken, die einer ganz anderen Art entspringt.

Bitte stellen Sie sich mit mir vor: Eine schon etwas ältere Dame sitzt vor dem Fernseher zu Hause, das Zuhause, das ihre Familie vor Generationen erbaut hat. Sie ist alleine. Nun stellen Sie sich vor, wie plötzlich mehrere junge Männer die Tür eintreten, getrieben vom Rassenhass. Stellen Sie sich vor, wie die Männer die Frau schlagen und sie auffordern, ihre Habseligkeiten herauszugeben. Die ältere Dame ist nicht reich. Sie zögert, woraufhin ihre Peiniger zu einer Bohrmaschine greifen. Mit dieser Bohrmaschine durchlöchern sie ihre beiden Füße und misshandeln das Opfer schwer. Und jetzt stellen Sie sich vor: Diese Täter sind schwarz, und die Frau ist weiß.

2018 berichtete der ARD-„Weltspiegel“ über dieses grauenhafte Verbrechen, das sich bei Johannesburg abspielte. Der Titel der Sendung lautete „Südafrika, die Ängste der weißen Farmer“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, aber auch von der CDU und der FDP. Der vorliegende Antrag von Ihnen ist im vollen Wissen über die grausamen Zustände und die furchtbare Gewaltentwicklung in den letzten Jahren in Südafrika geschrieben worden. Es ist ein Skandal, dass Sie hier seitenlange Showanträge über die Beziehung Südafrikas zu NRW schreiben, ohne mit einem einzigen Wort auf das massive Unrecht, das an der weißen Bevölkerung verübt wird, und die unfassbaren Zustände einzugehen.

Na gut, wenn Sie zu feige sind, das ganze Ausmaß dieser gesellschaftlichen Katastrophe zu benennen, dann werden wir das tun.

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Morde in Südafrika bis zum traurigen Höhepunkt von über 20.000 im Jahr 2018 gestiegen. Im Durchschnitt werden 58 Menschen pro Tag umgebracht. Damit liegt diese Zahl sechsmal höher als in den USA und viermal höher als in ganz Europa. Über die 60.000 vergewaltigten Frauen bei einer Dunkelziffer von gut dem 20-Fachen möchte ich hier gar nicht erst reden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Keith, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Andreas Keith (AfD): Nein, ich möchte gern im Ganzen ausführen.

Meine Damen und Herren, bei weißen Farmern liegt die Mordrate dreimal höher als im Landesdurchschnitt. Zu diesem Schluss kommen unter anderem Journalisten der südafrikanischen Nachrichtenwebsite „Political Thread“. Die Kollegen der FDP-Fraktion kennen diese Seite vielleicht, sie wird nämlich von der Friedrich-Naumann-Stiftung gefördert. Überlegen Sie also ganz kurz, bevor Sie reflexartig „Fake News“ schreiben.

Meine Damen und Herren, die dramatische Entwicklung der letzten 25 Jahre führte dazu, dass die Organisation „Genocide Watch“ sogar von einer völkermordgefährdeten Situation in Südafrika spricht. In Ihrem nie ruhenden Kampf für Minderheiten ist Ihnen dieses wohl entgangen.

Wie kommt es zu diesen Gewaltausbrüchen und der Unmenschlichkeit? – Nun, im südafrikanischen Parlament sitzt inzwischen eine Partei mit über 10 %, deren führende Repräsentanten offen den Völkermord an der weißen Minderheit propagandieren. Die sogenannten Economic Freedom Fighters, die sich selbst als radikale, linke, antikapitalistische Partei bezeichnen, singen auf offener Straße und im Parlament: Tötet die Buren! – Sie treiben die geschwächte Regierungspartei ANC immer weiter in eine linke weißenfeindliche Richtung, wengleich auch der ANC eine durch und durch marxistische Partei ist.

Diese Gemengelange aus linksradikalem Rassismus hat dazu geführt, dass die Verfassung geändert wurde. Weiße Farmer können nun grund- und entschädigungslos enteignet und von ihrem Land vertrieben werden. Die Folge: Aus dem einstigen Brotkorb Afrikas ist inzwischen ein Lebensmittelimporteur und ein Hort von Gewalt geworden. Oder, wie es im Antrag von SPD und Grünen heißt – ich zitiere –:

„Insgesamt erscheint das Land in einer fragilen wirtschaftlichen und sozialen Situation.“

So nennt man das also heute. Das ist, als würde man heute sagen: In der Wählergunst hat die SPD in den letzten Jahren geringfügige Verluste verzeichnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor einem knappen Jahr hat der südafrikanische Abgeordnete Corné Mulder hier genau an dieser Stelle, an diesem Pult, auf Einladung der AfD-Fraktion in einer eindrucksvollen und bewegenden Rede über die Missstände in seinem Land berichtet. Sie wären gut beraten gewesen, sich seinen Vortrag anzuhören. Dann hätten Sie gewusst, dass Südafrika größere Probleme und Sorgen hat, als irgendwelche Nachhaltigkeitsstrategien umzusetzen, wie es im Antrag von SPD und Grünen heißt. Nein, Windrädchen und Gesprächsforen werden das Land am Kap nicht retten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andreas Keith (AfD): Sowohl Rot-Grün als auch Schwarz-Gelb fehlt es an ganz grundlegenden Einsichten, um Südafrika wirklich helfen zu können. Welche Einsichten das sind, können Sie in unserem Entschließungsantrag lesen, der die Realität in Südafrika zur Kenntnis nimmt und benennt. Ihre Anträge lehnen wir ab.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keith. Vermutlich haben Sie nicht gesehen, dass es eine angemeldete Kurzintervention gibt, aber darauf können Sie selbstverständlich vom Platz aus gleich erwidern.

Herr Kollege Weiß von der SPD-Fraktion hat sich gemeldet. Das Mikro ist frei.

Rüdiger Weiß (SPD): Danke schön. – Nach diesem Auftritt bedarf es der Richtigstellung einiger Fakten.

Ich will es am Anfang gleich klarstellen, weil es wichtig ist, damit es nicht extra missverstanden wird: Die Zahlen zu den Morden an den Farmern aus Ihrem Antrag stimmen nicht. Ich zitiere ein Interview des „Tagesspiegel“ mit Gareth Newham, dem Leiter des „Institute for Security Studies“ in Pretoria vom 06.05.2019. Ich zitiere:

„Afriforum,“

– das kommt übrigens in Ihrem Antrag ja auch vor –

„ein Zusammenschluss von rechten Weißen, hat sehr erfolgreich die Geschichte verbreitet, in Südafrika würden systematisch weiße Farmer ermordet, ...“

Rechte Parteien haben das aufgegriffen.

„Kürzlich waren AfD-Leute bei uns zu Besuch und man merkte: Es gefällt ihnen nicht, wenn man ihnen sagt, dass das nicht der Wahrheit entspricht.“

Es gibt Morde an Farmern. Aber das ist erstens kein neues Phänomen – die meisten Morde gab es 2002, damals wurden 140 Farmer umgebracht. Seitdem ist die Zahl zurückgegangen, im Jahr 2018 waren es 64.“

Die Zahl ist also nicht gestiegen, wie Sie behaupten. – Noch einmal, damit es keinen falschen Zungenschlag gibt: Jeder Mord ist einer zuviel.

„Zweitens sind es nicht nur Weiße, die ermordet werden; zu ungefähr 30 %“

– auch anders, als Sie behaupten –

„sind schwarze Farmer betroffen. Und drittens: Die Motive der Täter sind nicht politisch.“

Wenn ich mir am Ende noch die Bemerkung erlauben darf: Dass neofaschistische Organisationen wie das AfriForum hier in einer Plenardebatte von Ihnen zitiert werden, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Zeit.

Rüdiger Weiß (SPD): ... ist eine Ungeheuerlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelte Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Herr Kollege Keith, jetzt ist Ihr Mikro freigeschaltet.

Andreas Keith (AfD): Schade, Kollege Weiß, dass Sie – das machen Sie ja immer hier im Plenarsaal – nicht richtig zugehört haben. Ich habe davon gesprochen, dass die Anzahl der Morde generell in Südafrika in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen ist und jetzt bei über 20.000 pro Jahr liegt.

Proportional werden mehr weiße Farmer ermordet als schwarze Farmer bzw. insgesamt Morde geschehen. Das müssen Sie schon an der Gesamtheit der Bevölkerung messen.

(Michael Hübner [SPD]: Was ist denn das für ein Sachverhalt? – Sven Wolf [SPD]: Das passt doch nicht!)

Aber das ist ein Detail, das Ihnen wahrscheinlich abgegangen ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Uns ist einer abgegangen, dass Sie es drehen, wie Sie wollen!)

Das spielt aber gar keine Rolle. Meine Intention war, heute den Blick auch auf ein anderes Phänomen, das sich momentan in Südafrika abzeichnet, zu lenken. Weil hier eine Einheitsmeinung vorherrscht, habe ich dieses Thema gewählt. Die Zahlen sind richtig.

(Sven Wolf [SPD]: Nein! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Durch Wiederholungen werden Falschbehauptungen nicht richtiger! – Gegenruf von Markus Wagner [AfD]: Unterstellen Sie doch nicht, dass Ihre Quelle die richtige wäre! Das ist doch Unsinn! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist Fakt!)

Unabhängig davon bin ich gerne bereit,

(Unruhe – Glocke)

im Anschluss an diese Debatte die Zahlen

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Wagner, das ist doch Ihre Ideologie in der Politik, Ihre verlogene! – Gegenruf von Markus Wagner [AfD]: Völliger Unsinn!)

zur Versachlichung mit Ihnen

(Markus Wagner [AfD]: Das einzige Argument, das Sie haben, ist: „Faschist, Faschist, Faschist“! Mehr können Sie nicht! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Per Urteil bestätigt, Herr Wagner! – Gegenruf von Markus Wagner [AfD]: Dabei sind Sie es selbst!)

– auch die Quellen – entsprechend ...

(Markus Wagner [AfD]: Sie zeigen mit drei Fingern auf sich selbst! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Per Urteil bestätigt! – Gegenruf von Markus Wagner [AfD]: Ja, ja!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Ich habe das Mikrofon von Herrn Keith jetzt ausgeschaltet, weil erstens die Zeit zu Ende war. Das war aber nicht der Grund, das hätte ich angesagt. Sondern, zweitens: Wenn jemand neben Herrn Keith sitzend die Tatsache, dass das Mikro offen ist, dazu nutzt, auch noch mitzureden, dann entspricht das nicht den Regeln hier.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Herr Kollege Keith hat erwidert. Dann sind wir jetzt in der normalen Redereihenfolge. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Wüst in Vertretung von Herrn Minister Holthoff-Pförtner.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müsste der Sachverhalt bekannt sein. Zweimal hat die rot-grüne Vorgängerregierung den Versuch gemacht, die 2013 ausgelaufene Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Südafrika zu erneuern. Leider sind beide Versuche nicht von Erfolg beschieden gewesen.

Partnerschaften sind nur dann tragfähig und erfolgreich, wenn sie auch von beiden Seiten gewollt sind. Es gehört am Ende zum Respekt gegenüber der anderen Seite, anzuerkennen, wenn der gewünschte Partner andere Wünsche hat und keine Vertiefung der Zusammenarbeit möchte.

Deswegen sieht die Landesregierung keinen Sinn darin, eine Strategie zur Zusammenarbeit mit einem Land zu erarbeiten, mit dem Nordrhein-Westfalen keine offizielle Partnerschaft pflegt. Unser Fokus ist auch nicht, Papiere zu schreiben, sondern praktisch da zu unterstützen, wo es uns ermöglicht wird.

Die Landesregierung sieht das Engagement der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft in diesem Bereich. Wir werden es weiter stärken, unabhängig

davon, ob dieses Engagement in Südafrika oder andernorts stattfindet. Das Auslandsprogramm ist noch einmal um 50.000 Euro aufgestockt worden, um das zu unterstützen. Es gibt das Promotorenprogramm, den Konkreten Friedensdienst, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. All das unterstützen wir gerne.

Auch sehen wir das Potenzial Südafrikas als wirtschaftlicher Partner. Das ist einer von mehreren Gründen, warum wir das Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsforum unterstützen, das Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen eine wichtige Plattform bietet. In Kürze bietet sich uns allen die Chance, das einmal persönlich zu verfolgen. Am 18. Februar findet das nächste Forum in Nordrhein-Westfalen, in Dortmund, statt.

Gerne greifen wir auch den Vorschlag der regierungstragenden Fraktionen auf, den Dialog zwischen der in Südafrika engagierten Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu Fragen der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit seitens der Landesregierung zu begleiten. So plant Staatssekretär Dr. Speich im Sommer eine Reise nach Südafrika. Dabei wird er sich auch gelungenen Kooperationen zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu Fragen der Nachhaltigkeit widmen.

Wir werden weiterhin daran arbeiten, die langjährige und erfolgreiche Kooperation mit Ghana im Sinne einer starken, verlässlichen und von beiden Seiten getragenen Partnerschaft weiterzuentwickeln. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kann ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 6 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Insgesamt haben wir drei Abstimmungen durchzuführen.

Erstens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/5379 – Neudruck. Der Ausschuss für Europa und Internationales empfiehlt in der Drucksache 17/8605, den eben debattierten Antrag abzulehnen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/5379 – Neudruck** – mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis abgelehnt.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, diesmal über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU

und FDP Drucksache 17/8573. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die beiden antragstellenden Fraktionen CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen kann es demzufolge keine geben. – Das ist auch so. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/8573** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Die dritte Abstimmung führen wir durch über den Entschließungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8652. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist die antragstellende Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Auch hier frage ich vorsorglich nach Stimmenthaltungen. – Die gibt es nicht. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/8652** der AfD mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ebenfalls **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunkts angelangt, und ich rufe auf:

7 Atomausstieg: NRW unterstützt ergebnisoffene Endlagersuche und setzt sich für mehr Transparenz und Partizipation bei der Zwischenlagerung ein!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8576

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Atomausstieg steht quasi vor der Tür. Ende 2022 ist spätestens Schluss, und die letzten Atomkraftwerke werden in Deutschland vom Netz genommen.

Aber wir alle wissen: Die Probleme der gefährlichen Atomkraft sind damit noch lange nicht beendet. Wir werden im Grunde genommen für die Ewigkeit mit den Hinterlassenschaften zu tun haben.

Deswegen war es auch eine gute Sache, dass sich vor einigen Jahren der Bundestag in einem breiten Bündnis zusammengetan und mit der Endlagersuche beschäftigt hat. Letztendlich hat er ein Endlager-suchgesetz verabschiedet. Das alles war ein schwieriger und langwieriger Prozess.

Das Ergebnis ist, dass der Suchprozess für ein deutsches Endlager demokratisch legitimiert, transparent und nachvollziehbar vollzogen werden kann. Das ist wirklich ein Durchbruch gewesen. Wir wissen jetzt, dass wir eigentlich im Jahr 2031 einen Standort für ein Endlager gefunden haben sollen, und ab 2050 soll die Einlagerung passieren. – So weit die Theorie.

Es ist aber klar – auch in dieser Endlagersuchkommission, die sich damit beschäftigt hat –, dass dieser Zeitplan wahrscheinlich nicht einzuhalten ist und sich alles noch weiter nach hinten verschieben wird. Eigentlich sollte in diesem Jahr der erste Schritt dieser Suche mit der Bekanntmachung der ungeeigneten Regionen vollzogen sein. Aber auch das wird sich voraussichtlich schon verzögern.

Aber selbst wenn der Zeitplan eingehalten wird – beziehen wir uns mal nur auf Nordrhein-Westfalen –: Unser Brennelementlager in Jülich ist aktuell ohne Genehmigung, und beim Zwischenlager in Ahaus läuft die Genehmigung im Jahr 2036 aus, also deutlich bevor ein Endlager gefunden wird.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 63 t hochradioaktiven Müll, der zwischengelagert wird. Und wir müssen insgesamt festhalten: Es gibt kein einziges deutsches Zwischenlager, das eine langfristige Genehmigung hat. Deswegen müssen wir nach Lösungen suchen.

Was aber nicht passieren darf, ist eine stillschweigende Verlängerung dieser Zwischenlager über die bisher genehmigten Zeiträume hinweg. Wir brauchen Transparenz und Beteiligung. Und nach Auslaufen der Genehmigungen darf es nicht einfach rechtsfreie Zustände geben, sondern jetzt muss dafür an Lösungen gearbeitet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt, es muss ganz neu geprüft werden, wo und wie das Ganze gelöst wird; denn verlängerte Zeiträume für die Zwischenlagerung bedeuten auch erhöhte Sicherheitsstandards – beispielsweise für die Materialien, aber auch zum Schutz vor terroristischen Anschlägen.

Da ist es dann, ehrlich gesagt, ein Unding, dass sich die ersten Länder – beispielsweise Bayern – aus dem Konsens der Bundesländer, diese ergebnisoffene Endlagersuche zu betreiben, herausgezogen haben.

Es wäre ein wichtiges und gutes Signal des Landtags, dies aus NRW heraus nicht zu tun, sondern weiterhin bei diesem Konsens zu bleiben. Und es ist auch wichtig, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, dass es von allen Bundesländern wieder ein Bekenntnis dazu gibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich komme zum zweiten Aspekt bei unserem Antrag, der uns wichtig ist. Auch wenn die Zeit bis Mitte der 30er-Jahre noch lang erscheint – dann laufen die ersten Genehmigungen aus –, ist klar, dass die Abläufe beim Thema „Atomenergie“ langwierig, kontrovers und nicht ganz einfach sind. Deshalb ist es umso wichtiger, bereits jetzt damit anzufangen, an Lösungen zu arbeiten. Wir brauchen jetzt den Anfang der

Erarbeitung eines Konzepts für die längerfristige Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen.

Es reicht nicht, wenn der Ministerpräsident sich als Atomkraftgegner bei Tihange und Doel einsetzt, sondern ist es wichtig, sich auch die Zwischenlager in Nordrhein-Westfalen anzusehen. Diese Landesregierung steht in der Verantwortung, jetzt für die Lösungen zu sorgen, die wir in 15 Jahren brauchen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich auf die Diskussionen hier im Plenum und dann auch im Ausschuss. Ich freue mich auf die Debatte. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Dr. Peill.

Dr. Patricia Peill* (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Frau Brems, ich möchte auf die beiden Forderungen in Ihrem Antrag eingehen.

Erstens fordern Sie ein klares Bekenntnis von allen Bundesländern zu dem Verfahren des Standortauswahlgesetzes und dem darin festgelegten Prinzip der weißen Landkarte und damit eine erneute Bundsratsinitiative. Ich sage Ihnen: Wir stehen hinter diesem gesellschaftlichen Konsens und den Ergebnissen, die wir gemeinsam 2017 auf Bundesebene erreichen konnten.

Ich darf Sie erinnern, dass es sich bei dem Standortauswahlgesetz um eine fraktionsübergreifende Initiative handelte. Dies gebietet uns unsere Verantwortung, da wir, wie Sie auch in dem Antrag erwähnen, nicht nur jahrzehntelang Kernenergie genutzt, sondern derzeit auch signifikante Mengen an radioaktivem Müll haben.

Zweitens fordern Sie ein langfristig tragbares Konzept für die Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle. Dies wollen ebenfalls alle erreichen. Die Bundesregierung hat das bereits alles auf der Agenda und berät über diesbezügliche Genehmigungsverfahren.

Deswegen frage ich mich: Was ist momentan eigentlich der unmittelbare Mehrwert dieses Antrags? Das erschließt sich mir nicht direkt. Denn in diesem schwierigen Prozess jetzt bei dem gesamtgesellschaftlichen Konsens dazwischenzugrätchen, könnte viele Dinge eröffnen und viele Dinge viel schwieriger machen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Deswegen ist dieses Geschäftsmodell, in Konsensprozesse einzugreifen – wir kennen das ja schon aus dem Rheinischen Revier –, keines, hinter dem wir stehen wollen und können.

Wie sieht also die aktuelle Lage aus? – Bei der Suche nach einem Atommüllendlager werden wir – wir dachten: noch in diesem Herbst – Teilgebiete bekannt geben, die günstige geologische Voraussetzungen für sichere Endlager erwarten lassen. Wir sind wirklich sehr gespannt, welche Regionen hier in Betracht kommen und welche übrig bleiben.

Wir, die NRW-Koalition, werden dieses Ergebnis natürlich respektieren und damit weiterarbeiten. Ich frage mich, ob auch Sie das tun werden.

Mögliche Verzögerungen bei der Endlagersuche und beim Endlagerausbau dürfen nicht dazu führen, dass Zwischenlager ohne Genehmigung bleiben, da bin ich ganz Ihrer Meinung. Fakt ist aber auch, dass Finnland mit einem ähnlichen Zeitplan ein sicheres und gesellschaftlich akzeptiertes Endlager gefunden hat. Das stimmt mich einerseits positiv, andererseits benötigen wir natürlich weitere Zwischenlagerkapazitäten. Ganz klar liegt ein Delta, wie auch Sie es gerade gesagt haben, zwischen Einlagerungs- und Auslagerungsgenehmigung. Aber auch darum kümmert sich die Bundesregierung bereits.

Auch wir in NRW müssen uns mit einer Zwischenlagerlösung auseinandersetzen, da der Standort Jülich ohne Genehmigung ist. Hierzu hat der Minister in der letzten Ausschusssitzung von drei bekannten Lösungen berichtet, die derzeit vom JEN verfolgt werden. Und es gibt noch eine vierte: Eine Genehmigungsverlängerung wurde ins Spiel gebracht. Es liegt wirklich im Interesse aller, dass der derzeit genehmigungslose Zustand in Jülich beendet wird.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] und Henning Rehbaum [CDU])

Die Entscheidungsgewalt liegt allerdings beim JEN und damit auf der Bundesebene.

Alle Zwischenlageroptionen müssen natürlich allen Sicherheitsansprüchen genügen – ganz klar –, aber das ist auch bereits jetzt schon der Fall.

Das Standortauswahlgesetz gibt uns ganz klare Konzepte und Verfahren bei der Endlagersuche vor. Das gilt, wie Sie wissen, sowohl für den vorgegebenen Beteiligungsprozess als auch für die wichtige notwendige Akzeptanz bei der Bevölkerung. Hierfür haben wir uns in dem Gesetz gemeinsam zu einem klaren, mehrstufigen Partizipationsprozess mit Fachkonferenzen bekannt, und dies sollte vor allem unter dem Primat der Wissenschaft gelten. Das sind nicht meine Worte, sondern die von dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann.

Sie sollten sich fragen, ob es momentan wirklich strategisch klug und sinnvoll ist, durch diesen Antrag einem gesamtgesellschaftlichen Konsens, an dem derzeit so viele mitarbeiten, Misstrauen entgegenzubringen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Letztendlich handelt es sich um eine herausfordernde Aufgabe, die wir alle sehr ernst nehmen und die uns sehr viel Verantwortung abverlangt.

Lassen Sie mich noch einmal kurz zusammenfassen: Das Standortauswahlgesetz ist klar definiert, der gesellschaftliche Konsens zur Endlagersuche auf der weißen Landkarte ist jetzt in ein Gesetz gegossen worden. Zur Erinnerung: Sie als Grüne haben dem im Bundestag zugestimmt, und der Gesetzesentwurf wurde sogar mit Ihnen zusammen eingebracht. Daher frage ich mich noch einmal: Warum jetzt dieser Antrag? Gibt es einen Dissens? – Nein. Gibt es schon öffentliche Verlautbarungen der Bundesgesellschaft für Endlagerung? – Nein. Deshalb rufe ich Sie auf, in diesen Prozess kein Misstrauen zu sähen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Bevor wir weitere Bundesratsinitiativen ergreifen, erwarten wir von Ihnen: Halten Sie sich bitte an diesen Konsens, sollten Teilgebiete aus dieser Kommission in NRW liegen.

Natürlich freuen wir uns auf die Anhörung. Wir stimmen der Überweisung selbstverständlich zu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Dr. Peill. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es ein wenig so wie Frau Peil ergangen, dass ich mich gefragt habe, was dieser Antrag in der aktuellen Debatte soll.

Im Kern formuliert er zwei Botschaften. Die erste Botschaft ist: Wir brauchen eine Bundesratsinitiative, um alle Länder wieder auf den gemeinsamen Konsens zu verpflichten und ergebnisoffen eine Endlagersuche durchzuführen. Frau Brems hat gerade in ihrer Rede von Bayern gesprochen. Ja, es ist zutreffend, dass die Bayerische Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag entsprechende Ausschlüsse festgelegt hat, allerdings ist das Handeln der Bayerischen Staatsregierung nicht in Gänze schlüssig.

Wenn Sie vielleicht die Veröffentlichungen in der „Süddeutschen“ vor zwei Tagen verfolgt haben, dann

konnten Sie dort zur Kenntnis nehmen, dass in Bayern gerade der Zwischenbericht für die Frage nach den Teilgebieten mit großer Sorge erwartet wird, weil – so die Erwartungshaltung – möglicherweise die aufgenommene Sonderregelung für Granit, der die Staatsregierung nicht widersprochen hat, dazu führt, dass in Bayern Gesteinsformationen für die Endlagersuche als geeignet angesehen werden, die bisher gar nicht zur Debatte standen. Die Aufregung in Bayern ist aktuell relativ groß.

Insofern, finde ich, macht es doch eher Sinn, den Zwischenbericht Teilgebiete abzuwarten, um sich dann noch einmal politisch damit auseinanderzusetzen, wie die Landesregierungen mit diesem Zwischenbericht umgehen. Das ist doch die Nagelprobe, die dann kommt: Hält man sich an das, was auf Bundesebene interfraktionell verabredet war, oder hält man sich nicht daran? Und diese Frage wird jedes Bundesland entsprechend für sich beantworten müssen, und das gilt auch für die Fraktionen dieses Landtags Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und Michael Hübner [SPD])

Das wird die Aufgabe sein, der wir uns stellen müssen.

Die zweite Forderung, die in dem Antrag aufkommt, ist, wir müssten uns jetzt um die Verlängerung der Genehmigung der Zwischenlager kümmern und gleichzeitig transparente, beteiligungsoffene Verfahren finden, wie man damit umgeht. Ich zitiere einmal aus Ihrem Antrag, Frau Brems:

„Eine Verlängerung der Genehmigung der Zwischenlager ohne eine solche Einbindung der betroffenen Bevölkerung und womöglich gegen den erklärten Willen der betroffenen Kommunen darf es nicht geben.“

Sie formulieren hier bereits Ausschlusskriterien, unter denen Verlängerungen von Betriebsgenehmigungen für Zwischenlager nicht genehmigt werden dürften. Sie haben gerade in Ihrer Rede über Ahaus gesprochen. Ich will deutlich machen, dass Sie in den Debatten, die wir zurzeit im Ausschuss über die Frage nach dem Umgang mit dem Zwischenlager Jülich führen, der Auffassung sind, dass eine Verlagerung der entsprechenden Brennelemente aus Jülich nach Ahaus nicht geboten ist. Sie vertreten die Priorisierung, nicht ergebnisoffen nach einem Ort zu suchen, sondern am Standort Jülich einen Neubau auf den Weg zu bringen. Das war eine Erkenntnis aus der Debatte.

Ich frage Sie, Frau Brems, ist das in Jülich partizipativ und unter Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern geschehen oder ist Ihre Forderung, die Sie hier vortragen, was mit den Zwischenlagern passieren soll, nur für Ahaus zutreffend? Letztlich ist das, was Sie

hier vortragen, weder stringent noch zum jetzigen Zeitpunkt wirklich klug.

Meine Empfehlung ist: Warten wir September 2020 und den Zwischenbericht Teilgebiete ab.

Lassen Sie uns doch dann wirklich mal diskutieren, wie die Bundesländer und wie wir hier gemeinsam mit dem Ergebnis umgehen. Das ist doch eine spannende Debatte für diesen Landtag. Darauf würde ich mich freuen.

Natürlich stimmen wir der Überweisungsempfehlung zu. Das ist völlig selbstverständlich. Ich hoffe aber, dass wir uns bei der Auswahl von Experten für das Expertengespräch einigen können und nicht nur Bürgerinitiativen aus den betroffenen Standortkommunen einladen, sondern es ein bisschen breiter aufstellen, um die Debatte sachgerecht führen zu können. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man konnte schon fast ein bisschen Sorge haben, dass Ihnen, der Grünenfraktion, Ihr Herz- und Magenthema etwas abhandengekommen ist.

Jetzt haben Sie das Thema noch mal auf die Agenda gesetzt. Ich kann der Kollegin Peill und dem Kollegen Bell nur zustimmen, dass der Zeitpunkt mit Sicherheit nicht der richtige und geeignete ist.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, natürlich ist es absolut wichtig, dass zusammen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie auch die Endlagersuche fortgesetzt wird und das, was gesetzlich festgestellt ist, entsprechend angegangen wird.

Ich mache deutlich, dass wir als Liberale klar zu dem Ausstiegsbeschluss stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie wenden sich mit diesem Antrag aus meiner Sicht schlichtweg an den falschen Adressaten; denn die Landesregierung ist nicht für die sichere Lagerung hochradioaktiver Abfälle zuständig. Vielmehr liegen die Kompetenzen dafür eindeutig beim Bund. Das hätte Ihnen beim Verfassen des Antrags eigentlich klar werden sollen.

Immerhin fassen Sie selbst das Standortauswahlgesetz so schön zusammen, das – es wurde schon gesagt – 2017 nicht nur durch die Bundesregierung,

sondern auch mit den Stimmen der Opposition novelliert wurde. Sprich: Ihre eigene Partei hat sich bei den Beratungen dazu eingebracht und dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Es ist dann schon verwunderlich, dass Ihr Vertrauen in Ihr eigenes Gesetz scheinbar so gering ist, dass Sie nun die nordrhein-westfälische Landesregierung um Unterstützung bitten müssen.

Dabei sind mit dem novellierten Standortauswahlgesetz doch die entscheidenden Weichen für eine transparente und ergebnisoffene Endlagersuche gestellt worden. Auch die Finanzierung – nicht gerade ein unerheblicher Aspekt, wenn man das nebenbei anmerken darf – ist dabei geklärt worden.

Ebenfalls ist im Gesetz festgesetzt, dass die Endlagersuche anhand wissenschaftlicher Kriterien verläuft und die Öffentlichkeit informiert und beteiligt wird. Aus meiner Sicht sind das ganz wesentliche Punkte: Es wird nicht politisch, sondern wissenschaftlich nach der optimalen Lösung gesucht wird – unter Beteiligung aller von dem Prozess Betroffenen.

Meine Damen und Herren, einen solchen Prozess fordern Sie selbst. Wie aber Ihrem Antrag entnommen werden kann, scheinen Sie die bestehenden rechtlichen Verhältnisse für die Endlagersuche aber als unzureichend einzustufen.

Kommen wir nun zu dem von Ihnen angesprochenen Thema „Zwischenlagerung“. Wir sind uns wohl alle einig, dass es keine Rechtsunsicherheiten bei der Zwischenlagerung von hochradioaktiven Stoffen geben darf und dass Sicherheit allgemein das oberste Gebot sein muss.

Somit sind ungenehmigte Lagerungen wie im Moment leider in Jülich aus unserer Sicht unhaltbar, und es bedarf einer Lösung, die sicher und schnell umgesetzt werden kann – vor allem muss sie sicher sein.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Lassen Sie mich das Beispiel „Jülich“ noch einmal näher ausführen. Aktuell werden drei Optionen zur Entfernung der Kernbrennstoffe diskutiert: erstens der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich, zweitens die Rückführung in die USA und drittens die Aufbewahrung im Transportbehälterlager in Ahaus.

Das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Innovation und Digitalisierung hat die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen – kurz JEN – damit beauftragt, die Optionen zu verfolgen. Auch die Entscheidung, welche Option letztendlich am geeignetsten ist, obliegt der Entsorgungsgesellschaft.

Auch wenn die JEN ihrem Auftrag nachkommt, kommt es aufgrund der ausstehenden Genehmigungen durch Bundesbehörden wie dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung doch zu zeitlichen Verzögerungen.

Sie sehen also auch hier, dass nicht das Land, sondern der Bund in die Pflicht zu nehmen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Ihre Handlungsforderungen laufen also absolut ins Leere; denn Sie wenden sich nicht nur an den falschen Adressaten, sondern Sie verkennen insgesamt die beschlossene Gesetzgebung.

Ich weiß nicht, ob es so zielführend ist, dass gemäß Ihrem Antrag das Land Nordrhein-Westfalen mit einer Bundesratsinitiative die anderen auffordern soll.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Dr. Peill hat es ausgeführt: Wie sollen wir die anderen dazu verpflichten? Man muss ja davon ausgehen – und da würde ich auch grün regierte Bundesländer nicht ausschließen –, dass die, die am Ende oben auf der Liste stehen oder am ehesten geeignet sind, diejenigen sein werden, die sich dagegen wehren werden. Deshalb weiß ich nicht, was diese Initiative bringen soll. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits seit dem Jahr 1977 wird nach möglichen Endlagern für die Brennelemente der Kernkraftwerke gesucht.

Zunächst war Gorleben im Gespräch, dann gab es Proteste, und anschließend folgten die ersten Arbeitskreise, um das Thema auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu heben.

Während die Arbeitskreise im Jahr 1999 noch so hießen, hat man inzwischen mit tollen Marketingstrategien herausgefunden, dass „Kommission“ viel schöner klingt – bei ganz vielen Sachen.

1999 gab es noch den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte. Nach 15 Jahren ging es weiter mit der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe. Danach kam die Kommission zur Finanzierung des Atomausstiegs. Ergebnis nach mehr als 40 Jahren: genau nichts. Man hatte sich nämlich inzwischen darauf verständigt, alles wieder auf null zu stellen und mit der Suche von vorne zu beginnen.

Dieses bundesdeutsche Thema kommt nun mit einem Antrag der Grünen in den Bundestag, nein, in den Landtag NRW, ein Thema, welches aus NRW gar nicht beeinflusst werden kann. Deshalb muss der

landesbezogene Inhalt auch mit der Lupe gesucht werden.

Im Ergebnis läuft es darauf hinaus, dass die Grünen aber das Thema noch lange spielen wollen. Wie sonst ist ihre Forderung Nummer zwei zu verstehen, bei der es darum geht, Lösungen für die langfristige Zwischenlagerung zu erarbeiten?

Eine langfristige Zwischenlagerung ist aber nicht das, was die Menschen wünschen. Die Menschen wünschen sich, dass die Bundesregierung endlich handelt, statt ständig die Themen auszuspitzen. Die Menschen wollen endlich Lösungen sehen, und hier denken allerdings diese vier Parteien immer nur in eine Richtung. Dabei beinhalten die Brennelemente noch 90 % Restenergie, und wer würde eine Batterie mit noch einer Kapazität von 90 % wirklich wegwerfen? Sie alle wollen das aber machen.

Dabei gibt es kluge Wissenschaftler, die hier bereits nach Lösungen suchen. So ist der russische Kernreaktor BN-800 – der läuft schon – beispielsweise in der Lage, die Energie von alten Atomsprengköpfen zu nutzen, um damit Strom zu produzieren. In geringen Mengen könnte durch den BN-800 sogar die Energie abgebrannter Brennelemente aus Deutschland genutzt werden.

Aber die Bundesregierung ist nicht einmal in der Lage, überhaupt Alternativen auch nur zu denken. Für sie ist die Endlagerung alternativlos. Da wird sogar die Ausfuhr von unbestrahlten Brennelementekugeln aus NRW blockiert. Die USA möchten die Brennelementekugeln aus dem Kugelhaufenreaktor, aus NRW nämlich, mitsamt ihrer Energie gerne haben. Doch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, kurz BAFA, bearbeitet die Ausfuhrgenehmigung einfach nicht. Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft hat sogar im September 2018 eine Untätigkeitsklage gegen das Amt erhoben.

Hier könnte die Landesregierung tatsächlich – Herr Pinkwart, Sie sind da aufgerufen – mal unterstützen, statt nur am Seitenrand zu stehen und zuzuschauen. Sollte der Export der Kugeln schließlich gelingen, so wäre natürlich auch die Endlagerung der Kugeln nicht mehr nötig – eine Lösung im Sinne der Bürger.

Diese Lösungen könnten sich auch finden, wenn man in Deutschland nicht die Erforschung neuerer Kernkraftwerke blockieren würde, von Kraftwerken, die in der Lage sein könnten, die Energie der Brennelemente zu nutzen und die Restmenge, die dann tatsächlich Müll wäre, deutlich zu reduzieren.

Zudem wäre die Halbwertszeit dieser Art von Restmüll dann um ein Vielfaches geringer, sodass eine Lagerung auch viel einfacher wäre.

Bei der Kernenergie steht Deutschland international und in der EU ohnehin isoliert da. Das EU-Parlament ist beispielsweise am 28. November letzten Jahres zu der Ansicht gekommen, dass die Kernenergie zur

Verwirklichung der Klimaschutzziele beitragen kann, da bei ihrer Erzeugung keine Treibhausgase emittiert werden und dabei auch ein erheblicher Teil der Stromerzeugung in der EU sichergestellt werden kann. So die EU. Für die EU ist die Kernenergie damit ein Teil der Lösung.

Die anderen Parteien sind leider nicht an Lösungen interessiert, und wer hier an Lösungen interessiert ist, kommt an der AfD nicht vorbei. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch die Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes haben sich Bundestag und Bundesrat in parteiübergreifendem Konsens dazu verpflichtet, in der Bundesrepublik Deutschland eine ergebnisoffene und transparente Endlagersuche für die insbesondere hochradioaktiven Abfälle durchzuführen.

Das Land Nordrhein-Westfalen steht vorbehaltlos zu diesem Konsens und trägt seine Verantwortung im Rahmen der nuklearen Entsorgung.

Da das Standortauswahlgesetz für die gesamte Bundesrepublik gilt und somit auch die bestehenden rechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit der ergebnisoffenen Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle für alle Gültigkeit haben – darunter fallen auch die partizipativen Prozesse –, bedarf es aus Sicht der Landesregierung nicht einer erneuten Entschließung des Bundesrates im Hinblick auf das im Antrag geforderte Bekenntnis zur ergebnisoffenen Endlagersuche.

Ein weiteres Ergebnis der sogenannten Endlagerkommission, in der wir, wie Sie wissen, seinerzeit durch meinen Amtsvorgänger Garrelt Duin vertreten waren, war neben dem Standortauswahlgesetz unter anderem die Neuorganisation der Zuständigkeiten in der nuklearen Entsorgung.

Es ist eindeutig geregelt, dass der Bund für die Zwischen- und Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zuständig ist. Die entsprechenden atomrechtlichen Genehmigungen sind von Bundesbehörden zu erteilen. Dies betrifft sowohl die Genehmigung für ein noch zu findendes Endlager für die hochradioaktiven Abfälle als auch die ab Mitte der 2030er-Jahre anstehenden Verlängerungen der Zwischenlagereignisoffenen Genehmigungen. Bei den Zwischenlagereignisoffenen Genehmigungen ist im Übrigen sogar noch der Bundestag zu beteiligen.

Es ist somit zuerst Aufgabe des Bundes, sich mit der längerfristigen Lagerung hochradioaktiver Abfälle zu

befassen und entsprechende Konzepte zu entwerfen.

Die Bundesländer sind dabei selbstverständlich im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung und entsprechender Bund-Länder-Gremien eingebunden.

Erste Schritte sind im Übrigen seitens des Bundes bereits eingeleitet worden. So hat beispielsweise ein Beratungsgremium des Bundesumweltministeriums die sogenannte Entsorgungskommission für Anfang Mai zu einer Fachsitzung über Fragen rund um die bevorstehenden Verlängerungen der Genehmigungen von Zwischenlagern eingeladen.

Die ebenfalls im Antrag angesprochene Sicherheit der Zwischenlagerung unterliegt einem kontinuierlichen Überprüfungsprozess nach Stand von Wissenschaft und Technik. Auch an diesem Prozess sind die zuständigen staatlichen Stellen von Bund und Ländern beteiligt.

Somit, meine sehr verehrten Damen und Herren, besteht aus Sicht der Landesregierung auch hier kein aktueller Handlungsbedarf. Alles ist von Bundestag und Bundesrat auf guten Weg gebracht. Es gilt jetzt, das verantwortungsvoll wie immer umzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 7.

Wir kommen zur Abstimmung. Wie Sie in der Debatte mehrfach gehört haben, empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8576 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** in der Federführung, und der **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz** bekommt die Mitberatung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

8 Alkoholismus – wenn Prävention zu spät kommt.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8586

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der AfD hat Herr Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der liebe Alkohol, oder wie Matt Groening Homer Simpson amüsant sagen ließ: Die Ursache und die Lösung aller Probleme.

Wahrscheinlich wurde der Alkohol von den Menschen schon mit der Sesshaftigkeit seit der Mittelsteinzeit um 10.000 vor Christus zufällig entdeckt. In ägyptischen Quellen des dritten Jahrtausends vor Christus finden sich dann die ersten eindeutigen Belege, dass Wein gekeltert und Bier gebraut wurde.

Alkoholische Getränke haben also seit jeher eine kulturelle, in Teilen sogar religiöse Bedeutung für die Menschen. Im ersten Buch Mose des Alten Testaments heißt es, dass Noah nach der Sintflut als erstes einen Weinberg anlegte. Auch römische Schriftsteller wie Lucius Seneca dokumentierten Besäufnisse und setzten sich mit dem Alkoholgenuss ihrer Landsleute kritisch auseinander. Für Seneca war die Trunkenheit nichts anderes als ein freiwilliger Wahnsinn. Er charakterisierte den betrunkenen Zustand als Krankheit, die auftritt, wenn die übergroße Kraft des Weines von der Seele Besitz ergriffen habe.

Daran hat sich im Prinzip bis heute nicht viel geändert, möchte man sagen. Alkohol bleibt Teil unserer Kultur. Er ist bei vielen Gelegenheiten einfach nicht wegzudenken. Gleichzeitig ist die Alkoholkrankheit weltweit das sozialmedizinische Problem Nummer eins.

Die Zahlen für die Gegenwart in Deutschland verdeutlichen, über welche Dimensionen wir dort sprechen. 96,4 % der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 64 Jahren trinken zumindest gelegentlich Alkohol. 79 % der Deutschen haben innerhalb der letzten 30 Tage Alkohol getrunken. Ein Viertel der 18- bis 59-Jährigen gibt an, im letzten Monat bei mindestens einer Trinkgelegenheit fünf oder mehr Gläser Alkohol konsumiert zu haben. Rund 9,5 Millionen Deutsche trinken laut aktuellen Statistiken so viel Alkohol, dass sie ihre Gesundheit damit gefährden. Und immerhin 4 Millionen behandlungsbedürftige Alkoholranke gibt es aktuell in der Republik.

Was aber bedeutet das? – Nicht nur die Leber, nahezu jedes Organ kann durch Alkoholkonsum dauerhaft beeinträchtigt werden. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 20 % aller Krebsentitäten ohne Alkoholkonsum vermeidbar wären. Die Lebenserwartung von Alkoholkranken ist um 10 bis 15 Jahre reduziert. So kommen Schätzungen für Deutschland jährlich auf etwa 74.000 Todesfälle, die mit riskantem Alkoholkonsum assoziiert sind.

Die direkten und indirekten Kosten alkoholbedingter Krankheit werden pro Jahr auf 40 Milliarden Euro für die Republik geschätzt. Die Alkoholkrankheit ist also nicht nur eine individuelle Tragödie, sondern führt auch zu einem immensen volkswirtschaftlichen Schaden. Es wird klar, warum wir als Gesellschaft

nicht darüber hinwegsehen können, sondern dringend mehr unternehmen müssen.

Dabei ist ein Verbot von Alkohol abwegig. Versuche wie der in der Prohibition waren immer zum Scheitern verurteilt. Zu sehr ist Alkohol – ich führte es aus – als Droge irgendwie mit unserem Leben verbunden.

Ebenso bleibt festzuhalten, dass die vielen und guten Präventionsangebote und Öffentlichkeitskampagnen in den letzten Jahren zu einem Rückgang im Konsum von Alkohol bei Jugendlichen geführt haben.

Dennoch bleibt die Zahl der schwer alkoholkranken Menschen auf einem extrem hohen Niveau. Einige Studien gehen sogar davon aus, dass wir bei einer Abnahme der insgesamt konsumierten Alkoholmenge eine Zunahme von schwerkranken Alkoholikern haben. Insbesondere in der Suchttherapie, in der Entwöhnung, in der Entgiftung, in der Sozialmedizin, im Milieu bleibt, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, eine gewaltige Baustelle, mit der wir uns bislang nicht zufriedengeben können.

Aktuell ist es so, dass ein Alkoholkranker, wenn er sich dazu durchgerungen hat, sich in Behandlung zu begeben, oftmals auf lange Wartelisten stößt und er sich täglich in der Klinik melden muss, um weiter auf dieser Liste stehen zu bleiben. Manchmal kann es Wochen dauern, bis der Abhängige endlich zu einem Therapieplatz kommt. Bis dahin ist bei vielen der Wille durch die Not vielleicht schon wieder gebrochen.

Zudem zeigt sich heute noch immer die Beantragung bei verschiedenen Trägern als bürokratisch und kompliziert. Jemandem in so einer schweren Lebenslage wird die Umsetzung seines Ausstiegswillens hier unnötig verkompliziert.

Es wird Zeit, dass wir die vielen und guten Angebote, die es schon gibt, besser vernetzen, Bürokratie abbauen und diesen alten Fluch der Sucht entschieden wie nie bekämpfen, damit wir uns in der Karnevalszeit selbst wieder mit gutem Gewissen ein kühles Bier gönnen dürfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schmitz.

Marco Schmitz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alkoholismus ist in der Tat seit 1968 eine anerkannte Krankheit. Das ist auch gut so. Damals hat die Weltgesundheitsorganisation entschieden, dass er ab diesem Zeitpunkt entsprechend behandelt werden kann.

Kurz zu NRW: Wir haben rund 2 Millionen Menschen mit einem Alkoholproblem, und 400.000 Menschen

gelten als alkoholabhängig. Gerade Jugendliche sind am meisten gefährdet. Rund jeder zehnte Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren trinkt einmal in der Woche, 3,3 % der Jugendlichen trinken mehr Alkohol, als die Grenzwertempfehlung für Erwachsene besagt. Jeder siebte Jugendliche in dieser Altersklasse trinkt sich in 30 Tagen einmal einen Rausch an, also ein sogenanntes Rauschtrinken.

Wir sehen also, es ist ein Problem in Nordrhein-Westfalen. Prävention muss daher durchgeführt und angeboten werden. Aber es gibt bereits gute Angebote. Für jüngere Abhängige ist es die ginko Stiftung, die auch den ALK-Parcours anbietet. Für die älteren Abhängigen ist es „Stark bleiben“. Darüber hinaus kennen wir die Präventionsangebote von „Sucht hat immer eine Geschichte“.

Wir stimmen natürlich der Überweisung in den Ausschuss zu. Wir freuen uns auf die Diskussion. Alles Weitere werden wir da vor Ort klären. – Danke sehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Lück.

Angela Lück (SPD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das im Juli 2015 vom Bund verabschiedete Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention rückt erst mal die Prävention in den Lebenswelten wie Kita, Schule, Kommunen, Betriebe und Pflegeeinrichtungen in den Vordergrund. Das gilt auch für die Suchtvorbeugung.

Moderne Prävention findet heute auf lokaler Ebene statt. Neben der sogenannten Verhaltensprävention kann man natürlich auch direkt politisch steuern und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dahin gehend verändern, dass sie einen risikoarmen Alkoholkonsum erleichtern. Viele Experten fordern beispielsweise höhere Steuern auf Alkohol oder Werbebeschränkungen für Alkohol.

Klar ist: Die moderne Präventionsarbeit unterscheidet sich sehr von derjenigen, die man noch in den 90er-Jahren mit erhobenem Zeigefinger gemacht hat.

Der Alkoholkonsum in Deutschland ist seit Jahren insgesamt rückläufig. Das beschreiben sowohl der Drogen- und Suchtbericht der Drogenbeauftragten als auch der Alkoholatlas Deutschland.

Auch der regelmäßige Alkoholkonsum bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist laut Drogenaffinitätsstudie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Zeitraum von 2001 bis 2015 deutlich rückläufig. Diese Zahlen belegen die Wirksamkeit moderner Suchtvorbeugung.

Hinzu kommt, dass die Landesstelle Sucht NRW sowie die Landschaftsverbände in NRW hervorragende Arbeit in der Koordination der Suchthilfe leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Sie kümmern sich um die Vernetzung, Weiterentwicklung und Steuerung der Angebote in den Kommunen. Sie führen zielgruppenspezifische Präventionsprogramme durch und vernetzen die Akteure der Suchthilfe.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist natürlich nicht alles rosig. Obwohl der Konsum in Deutschland sinkt, trinkt immer noch etwa ein Sechstel der Erwachsenen riskante Mengen an Alkohol. Trotz des insgesamt rückläufigen Alkoholkonsums in der Allgemeinbevölkerung zählt Deutschland zu den Hochkonsumländern.

Wir alle wissen: Die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden des Alkoholkonsums sind immens. Wir als Politiker sind gefordert, das im Auge zu behalten.

Die im Antrag geforderten Maßnahmen sind jedoch redundant und teilweise völlig unverständlich. Ein Beispiel: Wen oder was wollen Sie eigentlich in einem zentralen Register erfassen?

Wir haben seit 2011 die Landesstelle Sucht NRW, die eine hervorragende Arbeit leistet.

Der Antrag ist vage gehalten, nicht fundiert und kommt als publikumswirksamer Schnellschuss daher. Trotzdem stimmen wir der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Matheisen das Wort.

Rainer Matheisen* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, das Sie im Antrag aufgreifen, ist wichtig. Nichtsdestotrotz sind die Lösungen, die Sie vorschlagen, für uns als Land entweder nicht machbar – das betrifft insbesondere die Themen, die Sie eben im Zusammenhang mit den Trägern angesprochen haben –, oder, wie auch schon von Vorrednern genannt, es gibt sie schon. Eine Landeszentralstelle haben wir bereits.

Trotzdem können wir im Ausschuss darüber diskutieren. Wir werden einer Ausschussüberweisung daher zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Als nächster Redner hat

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich der Einschätzung anschließen, möchte allerdings die Analyse der Kollegen Lück um einen Punkt ergänzen.

Auffällig und interessant ist ja – das müsste gerade die AfD interessieren –, dass der Alkoholkonsum insbesondere bei jugendlichen türkischstämmigen Menschen und jugendlichen Menschen aus dem asiatischen Raum am niedrigsten ist.

Wenn man sich mit den Forderungen des Antrags auseinandersetzt – dazu hat der Kollege schon das Notwendige gesagt –, stellt man fest, dass diese vage und unklar sind. Was soll beispielsweise das zentrale Register sein? Was soll dort hineingeschrieben werden? Auch trägerübergreifende Strukturen haben wir schon.

Wir haben allerdings an einer Stelle ein Problem, und damit müsste man sich möglicherweise auseinandersetzen: Das betrifft den Öffentlichen Gesundheitsdienst und hier die Frage, inwieweit Präventionsstrukturen insgesamt gestärkt werden können.

Diesen Punkt müsste man gesetzlich regeln und gleichzeitig sagen, wie man es letztlich finanziert. Es geht um die Frage, inwieweit man als Kommune nicht nur für alkoholranke Menschen, sondern auch für psychisch kranke Menschen koordinierend tätig wird oder Präventionsarbeit macht.

Diese Frage, ob wir es ins Gesetz hineinschreiben, hat sich schon beim Attentat in Münster, wo sehr gute Arbeit geleistet wurde, gestellt. Davon lese ich hier aber nichts. Sie nehmen nicht Bezug darauf. Das wäre aber durchaus eine spannende Debatte.

Insofern wären mir drei Punkte, die Frau Kollegin Lück angesprochen hat, wichtig gewesen: die Werbung für Alkoholprodukte einzuschränken oder das Sponsoring für Alkoholprodukte im Jugendfußball oder im Sportbereich insgesamt abzulehnen. Ebenso könnte eine höhere Besteuerung von Alkoholprodukten sinnvoll sein.

Letztlich führt der Antrag leider nicht weiter, und er ist nicht einmal publikumswirksam. Das ist schade, denn man hätte sich sachlich etwas intensiver damit auseinandersetzen können, um einen vernünftigen Forderungskatalog aufzustellen.

Wir stimmen der Überweisung des Antrages zu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Als nächster

Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte sehr.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, sowohl der Antrag als auch die Debatte haben deutlich gemacht, dass für den Landtag Nordrhein-Westfalen, aber auch für die Landesregierung völlig klar ist, dass es sich bei Alkoholabhängigkeit um eine ernst zu nehmende Erkrankung handelt.

Wie ist die Situation hier in Nordrhein-Westfalen? – Während wir hier debattieren, gibt es rund 325.000 Menschen, die diese Krankheit haben. Das ist kein Pappenstiel.

Wir verzeichnen zwar einen Rückgang des Alkoholkonsums – das ist Gott sei Dank so –, aber müssen ganz ehrlich zugeben, dass wir keinen Rückgang an Erkrankungen verzeichnen.

Allerdings kann man es auch so ausdrücken: Wir verzeichnen Gott sei Dank auch keine Zunahme an Erkrankungen, sondern wir bewegen uns auf einem gleichbleibenden Niveau. Deshalb ist in einer solchen Situation – das ist bei Sucht immer so – Prävention ein ganz wichtiger Punkt.

Wir haben viele gute Stellen, die sich darum kümmern und die das fachlich koordinieren; das ist hier schon gesagt worden. Man gibt sich sehr viel Mühe, auch mit Agenturen Präventionskampagnen so zu machen, dass sie auch bei den Menschen ankommen. Hier gilt der alte Spruch: Der Wurm muss nicht dem Angler schmecken, sondern dem Fisch.

Trotzdem stehen wir bei jeder Kampagne, die wir im Gesundheitsbereich fahren, vor der grundsätzlichen Frage: Wie kommen wir an die Bevölkerungsschichten heran, die mit diesem Problem zu tun haben? Denn oft kommunizieren sie über andere Medien als der Großteil der Bevölkerung. Dann nutzt mir der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht viel, wenn er von unserer Zielgruppe nicht gehört wird. Dann nutzen mir die normalen Printmedien nichts, wenn sie nicht gelesen werden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Plakate!)

Insofern stehen wir vor der Frage: Wie müssen wir Präventionskampagnen gestalten, um an diese Gruppe heranzukommen und ihnen zu verdeutlichen, dass sie in eine gefährliche Situation hineinschlingern?

Dabei kann man eigentlich immer nur besser werden. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir in dieser Hinsicht zurzeit nicht schlecht aufgestellt sind, aber man kann immer besser werden, was diese Frage angeht.

Wenn wir im Ausschuss über diesen Antrag sprechen, sollten wir meiner Meinung nach auch einmal

verstärkt über die Frage nachdenken: Wie können wir in Sachen Prävention besser werden? Ein Angebot insbesondere für junge Leute, aber nicht ausschließlich für junge Leute, ist besonders wichtig.

Des Weiteren möchte ich etwas zur Struktur sagen, die in diesem Land schon ganz vernünftig ist. Das Verrückte bei Alkohol ist, dass viele Menschen nicht oder erst sehr spät begreifen, dass sie ein Suchtproblem haben.

Herr Dr. Vincentz, Sie als Hausarzt wissen, dass diese Menschen zunächst bei den Hausärzten aufgeschlagen. Hausärzte kennen in der Region auch das Beratungssystem.

In Nordrhein-Westfalen gibt es 280 Beratungsstellen, die in kommunaler Trägerschaft sowie mit Unterstützung des Landes – schließlich geht das Geld an die Kommunen – in diesem Bereich tätig sind. Das ist schon ein sehr enges Netz.

Ich finde es richtig, dass die Menschen zu diesen Beratungsstellen gehen können und, sofern sie wollen, auch anonym beraten werden, damit die Hemmschwelle in einer solchen Beratungsstelle möglichst gering ist.

Man sollte mit Erfassungen immer ganz vorsichtig sein, weil man damit die Hemmschwelle anhebt, überhaupt in eine Beratung zu gehen, die diesen Menschen einen Weg aufzeigt und ihnen hilft.

Natürlich bedarf es auch entsprechender stationärer Angebote sowohl für die Entgiftung in unseren Krankenhäusern als auch für die langfristige Rehabilitation. Das liegt im Übrigen in der Regel in der Kostenträgerschaft der Deutschen Rentenversicherung. Hier sind wir strukturell ebenfalls gut aufgestellt.

Es ist gesagt worden, zwischen der Entgiftung und der langen Rehabilitation sei der Anschluss nicht gut. Ich kann Ihnen bestätigen, dass 94 % der Menschen, die aus einer Entgiftung kommen, ganz schnell einen Anschluss an eine mehrwöchige Rehabilitation bekommen.

Diese Zahl macht deutlich, dass bei den Rehabilitationsträgern in dieser Frage eine derart hohe Sensibilität vorhanden ist, dass sie zwischen Entgiftung, langfristiger Reha und Entwöhnung nicht so viel Zeit verstreichen lassen. In Fällen, in denen das nicht möglich ist, sind wir in der Übergangszeit auf ambulante Angebote angewiesen.

Somit ist, wie ich finde, bereits viel geschaffen worden. Es gibt klare Kostenträgerstrukturen in diesem Bereich. Dennoch muss man ganz offen zugeben, dass es sich um ein real existierendes Problem in unserer Gesellschaft handelt, das damit ein Bestandteil der Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen bleibt und an dem wir dranbleiben müssen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind und zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt, den **Antrag Drucksache 17/8586** in den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zu **überweisen**. Dort soll dann in öffentlicher Sitzung die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen. Findet das die Zustimmung des Hohen Hauses? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich einstimmige Zustimmung zu dieser Überweisung fest.

Wir kommen damit zu:

9 Kosten und Nutzen von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen

Große Anfrage 9
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3753

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/4634

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst hat für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Loose das Wort. Bitte sehr.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die deutsche Energiewende ist gescheitert, und dafür gibt es gute Gründe.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Der Bau von Windindustrieanlagen und PV-Anlagen funktioniert nur, solange Subventionen fließen. Die EEG-Betreiber und -Produzenten brauchen das Geld wie ein Süchtiger seine Drogen.

Doch Drogen berauschen die Menschen und lassen manchmal Märchenwelten entstehen, Märchen davon, dass der Wind keine Rechnung schickt und Windindustrieanlagen die Stromversorgung sichern können. Doch das Ergebnis unserer Großen Anfrage belegt das Gegenteil.

Alle Windindustrieanlagen in NRW haben eine installierte Leistung von lediglich knapp 5 GW, also rein rechnerisch so viel wie fünf Großkraftwerke.

Doch diese Windindustrieanlagen sind nicht in der Lage, nur ein einziges dieser Großkraftwerke wirklich zu ersetzen, denn nicht die installierte Leistung ist

entscheidend, sondern die tatsächlich erzeugte Leistung, und hier erkennt man, dass die tatsächlich erzeugte Leistung im Durchschnitt bei nur 21 % lag.

Das heißt, im Schnitt standen die Windindustrieanlagen an vier von fünf Tagen still, und nur an einem Tag brachten sie die volle Leistung. Das bedeutet, am Montag kann Ihr Unternehmen produzieren, und von Dienstag bis Freitag schicken Sie Ihre Mitarbeiter nach Hause, denn es ist kein Strom da.

Meine Damen und Herren, der Normalzustand von Windindustrieanlagen ist der Stillstand. Bezahlt wird das alles von den fleißigen Bürgern in Deutschland, die uns am Laufen halten – der Verkäuferin bei REWE, dem Mitarbeiter bei Ford, der Altenpflegekraft –, damit sich Leute wie der Gründer von Enercon, Aloys Wobben, dumm und dämlich verdienen können.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Oh, oh, oh!)

Dieser Mann ist inzwischen Multimilliardär.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ach was!)

Aber nicht nur hohe Kosten sind ein Problem; es besteht zudem ein enormes Risiko, wenn der Wind nicht weht. Beispielsweise konnten alle Windindustrieanlagen in Deutschland am 24. Januar 2017 nicht einmal 1 GW an Stromleistung erzeugen, obwohl die installierte Leistung aller Windindustrieanlagen in Deutschland zu diesem Zeitpunkt bei 50 GW lag. 50 GW waren installiert, und nicht einmal 1 GW Leistung wurde erbracht.

Das bedeutet, dass die ganze Zeit Back-up-Kraftwerke vorgehalten werden müssen, die dann hochgefahren werden, wenn der Wind nicht weht. Den Rest des Jahres stehen diese Kraftwerke – egal ob Kohle- oder Gaskraftwerke – im Stand-by-Modus. Das heißt, die Betriebsmannschaft muss ständig verfügbar sein, egal ob das Kraftwerk läuft oder nicht.

Dieser Stand-by-Modus kostet wieder – natürlich nicht den Windkraftbetreiber, denn der erhält über einen Zeitraum von 20 Jahren eine garantierte Einspeisevergütung. Bezahlt wird das wieder von den Fleißigen in Deutschland.

Auch Natur und Menschen leiden unter den Windkraftanlagen. Neue, getriebelose Windindustrieanlagen benötigen Neodym, das hauptsächlich in China unter schlimmsten Bedingungen gewonnen wird. Dort gelangen beim Abbau Giftstoffe in das Grundwasser, und in den Minen sterben regelmäßig Menschen. Ein BBC-Reporter, der eine solche Mine besichtigt hatte, sprach von der „Hölle auf Erden“.

Die Windindustrieanlagen töten aber auch Hunderttausende von Flugtieren,

(Zuruf: Genau!)

darunter Greifvögel wie den Rotmilan und bedrohte Fledermäuse.

Die Menschen sind durch Infraschall, Schattenwurf und Blinklichter betroffen. Kopfschmerzen und Schwindelgefühl sind nur einige der Folgen.

Niemand kann sicher voraussagen, was mit dem Müll der Windräder passiert, wenn diese aus der Förderung fallen und nicht mehr wirtschaftlich sind.

Was passiert mit den Rotorblättern, die aus Glasfaserkunststoffen bestehen? – Inzwischen ist bekannt, dass diese Fasern lungengängig sein können – ähnlich wie Asbest. Hier besteht ein enormes Abfallproblem.

Was passiert mit dem Fundament? – Das sind Tausende Tonnen von Beton, die aus der Erde geholt werden müssen. Die Landesregierung spricht von 2.000 t pro Windrad – so viel wie 2.000 Kleinwagen. Verbleibt der Beton in der Erde, wird die Fläche dauerhaft versiegelt, Wasserwege werden abgesperrt, es entstehen Hitzeinseln, wie wir das aus den Städten kennen.

Doch die Landesregierung weiß noch nicht mal, wie teuer der Rückbau der Betonflächen ist. Dazu gibt es keine Aussage. Was passiert, wenn der Betreiber pleitegeht? Wer zahlt dann für den Rückbau? – Vermutlich wieder einmal der Steuerzahler, das heißt die Fleißigen in Deutschland.

(Zuruf)

Obwohl bereits zahlreiche Windräder brannten, fordert die Landesregierung weder ein Störfallregister noch überhaupt eine TÜV-Pflicht für Windindustrieanlagen. Der Bürger, der in der Nähe wohnt, wird im Stich gelassen.

Wir stehen aber an der Seite der Bürger, die sich eine sichere Energieversorgung wünschen – ohne Windindustrieanlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Dr. Untrieser das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf meine Rede mit einem Dank an den Minister und vor allem auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses beginnen, die diese Anfrage beantwortet haben. Ich glaube, das ist eine gute Grundlage, um einmal mehr über dieses Thema zu reden.

Als zweiten Punkt möchte ich gegenüber Herrn Loose meine Verwunderung darüber ausdrücken, warum wir diese Anfrage zu diesem Zeitpunkt behandeln, denn Sie haben schon im Dezember 2018 eine

Antwort aus dem Ministerium auf Ihre Große Anfrage bekommen.

Ich frage mich, warum wir 14 Monate später über dieses Thema reden. Mir kommt das ein bisschen so vor, als hätten Sie auf einen guten Zeitpunkt gewartet, an dem es passt und an dem Sie es reinspielen können.

Dieser Zeitpunkt, dieser Anlass kam anscheinend nie. Jetzt, wo die Anfrage schon älter als ein Jahr ist, bringen Sie es noch mal, weil es sonst überhaupt keinen Sinn mehr gehabt hätte.

In Ihrer Rede steht ein Versatzstück nach dem anderen. Es sind die ganz alten Argumente, die eigentlich keine Argumente und schon längst abgeräumt worden sind. Ich werde wahrscheinlich gar nicht genug Redezeit haben, um das alles auszuschöpfen, aber ich fange mal mit ein paar Themen an.

Zum Thema „Versorgungssicherheit“: Sie sagen wieder, mit Windkraft und Erneuerbaren generell können wir keine Versorgungssicherheit gewährleisten.

Das ist völlig bekannt, es ist uns allen bekannt, dass Wind nicht zu jeder Zeit weht und dass eine Windkraftanlage deswegen nur eine bestimmte Zeit des Tages oder des Jahres – wie Sie wollen – Strom produziert. Aber es ist doch nicht der Kern des Problems, dass wir deswegen keine sichere Stromversorgung gewährleisten können.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Doch, das ist das Problem!)

42 % des Stroms in Deutschland kommen mittlerweile aus erneuerbaren Energien.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die Stromversorgung ist genauso sicher wie vor 10 oder vor 20 Jahren. Hier haben wir ganz gute Erfolge gehabt.

(Beifall – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir werden es auch weiterhin schaffen. Das Ziel ist ja, im Jahr 2030 auf 65 % zu kommen; auch da bin ich mir sicher.

Wir haben die Versorgungssicherheit immer im Blick. Wir werden es mit einem System, das immer mehr auf erneuerbaren Energien basiert, schaffen, die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

Im Übrigen machen das nicht nur die Deutschen, sondern alle möglichen Länder in Europa und in der Welt setzen immer mehr auf erneuerbare Energien und haben auch die Versorgungssicherheit im Blick, weil die Industrie diese sichere Stromversorgung haben muss.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Untrieser, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Dr. Blex.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ja.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Dr. Untrieser, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben behauptet, die Versorgungslage wäre genauso sicher wie vor zehn Jahren. Sie wissen,

(Dietmar Bell [SPD]: Frage!)

dass über die Netzentgelte die Versorgungssicherheit bezahlt und finanziert wird.

(Dietmar Bell [SPD]: Frage!)

Jetzt zur Frage: Wieso explodieren denn gerade die Netzentgeltkosten? Woran liegt denn das, wenn sich doch nichts ändert und alles genauso ist wie früher? Wieso muss der Bürger mittlerweile fast schon genauso viel für die Netzentgelte zahlen wie für die EEG-Direktsubventionen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, dass Sie auch den Weg zur Frage gefunden haben. – Herr Dr. Untrieser, Sie haben das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Blex, ich habe die Frage nicht verstanden, weil Sie jetzt wieder zwei Dinge total durcheinandergeworfen haben, zwei Dinge, die wir natürlich besprechen.

Das eine ist die Höhe der Kosten für die Netzentgelte, aber es ging doch um Versorgungssicherheit. Damit hat die Höhe der Netzentgelte nichts zu tun.

Versorgungssicherheit wird von der Bundesnetzagentur in Deutschland kontrolliert. Da gibt es den SAIDI-Wert, der bemisst, wie viele Unterbrechungen wir im Netz haben. Nach diesem Wert ist die Aussage richtig, dass die Stromversorgung in Deutschland genauso sicher oder zum Teil sogar sicherer ist als vor 5, 10 oder 15 Jahren. Deswegen ist die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet.

Herr Loose, Sie haben auch gesagt, dass die Kosten viel zu hoch sind. Herr Loose, die CDU hat auch immer gesagt: Wir brauchen ein wettbewerbsfähigeres Fördersystem bei erneuerbaren Energien. Das haben wir mit den Ausschreibungsverfahren jetzt eingespielt. Die Kosten sind für Anlagen aus erneuerbaren Energien gesunken.

Natürlich zahlen wir auch noch eine ganze Menge an EEG-Umlage, aber auch das ist ja eine notwendige Investition, um unsere Gesellschaft, unsere Energieversorgung umzubauen.

Ich glaube, das ist auch eine ökonomisch langfristig sinnvolle Investition, denn wenn Sie das nicht so sehen, müssen Sie ja davon ausgehen, dass wir andere Energieträger – das heißt Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke – länger aufrechterhalten.

Dass das ganz ohne Kosten vonstattengehen wird, wird keiner vertreten, der sich mit der ganzen Thematik auskennt.

Ich habe jetzt wieder das Argument gehört, Vögel werden

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– den Begriff haben Sie jetzt nicht genutzt – in Mitleidenschaft gezogen. Selbstverständlich ist es so, dass an einer Windkraftanlage ab und zu ein Vogel zu Schaden kommt. Das ist völlig klar. Aber wenn Sie immer mit dieser Vehemenz sagen, deswegen dürfe man keine Windkraftanlage mehr errichten, dann dürften Sie kein einziges Gebäude, keine Brücke, kein Hochhaus errichten. Sie dürften kein einziges Fenster haben,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

weil nachweislich die meisten Vögel – leider – vor Fensterscheiben, vor Glasflächen fliegen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist entscheidend!)

Da müssen Sie mal konsequent sein. Ein kleines Argument bringen Sie wieder in einen großen Zusammenhang, und das hat damit überhaupt nichts zu tun.

Meine Damen und Herren, wir wollen aus der Atomkraft und danach aus der Kohle aussteigen. Deswegen ist Windenergie ein ganz wichtiges Standbein bei der Energiewende. Wir werden deswegen in Nordrhein-Westfalen nicht nur Windkraft, sondern vor allem auch Photovoltaik, Geothermie und Biomasse weiter ausbauen, weil wir diesen Weg für richtig halten, weil wir weg von Atom und von Kohle wollen. Wir wollen ein Zeitalter der regenerativen Energien. Ich glaube, da sind wir in Nordrhein-Westfalen auf ganz gutem Weg.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Glauben Sie!)

Natürlich sind deutschlandweit die Ausbautzahlen im Moment nicht zufriedenstellend, aber vermutlich wird der Minister es gleich noch mal ausführen. Im letzten Jahr war Nordrhein-Westfalen auf Platz drei der Bundesländer, was den Zubau an Windenergie angeht. Uns ist aber auch wichtig, dass wir das mit Akzeptanz machen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben in den letzten Jahren sehr starken Zubau erlebt. Ich kann jeden Bürger verstehen, der sagt: Na ja, bei mir in der Region ist es vielleicht ein bisschen zu viel geworden.

Es ist immer ein Eingriff in das Landschaftsbild. Deswegen ist es wichtig, dass wir zu einem Prozess kommen, bei dem wir die Bürger mitnehmen, bei dem wir nicht alles zuordnen, sondern man sagt: Das ist der Beitrag, den jede Region bei der Energiewende übernehmen kann. Da haben wir jetzt richtige Instrumente gefunden. Es wäre gut, wenn wir da zu einer guten Lösung kommen, dass wir die Energieversorgung in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen sicher gewährleisten, und zwar mit Akzeptanz. – Danke.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Sie haben gesehen, dass es eine angemeldete Kurzintervention der Fraktion der AfD von Herrn Abgeordneten Loose gibt, der jetzt für 90 Sekunden Kurzintervention das Wort erhält. Bitte sehr.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Untrieser! Sie kommen immer mit den Märchen, dass es nicht mehr Blackouts gibt. Dabei werden die Blackouts erst ab mehreren Minuten gemessen. Für die Industrie sind aber auch schon Sekunden-Blackouts entscheidend, wenn dann die Maschinen kaputtgehen.

Die Aluminiumindustrie hat sich beschwert – Hydro Aluminium war auch mehrfach im Landtag –, dass ihnen allein im Jahr 2018 78-mal der Saft abgedreht wurde. MITNETZ hat inzwischen Rekordmeldungen bekanntgegeben: zu viel Wind. MITNETZ greift 357-mal ins Stromnetz ein.

Diese ganzen Netzeingriffe sind, obwohl entsprechend den Energiebetreibern von den Windkraftanlagen immer noch das Geld, bezahlt wird, extrem teuer, weil es bezahlt wird. Das müssen die Bürger über Netzentgelte bezahlen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie waren doch dran! Warum reden Sie schon wieder?)

Deswegen sind die von wenigen Millionen inzwischen auf über eine Milliarde gestiegen.

Greifvögel werden – die vermehren sich im Gegensatz zu Singvögeln sehr langsam – in Brandenburg inzwischen jährlich mehr getötet als dort „nachwachsen“. Die Greifvögel fliegen auch nicht ständig vor irgendwelche Gebäude. Auch Katzen töten keine Greifvögel. Es wird wahrscheinlich eher umgekehrt der Fall sein.

Das noch mal für Sie als Information. Vielleicht hilft es ja irgendwann bei Ihnen. – Danke.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Dr. Untrieser! Sie haben 90 Sekunden Redezeit.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Loose, es wird immer abenteuerlicher. Jetzt erzählen Sie mir, dass es Unternehmen gibt, deren Maschinen kaputtgegangen sind. Nennen Sie bitte mal das Unternehmen, bei dem die Maschinen kaputtgegangen sind, weil sie nicht mehr genug Strom hatten. Sie werden kein Unternehmen finden, bei dem das passiert ist. Wir hätten es auch schon herausgefunden, wenn es so gewesen wäre.

Das ist wieder so eine Übertreibung, die Sie absichtlich hier hineinbringen. Es gibt kein Unternehmen, wo Maschinen kaputtgegangen sind, weil die Stromversorgung nicht gewährleistet ist.

Das Zweite, das Sie wieder hineingebracht haben, dass es Unternehmen gibt, die ihre Maschinen herunterfahren, weil zu einer gewissen Zeit nicht genug Strom im Netz ist. Das ist vollkommen richtig. Das ist aber ein Verfahren, woran diese Unternehmen freiwillig teilnehmen. Es ist eine abschaltbare Lastenverordung. So funktioniert das. Diese Unternehmen können daran teilnehmen, um das Stromnetz zu stabilisieren. Sie bekommen sogar Geld dafür. Wenn ein Unternehmen das nicht möchte, muss es nicht daran teilnehmen.

Sie werfen immer alle möglichen Dinge durcheinander und versuchen, das Gesamtsystem durcheinanderzubringen.

Dass wir unser Industrieland umbauen wollen von einer gewissen Art der Stromversorgung auf eine Stromversorgung, die ausschließlich auf erneuerbaren Energien basiert, ist kein leichter Weg; das sind Herausforderungen.

Aber Sie versuchen immer, jede Herausforderung und jede kleine Schwierigkeit so groß zu machen, dass alles nicht funktioniert. Es wird Ihnen aber nicht gelingen. Wir werden dafür sorgen, dass wir das Energiesystem vernünftig umbauen, weil uns Klimaschutz wichtig ist, weil uns Versorgungssicherheit wichtig ist, und weil uns unsere Industriearbeitsplätze auch sehr wichtig sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Stinka das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Respekt, wie der so seriös antworten kann!)

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Plenartag gibt noch mal Aufschluss über den Irrsinn, den die AfD im Bereich der Energiepolitik hier deutlich macht.

Wir haben vorhin über Endlagersuche gesprochen. Herr Loose steht hier und wirbt im Grunde für einen Reaktor in Russland, und zwei Tagesordnungspunkte später beschwert er sich darüber, dass beim Neodym radioaktive Abfälle anfallen können.

Wenn jemand hier so einen Unsinn und so ein Durcheinander redet und die Akzeptanz mit Füßen tritt, dann entlarvt sich die AfD mit ihrer Energiepolitik, die keine ist, Herr Loose.

(Beifall von der SPD)

Sie reden noch vor 20 Minuten ganz anders, als Sie es jetzt tun. Es ist zum Glück nachlesbar, welchen Irrweg wir heute Morgen von Ihnen im Bereich der Energieversorgung gehört haben.

Ich will für die SPD-Fraktion zusagen, dass wir zum Ausbau von Windkraft stehen, weil bei uns der Strom nicht aus der Steckdose kommt, sondern wir den Menschen klar sagen müssen, wie die alternative Energie aussieht, wenn wir uns auf den Weg machen können.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Da gibt es kein Wackeln und kein Rütteln; das ist ein Weg, wie wir hier in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa damit umgehen.

Nur mal den Blick nach England gerichtet, Herr Loose. Dort wird eine enorme Menge an Geld in Offshore-Anlagen investiert. Es sind nicht nur wir, die hier einen Irrweg beschreiten, sondern die gesamte Welt macht sich auf diesen Weg.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wenn die AfD mit ihrer rückwärtsgewandten Politik diesen Weg nicht mitgehen will, muss sie für sich bleiben.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir wollen Richtung Zukunft, wir wollen Richtung Einstieg in einen Umbau, und den werden wir unbeirrt weiter beschreiten.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ob Sie dazwischen schreien oder nicht, das interessiert uns überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir über Windkraftanlagen reden – ich habe es gerade noch mal deutlich gemacht –, dann müssen wir feststellen, dass im Jahr 2019 der Ausbau deutlich zurückgegangen ist, fast zum Erliegen gekommen ist.

Auch in Nordrhein-Westfalen sind nur 45 Anlagen ans Netz gegangen und haben den Betrieb aufgenommen. NRW ist hinter die Bundesländer Brandenburg und Niedersachsen zurückgefallen.

Wir haben von Herrn Untrieser gerade noch einmal das Problem der Akzeptanz mitgeteilt bekommen. In der SPD-Fraktion sind wir anderer Auffassung. Die Akzeptanz in der Bevölkerung muss hergestellt sein. Sie wird aber von Ihnen immer als einziges Argument angeführt, warum man die Windkraft mit einem nicht rechtssicheren Erlass so blockiert, wie Sie es hier in der Landesregierung tun.

Nach einer Umfrage der Fachagentur Windenergie sind über 86 % der Befragten für den Ausbau der Windkraft. Die Menschen wissen, dass es diesen Umbau gibt. Ihr Erlass führt aber dazu, dass Investitionen zurückgehalten werden.

Er führt weiterhin dazu ... Das sagen wir ganz oft. Ich weiß, dass Sie es nicht mehr hören können. Dieses Thema ist für die Menschen aber wichtig. Denn in den Gemeinden besteht Rechtsunsicherheit. Deswegen bleiben wir dabei, dass die Akzeptanz alleine kein Argument sein kann.

Wir haben erst gestern wieder über Wasserstoff geredet. Ich habe in der Wirtschaftsausschusssitzung noch einmal deutlich gemacht, dass Sie in Bezug auf die Akzeptanz von Industrieanlagen – dazu zählt auch eine Windkraftanlage – und von Wasserstoff die Büchse der Pandora geöffnet haben, indem Sie einen nicht rechtssicheren Erlass ins Land gegeben haben.

Gleichzeitig wollen Sie aber – wie wir ja auch – in die Wasserstoffwirtschaft einsteigen. Ich frage mich, wie Sie bei den Bürgerinitiativen vor Ort, die dem Wasserstoff garantiert nicht immer positiv gegenüberstehen, dafür argumentieren wollen, zumal Sie auch wissen, dass die Abstände für viele andere Anlagen viel niedriger sind.

Deswegen sind wir deutlich bei Akzeptanz und Beteiligung der Bevölkerung. Aber das muss dann an klaren Regeln festgemacht werden, die sich nicht nur auf die Windkraft beziehen, weil wir sonst auf dem Weg, den wir alle beschreiten wollen, um in Nordrhein-Westfalen in eine neue Energieversorgung einzusteigen, Schwierigkeiten bekommen. Bitte überdenken Sie hier Ihre Haltung, meine Damen und Herren.

Die Windenergie hat also grundsätzlich kein Akzeptanzproblem. Herr Rehbaum hat gestern in seiner Rede zum Thema „Wasserstoff“ gesagt, wir könnten ja nicht alle Kirmesplätze vollpflastern. Damit hat er natürlich recht. Aber nehmen Sie die Produktion dieser Energieform ernst, und reden Sie sie nicht klein. Denn sonst werden wir den Umbau nicht schaffen. In

der gestrigen Rede von Herrn Rehbaum war ja zufälligerweise kein einziges Wort von Photovoltaik zu hören. Ich dachte, das sei Ihre große Säule.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam, gerade vor dem Hintergrund der Beschlüsse der WSB-Kommission, diese große Frage anfassen. Lassen wir uns von denen dort drüben nicht beirren, sondern gemeinsam den Weg gehen, um die Windkraft auszubauen.

Wir müssen für Akzeptanz sorgen; das ist klar. Deswegen schlägt die SPD einen kommunalen Windbonus, günstige Stromtarife für Anliegerinnen und Anlieger, Bürgerenergie vor Ort und die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen vor.

Aber lassen Sie uns eines machen: Lassen Sie uns den Menschen die Wahrheit sagen. Es geht um den Einstieg in eine neue Zeit in vielen Energiebereichen. Das ist wichtig und muss von hier aus heute klar ausgesprochen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte an dieser Stelle als Erstes den Dank an das Ministerium und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten, die die Große Anfrage beantwortet haben, und zwar in einer sehr schnellen Art und Weise, nämlich in gerade einmal drei Monaten. Das ist sehr zügig. Wir wissen ja, wie lange die Beantwortung Großer Anfragen sonst dauert – meist über ein halbes Jahr oder noch länger. Es mag natürlich auch an dem Tiefgang der Fragen gelegen haben, dass man hier doch zügiger vorgehen konnte.

Auf der anderen Seite muss ich Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Die Debatte zu einer Großen Anfrage hat ja normalerweise den Sinn, dass man, weil man durch die Fragestellungen und die Antworten mehr Sachargumente erhalten hat, diese dann auch hier diskutiert und weniger eine politische Debatte führt. Das ist aber heute bei dieser Großen Anfrage enorm schwierig. Denn – das ist bereits vom Kollegen Untrieser gesagt worden – diese Große Anfrage ist im September 2018 gestellt worden und im Dezember 2018, also vor 14 Monaten, beantwortet worden.

In der Großen Anfrage bezieht man sich auf einen McKinsey-Bericht, der im Frühjahr 2018 veröffentlicht wurde. Fast zum gleichen Zeitpunkt hat die Landesregierung den Windenergie-Erlass auf den Markt

gebracht. Zudem ist dieser McKinsey-Bericht ein nationaler Bericht, der noch nicht einmal auf die länderspezifischen Fragen eingeht.

Meine Damen und Herren, insofern halte ich es für äußerst schwierig, das an dieser Stelle zwei Jahre später noch zu bewerten. Seitdem hat es wirklich viele Änderungen gegeben. So hat die Landesregierung mit den Entfesselungspaketen IV und V einige Schritte unternommen. Wir haben das Landesplanungsgesetz geändert und den Landesentwicklungsplan modifiziert. Das ist alles in dieser Zeit erfolgt. Daher kann man auf dieser alten Basis heute eigentlich gar keine sachliche Debatte mehr führen.

Lassen Sie mich deshalb, meine Damen und Herren, hier auch politisch antworten. Das war wohl auch das eigentliche Ziel der AfD, als sie diese Beratung heute noch einmal auf den Tisch gebracht hat.

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele erreicht. Deshalb wollen wir die Erneuerbaren in Nordrhein-Westfalen ausbauen. Wir gehen weitaus breiter daran heran, als es in der Vergangenheit der Fall war. Wir konzentrieren uns nicht nur auf einen Energieträger, sondern wollen das gesamte Portfolio der Erneuerbaren nutzen, damit Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag leisten kann. Dazu gehört auch die Windenergie. Wir werden dort, soweit die Akzeptanz gegeben ist, in geordneten Verhältnissen dafür sorgen, dass auch diese hier in Nordrhein-Westfalen zum Einsatz kommt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Brems das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Einführung zu diesem Thema durch die AfD mussten wir uns hier wieder einmal fünf Minuten alternativen Fakten und Lügen anhören. Ich hatte wirklich das Gefühl, Sachen zu hören – neben denen, die komplett unwahr waren –, die man sich zuletzt in den 90er-Jahren über die erneuerbaren Energien erzählt hat. Damals sprach man von solchen Dingen wie Schattenkraftwerken und sagte, man müsse immer genauso viel Kraftwerksleistung haben, wie man erneuerbare Energien hat, und das bringe doch alles überhaupt nichts.

Das war eine Zeit, in der man noch ernsthaft behauptet hat, dass ein Anteil erneuerbarer Energien im Strommix von mehr als 4 % technisch nicht möglich sei. In genau diese Debatte passt das, was wir hier gerade von der AfD gehört haben.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Beim Lesen der Antwort auf die Große Anfrage der AfD hat mich schon gewundert, dass Sie diese überhaupt noch, auch wenn es jetzt 14 Monate später ist, hier diskutieren lassen wollen. Ich hatte erst den Eindruck, Sie wollten die ganze Antwort in der Versenkung verschwinden lassen. Schließlich ist diese Antwort der Landesregierung doch eher eine Blamage für die AfD. Sie zeigt nämlich, dass das von Ihnen intendierte Diffamieren der Windenergie überhaupt nicht gelingt. Deswegen mussten Sie heute diese Zeit in Anspruch nehmen, um hier Ihre Unwahrheiten zu verbreiten.

Ich möchte noch kurz ansprechen, an welchen Stellen die Landesregierung ganz klar gezeigt hat, dass es Ihnen von der AfD hier an Sachkenntnissen fehlt. Ihr eigentliches Ziel, beispielsweise die „Entlarvung“ – in Anführungszeichen – der angeblichen Bevorzugung von Windenergie, ist auch nicht erreicht worden. Die Landesregierung hat deutlich gemacht, dass es klare Regeln gibt, die für alle gelten, auch für Windenergieanlagen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin ...

Wibke Brems (GRÜNE): Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Okay. – Bitte.

Wibke Brems (GRÜNE): Ihre Behauptungen beispielsweise zu angeblichem Nichtrückbau wurden ganz klar widerlegt. Das sind alle Aspekte, die vorne und hinten nicht passen.

Auch Ihre Nachfrage, welche Störfälle es bei Windenergieanlagen gegeben habe, zeigt einfach, wie unwissend Sie an dieser Stelle sind. Störfälle kann es bei Windenergieanlagen überhaupt nicht geben.

Das zeigt ganz klar, dass Sie hier nur diffamieren wollen. Mit uns ist das natürlich nicht zu machen.

Zu guter Letzt möchte ich nur noch einmal festhalten – wir haben uns ja schon an vielen unterschiedlichen Stellen über Windenergie auseinandergesetzt; das können wir an anderer Stelle gerne wieder tun –, dass aus unserer Sicht die Windenergie eine wichtige Säule der Energiewende ist, dass aber die aktuellen Anstrengungen aus unserer Sicht dafür absolut nicht ausreichend sind. Die Windenergie ist wichtig, damit wir unsere Klimaschutzziele erreichen. Deswegen werden wir sie auch weiterhin unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Brems. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke den Rednern der verschiedenen Fraktionen, die noch einmal die Dringlichkeit des Ausbaus der erneuerbaren Energien unterstrichen und deutlich gemacht haben, dass wir dafür eine hinreichende Akzeptanz in unserer Bevölkerung brauchen, aber auch den hinreichenden Mut, diese Erneuerbaren in aller Breite und mit neuesten Erkenntnissen auch umzusetzen.

Wir haben uns viel vorgenommen mit all dem, was wir in Zukunft nicht mehr technologisch nutzen wollen. Trotzdem wollen wir unsere Energiebedarfe im Interesse der Bevölkerung und unserer Wirtschaft decken. Deswegen brauchen wir die Erneuerbaren. Wir brauchen die Erneuerbaren so umweltfreundlich, so bürgerfreundlich und so effizient wie möglich. Dazu gehört für uns auch die Windkraft in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

Wir haben hier auch einiges zu bieten. Das ist noch einmal deutlich geworden. Ich kann Ihnen aktuelle Zahlen nennen, wie sich der weitere Ausbau gestaltet. Wir haben gesagt, dass wir bis zum Jahr 2030 die Energie aus Wind und Photovoltaik mehr als verdoppeln wollen, was auch dringend notwendig ist, um alternative Energien verfügbar zu halten. Wir sind in den letzten 13 Ausschreibungsrunden bei der Bundesnetzagentur für Windenergie onshore mit 295 erfolgreichen Windanlagen dabei. Das sind 1.093 Megawatt Leistung. Wir haben damit die drittmeisten Zuschläge in ganz Deutschland bekommen. Die gelegentlich gegebenen Hinweise, wir hätten hier mit unserem Regelwerk die Windkraft zu sehr eingeschränkt, sehe ich also in keiner Weise bestätigt – im Gegenteil.

Wir sind auch mit 822 Megawatt registrierten und nicht umgesetzten Genehmigungen bundesweit das Bundesland mit den meisten genehmigten Anlagen. Sie sehen also, dass da noch vieles in Umsetzung befindlich ist.

Nichtsdestotrotz brauchen wir auch weiter verbesserte Rahmenbedingungen. Für diese setzen wir uns ein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Loose?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, klar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Loose.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Minister, dass Sie die Frage zulassen. – Eben wurde hier bezweifelt, dass Stand-by-Kraftwerke benötigt werden. Sie selber haben immer wieder gesagt, dass ein Kohleersatzbonus erforderlich ist, damit es neue Kraftwerke gibt. Wofür braucht man neue Kraftwerke, wenn die Versorgungssicherheit mit Windrädern doch so toll gesichert ist?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Vielen Dank für Ihre Frage. – Wir haben im vergangenen Jahr eine Energieversorgungsstrategie für Nordrhein-Westfalen vorgelegt, die genau darauf eine Antwort gibt.

Wir haben es bei den Erneuerbaren damit zu tun, dass sie ein volatileres, dafür aber CO₂-armes Angebot darstellen. Das ist ein Vorteil und ein Nachteil zugleich. Den Vorteil wollen wir gerne wahrnehmen. Den Nachteil müssen wir ausgleichen.

Wie gleichen wir den Nachteil aus? Zum Ausgleich müssen wir Folgendes tun: Wir müssen entsprechende Speicherkapazitäten aufbauen, wir müssen insgesamt die Nachfrageseite flexibilisieren, und wir müssen unsere Netze intelligenter machen. Alle diese Antworten haben wir in der Energieversorgungsstrategie gegeben.

Wir werden natürlich, wenn wir uns so schnell von Kernenergie und Kohle verabschieden, eine Brücke bauen müssen, bis wir die Erneuerbaren in hinreichender Leistungsfähigkeit aufgebaut haben werden. Deswegen wollen wir ein Drittel der Energieversorgung als Brückentechnologie auf Gas aufbauen, wobei wir das Gas schrittweise von grauem zu blauem zu grünem Gas fortentwickeln wollen.

Insofern haben wir eine klare Antwort darauf gegeben, wie wir auf eine volatilere Angebotsseite entsprechend reagieren können. Daher sehen wir sowohl die Energieversorgungssicherheit – das ist für uns zentral – als auch die Bezahlbarkeit des Energiesystems gewährleistet.

Zwingende Voraussetzung dafür sind der konsequente Ausbau der Netze, weil wir neben onshore auch offshore erneuerbare Energie brauchen, der weitere Ausbau von Speichern und eine intelligentere Gestaltung der Netze.

Alles das ist Teil unserer Energieversorgungsstrategie. Damit schaffen wir die Stimmigkeit zwischen den Erneuerbaren und den anderen Energieformen. – Ich hoffe, damit habe ich die Frage klar beantwortet.

Ich will noch drei Punkte zu dem nennen, was einleitend in dieser Debatte gesagt wurde.

Zum Rückbau der Anlagen: Wir haben klargestellt – Frau Brems hat das dankenswerterweise schon aufgegriffen –, dass es natürlich Rückbauverpflichtungen gibt. Es gibt auch Bürgschaftsverpflichtungen, zum Beispiel für die Betreiber, damit sichergestellt werden kann, dass ein entsprechender Rückbau stattfindet. Das haben wir in der Antwort auf die Große Anfrage deutlich gemacht.

Zum Thema „Störfallregister“: Es gibt keine Aufnahme in die Störfall-Verordnung, weil hier keine Störfälle im Sinne der Störfall-Verordnung zu erwarten sind. Auch das haben wir Ihnen ganz klar mitgeteilt.

Last, not least will ich noch auf Ihre Hinweise zum TÜV eingehen. Technische Anlagen, die innerhalb von Windkraftanlagen zum Einsatz kommen, sind in aller Regel auch TÜV-geprüft. Die Windkraftanlage als Ganzes ist aber eine technische Anlage, die in ganz anderer Weise noch viel umfassenderen Prüfungen unterliegt, auch Genehmigungen sowie wiederkehrenden Prüfungen und Wartungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines können wir auf jeden Fall sagen: Wenn in Deutschland etwas ans Netz geht, dann ist es mindestens TÜV-geprüft und in aller Regel noch darüber hinaus geprüft. Das gilt auch für Windkraftanlagen. Da muss sich niemand Sorgen machen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der erneuerbaren Energien noch viel zu tun. Das müssen wir mit Umsicht tun, mit Maß und Mitte, sollten bei den Menschen aber nicht unbegründet Ängste schüren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ansonsten verfehlen wir die Ziele für die Zukunft unseres Landes. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schliesse die Aussprache und stelle fest, dass die **Große Anfrage 9** der Fraktion der AfD damit **erledigt** ist.

Wir kommen zu:

10 Forschungsfreiheit mit Leben erfüllen – Die Annahme von Drittmitteln durch private Geldgeber braucht versierte fachliche Überprüfung

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8582

Den Antrag begründet Herr Seifen für die AfD-Fraktion. Er hat das Wort.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Freiheit von Forschung und Lehre ist ein sehr hohes Gut und das Fundament einer aufgeklärten Gesellschaft urteilsfähiger Bürgerinnen und Bürger, aus deren Mitte sich dann erst die Demokratie als Staatsform entwickelt und ihr gedankliches Gerüst erhält.

Freiheit von Forschung und Lehre setzt ganz auf den wissensdurstigen, neugierigen Menschen, der aus eigenem Antrieb wissen will, was die Welt im Innersten zusammenhält. Deshalb wählen solche Frauen und Männer besonders häufig Lehrberufe an Schulen und Universitäten.

Nicht umsonst heißt der Inhaber eines Lehrstuhls Professor, nämlich derjenige, der öffentlich seine eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorträgt und sich zu ihnen bekennt, der Professor als Forscher im Dienste der Wissenschaft und im eigenen Antrieb zur Wahrheitssuche verpflichtet.

Unter anderem diesen Forschern und Forscherinnen hat Europa den Fortschritt der letzten zwei Jahrhunderte zu verdanken. Von diesem Ideal des nur sich selbst gegenüber Rechenschaft ablegenden Forschers sind wir im Augenblick allerdings sehr weit entfernt.

Es sind vor allen Dingen zwei Faktoren, welche heute, im 21. Jahrhundert, die Freiheit der Wissenschaft in einem Maße einschränken, wie man es sich noch vor ein paar Jahrzehnten nicht hat vorstellen können.

Über den einen Faktor haben wir hier im Plenum bereits debattiert, nämlich die gesinnungspolitische Maßregelung durch die politische Korrektheit.

Subtiler wirkt der andere Faktor, der modern und weitläufig daherkommt, aber die forschenden Professoren an Universitäten und Hochschulen in doppelter Form knebelt. Das ist der immer größere Zwang, die eigenen Forschungsvorhaben mit Ausweitung der Drittmittelinwerbung finanzieren zu müssen.

Zwischen den Jahren 1995 und 2017 ist der Anteil der Drittmittel an Hochschulen von 23 % auf 48 % gestiegen. Der Anteil der Grund- oder Kernfinanzierung, die die Hochschulen mehr oder weniger autonom einsetzen können, ist entsprechend gesunken. 2017 warb eine Professorin/ein Professor an deutschen Universitäten durchschnittlich Drittmittel in Höhe von 266.200 Euro ein. Ein Professor/eine Professorin an der Fachhochschule warb durchschnittlich 32.000 Euro ein.

Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten einen Physikprofessor aus Nordrhein-Westfalen zitieren – das Zitat ist jüngeren Datums –:

Das Jahresbudget meines Lehrstuhls liegt bei rund 12.000 Euro. Ich werbe seit 26 Jahren jährlich ca. 300.000 Euro ein, was als durchschnittlich gilt. Zunehmend ist ein deutscher Professor weder Lehrer noch Forscher, sondern muss sich bald vorkommen wie ein Schalck-Golodkowski seiner Gruppe.

Diese Form der Abhängigkeit ist aber nur die äußere Seite der einseitigen Drittmittelorientierung, ist nur der Zwang, Arbeit und Zeit einzusetzen, um Anträge zu schreiben. Hoch problematisch sind der Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung von Forschung und die Ergebnisabhängigkeit, die in der Drittmittelinwerbung liegt.

Zum einen ist bekannt, dass durch diese Art der Finanzierung die Bereitschaft sinkt, riskante Projekte anzugehen. Bei sogenannten Verbundprojekten, also international verknüpften Programmen, bei denen etwa die EU die Förderung übernimmt, spielen auch andere Faktoren als die reine Forschungsleistung eine Rolle, zum Beispiel, ob eine gewisse Frauenquote erfüllt sei oder ob die verschiedenen Länder ausgewogen abgebildet seien.

Aber auch wenn sich die Professoren nicht bei der Industrie bedienen, sondern öffentliche Mittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder von Stiftungen erhalten, zum Beispiel von der Volkswagen-Stiftung, erleben wir eine interessengeleitete Ausrichtung.

Die Professoren wissen genau, dass sie ihre Projektbeschreibung auf jeden Fall mit den Bereichen „Gender“, „Klima“ oder „Nachhaltigkeit“ anreichern müssen, um überhaupt eine Chance zu haben, aus diesem Topf Drittmittel erhalten zu können.

Bedürftigt man also, dass das eigene naturwissenschaftliche Projekt keine Förderung erfahren wird, hängt man „in Zeiten der Klimakrise“ oder „unter Genderaspekten“ an den Titel der ursprünglichen Forschungshypothese an und hofft darauf, noch in dieses oder jenes Förderpaket hineinrutschen zu können.

Gleichermaßen achtet die DFG bei Großinitiativen, also bei Sonderforschungsbereichen, die über mehrere Jahre hinweg laufen, peinlich genau darauf, dass alles gendermäßig ausgewogen ist. So sagen betroffene Universitätsrektoren auch schon einmal vor der Bewilligung von Fördermitteln zu, die nächsten beiden frei werdenden Professuren garantiert mit Frauen zu besetzen.

Damit steigen die Chancen der Förderung in Höhe von einigen Millionen Euro ganz erheblich. Das wird Ihnen niemals jemand offiziell bestätigen. Aber in den Universitäten pfeifen es die Spatzen von den Dächern.

Insofern regiert die Politik ganz entschieden auch bei Drittmitteln, die nicht von der Industrie kommen, in die Forschung hinein. Und dreimal dürfen Sie raten,

warum es keine Forschungen über die Auswirkungen von Windrädern auf die Gesundheit der Menschen gibt.

(Karl Schultheis [SPD]: Da gibt es keine Spatzen!)

Denn die enge Zweckgebundenheit der Drittmittel zwingt den Ausschreibenden zu einer spezifischen Zielsetzung. In diesem Fall gibt die Fördermittelausschreibung ein politisch gesetztes Ziel vor. So erfolgen zum Beispiel aus politischen Gründen keine Ausschreibungen, die ergebnisoffene Forschung zu Klima, Migration oder Gender Studies fördern.

Wissenschaftler, die sich das Recht herausnehmen, als Forschungsergebnis zu präsentieren, dass Windkraft unsere Energieversorgung nicht sichern kann, haben keine Chance, eine Folgeförderung für ihre Forschungsprojekte zu erhalten. Es ist zu vermuten, dass es neben dem medial erzeugten Druck genau diese Form der Finanzierung ist, die etwa dazu führt, dass Klimakinder scheinbar zu Recht behaupten können, dass alle Klimawissenschaftler ja das Gleiche sagen.

Die Folgen reichen weit. Wenn es heute salonfähig wird, die Wissenschaft als Kronzeugin für eine politische Agenda zu missbrauchen, und die Wissenschaft sich auf diese Weise missbrauchen lässt oder missbrauchen lassen muss, wird die grundgesetzlich gesicherte Freiheit der Wissenschaft völlig unterminiert.

Der Zweifel ist die Grundlage jeder Wissenschaft. Wir kennen das von Descartes: *Dubito, ergo cogito; cogito, ergo sum*. Ich zweifle, also denke ich; ich denke, also bin ich. – Wenn jemand aus finanziellen Opportunitätsgründen dazu gezwungen ist, von dem wissenschaftlichen Grundsatz abzuweichen, die Falsifikation einer Theorie zu betreiben, anstatt sie ständig zu beweisen, wenn er das also nicht mehr darf, betreibt er keine Wissenschaft mehr, sondern allerhöchstens so etwas wie Lohnforschung.

Damit ist der Agendawissenschaftler geschaffen – diesen Begriff hat wohl die „FAZ“ geprägt; zumindest habe ich ihn dort zum ersten Mal gelesen –, also der Wissenschaftler, der sich prostituieren muss, um an der Universität als Untertan der Herrschenden tätig zu sein.

Diese Situation müssen wir unbedingt ändern. Dazu dient dieser Antrag. Ich freue mich schon auf eine rege Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Nun spricht Herr Tigges für die CDU-Fraktion.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Forschungsfreiheit mit Leben erfüllen“ – so lautet die Überschrift des Antrags, den wir heute diskutieren. Mit der Begrifflichkeit der Überschrift ist die AfD allerdings mal wieder etwas spät dran; denn seit Regierungsantritt der NRW-Koalition unter CDU und FDP kümmern wir uns darum, die Rahmenbedingungen für unsere Hochschulen im Land optimal zu gestalten und das aufzuarbeiten, was jahrelang liegen geblieben ist.

Erst im letzten Jahr haben wir das Hochschulgesetz novelliert und unseren Hochschulen mehr Selbstverantwortung und Gestaltungsspielraum zurückgegeben.

(Beifall von der FDP)

Aktuell wird der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ durch eine Vereinbarung zwischen Bund und Land ausgestaltet. Das Ministerium befindet sich dazu in einem intensiven und vertrauensvollen Austausch mit den Hochschulen, wie uns auch im Ausschuss immer wieder berichtet wurde.

Selbstverständlich kommt der Grundfinanzierung von Hochschulen im Hinblick auf eine auskömmliche und verlässliche Gesamtfinanzierung eine herausragende Stellung zu. Sie bildet nach wie vor die Basis für langfristige Planungssicherheit an unseren Hochschulen. Die Bedeutung, die die Landesregierung dem Wissenschaftsressort beimisst, wird auch durch den aktuellen Haushalt für das Jahr 2020 belegt: Den Hochschulen stehen insgesamt rund 5,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 161 Millionen Euro mehr als noch im Vorjahr.

Neben der Grundfinanzierung spielen auch die Drittmittel in der heutigen Hochschulfinanzierung eine wichtige Rolle. Diese Entwicklung ist unbestritten und auch nicht per se schlecht, wie Sie von der AfD es in Ihrem Antrag suggerieren. Unsere Hochschulen stehen schließlich im internationalen Wettbewerb. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass Studium, Forschung und Lehre attraktiv bleiben.

Im Bereich der Drittmittelinwerbung haben sie sich in den letzten Jahren ständig weiter professionalisiert: Es gibt in den Rektoraten Beratungs- und Antragstellen, welche die Antragstellung sowie die Einwerbung und Verwaltung von Drittmitteln begleiten und koordinieren.

Eigentlich müssten wir, wenn wir ehrlich sind, an dieser Stelle noch einmal die Begrifflichkeiten besprechen. Was meinen Sie in Ihrem Antrag eigentlich genau? Meinen Sie die Gelder aus rein privaten Quellen – von Personen, Stiftungen und Firmen? Oder meinen Sie tatsächlich die Gelder von staatlichen Institutionen?

Denn qua Definition wird das Ganze wie folgt unterteilt:

„So wird im Forschungsbereich unter Erstmittel das zugewiesene Budget, ... verstanden.“

Erstmittel sind „die institutionelle Sockelfinanzierung des Staates“, womit der Regelbetrieb letztendlich sichergestellt wird.

„Mit Zweitmitteln sind die finanziellen Mittel gemeint, die eine Universität oder Forschungseinrichtung aus Zuwendungen ... von staatlichen Mittlerorganisationen wie z. B. der DFG erhält. Diese für eine ausgewiesene Forschungstätigkeit notwendigen Mittel werden auf Antrag der Universität oder des Instituts in der Regel in kompetitiven Verfahren für ergänzende Arbeiten in der Forschung bereitgestellt. Auch Forschungsmittel der Europäischen Gemeinschaft ... fallen nach dieser Definition unter den Begriff Zweitmittel.“

„Drittmittel sind Einnahmen aus Verträgen, durch die sich die Universität ... Dritten gegenüber verpflichtet, Forschungs-, Lehr- oder universitäre Dienstleistungen zu erbringen.‘ Drittmittel sind damit öffentliche oder private Mittel, deren inhaltliche Ausrichtung maßgeblich außerhalb der Einrichtung definiert wird, ... z. B. in Kooperationen mit Firmen.“

Es gibt allerdings auch Studien, die die Mittel der DFG oder aus der EU ebenfalls zu Drittmitteln zählen. Das will ich gar nicht verhehlen. Beispielhaft ist hier die Studie des Centrums für Hochschulentwicklung aus dem Jahr 2018. Da heißt es beispielsweise in Bezug auf Drittmittel:

„Die wichtigste und prestigeträchtigste Finanzquelle für universitäre Forschung ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).“

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren: Unabhängig davon, wie wir das definieren, dürfen wir diese Mittelherkünfte nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen sie ganzheitlich denken. Während die Grundfinanzierung die langfristige Planungssicherheit herstellen muss, sind Drittmittel insbesondere für die Forschungsprojekte, die zeitlich befristet sind, vorgesehen und damit nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Hochschulfinanzierung. Sie sind aber nicht per se durch Interessen von Privaten negativ belastet, wie Sie das in Ihrem Antrag suggerieren.

Ihr Antrag, Herr Seifen, stellt ganz klar Wissenschaftlerinnen, aber auch die Unternehmen, die da engagiert sind, unter einen Generalverdacht. Das zeigt sich darin, dass Sie in Ihrem Antrag Negativbeispiele aufführen, die aber sicherlich nicht der flächendeckende Maßstab dafür sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle dafür werben, dass wir uns von diesen Dingen und von diesen Gedanken freimachen und nicht pauschal vorverurteilen; denn

eine enge Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft nützt zunächst einmal allen Seiten. Vor allem profitieren die Studierenden,

(Beifall von der FDP)

die durch Forschungsaufträge aus der Praxis eine enge Bindung an die Unternehmen erhalten, aber auch an zukünftige berufliche Chancen und Aufgabenfelder herangeführt werden, davon ganz maßgeblich. Außerdem generiert sich Forschung zumeist auch aus Erfordernissen und Anforderungen der Wirtschaft oder der Gesellschaft und eben nicht nur aus wissenschaftlicher Motivation der Lehrenden, wie Sie es gerade in Ihrer Rede dargestellt haben.

Herr Seifen, ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie noch einmal deutlich machen, was Sie denn mit Ihrem Antrag eigentlich wollen. Sie widersprechen sich in der Antragstellung selbst.

Unter II.2 sagen Sie, die Einwerbung von Drittmitteln stelle eine wichtige Finanzierungsgrundlage dar und sie dürfe nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Unter II.5 sagen Sie, der kontinuierliche finanzielle Zwang, Drittmittel einzuwerben, stehe der wissenschaftlichen Freiheit im Weg. Unter III.1 fordern Sie dann, dass die dauerhaften finanziellen Rahmenbedingungen – und ich denke, Sie meinen damit wieder die Erstmittel – so ausgestaltet sein sollen, dass die wissenschaftliche Freiheit vollumfänglich gegeben sein muss.

Ja, was denn jetzt? Sind Drittmittel jetzt erforderlich oder nicht? Sind sie gut oder schlecht? Das kann ich aus Ihrem Antrag tatsächlich nicht herauslesen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das erkläre ich Ihnen im Ausschuss!)

Wenn wir uns schon mit einem Antrag der AfD zu diesem Thema auseinandersetzen müssen, hätte ich mir auch erhofft, dass Sie dann auch die Wahrheit benennen, denn der Großteil dieser Drittmittel, wie Sie es definieren, kommt eben von öffentlichen Trägern, von forschungsnahen Institutionen wie der DFG, wie auch Sie es gerade dargestellt haben, aber eben nicht nur aus Wirtschaft oder Industrie. Die DFG ist tatsächlich der größte Geldgeber im Bereich der Drittmittel, wenn wir uns an die Definition des CHE halten. Laut dem Statistischen Bundesamt haben Mittel der DFG im Jahr 2017 gut 34 % der gesamten Drittmittel in NRW ausgemacht. Weitere rund 15 % kamen aus Programmen der Europäischen Union, aus Hochschulfördergesellschaften oder auch Stiftungen.

Drittmittel aus der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft dagegen haben 2017 20 % ausgemacht. Das mag erst einmal viel klingen – betrachtet man jedoch die Entwicklung, kann man erkennen, dass der Anteil insgesamt konstant rückläufig ist, denn seit 2014 ist er um gut 3 % gesunken.

Sie fordern außerdem flächendeckend die Einrichtung und die Ausstattung von hochschulinternen Gremien, die bei der Annahme von Drittmitteln als Kontrollinstanz fungieren sollen. Ich verstehe es so, dass die AfD die Forschungsarbeit von Wissenschaftlerinnen an unseren Hochschulen in NRW durch die Einrichtung solcher Gremien stärker kontrollieren und zusätzlich bürokratische Hürden aufbauen möchte, wo wir doch gerade dabei sind, diese bürokratischen Hürden für Hochschulen abzubauen. Sie bringen den Hochschulen tiefes Misstrauen entgegen und versuchen durch solche Anträge ganz klar, Hochschulautonomie am anderen Ende wieder zu beschränken.

Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, damit die Hochschulen Drittmittelprojekte durchführen und sich selbstständig organisieren können. Sie nennen selbst in Ihrem Antrag die gesetzlichen Grundlagen dafür. Sie nehmen Bezug auf die §§ 71 und 71a, und aus meiner Sicht sind diese eindeutig: Dort sind alle schutzbedürftigen Belange geregelt, der Datenschutz ist angesprochen, die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse ist geregelt, aber auch, dass Forschungsvorhaben dem Rektorat, der Dekanin oder dem Dekan anzuzeigen sind. Aus unserer Sicht sind da alle Kontrollinstanzen geschaffen und die Verantwortlichkeiten klar definiert.

Fester Bestandteil bei der Vergabe von Drittmitteln durch die DFG sind im Übrigen auch deren Verwendungsrichtlinien. Da wird klar festgehalten, dass die Leitung und Durchführung des jeweiligen Projekts allein in der Verantwortung des Wissenschaftlers liegt. Aber die Hochschule erhält auch ganz klar Kenntnis über die Finanzierungsplanung, und aus unserer Sicht wird dabei hinreichend konsequent für Transparenz gesorgt.

Sie möchten, dass sich künftig hochschulübergreifend Wissenschaftlerinnen gegenseitig kontrollieren – so deute ich das –, welche Forschungsaufträge angenommen werden sollen und welche nicht. Das konterkariert aus unserer Sicht den Wettbewerb unter den Hochschulen, konterkariert den Datenschutz und schreckt mögliche Finanzgeber eher ab, als dass welche gewonnen werden. Insbesondere wenn nach Ihren Vorstellungen der Ablauf der Forschung, das Studiendesign und die Nennung der Mittelgeber inhaltlich ohne Einschränkung erfolgen soll, dann, denke ich, läuft das dem zuwider, was wir uns eigentlich darunter vorstellen.

Schaut man sich im Übrigen einmal bei den Hochschulen um, finden sich genügend Beispiele dafür, dass Wissenschaftlerinnen sich hinsichtlich der Drittmittelinwerbung sehr umfassend informieren, verantwortungsvoll damit umgehen und sich beraten lassen. Beispielsweise verfügt die Westfälische Wilhelms-Universität in Münster wie viele andere Universitäten über ein eigenes Drittmittelmanagement

und bietet Seminare an, um Forschende bei der Akquise und Qualitätssicherung zu unterstützen. Auf der Homepage der Universität finden sich dezidierte Auflistungen der Drittmittel, die eingeworben werden, und Informationen darüber, wofür sie denn eingeworben werden. Das gilt auch beispielsweise für die Uni Bielefeld. So viel zum Thema Transparenz bei der Drittmittelvergabe und Einwerbung.

Bei der Drittmittelinwerbung aus medizinischen Einrichtungen wird dabei aufgrund vieler problematischer Forschungsfelder sicherlich die Vergleichbarkeit aus diesen Statistiken herausgefiltert, aber im Bereich der WWU in Münster zeigt sich, dass die DFG auch in diesem Forschungsbereich mit mehr als 41 % der Hauptgeldgeber war. Und im Übrigen: Bei den medizinischen Forschungsvorhaben, Herr Seifen, sind Ethikkommissionen parallel beschäftigt, die noch einmal zusätzlich auf bestimmte Projekte ein besonderes Augenmerk haben.

Die CDU wird sich zukünftig dafür einsetzen, dass sowohl Hochschulautonomie als auch Wissenschaftsfreiheit geschützt werden. Wir treten dafür ein, dass die grundständige Hochschulfinanzierung langfristig gesichert bleibt, und dafür arbeiten wir. Wir überweisen Ihren Antrag in den Ausschuss, und dort können wir uns gerne noch einmal darüber unterhalten. Wir benötigen ihn aber eigentlich nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tigges. – Jetzt spricht Herr Professor Dr. Rudolph für die SPD-Fraktion.

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, es kurz zu machen, weil man bei solchen Anträgen immer überlegt – jedenfalls geht es mir so –, mit wie viel Aufmerksamkeit man der ganzen Sache eigentlich entgegentritt. Als ich gelesen habe, was Sie uns auf den Tisch gelegt haben, fand ich dies – das muss ich ehrlich sagen – so bemerkenswert, dass man eigentlich so gut wie nichts dazu sagen kann. Ich tue es trotzdem.

Es fängt mit der Überschrift an. Da heißt es: „Forschungsfreiheit mit Leben erfüllen – Die Annahme von Drittmitteln durch private Geldgeber braucht versierte fachliche Überprüfung“.

Sie schaffen es wirklich, schon mit dieser Überschrift zwei böartige Unterstellungen loszuwerden.

Die erste Unterstellung lautet, unsere Forschungsfreiheit sei tot und nicht mit Leben erfüllt. Die zweite Unterstellung ist, es gebe überhaupt keine versierte fachliche Überprüfung bei der Annahme von Drittmitteln. Das möchte ich – ich denke, auch im Namen aller Hochschulen – entschieden zurückweisen.

(Beifall von der SPD)

Erstens. Wir sind glücklicherweise in einem Land mit einer Demokratie. Wir verteidigen die Freiheit von Forschung und Lehre und füllen sie mit Leben.

Zweitens. Heute Morgen haben wir länger über die AfD gesprochen. Man soll ja nicht naiv sein. Ich will noch mal darauf aufmerksam machen – auch für die Kolleginnen und Kollegen, die fachpolitisch nicht in diesem Thema unterwegs sind –, dass die AfD es schafft – deswegen passt Ihr Antrag auch –, in Programmen zu behaupten, man müsse die Freiheit von Forschung und Lehre wiederherstellen. Auch hier tun Sie so, als wären unsere Universitäten und Hochschulen gleichsam einem Diktat unterworfen.

Ich muss ehrlich sagen: Sie versuchen, eine Art Zwangsstaat zu unterstellen, in dem wir alle leben würden.

(Helmut Seifen [AfD]: Fragen Sie doch mal die Professoren!)

Tatsache ist aber, dass wir nicht in einem Zwangsstaat leben. Vielmehr leben Sie in einer Parallelgesellschaft, die mit gewisser politischer Paranoia durchsetzt ist.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Entschuldigung, aber wer hier ernsthaft behauptet, in Nordrhein-Westfalen oder in der Bundesrepublik Deutschland werde von Staats wegen oder von den demokratischen Parteien die Freiheit der Forschung und Lehre gefährdet,

(Helmut Seifen [AfD]: Was ist mit der Antifa?)

unterstellt etwas absolut Böses, verkennt die Tatsachen und verkehrt die Wirklichkeit aus kurz-sichtigen politischen Gründen.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Drittens. Was die Forschungs- und Lehrfreiheit einschränkt, sind Initiativen, wie wir sie aus Ihrer baden-württembergischen Landtagsfraktion kennen – beispielsweise Prangerportale wie „Mein Prof. hetzt“. Da wird zur Denunziation von Professoren aufgerufen, die vielleicht nicht das sagen, was beispielsweise die AfD gerne hätte. Das ist in der Tat ein Angriff auf die Freiheit von Forschung und Lehre, und der geht von Ihnen aus – in Baden-Württemberg und auch woanders.

(Marc Herter [SPD]: So ist es!)

Heute Morgen haben wir über Höcke, diesen Pantoffelhelden aus Thüringen, gesprochen. Wenn Sie sich mal ansehen, was dieser Pantoffelheld aus Thüringen beispielsweise zu Universitäten von Soros sagt oder wie er sich zu der Vertreibung der Universität aus Ungarn einlässt, dann zeigt sich doch recht deutlich, wes Geistes Kind Sie eigentlich sind. Sie haben

gar keine Berechtigung, hier in diesem Parlament oder sonst wo davon zu sprechen, dass Sie die Freiheit von Forschung und Lehre wiederherstellen wollen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Ich will Ihnen auch noch sagen, worin Ihre Leistung besteht. Ich habe mir mal angesehen, welche Kleinen Anfragen Ihre Fraktion so gestellt hat, damit mal deutlich wird, wie Ihre wissenschaftspolitische Kompetenz in diesem Land aussieht. Ich will nicht alles vorlesen, empfehle aber allen Kolleginnen und Kollegen einmal zu schauen, was wir da so auf Papier gedruckt bekommen.

Es gibt da die Kleine Anfrage 3268 mit dem Titel „Sollten antifa-nahe Professoren am Aussteigerprogramm ‚Linksextremismus‘ teilnehmen?“

(Nic Peter Vogel [AfD]: Ja, das ist doch cool!)

Dann gibt es den Antrag „Die Geister, die ich rief ...‘ Der ‚Generation Antifa‘ an den Hochschulen muss Einhalt geboten werden!“

(Helmut Seifen [AfD]: Das war ja wohl aktuell!)

Es gibt die Kleine Anfrage „Generation Antifa – Welche heimliche politische Agenda verfolgen die Universitäten in Nordrhein-Westfalen?“

(Helmut Seifen [AfD]: Köln!)

Eine Kleine Anfrage lautet: „Nimmt die Universität Köln am ‚Antifaschistischen Aktionsbündnis Köln gegen Rechts‘ teil?“ Außerdem gibt es eine Kleine Anfrage zur „Weiterführung des Titels ‚Prof.‘“. In einer weiteren geht es um die „Prüfung der Studentenvertretungen durch den Landesrechnungshof“.

(Lachen von Gordan Dudas [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich nur einmal diese zehn Initiativen einer Fraktion aus diesem Parlament zur Wissenschaftspolitik den Überschriften nach ansehen, dann wissen Sie, dass dies mit Kompetenz, seriösem politischen Austausch und Argumenten überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie ehrlich sind und sich diese Bilanz Ihrer zweieinhalbjährigen Leistung einmal ansehen, dann gebe ich Ihnen einen Rat, Herr Kollege: Legen Sie Ihre Mitgliedschaft im Wissenschaftsausschuss nieder und verabschieden Sie sich daraus!

(Markus Wagner [AfD]: Da macht sich der Bock zum Gärtner!)

Bei den seriösen politischen Debatten über Wissenschaftspolitik – etwa der Novellierung des Hochschulgesetzes – waren nämlich alle anwesend, nur

eine Fraktion war abwesend. Und das war immer die AfD. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Rudolph. – Es spricht jetzt Frau Freimuth für die FDP-Fraktion.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich bei den Vorrednern Tigges und Dr. Rudolph herzlich für die grundsätzliche Einordnung der Forschungsfreiheit in unserem Land bedanken.

Exzellente Forschung erfordert freie Wissenschaften. Dazu gehört natürlich auch, dass Forscherinnen und Forscher Zukunftsfelder in eigener Verantwortung erforschen können. Diese Freiheit besteht in unserem Land – entgegen der Intonierung in Ihrem Antrag, und zwar nicht nur de jure, sondern auch faktisch. Das zeigt sich deutlich, wenn man in die Forschungsrealität an unseren Hochschulen hineinschaut.

Ich will es gar nicht bewerten, dass man hier einen Physikprofessor zitiert, ohne seinen Namen zu nennen, sodass man das Zitat nicht überprüfen kann. Aber vielleicht ist das Ihr wissenschaftlicher Standard.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

– Herr Abgeordneter Seifen, Sie haben hier einen nichtgenannten Physikprofessor zitiert. Ich frage bei dieser Methode nach.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Aber kommen wir mal zu den Einzelheiten. Die Kollegen haben ja schon gesagt: Mehr als die Hälfte der Mittel, die an den Hochschulen für Forschung zur Verfügung stehen, stammt aus der Grundfinanzierung. Auch bei den Drittmitteln – das ist ja ebenfalls schon zutreffend bemerkt worden – kommt doch der größte Teil ebenfalls aus öffentlichen Mitteln, sei es vom BMBF oder von der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder von der Europäischen Union. Es gibt auch private Stiftungen, die Forschungskoperationen unterstützen.

Das, was Sie ansprechen und womit wir uns auch in den letzten Jahren sehr, sehr dezidiert auseinandergesetzt haben, sind eben Forschungskoperationen mit der privaten Wirtschaft. Die machen aber überhaupt nur ungefähr 19 % der gesamten Forschungsaufwendungen an den Hochschulen aus. Das schwankt immer ein bisschen. Die privaten Unternehmen, die mit Hochschulen für Forschungsvorha-

ben kooperieren, sind oftmals kleine und mittelständische Unternehmen, die sich keine Forschungs- und Entwicklungsabteilung im eigenen Unternehmen leisten können und, um ihre Innovationsfähigkeit zu erhalten, um Arbeitsplätze hier in unserem Land in der Industrie, in der Dienstleistung, im Service zu erhalten und zu sichern, dann eben mit Hochschulen zusammenarbeiten, um den notwendigen Innovationsvorsprung gemeinsam zu halten.

Da gibt es Kooperationsvereinbarungen, in denen auch ziemlich klargestellt ist, dass die Mittel, die aus dem öffentlichen Teil in Anspruch genommen werden, auch von dem privaten Partner finanziert werden müssen.

Das war damals wirklich eine sehr intensive Diskussion zum Hochschulzukunftsgesetz. Karl Schultheis und Dietmar Bell lächeln. Sie können sich noch gut daran erinnern. Wir haben sehr darum gerungen, wie wir das, was wir wollen, nämlich dass unsere Hochschulen und die Studierenden auch mit privaten Unternehmen zusammenarbeiten können, um unseren Wohlstand und Forschung und Entwicklung in diesem Land voranbringen zu können, mit dem berechtigten Transparenzinteresse in Einklang bringen können. Dazu hat es eine sehr intensive Anhörung gegeben, bei der die unterschiedlichsten Beteiligten angehört wurden. Ich empfehle, das Protokoll dieser Anhörung nachzulesen.

Wir sind letztlich zu einer Regelung gekommen, die ja auch bis heute besteht. Ich empfehle die Lektüre des Hochschulgesetzes Nordrhein-Westfalen: §§ 70, 71 und 71a. Da sind viele Punkte, die Sie angesprochen haben, auch geregelt. Da wird sehr, sehr deutlich, dass wir die Beschreibung dessen, was transparent werden soll, schon längst im Gesetz haben.

Es gibt weiter die Standards der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Sicherung der wissenschaftlichen Praxis. Auch die werden von den Hochschulen angewandt. Für Fragen in Einzelfällen gibt es an unseren Hochschulen auch schon Ethikkommissionen, zum Beispiel an den Unikliniken für den Bereich der medizinischen Forschung und der Pharmaforschung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will für die FDP-Fraktion klarstellen: Drittmittel sind ein wichtiger Bestandteil der Forschungsfinanzierung und ermöglichen etwa die Schaffung auch zusätzlicher Forschungsstätten. Die Beteiligung an Ausschreibungen für Drittmittelprojekte sowie die Durchführung sind für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zudem auch wichtig, um den Anwendungsbezug ihrer Forschungsleistungen und für Studierende auch den Bezug zur Praxis zu gewährleisten.

Die Darstellung in Ihrem Antrag, dass Drittmittelforschung eine Gefahr für den Wissenschaftsstandort und für die Wissenschaftsfreiheit sei, können wir in

keiner Weise unterstützen und unterschreiben. Sondern, ganz im Gegenteil: Wir befürworten auch drittmittelfinanzierte Forschung in der Art und Weise mit den Transparenzerfordernissen, die wir in unserem Hochschulgesetz geregelt haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung, was auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angeht. Wenn wir uns in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen in einen Elfenbeinturm einmauern und sagen würden, unsere Wissenschaftler an den Hochschulen dürfen nur noch aus Landesmitteln finanziert werden,

(Helmut Seifen [AfD]: Das steht aber im Antrag gar nicht drin!)

und private Drittmittel verbieten würden, dann – das ergibt sich ganz klar, wenn man nur einen Blick in den europäischen und internationalen Wissenschaftsraum wirft – würden wir unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der internationalen Entwicklung, von der Teilhabe an internationalen Forschungserfolgen und internationalen Forschungs Kooperationen abschneiden. Das, meine Damen und Herren, wäre einer weltoffenen Gesellschaft, wie wir sie hier in Nordrhein-Westfalen haben wollen, nicht würdig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, Dietmar Bell [SPD] und Karl Schultheis [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Freimuth. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Herr Seifen bekommt jetzt das Wort für 1:30 Minuten, und dann kann Frau Freimuth darauf antworten. – Bitte schön, Herr Seifen.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Freimuth, der Antrag sagt nichts davon, dass die Universitäten auf Dritt- oder Zweitmittel völlig verzichten sollen.

Aber ich möchte Sie an etwas erinnern, was Sie sicherlich auch noch wissen. In den Beschlüssen zu Ihrem Landesparteitag in Bielefeld zum Forschungsstandort NRW am 6. April 2003 heißt es unter dem Stichwort „Leistungsorientierte Wissenschaft“ – ich zitiere –:

Forschungseinrichtungen müssen sich zu modernen Wissenschaftsunternehmen entwickeln, ihre Forschungsergebnisse und Dienstleistungen für den globalen Markt anbieten. Sie konkurrieren auf dem internationalen Forschungsmarkt um Anerkennung, Drittmittel und qualifiziertes Personal. – Zitatende.

Ich weise Sie darauf hin, Frau Freimuth, dass das mehr ist als nur die Finanzierung von Hochschulen

neben der Grundfinanzierung durch andere Finanziere. Hier geht es um einen Paradigmenwechsel. Hier geht es darum, aus Wissenschaftsinstitutionen einen Betrieb zu machen, der sich nach Angebot und Nachfrage orientiert.

Dieses Denken hat seit den 90er-Jahren Einfluss gefunden. Gerade Sie in der Regierung Rüttgers – ich meine nicht Sie persönlich, sondern die FDP und die CDU – haben in der Phase zwischen 2005 und 2009 – ich habe das im schulischen Bereich mitgemacht, aber im universitären Bereich war das viel tiefgreifender – die Vorstellung verbreitet, dass sich Schule, Universität, sozusagen Institutionen, in denen es um Sinnfragen geht, konstruieren können, organisieren können wie ein Wissenschaftsbetrieb. Davon haben wir noch Reste. Diese Reste müssen wir abbauen. Aber niemand verlangt, dass Dritt- und Zweitmittel nicht mehr gegeben werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abgeordneter Seifen, ich kann ziemlich klar festhalten, dass wir für unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen die Freiheit und die Autonomie wollen, weil wir Vertrauen zu unseren Hochschulen haben, weil wir glauben und davon überzeugt sind – das ist auch die Erfahrung der letzten Jahre seit dem Hochschulfreiheitsgesetz –, dass unsere Hochschulen sehr verantwortungsvoll mit der Freiheit umgehen und dass sie die Chancen nutzen, die in der Freiheit von Lehre und Forschung, in der Möglichkeit liegen, sich eigenverantwortlich, autonom und freiheitlich selbst zu organisieren und innerhalb der Wissenschaftslandschaft, innerhalb der Hochschule ihre Forschungsschwerpunkte mitzugestalten und zu setzen. Das ist auch erfolgreich, und zwar international im Wettbewerb. Davon profitiert der gesamte Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Freimuth. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eingangs möchte ich mich beim Kollegen Tigges, beim Kollegen Rudolph und bei der Kollegin Freimuth dafür bedanken, dass sie die wesentlichen Punkte des Antrags bereits eingeordnet haben. Dieser Antrag ist einseitig, über-

dramatisiert, enthält Falschdarstellungen und Widersprüche. Die Beispiele, die Sie heranziehen, dass etwa die Tabakrauchstudien der 70er-Jahre ein Beleg dafür sind, dass die heutigen Infraschallstudien wissenschaftlichen Standards nicht genügen, sind an vielen Stellen etwas weit hergeholt. Hier muss man einfach sagen, dass die AfD nicht sauber argumentiert, nicht sauber arbeitet und sich nicht an den Fakten orientiert.

Wie ist die tatsächliche Lage bezüglich der Drittmittel? – Die Drittmittel betragen 1,7 Milliarden. Das sind etwa 14 % der Gesamtfinanzierung. Das sind aktuelle Zahlen von IT.NRW. Aus der Erfahrung wissen wir, dass zwei Drittel von diesem ohnehin schon geringen Anteil von öffentlichen Fördergebern wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft kommen. Das heißt, Sie konstruieren hier ein Problem, weil früher alles besser war, und sortieren das in Ihre Weltsicht ein. Aber es stimmt einfach nicht, was Sie hier postulieren.

Sie haben das Zitat gebracht – auch das natürlich namenlos; darauf hat eben Kollegin Freimuth schon angespielt –, das da lautet: Wenn eine Frage gelöst ist, stellen sich zwei neue. – Ja, das nennt man Wissenschaft, Kollege Seifen.

Meine Damen und Herren, natürlich brauchen wir eine Anpassung der Grundfinanzierung, auch um Unabhängigkeit zu sichern. Das stimmt durchaus. Deswegen haben wir das hier als grüne Landtagsfraktion mehrfach beantragt.

Aber man kann nicht sagen, dass bei einem kompletten Verzicht auf jede Form von Drittmittelfinanzierung, wenn also sozusagen alles aus Eigenmitteln finanziert wird, bestimmte Bereiche noch in gleicher Höhe beforscht und ausfinanziert würden. Die Drittmittelforschung kann, wenn sie richtig gemacht wird, wenn sie den Transparenzkriterien genügt, wenn sie widerspruchsfrei funktioniert, durchaus Beiträge leisten. Insofern sollte man sich nicht grundsätzlich von der Drittmittelforschung verabschieden.

Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Egal, was Sie konstruieren – die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist keine Bedrohung für die Forschungsfreiheit, die AfD ist es schon. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. Herr Seifen wird die Kurzintervention vornehmen. Bitte schön.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Bolte-Richter, ich wundere mich sehr, dass Sie mir nicht euphorisch beigestanden haben.

Ihre Rede war doch sehr spröde. Ich erinnere Sie daran, dass 2013 Ihre wissenschaftspolitische Sprecherin, Frau Dr. Ruth Seidl, hier im Landtag NRW zu der Erkenntnis kam – ich zitiere –:

„Die Balance zwischen der Drittmittelquote und dem Anteil der Grundfinanzierungsmittel der Hochschulen ist zunehmend gestört. Es bedarf einer Lösung, die die Länder in die Lage versetzt, die Grundfinanzierung der Hochschulen merklich zu erhöhen.“

Ihre Rede klingt jetzt nicht so. Im Grunde genommen ist es genau das, was in unserem Antrag steht.

Auch Ihre Bundestagsfraktion hat immer darauf hingewiesen, dass die Abhängigkeiten zwischen den Drittmittelgebern und den Forschern austariert sein muss. Es redet also niemand davon, dass es diese Zusammenarbeit nicht geben soll. Im Berliner „Tagesspiegel“ steht unter der Überschrift „Medizinforschung: Vom Teufel bezahlt?“:

„Geld von der Tabakindustrie: Streit um ein von der Morris-Stiftung gefördertes Projekt des Deutschen Herzzentrums Berlin ... Die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Lisa Paus und Heidi Kosche ergab: In den Jahren 2003 bis 2005 wurde das Projekt mit 937 000 Euro von den der Philip Morris Research Foundation finanziert.“

Also, es geht hier nicht um einen Generalverdacht, sondern es geht darum, sicherzustellen, dass Forschung tatsächlich in ihrem ursprünglichen Sinne geschieht und es nicht eine zu starke interessengeleitete Forschung gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön. – Herr Bolte-Richter, Sie haben jetzt 1:30 Minuten für Ihre Antwort.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Seifen, zwischen dem, was Ruth Seidl 2013 gesagt hat, dem, was ich heute gesagt habe, und auch dem, was die grüne Bundestagsfraktion gesagt hat und Sie gerade zitiert haben, besteht kein Widerspruch.

Und wenn ich Ihr Herz heute rhetorisch nicht so erwärmen konnte wie sonst, dann ist das Ihr Problem.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke meinen vier Vorrednern, die alle wesentlichen Punkte zu diesem Thema erörtert und sich zu einem Antrag geäußert haben, dessen Inhalt irgendwie völlig neben der Realität an den Hochschulen liegt. Ich fasse es trotzdem gerne noch einmal zusammen.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung schützt und fördert die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, wie es das Grundgesetz vorsieht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen in eigener Initiative und Verantwortung ohne Einschränkungen forschen können. Dies gilt auch für die Verwendung von Mitteln Dritter in der Forschung sowie für die Auftragsforschung, die jedoch nicht miteinander zu verwechseln sind. Im vorliegenden Antrag ist eine solche Verwechslung offenbar geschehen, sodass ich einige grundlegende Punkte noch einmal klarstellen möchte.

Über die Hälfte der Ausgaben der Hochschulen für Forschung und Entwicklung kommt bundesweit – nicht nur hier – aus der institutionellen Grundfinanzierung der Länder. In Nordrhein-Westfalen ist gerade der Erfolg nordrhein-westfälischer Hochschulen in der letzten Zeit, zum Beispiel in der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder, ein Beleg dafür, dass das Land seiner Verantwortung nachkommt, für exzellente Forschung auf Basis freier Wissenschaft eine auskömmliche Grundfinanzierung sicherzustellen.

Auch für attraktive Beschäftigungsbedingungen – das war ein Thema, das in den letzten zwei, drei Jahren sehr intensiv diskutiert worden ist – für das Hochschulpersonal hat sich das Land Nordrhein-Westfalen eingesetzt, und zwar ganz besonders in dem inzwischen abgeschlossenen und demnächst in Kraft tretenden Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken, der genau dieses Thema besonders in den Fokus gerückt hat.

60 % der Drittmittel der Hochschulen bundesweit stammen von öffentlichen Geldgebern. Das sind – auch dies wurde hier bereits gesagt – die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Bund, die Länder und – natürlich auch sehr bedeutend – die EU.

Die DFG ist nebenbei bemerkt mit einem Fördervolumen von 3 Milliarden Euro der größte Drittmittelgeber; dabei stammt allerdings ungefähr ein Drittel wiederum aus den Länderhaushalten.

Zusätzlich leisten die Länder durch eigene Förderformate und Programme einen weiteren, nicht unerheblichen Finanzierungsbeitrag.

Es bleibt also festzuhalten: Forschung und Entwicklung an Hochschulen werden überwiegend aus öffentlichen Haushalten finanziert.

Selbst im Bereich der aus privaten Mitteln finanzierten Forschung kann nur anteilig von Auftragsforschung gesprochen werden, da einerseits ein großer Teil dieser Mittel für interne Forschungs- und Entwicklungsaufgaben der Unternehmen verwendet wird und andererseits die Privatwirtschaft auch themenoffene Forschung fördert.

Die Forschung an Hochschulen inklusive der Auftragsforschung unterliegt zudem einem elaborierten gesetzlichen Regelwerk, das von der Veröffentlichungspflicht bis zu den bei Drittmittelprojekten einzuhaltenden Transparenzgeboten alles regelt, was von gesetzgeberischer Seite für die Wissenschaftsfreiheit und die Wahrung öffentlicher Belange erforderlich ist.

Daneben sind unter anderem mit den DFG-Standards zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und mit unterstützenden Angeboten der Hochschulverwaltungen Vorkehrungen getroffen worden, um Fehlentwicklungen zu vermeiden oder im Einzelfall korrigierend zu wirken.

Darüber hinaus – das ist hier eben auch schon erwähnt worden – sind in der medizinischen Forschung ebenso wie in der Pharmaforschung an den Universitätskliniken Ethikkommissionen eingerichtet worden, die die Einhaltung ethischer und rechtlicher Anforderungen überwachen.

Zu einer Einschränkung der Forschungsfreiheit oder gar Einflussnahme auf die Ergebnisse der Forschung kommt es daher durch Drittmittelfinanzierung, anders als in diesem Antrag beschrieben, nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/8582** an den **Wissenschaftsausschuss** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Hat jemand etwas dagegen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann haben wir auch diesen Antrag einstimmig überwiesen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Valentinstag, 14. Februar, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:35 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht
überprüft (§ 102 GeschO)
Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll
so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.